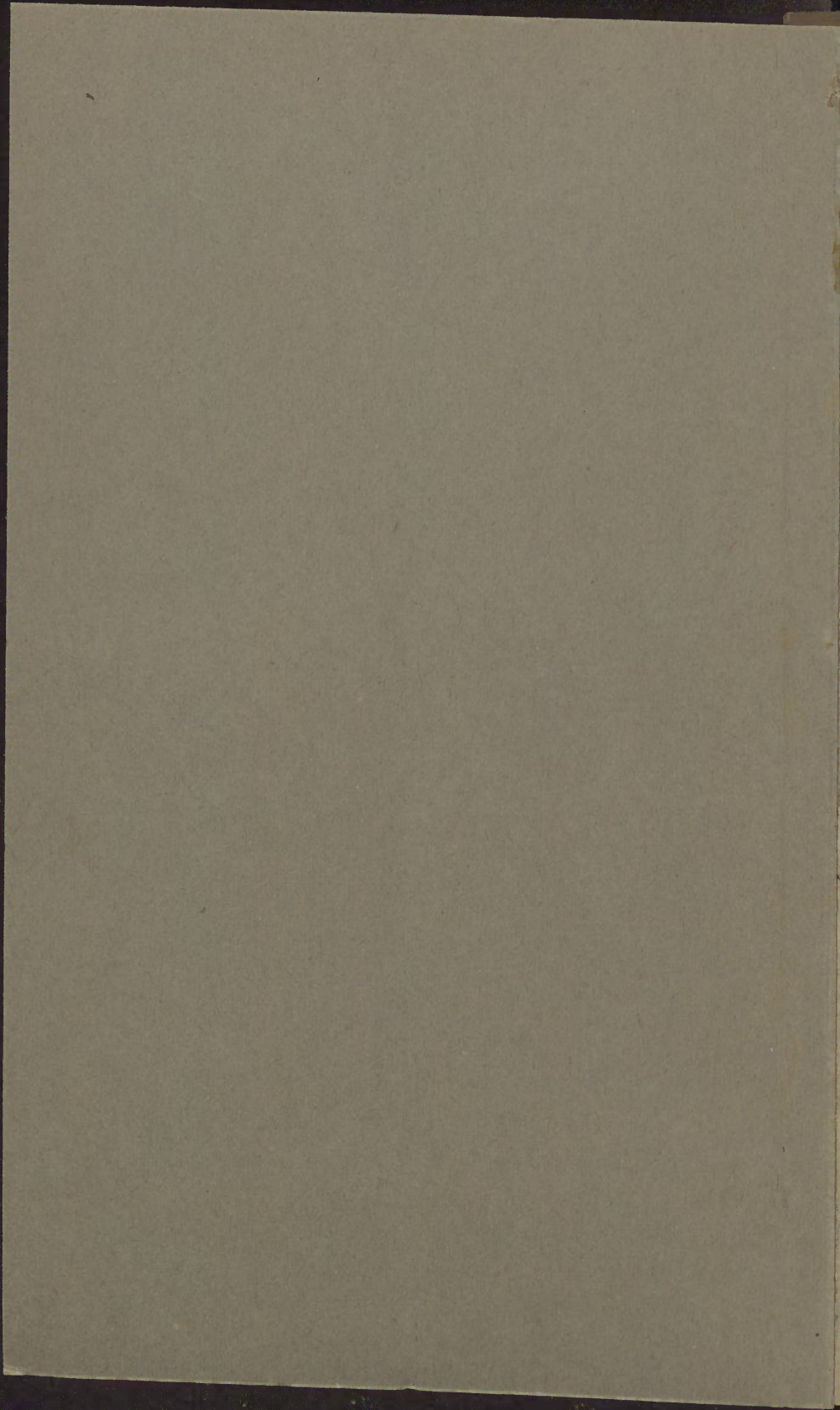


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 32312
.....



W 1184

Die
deutsche Arbeitergesetzgebung

der Jahre 1883—1892

als Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage.

Von

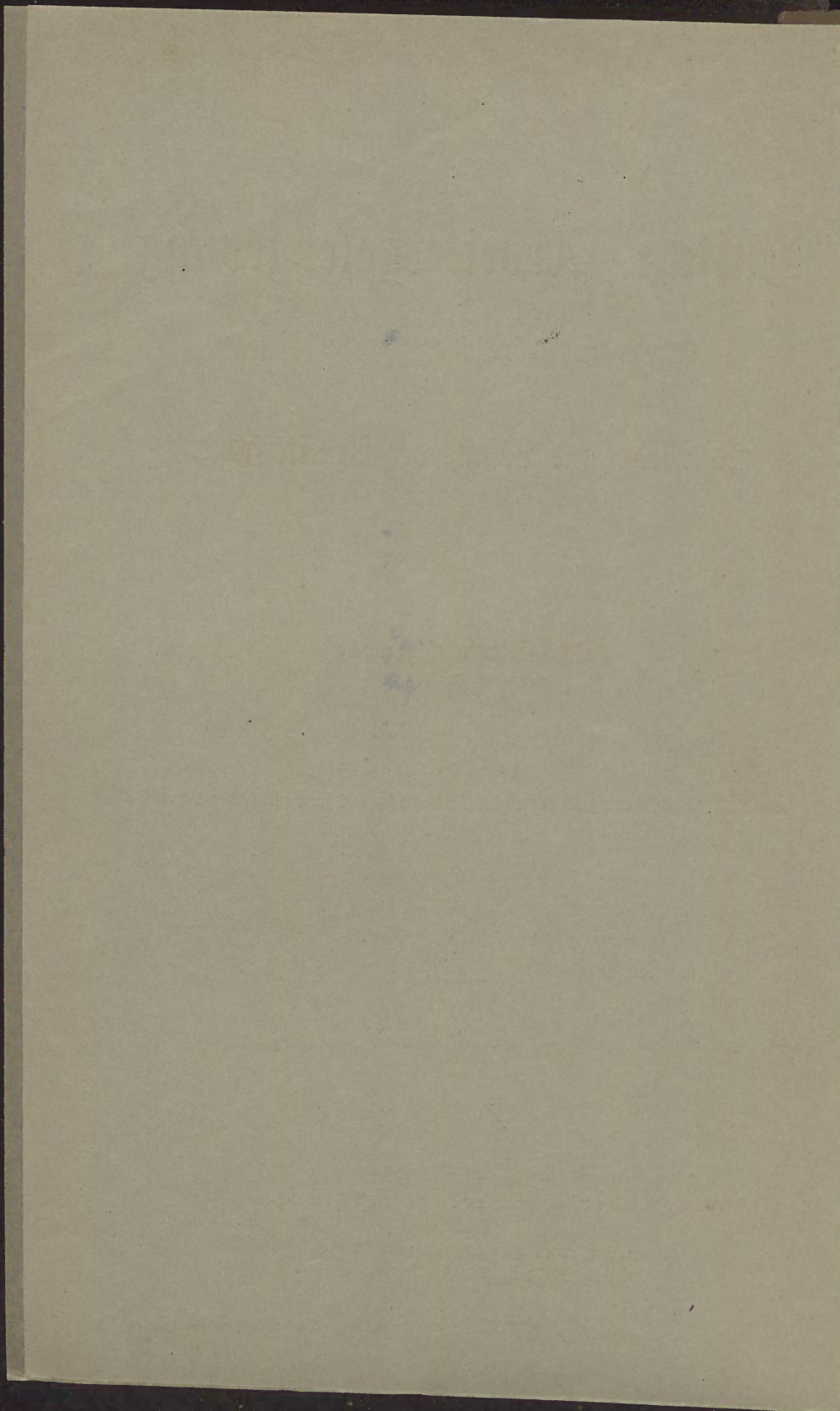
Dr. August Kahl,
kaiserlicher Oberförster.

Ein Theil des Reinertrages wird dem elsass-lothringischen Lehrerweisenliste zufließen.

Bak 354 wechenschaft - 5.11.46.
Kiel

Freiburg im Breisgau.
Herder'sche Verlagshandlung.
1893.

Zweigniederlassungen in Straßburg, München und St. Louis, Mo.
Wien I, Wollzeile 33: B. Herder, Verlag.



4934

Deutsche Arbeitergesetzgebung

1870-1892

Die

deutsche Arbeitergesetzgebung.

Deutscher Arbeiter-Verband

in Berlin

1912

Deutscher Arbeiter-Verband

Die
deutsche Arbeitergesetzgebung

der Jahre 1883—1892

als Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage.

Von

Dr. August Gahl,
kaiserlicher Oberförster.

Ein Theil des Reinertrages wird dem elsass-lothringischen Lehrerweisenfiste zufließen.

Bak 354 ^{Wissenschaft} _{Kiel} - 5.11.46. *q*

Freiburg im Breisgau.
Herder'sche Verlags-handlung.
1893.

Zweigniederlassungen in Straßburg, München und St. Louis, Mo.
Wien I, Wollzeile 33: B. Herder, Verlag.

Geistliche Arbeiterfrage

der Jahre 1882-1883

als Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage.

Dr. August Gahl.

Verlag von Herder.

Die Geistl. Arbeiterfrage ist eine der wichtigsten der Gegenwart.

824 1882-1883

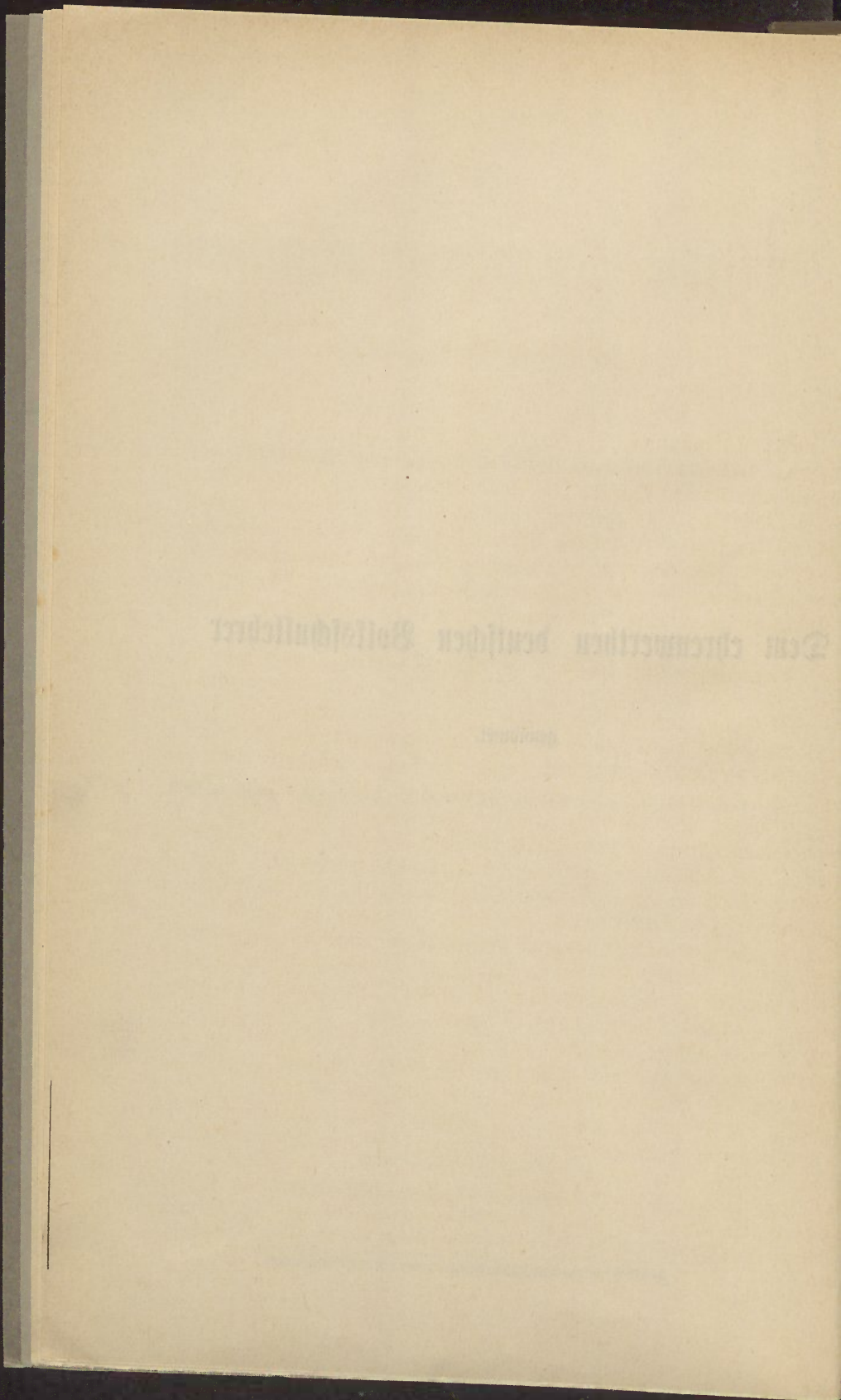
Freiburg im Breisgau.
Verlag von Herder.

Freiburg im Breisgau, den 1. April 1883.

Buchdruckerei der Herder'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg.

Dem ehrenwerthen deutschen Volksschullehrer

gewidmet.



V o r w o r t.

Ein Schriftstück, welches in der Geschichte des deutschen Volkes auf immerdar denkwürdig bleiben wird, ist die Cabinetsordre Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II. vom 1. Mai 1889 an sein preußisches Staatsministerium. An dem Tage, den sich die Socialdemokraten unserer Zeit zur Feier eines alljährlichen Verbrüderungsfestes und zur Musterung ihrer Reihen ausersehen haben, hat Preußens König als christlicher Monarch seinen Standpunkt betreffs der Belehrung unserer Jugend über die neueste Zeitgeschichte ausgesprochen und ebengenannten Erlaß mit folgenden Worten eingeleitet:

„Schon längere Zeit hat Mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung socialistischer und communistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben. Aber Ich kann Mich der Erkenntniß nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die socialdemokratischen Irrthümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntniß dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Socialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind. Sie muß die neue und die neueste Zeitgeschichte mehr als bisher in den Kreis der Unterrichtsgegenstände ziehen und nachweisen, daß die Staatsgewalt allein den Einzelnen, seine Familie, seine Freiheit, seine Rechte schützen kann, und der Jugend zum Bewußtsein bringen, wie Preußens Könige bemüht gewesen sind, in fortschreitender Entwicklung die Lebensbedingungen der Arbeiter zu heben, von den gesetzlichen Reformen Friedrichs des Großen und von Aufhebung der Leibeigenschaft bis heute. Sie muß ferner durch statistische Thatfachen nachweisen, wie wesentlich und wie constant in diesem Jahrhundert die Lohn- und Lebensverhält-

nisse der arbeitenden Klassen unter diesem monarchischen Schutze sich verbessert haben."

Infolge dieses königlichen Erlasses hat das preussische Staatsministerium angeordnet, daß in den Unterricht der Lehrerseminare eine besondere Unterweisung der Zöglinge in den elementaren Grundsätzen der Volkswirtschaft eingefügt werden soll. Durch diese Unterweisungen werden die Seminaristen befähigt, in ihrer spätern Amtsthätigkeit ihre Schüler und wohl auch ihre Mitbürger im Geiste der mitgetheilten kaiserlichen Worte zu belehren. Damit auch die bereits im Amte stehenden Lehrer die erforderliche Anweisung erhalten, soll diesen eine Sammlung guter einschlägiger Schriften zugänglich gemacht werden.

Da nun unter den Veranstaltungen, welche zur Hebung der Lohn- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen staatlicherseits angerathen und durchgeführt worden sind, die Arbeitergesetze des letzten Jahrzehntes eine ganz bedeutende Rolle spielen, so dürfte es die Pflicht des Volksschullehrers sein, sich mit dem Geiste dieser Gesetze sowohl im einzelnen als auch in ihrer Gesamtwirkung und gegenseitigen Ergänzung vertraut zu machen. Diejenigen Lehrer, welche bei der Gemeindeverwaltung irgendwie thätig sind, werden hierzu doppelte Veranlassung haben.

Nun bleibt aber dem Lehrer nach Erledigung seiner vielen Amts- und Nebengeschäfte zum Studium der weitschichtigen socialpolitischen Literatur wenig oder gar keine Zeit übrig.

Die vorliegende Schrift macht daher den Versuch, über die im verflossenen Jahrzehnte zu Gunsten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes ergangenen Gesetze eine gemeinfaßliche Darstellung zu geben und zugleich über die bei Durchführung derselben gemachten Erfahrungen Bericht zu erstatten. Das kleine Werk will den wichtigen Inhalt der fraglichen Gesetze wiedergeben und deren wesentliche und einheitliche Zielpunkte feststellen.

Sollte dasselbe außer bei den Lehrern auch in weitem Kreise freundliche Aufnahme finden, so würde es den Verfasser freuen, für die bedeutungsvollen Arbeitergesetze von neuem Interesse erweckt zu haben.

Zur Abfassung dieser Schrift hat der Unterzeichnete seine Mußstunden benutzt; mögen die gütigen Leser das Büchlein wohlwollend beurtheilen!

Rappoltsweiler, im Weinmonat 1892.

Dr. Rahl.

Bak 354 ^{Wirtschaftswissenschaften} ^{Kiel} - 5.11.43.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	VII

Erstes Kapitel.

Die Nothwendigkeit erhöhter staatlicher Arbeiterfürsorge aus Anlaß der heutigen Wirtschaftsordnung.

1. Unsere heutigen Arbeiterverhältnisse	1
2. Seitherige Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage	4
3. Zustandekommen der deutschen Arbeitergesetzgebung	7
4. Allerhöchste Bottschaft vom 17. November 1881	13
5. Kaiserlicher Erlaß an den Handelsminister vom 4. Februar 1890	14

Zweites Kapitel.

Die Krankenversicherung.

A. Darstellung der einschlägigen Gesetze	16
1. Vorbemerkungen	16
2. Umfang der Krankenversicherung	19
3. Organisation der Krankenversicherung	20
a) Gesetzlich zulässige Krankenkassen	20
b) Erwerbung und Aufgebung der Mitgliedschaft	24
c) Kassenverwaltung; Versicherungsbeiträge	25
4. Krankenkassenleistungen	28
5. Beziehungen der Krankenkassen zu verwandten Verbänden	31
B. Praktische Durchführung der Krankenversicherungsgesetze	32
1. Statistisches	32
2. Wirksamkeit der einzelnen Kassenarten im allgemeinen	34
3. Krankheitsbekämpfung; Regelung der ärztlichen Hilfe und Versorgung der Arzneien	37
4. Simulation	44
5. Schlußbemerkungen	45
Kahl, Arbeitergesetzgebung.	b

Drittes Kapitel.

Die Unfallversicherung.

A. Darstellung der einschlägigen Gesetze	47
1. Vorbemerkungen	47
2. Abgrenzung und Ergänzung der Unfall- und Krankenversicherung; Beziehungen zu sonstigen Verbänden	48
3. Umfang der Unfallversicherung	49
4. Organisation der Unfallversicherung	50
a) Berufsgenossenschaften	50
b) Reichsversicherungsamt und Landesversicherungsämter	53
c) Schiedsgerichte	54
d) Vertretung der Arbeiter	54
5. Unfallentschädigungen	54
a) Umfang derselben	54
b) Feststellungs- und Zahlungsverfahren	56
6. Umlageverfahren	57
7. Haftpflicht der Betriebsunternehmer und dritter Personen	58
8. Unfallverhütung; Ueberwachung der Betriebe durch die Genossen- schaften	59
B. Praktische Durchführung der Unfallversicherungsgesetze	60
1. Statistisches	60
2. Mitteilungen über den Geschäftsbetrieb der Berufsgenossenschaften	61
3. Die Unfallverhütung	67
4. Der Unfallversicherung-Congreß zu Bern	69

Viertes Kapitel.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung.

A. Darstellung des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889	72
1. Vorbemerkungen	72
2. Umfang der Invaliditäts- und Altersversicherung	75
3. Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung	76
a) Reichsversicherungsamt, Landesversicherungsämter, Versicherungs- anstalten	76
b) Besondere Kasseneinrichtungen	78
4. Ansprüche auf Invaliden- und Altersrenten	78
a) Vorbedingungen	78
b) Beitragsleistungen im besondern	80
5. Berechnung, Feststellung und Auszahlung der Renten	82
6. Rückerstattung von Beiträgen	85
7. Erlöschen und Ruhen der Rentenansprüche	85
8. Fürsorge für bedenklich Erkrankte	85
9. Strafbestimmungen	85

	Seite.
B. Beurtheilung und praktische Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes	86
1. Allgemeines	86
2. Urtheile über Auskömmlichkeit und Unzulänglichkeit der gewährten Renten	89
3. Mittheilungen über den Geschäftsbetrieb der Versicherungsanstalten	93

Fünftes Kapitel.

Das Reichsgesetz betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890.

A. Vorbemerkungen	97
B. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes	98

Sechstes Kapitel.

Das Arbeiterschutzesgesetz vom 1. Juni 1891.

A. Vorbemerkungen	101
B. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes	102
1. Die Sonntagsruhe	102
2. Schutz der elterlichen Autorität	103
3. Regelung der Lohnzahlung	104
4. Schutz von Gesundheit, Leben, Sittlichkeit des Arbeiters	104
5. Schutz des Arbeitsvertrages gegen Contractbruch	105
6. Fabrikarbeitsordnung	105
7. Besondere Schutzmaßregeln für Kinder, jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen	106
8. Sonstige wichtige Bestimmungen	107
C. Praktische Durchführung des Arbeiterschutzesgesetzes	107

Siebentes Kapitel.

Schlussbemerkungen.

1. Allgemeines	112
2. Rückblick auf die Arbeiterversicherungsgesetze	113
3. Begünstigung des Spartriebes des Arbeiters	117
4. Rückblick auf die Arbeiterschutzesgesetze	122
5. Mitwirkung von Staat, Kirche, Schule, Gemeinde und Gesellschaft zur Lösung der Arbeiterfrage	123

Anlage I. Verzeichniß der Berufsgenossenschaften	127
Anlage II. Verzeichniß der Versicherungsanstalten	128

Erstes Kapitel.

Die Nothwendigkeit erhöhter staatlicher Arbeiterfürsorge aus Anlaß der heutigen Wirtschaftsordnung.

1. Unsere heutigen Arbeiterverhältnisse.

Raum hatte das deutsche Volk nach wiedererlangter Einigkeit vor zwei Jahrzehnten die Waffen niedergelegt und den Bau des neuen Reiches begründet und wohlgefügt, da wurden sich die verbündeten Regierungen und mit ihnen die Einsichtigen des Volkes klar, daß es an der Zeit sei, zu Gunsten der arbeitenden Klassen wirksamere Schutzmaßregeln zu ergreifen, als die Gesetzgebungen der Bundesstaaten bisher gewährleisteten. Man verschloß sich nicht der Einsicht, daß infolge durchgreifender Veränderungen in den Arbeiterverhältnissen der Kampf ums Dasein für den Arbeiter sich immer schwieriger gestaltet habe.

Früher hatten sich Arbeitgeber und Arbeiter in kleinern Betrieben gemeinlich einander näher gestanden. Derjenige Handwerksgehilfe, welcher sich nicht nach einigen Jahren selbständig niederließ, was die Regel bildete, wurde gewöhnlich alt in der Werkstatt seines Meisters, das Gesinde auf dem Hofe seines Herrn. Jedenfalls fand ehedem schon bei den mangelhaften Verkehrsverhältnissen viel seltener ein Wechsel der Arbeitsstelle statt. Es verstand sich von selbst, daß der Herr über seine im Dienste ergrauten Gehilfen beständig und vor allem in Zeiten der Krankheit und Altersschwäche die schützende Hand hielt.

Ueberdies herrschte damals mehr Genügsamkeit und sparsamer Sinn, so daß selbst die geringsten Gaben mit zufriedenem Herzen angenommen und verwertet wurden. Meistens erwies sich Unterstützung in Naturalgaben zulänglich; den Ueberfluß an solchen den Bedürftigen zukommen zu lassen, ward dem Wohlhabendern minder schwer. Derart waltete meist zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern ein väterliches Verhältniß ob, bei dem diese der größten Noth überhoben waren.

Zudem war früher, wie schon angedeutet, die Zahl der unselbständigen Lohnarbeiter viel geringer; den meisten Handwerkern und Handelsleuten gelang es, nach nicht allzu langer Frist ein eigenes Geschäft zu begründen.

Diese dem Arbeiter günstige Wirtschaftsordnung war möglich bei einer dünn gesäten und gleichmäßiger vertheilten Bevölkerung mit verhältnißmäßig geringen örtlichen Bedürfnissen und dementsprechend schwachem Handelsverkehr; jene mußte mit dem Anwachsen der Bevölkerung um so mehr eine Umgestaltung erfahren, als diese sich in gewissen Bezirken, z. B. in Kohlengrubengegenden, rasch verdichtete. Es entwickelte sich eine ständige Wechselwirkung zwischen Erhöhung und Befriedigung des gesamten Lebensbedarfs: mit der Vermehrung der consumirenden Arbeiter wuchs der Drang zur Lohn und Existenz gewährenden Production. Die Maschine wurde nöthig, um den gesteigerten Anforderungen an die Erzeugung von Verbrauchsgegenständen im großen gerecht zu werden. Diese aber verlangte kapitalkräftige Unternehmer. Die Zahl der selbständigen Arbeiter verminderte sich verhältnißmäßig mehr und mehr. Dagegen ist allmählich in Handel und Gewerbe, in vielen Gegenden auch in der Landwirtschaft, eine abgesonderte, zu den Arbeitgebern oft in schroffen Gegensatz tretende Arbeiterklasse entstanden, die nach Millionen zählt. Er kämpfte sich an der Wende des vorigen Jahrhunderts mehr oder minder gewaltsam der Bürgerstand als sogen. dritter Stand seine völlige Freiheit und Gleichberechtigung, so ist augenblicklich der vierte, der Arbeiterstand, bestrebt, sich nach den großen Umwälzungen auf den Gebieten der Industrie, des Handels, des Transportwesens und selbst der Landwirtschaft seine dadurch gefährdeten Lebensbedingungen sicherer zu gestalten.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir im einzelnen ausführen, welche besondern Umstände die Arbeiter unserer Zeit bedrohen. Daher nur einige Andeutungen! Die ungeheuern Verkehrserleichterungen haben es mit sich gebracht, daß die gleichartige Produktionszwecke verfolgenden Unternehmer des In- und Auslandes gemeiniglich einen heftigen Wettkampf unter sich ausfechten müssen und hierbei zur Verringerung der Produktionskosten den Arbeitslohn auf das zum nothdürftigen Lebensunterhalt hinreichende Minimum herabzudrücken geneigt sind. Es ist dies um so leichter möglich, weil in der Regel ein größeres Angebot an Arbeitskräften vorhanden ist, als der durchschnittliche Bedarf an solchen, zumal die Unternehmer diesen durch Ausnutzung der billigen Frauen- und Kinderarbeit herabzumindern suchen. Gegenüber dem mächtigen Arbeitgeber kann der Arbeiter, welcher arbeiten muß, um zu leben, nicht lange um den Preis der Arbeit handeln. Hat er sich doch sogar bis vor 23 Jahren Auslöhnung in oft minderwerthigen Waren gefallen lassen müssen. Gar zu häufig ist auch der heutige Unternehmer bei dem größten Wohlwollen für seine Arbeiter nicht im Stande, denselben ausreichende Löhne zu zahlen, da es ihm in dem eben erwähnten allgemeinen Wettkampfe manchmal selbst schwer wird, sich zu behaupten. Nicht selten kommt es zudem bei der heutigen Produktionsweise zu erheblichen Mißverhältnissen zwischen dem Angebot an fertig dahlender Ware und der thatsächlichen Nachfrage. Während in den seltenen Fällen des Mangels an Vorräthen die Fabriken mit Hilfe von

Ueberarbeit und Anspannung aller Kräfte bald nachhelfen können, wird die bei unsern unheimlich rasch fördernden Maschinen so leicht eintretende Ueberproduction über das absehbare Maß hinaus recht oft für Arbeitgeber und Arbeiter verhängnißvoll. Gelingt es alsdann dem Fabrikanten bezw. dem Handel nicht bald, für derartige im Ueberfluß vorhandene Producte neue Absatzwege aufzufinden, so sinken die Preise, damit die Waren wenigstens einigermaßen verwerthet werden, manchmal zu Schleuderpreisen herab, die unter den Herstellungskosten stehen; letztere müssen aber die Arbeitslöhne mitenthalten. Hierbei vermögen minder gut fundirte Geschäfte, namentlich solche, die vorwiegend mit geliehenen, ständig zu verzinsenden Kapitalien arbeiten, nicht lange zu bestehen und brechen nur zu oft zusammen, und dies zum Schaden der erst schlecht bezahlten und schließlich gänzlich arbeits- und brodlosen Arbeiter. Solche Absatzkrisen insolge Ueberproduction können dem Unternehmer ohne irgend welches Verschulden seinerseits zustoßen durch Zollerhöhungen seitens des Auslandes, auch durch Aufhebung oder Ermäßigung der eigenen Schutzzölle. So haben bekanntlich die Vereinigten Staaten Nordamerikas durch die Mac Kinley-Bill auf eine ganze Reihe von Erzeugnissen, die seither größtentheils aus Deutschland bezogen wurden, so hohe Zölle gelegt, daß der amerikanische Kaufmann und die Consumenten die frühern Preise nicht mehr zahlen können, überhaupt nicht mehr aus Deutschland ihren Bedarf decken werden, sobald die inländische Production annähernd die gleichen Artikel zu liefern vermag. Gedenken wir schließlich noch des Umstandes, daß der Handel in seiner heutigen Gestaltung leider nicht selten auf alle erlaubte und unerlaubte Weise sich auf Kosten des Producenten und damit auch des Arbeiters über Gebühr zu bereichern versteht, daß z. B. gar oft der Getreidemakler den Profit einsteckt und für die Tagelöhner auf dem Lande nur ein knapper Verdienst übrig bleibt.

Freilich kann man all diesen Uebelständen gegenüber darauf hinweisen, daß der Arbeiter unserer Tage unabhängiger geworden ist, daß er sich sein eigenes Heim nach eigenem Gutdünken einrichten kann. Man wird auch nicht in Abrede stellen können, daß die Mehrzahl unserer Arbeiter sich besser nährt und kleidet als ehedem, daß sie nach mancher Richtung hin den Kreis ihrer Bedürfnisse erweitert und an den allgemeinen Culturfortschritten größern Antheil genommen hat, daß auch der durchschnittliche Stand der Arbeitslöhne nicht gerade besorgnißerregend niedrig ist. Immerhin ist die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiterstandes eine viel größere geworden. Wie eben ausgeführt, können widrige Verhältnisse mannigfacher Art seinen Lohn empfindlich herabdrücken, ja ihn beschäftigungs- und damit brodlos machen. Natürliche Krankheiten, Betriebsunfälle oder besondere Betriebskrankheiten gefährden seine Existenz oft in der schlimmsten Weise, da der Lohn der gesunden Tage zu nennenswerthen Ersparnissen kaum ausreicht oder doch ohne Anleitung zum Sparen selten zum Zurücklegen von Nothgroschen benutzt wird.

Allerdings bedrohen die vorbezeichneten Gefahren die einzelnen Arbeiterklassen nicht in gleich hohem Maße. Die in der Großindustrie und im Großhandel beschäftigten Arbeiter sind, da hier der Wettkampf der Producenten am regsten ist und Ueberproduction und Absatzstockung am ehesten eintreten, gemeiniglich am meisten gefährdet. Ueberdies erhöht die Anwendung zahlreicher, zum Theil schwer zu handhabenden Maschinen die Unfallgefahr, und oft werden in diesen Betrieben durch lang dauernde und harte Arbeit die Körperkräfte ungebührlich angespannt. Auch bringt die Beschäftigung vieler Personen in überheizten und oft durch allerlei Staubtheile verunreinigten Räumen hohe Krankheitsgefahr mit sich. Im besondern ist schon seit langer Zeit beklagt worden, daß auch die Mädchen und Frauen zu langer und schwerer Arbeit herangezogen worden sind. Infolge dieser Uebelstände mußte häufig das Familienleben des Arbeiters verkümmern, woraus sich eine ganze Kette socialer Gefahren und Schäden entwickelte.

Manche gewissenlose Unternehmer und Beamte gingen in der Ausnutzung der Arbeiter sogar so weit, daß sie diesen ohne zwingende Veranlassung keine Sonntagsruhe ließen; auch in solchen Betrieben, bei denen sich aus praktischen Gründen die Sonntagsarbeit nicht gänzlich umgehen läßt, hat häufig aus Sparsamkeitsrückichten eine viel zu weitgehende Inanspruchnahme der Arbeiter an den Sonntagen stattgefunden.

Im Kleingewerbe, im Handwerk, sowie in der Land- und Forstwirtschaft und deren Nebenbetrieben haben sich im allgemeinen befriedigendere Verhältnisse erhalten, da in der Regel zwischen Arbeitgebern und Arbeitern innigere Beziehungen bestehen blieben. Wo aber diese gelockert wurden, wie z. B. in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, da wuchsen für die Arbeiter die Gefahren in dem Maße, als Absatzkrisen eintraten, als sie die Arbeitgeber häufiger wechselten, als auch hier die fortschreitende Einführung von Maschinen den Betrieb gefährlicher gestaltete.

Jedenfalls ist die gewerbliche Arbeiterfrage die am meisten brennende, so daß folgegerecht auch vornehmlich zu ihren Gunsten eingegriffen worden ist, wie wir alsbald sehen werden.

2. Seitherige Versuche zur Lösung der Arbeiterfrage.

Können wir nach dem Vorstehenden nicht läugnen, daß unsere heutige Wirtschaftsordnung vor allem den gewerblichen Arbeiter in seiner Existenz mehr und mehr zu bedrohen vermocht hat, so beschäftigt auch die Frage, auf welche Weise jenem wirksame Hilfe geleistet werden könne, schon lange einsichtsvolle Volksfreunde. Die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und dadurch den Arbeiterstand sicherer zu stellen, das ist eine Unmöglichkeit, da diese lediglich eine Folge unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ist. Freilich gibt es eine mächtige Partei, welche einer solchen gewaltsamen Lösung der Arbeiterfrage nicht abhold wäre, welche unsere

heutige Ordnung, die staatliche und wirtschaftliche, umstoßen, die geheiligten Begriffe von Sitte und Eigenthum aufheben, Thron und Altar umstürzen und schließlich die Arbeiterklasse zur herrschenden machen möchte. Es sind dies die letzten Folgen, zu denen die Lehren der Socialdemokratie führen. Indes gerade dadurch, daß deren Agitatoren den Arbeitern einreden, daß das an und für sich berechtigte Streben nach Verbesserung ihrer Lage und namentlich nach Lohnerhöhung Hand in Hand gehen müsse mit einer Umwälzung der bestehenden Ordnung, „gefährden sie“, wie der Reichstagsabgeordnete Döschelhäuser in seiner Broschüre „Arbeiterfrage“ sich ausdrückt, „das für den Arbeiter Erreichbare, fordern auch die Leidenschaft des so gereizten Arbeitgebers heraus und hindern so die Würdigung selbst berechtigter Forderungen, weil diese in der Gewandung des Hasses und als Vorläufer von Umwälzungen auftreten, die den Besitzenden in seiner Existenz bedrohen; so schaden sie dem Arbeiter an Leib und Seele, machen Tausende unglücklich, die sich bisher nicht unglücklich fühlten, sondern mit ihrem Lose zufrieden waren. . . . Verstärkte Roheit, Widerspännigkeit, Faulheit, Trunksucht bezeichnen überall die Spuren der socialdemokratischen Bewegung, und auch den bessern und ruhiger denkenden Arbeitern theilt sich dadurch eine Stimmung mit, welche einer friedlichen Besserung ihres Loses wenig günstig ist und sie auch in dem wohlwollendsten Arbeitgeber mehr oder weniger einen Feind erblicken läßt“.

Die Wühlereien der Socialdemokraten in den Arbeiterklassen, welche nach Ablauf des sogen. Socialistengesetzes wieder offenkundiger betrieben werden, ergreifen immer weitere Kreise, je mehr die Arbeiterbevölkerung in den Großstädten zusammenströmt.

Um so mehr haben wir die Verpflichtung, den Arbeiter darüber zu belehren, was bereits früher und namentlich im letztverflossenen Jahrzehnt an fürsorglichen Maßregeln von berufener und wohlmeinender Seite aus für ihn geschehen ist, und was noch geschehen kann und soll.

Von einer streng systematischen Gliederung der auf Arbeiterschutz gerichteten Versuche, welche vor Erlaß der ewig denkwürdigen Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 (siehe S. 13) genannt worden waren, kann nicht wohl die Rede sein. Meist waren die betreffenden gesetzlichen Vorschriften durch augenblickliche Nothstände veranlaßt, so das Verbot beziehentlich der Beschränkung der Kinderarbeit in Preußen (1839 und 1853), Bayern, Baden (1840) anlässlich der Klagen über Rekrutenausfall in den Industriebezirken. Ferner wurde eine unmittelbare Fürsorge seitens des Arbeitgebers bezweckt, so der Dienstherrn für die Dienstboten durch Gefindeordnungen, der Kauf- und Handelsleute für ihre Gehilfen durch die Handelsgesetzbücher u. dgl. m. Die 1869 erst für den Norddeutschen Bund erlassene, Anfang der siebenziger Jahre auf das Deutsche Reich übertragene Gewerbeordnung bestimmte, daß jugendliche Arbeiter, d. h. solche unter 16 Jahren, gegen Ueberanstrengung geschützt und insbesondere Sonntags gänzlich von Arbeit befreit werden sollten; Kinder von 12—14 Jahren durften nur 6 Stunden, solche von 14—16 Jahren 10 Stunden arbeiten. Außerdem wurde ausgesprochen, daß alle Arbeiter gegen Gefährdungen ihrer Gesundheit und ihres Lebens geschützt werden sollten; auch wurde das sogen. Trucksystem

verboten, d. h. die Ausbezahlung des Arbeiters durch Warenabnahme und die Nothigung, in bestimmten Läden die Lebensbedürfnisse kaufen zu müssen. Gleichzeitig wurde andererseits gesetzlich die Vorausbeschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnens durch Gläubiger untersagt.

Die vorbezeichneten Bestimmungen der deutschen Gewerbeordnung blieben leider zum Theil unausgeführt, da keine Organe in Wirksamkeit traten, um die tatsächliche Durchführung zu überwachen. Durch Gesetz vom 17. Juli 1878 wurden daher zu diesem Behufe Fabrikinspektoren bestellt; auch traf man zu Gunsten der gewerblichen Arbeiter weitere Maßnahmen, so u. a. das gänzliche Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren, die Nichtbeschäftigung von Wöchnerinnen 3 Wochen nach der Niederkunft. Dem Bundesrath wurden Befugnisse erteilt, unter bestimmten Voraussetzungen den Schutz für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen theils auszudehnen, theils zu verringern. Es sollte das Interesse des Unternehmers mit dem der zu schützenden Personen in Einklang gebracht werden, was aber nur theilweise gelang.

An dieser Stelle ist auch das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 als Vorläufer der Unfallversicherung zu nennen. Dieses ist noch heute für die nicht durch letztgenannte Versicherung entschädigten Personen in Kraft geblieben. Den Anstoß zu dem 1871er Gesetz mögen die damals häufiger gewordenen Eisenbahn- und Bergwerksunglücke gegeben haben; ist es doch auch überhaupt auf diese Betriebe, sowie auf Fabriken, Steinbrüche und Gräbereien beschränkt worden. Das Gesetz macht einen großen Unterschied zwischen dem Eisenbahnbetrieb und den sonstigen Unternehmungen. Während jener für Unglücksfälle so lange haftbar erklärt wird, als die Verwaltung nachweisen kann, daß höhere Gewalt oder eigenes Verschulden des Verunglückten vorliegt, tritt die Haftpflicht für die übrigen Betriebe erst dann ein, wenn seitens des Verletzten oder dessen Hinterbliebenen der Nachweis der Verschuldung des Unternehmers oder dessen Beamten mit Erfolg erbracht wird. Dies wurde aber den Geschädigten oder dessen Vertretern in den meisten Fällen schwer, so daß verhältnismäßig wenige der Wohlthaten dieses gutgemeinten Gesetzes theilhaftig wurden. Sehr oft entspannen sich kostspielige Prozesse zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter, welche Streitsachen gegenseitig verbitterten und den Verletzten oft statt Entschädigung hohe Kosten einbrachten. Die Verbesserungsbefürftigkeit des deutschen Haftpflichtgesetzes trat somit bald zu Tage.

Die Arbeiter selbst versuchten zu einem freilich geringen Theile schon ehedem sich durch genossenschaftliche Fürsorge zu helfen. Die Bergleute hatten von alter Zeit her ihre Knappschaftskassen zur Gewährung von freien Kurkosten, Krankenlohn, Sterbegeld, Invaliden- und sonstige gewerbliche Hilfskassen; diese erfuhren hauptsächlich auf Betreiben von Hirsch und Dunder 1876 gesetzliche Regelung und wurden bekanntlich später in den Rahmen unserer Krankenversicherung aufgenommen.

Die von dem praktischen Volkswirt Schulze-Delitzsch empfohlenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche dem Arbeiter die Möglichkeit der Theiligung an der kapitalistischen Produktionsweise und dessen Unternehmergewinn gewähren sollten, haben nicht das von ihnen Erwartete geleistet. Es hielt schwer, aus der Mitte der Arbeiter geeignete Betriebsleiter zu finden, und Mißwirtschaft der Letztern schädigte oft empfindlich die solidarisch haftbaren Theilhaber.

Schließlich wollen wir nicht verkennen, daß die von Staats und Gemeinde wegen geregelte Armenpflege und nicht minder wohlwollende Arbeitgeber sich in großem schätzenswerthen Umfange der in Noth gerathenen Arbeiter angenommen haben. Indes hat der soeben genannte Arbeiterfreund schon vor 40 Jahren mit Recht betont, daß dem Arbeiter-

stande durch eine mehr oder minder herabwürdigende Almosenwirtschaft dauernd nicht geholfen werden könne und dürfe. Eine solche würde „das Elend systematisch pflegen, anstatt es zu bekämpfen“. Vielmehr sei der Arbeiter unbeschadet seiner Sicherstellung durch gesetzlichen Schutz auf den Weg der Selbsthilfe zu verweisen.

3. Zustandekommen der deutschen Arbeitergesetzgebung.

Darüber, inwieweit der Staat zu Gunsten der Arbeiter selbstthätig eingreifen dürfe und solle, entbrannte inner- und außerhalb des Reichstages heftiger Streit. In dieser Körperschaft trat der grundsätzliche Unterschied in der Auffassung der socialen Frage zum erstenmal bei Gelegenheit des noch zu besprechenden Arbeiterschutz-Antrages des Grafen Galen (Centrum) im April 1877 zu Tage, wo der Abgeordnete Rickert den Antragstellern zurief: „Wie zwei verschiedene Welten stehen wir voneinander entfernt und können uns nicht verstehen.“ Das Eingehen auf derartige staatliche Fürsorge für den Arbeiter bezeichnete er als einen Rückgang in der Cultur-entwicklung. Auch mehrere unserer Volkswirtschaftslehrer, welche sich stets der arbeitenden Klassen angenommen hatten, empfahlen einzig und allein Selbsthilfe. Vor allem ist es Lujo Brentano, Professor der staatswissenschaftlichen Facultät in München, gewesen, welcher in zahlreichen Schriften dem deutschen Arbeiter mit einiger Einschränkung die englischen Gewerkvereine als mustergiltig und nachahmenswerth dahingestellt hat.

Zweifelsohne haben dieselben in ihrer Heimat eine hohe socialpolitische Bedeutung erlangt, indem sie durch festes Zusammenhalten der Mitglieder untereinander die Arbeitslöhne fast beständig auf einer dem Lebensunterhalt entsprechenden Höhe erhalten und günstigere Arbeitsbedingungen durchgesetzt haben. Der diesen Vereinen gemachte Vorwurf, daß dieselben die Hälfte der Unterstützungsgelder auf sogen. Geschenke während Arbeiterausständen verwenden, soll zudem in den letzten Jahren, nachdem gemeinschaftliche Einigungsämter Unternehmern und Arbeitern Gelegenheit zur friedlichen Verständigung geboten haben, nicht mehr so zutreffend sein als früher.

Dagegen hat sich in England mehrfach herausgestellt, daß infolge schwerer Aufnahmebedingungen in den Gewerkvereinen nur die Elite der Arbeiterschaft Platz findet. Die Ausgeschlossenen gehen somit der Wohlthaten dieser Selbsthilfe verlustig und bilden gewissermaßen einen fünften und letzten Stand, den des Arbeiterproletariats. Eine derartige Lösung der socialen Frage wäre doch einseitig und ungenügend. Weiterhin ist bei den englischen Gewerkvereinen bedenklich, daß sie sämtliche Unterstützungszwecke ungetrennt voneinander verfolgen, so daß der Austrittende außer seinem Anspruch an das sogen. Geschenk auch Krankengeld, Altersrente, Unfallentschädigung, Sterbegeld u. s. w. verliert. Brentano will daher dem Gewerkverein in Zukunft nur die Fürsorge für angemessene Lohnhöhe und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Arbeiterausständen, überlassen und befürwortet im übrigen vom Staate unabhängige, gewerblich gegliederte, über das ganze Reich sich erstreckende, für die einzelnen Unterstützungszwecke getrennt zu haltende Kassen. Der Eintritt in dieselben müsse freiwillig erfolgen; jedweder Zwang sei unsittlich; gerade der Arbeiterversicherungs-zwang und die staatliche Einmischung würden schlimme sociale Folgen haben.

Brentano stellt ferner die Forderung auf, daß der Arbeiter alle Versicherungsprämien lediglich aus seinem Lohne bestreiten müsse. Dieser müsse durch die Gewerksvereine auf eine solche Höhe gebracht werden, daß er die Selbstkosten der Arbeit, welche jene Versicherungsbeiträge in sich zu begreifen habe, vollständig zu decken vermöge. Wenn es einzelnen Industriezweigen nicht möglich sei, entsprechend hohe Löhne zu gewähren, so sei es besser, erstern durch Schutzzölle oder sonstige Prämien aufzuhelfen, als den Arbeiterstand durch staatliche Beihilfen, die das Gepräge der Armenunterstützung trügen, zu enttlichen.

Thatsächlich haben sich indes die verbündeten Regierungen auf den Standpunkt gestellt, daß sie die deutschen Arbeiter einer wirksamen Selbsthilfe in ihrer Mehrheit für nicht befähigt erachtet und daher staatliches Eingreifen für unumgänglich nöthig befunden haben. Im Laufe des verflossenen Jahrzehnts erstreckte sich nach zwei Hauptrichtungen hin ihre Fürsorge: erstens auf die Sicherstellung des Arbeiters gegen die üblen Folgen, welche Erkrankungen, Betriebsunfälle, frühzeitige Invalidität und Altersschwäche durch Lohnausfälle und durch die Kosten des Heilverfahrens für ihn und die Seinen mit sich bringen, also kurz gesagt auf die Arbeiterversicherung; zweitens auf die Erhöhung des beständigen Schutzes der Persönlichkeit und Sittlichkeit des Arbeiters, auf die Erhaltung seiner Gesundheit und Leistungsfähigkeit, auf die Beseitigung der diese körperlichen und geistigen Güter bedrohenden Gefahren, oder mit einem Wort auf den Arbeiterschutz im engeren Sinne.

Die zielbewußte Absicht, durch diese beiderseitigen, nothwendigerweise sich ergänzenden Maßnahmen einer friedlichen Lösung der Arbeiterfrage zuzustreben, ist in den beiden kaiserlichen Erlassen, in dem schon erwähnten unseres hochseligen Kaisers Wilhelm I. vom 17. November 1881 und in demjenigen Seiner Majestät unseres regierenden Kaisers vom 4. Februar 1890 (vgl. S. 14) vor aller Welt feierlich bekundet worden.

Zuvörderst sollte in den 80er Jahren die Idee der Arbeiterversicherung in den eben genannten drei Hauptzweigen verwirklicht werden.

Bekanntlich liegt einer jeden Versicherung der Gedanke zu Grunde, daß sich jemand gegen Zahlung einer Geldgebühr für den Fall des Eintrittes eines bestimmten Ereignisses für sich selbst oder für seine Angehörigen eine Hilfe in Geld oder Naturalleistungen sicherstellen will. Handelt es sich um die Fürsorge gegenüber schädigenden Ereignissen, wie Feuer, Hagelschlag, Viehseuchen, Untergang von Schiffen, Körperverletzungen, Krankheiten, so sprechen wir von Schaden- oder Sachversicherungen. Wird von Personen für den Todesfall oder für den Eintritt eines bestimmten Lebensalters die Zahlung eines Kapitals oder einer Rente ausbedungen, so liegt Personalversicherung vor. Der Zweck der Versicherung besteht darin, daß die Gefahr eines Vermögensverlustes oder die Unsicherheit, ob es möglich sein wird, zu einem gegebenen Zeitpunkt gewisse Kapitalien oder Renten erspart zu haben, dem Versicherten seitens des Versicherers abgenommen wird, welcher sich durch eine vielen Theilnehmern auf Grund statistischer Erhebungen auferlegte Risicoprämie schadlos hält. Der Ver-

sicherte erreicht gegenüber den möglichen Wechselfällen des menschlichen Lebens ein Gefühl der Sicherheit, welches ihn muthiger in die Zukunft blicken läßt, und erfährt beim Eintritt widriger Ereignisse den Segen der Versicherung direct an sich selbst.

Es bedarf wohl keines weitschweifigen Beweises, daß dem auf schwanken-
den Füßen stehenden Arbeiter unserer Tage und vor allem dem gewerb-
lichen eine Versicherung gegen mannigfache Gefahren ein außerordentlich
dringendes Bedürfnis ist. Bedenken wir doch, wie schwer manche Arbeiter-
familie durch natürliche Erkrankungen oder Körperverletzungen des Ernährers
und der mitverdienenden Angehörigen betroffen wird, wie hilflos unter
Umständen der alt und siech gewordene Arbeiter selbst dasteht, wie traurig
es mitunter mit den Hinterbliebenen bestellt ist, wenn nicht bei Zeiten reich-
lich vorgesorgt werden konnte! Vergewärtigen wir uns dem gegenüber,
wie schwierig es dem Arbeiter bei knappem Lohne ist, diese Fürsorge ohne
weiteres zu treffen, zumal wenn gerade der Einzelne von mehreren harten
Schicksalsschlägen heimgesucht wird! Drängt sich da nicht unwillkürlich
der Gedanke auf, daß einer für alle, alle für einen sparen sollten? In
der That ist solche gegenseitige Hilfe schon seit Jahrhunderten in den Innungs-
und Knappschafts-Genossenschaften geübt worden; aber die Einführung der
Arbeiterversicherung in größerem Maßstabe blieb der neuesten Zeit vorbehalten.
Wie schon eben angedeutet, wurde heftig darüber gestritten, ob und in-
wieweit der Staat auch hier eingreifen und namentlich ob er die Arbeiter
zwangsweise einer derartigen Versicherung unterwerfen solle.

Bereits im Jahre 1874 sind seitens verschiedener mit den Arbeiterverhält-
nissen vertrauten Persönlichkeiten Gutachten über etwaige Einrichtung von Alters-
und Invalidenkassen für Arbeiter abgegeben worden, so von dem Fabrikbesitzer
Fritz Kalle, damals Vorsitzender des Mittelrheinischen Fabrikvereins. Derselbe
verneinte auf Grund seiner praktischen Erfahrungen ganz entschieden, daß die
Mehrheit der Arbeiter derartigen Kassen freiwillig beitreten würde; nicht
einmal Beiträge zu einer Krankenkasse, deren Wohlthaten doch voraussichtlich
jedem Arbeiter ab und zu dienlich sein würden, wollten sich diese freiwillig ge-
fallen lassen. „Solange ich lebe,“ wurde Herrn Kalle erwidert, „kann ich mir
auch mein Brod verdienen, und sollte ich früh sterben, was aber gewiß nicht
geschieht (?), denn ich bin kräftig und gesund, so wird die Gemeinde für meine
Frau und Kinder schon sorgen.“ Wie häufig kommt es heutzutage noch immer
vor, daß die geringen Feuerversicherungsprämien gespart werden und nachher bei
Brandunglücken Hab und Gut vollständig in den Flammen aufgeht!

Angesichts solchen Leichtsinnes, sowie mangels an Voraussicht und Ehrgefühl
darf es uns nicht wunder nehmen, wenn die wohlmeinenden Hirsch-Dunderschen
Hilfskassen so geringen Anklang fanden und vor Inkrafttreten des Kranken-
versicherungsgesetzes in ganz Deutschland höchstens 25 000 Mitglieder zählten,
wenn sogar einige derartige Kassen zahlungsunfähig wurden. Ebenso ist es gewagt,
wenn Brentano dem deutschen Arbeiter freiwillige gewerbliche Versicherungskassen
als Muster hinstellt und sich dem Glauben hingibt, daß die Mehrzahl unserer
Arbeiter derartige Gelegenheiten benutzen würde.

Auch an dem Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber zweifelte Kalle stark,
da diese den verlangten Opfern an Mühe und etwaiger Lohnerhöhung größtent-

theils abhold wären; habe doch eine Reihe von Industriellen damals als angeblich triftigen Grund gegen Arbeiter-Pensionskassen unter völliger Verkennung der an den Lohn zu stellenden Ansprüche mit dünnen Worten „die Mehrbelastung der Industrie“ geltend gemacht. Es sei freilich sehr bedauerlich, daß die Arbeitgeber sich der Einsicht verschließen, daß die ihrerseits gebrachten Opfer durch anderweitige Vortheile reichlich aufgewogen würden. Der versicherte Arbeiter, der einer gesicherten Zukunft entgegensteht, habe einen weit größern moralischen Halt, mehr Ehr- und Pflichtgefühl und werde auch den Umsturzelehren der Socialdemokratie weniger zugänglich sein.

„Wenn nun aber“, so schloß Kalle, „weder aus der freien Entschließung der Arbeiter noch aus derjenigen der Arbeitgeber eine vollkommene und zeitige Befriedigung eines als dringend anerkannten Bedürfnisses zu erwarten ist, was bleibt dann übrig als der Zwang durch das Gesetz?“ Da die Gemeindevertretungen häufig nicht die gehörige Thatkraft besäßen, um derartige Kassen-einrichtungen durchzuführen, so müsse unbedingt der Staat die Errichtung von Versicherungskassen und den Eintritt in diese erzwingen.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der damalige Vergassessor Hiltrop aus Dortmund in einem die Arbeiterfrage in ihrem ganzen Zusammenhange scharf und geistvoll auffassenden Gutachten über den Versicherungszwang wie folgt:

„Die allgemeine Militärpflicht hat die Selbständigkeit des Staates, die Schulpflicht die geistige Bildung seiner Angehörigen geschaffen, die Versicherungspflicht entreißt sie dem Proletariat durch ihre Arbeit.“

Noch eine ganze Reihe hervorragender Theoretiker und Praktiker, z. B. Geh. Rechnungsrath Behm (Berlin), Bürgermeister Wolf (Großenhain), Oberbürgermeister Adickes (früher in Altona, jetzt in Frankfurt), Professor Dr. Wagener (Berlin) u. a. m. haben sich offen dahin ausgesprochen, daß die erwachsenen Unmündigen nöthigenfalls gegen ihren Willen zum Verständniß der Arbeiterversicherung geführt und der Wohlthaten derselben theilhaftig gemacht werden müßten.

Zu Gunsten der Umgestaltung des unzulänglichen Haftpflichtgesetzes zu einer auskömmlichen Unfallversicherung wurde zudem von Arbeiterfreunden, namentlich vom Abgeordneten Professor Dr. von Hertling, nachdrücklich betont, daß die heutige Industrie für die zahlreicher gewordenen Opfer ihrer gefährlichen Betriebe direct verantwortlich zu machen sei. Ebenso wurde auf die sichtliche Steigerung der sogen. Betriebskrankheiten hingewiesen, welche die Krankenversicherung der Arbeiter im höchsten Maße nothwendig gemacht hätten.

Erwähnen wir übrigens noch an dieser Stelle, daß Oberbürgermeister Adickes die oben wiedergegebenen pessimistischen Anschauungen und Befürchtungen Brentanos über die staatszerstörenden Wirkungen des Arbeiterversicherungszwanges als willkürliche Behauptungen zurückgewiesen hat. Seiner Meinung nach hat der genannte Schriftsteller die Folgen erörtert, welche dann eintreten können, wenn dieser Zwang und mit ihm zugleich noch eine Reihe anderer, zur Zeit noch ganz unbestimmter Pläne und Gedanken, namentlich sehr weitgehende Verstaatlichungen seitheriger Privatbetriebe durchgeführt werden. Auch wir theilen die Befürchtungen Brentanos nicht, glauben vielmehr, daß eine starke, vom Volkswillen getragene Monarchie die Unparteilichkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufrecht erhalten und Uebergriffen von einer der beiden Seiten mit Erfolg entgegengetreten wird. Wir befürchten auch keine Untergrabung der politischen Freiheit und der nationalen Gesittung, erhoffen vielmehr von der Sicherung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter und deren Schutz in Nothfällen eine heilsame Hebung ihres Selbstbewußtseins.

Bedenken wir zudem, daß gerade der Versicherungszwang zu jenen nach Hunderten, ja Tausenden zählenden solidarischen Genossenschaften führt, innerhalb welcher das Risiko und die Ausgaben auf sehr breite Schultern gelegt werden und daher den Einzelnen verhältnißmäßig wenig drücken. Sobald der Beitritt zu einer Versicherungskasse ins Belieben gestellt ist, sobald denselben eher schwächliche, kränkliche und ältere, als junge, kräftige beitreten, sobald überhaupt der Zugang an Versicherten kein beständiger ist, müssen zur Sicherung der Pensionsansprüche bedeutende Geldkapitalien mit Hilfe hoher Prämien aufgespeichert werden. Bei einer fortlaufend neue Mitglieder heranziehenden Zwangsversicherung mit normaler Altersabstufung bedarf es solcher Risicoprämien nicht; die Veranlagung wird übersichtlicher und die Versicherung arbeitet billiger.

Nicht aus bloßem Jagen. Unterthanenverstande, sondern aus voller Ueberzeugung können wir daher die Ansicht aussprechen, daß der bei uns in Deutschland eingeschlagene Weg der unter staatlicher Obergewalt stehenden gesetzlichen Zwangsversicherung bei uns der einzig mögliche und richtige war.

Schließlich dürfen wir nicht verabsäumen, einen großen allgemeinen Vortheil unserer deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung hervorzuheben, nämlich das in derselben überall beabsichtigte Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter. Hierüber drückt sich der Reichstagsabgeordnete Heye im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft folgendermaßen aus:

„In der Arbeiterversicherung ist der neutrale Boden gegeben, wo Arbeitgeber und Arbeiter zusammen rathen und thaten, sich die Hand reichen sollen für die Opfer der Industrie. In dieser praktischen Mitarbeit werden sich Vorurtheile und Mißverständnisse begleichen, werden sich Arbeitgeber und Arbeiter verständigen und achten lernen . . . Die deutschen Arbeitgeber haben auch im großen und ganzen noch Herz für ihre Arbeiter, und das kalte Manchesterthum hat vielleicht in der Theorie, aber nie in der Praxis allgemeine Anerkennung gefunden. Wir in Deutschland haben also gewiß keinen Grund, Arbeitgeber und Arbeiter, die doch nun einmal aufeinander angewiesen sind, in zwei Heerlagern zu organisiren, vielmehr muß uns die Gelegenheit willkommen sein, in der Fürsorge für den kranken, invaliden Arbeiter und seine Familie auch den Arbeitgeber zu engagiren. Wenn man eine Kampfesorganisation zum Zwecke der Vertheidigung der Interessen der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern für nothwendig erachtet, so beschränke man den Kampf auf die streitigen Gebiete (Löhne, Arbeitszeit). Die Arbeiter haben aber selbst wahrlich am wenigsten Grund, dieses Kampfgebiet weiter auszudehnen, als nothwendig ist. Die Arbeiterversicherung ist ein segensreiches Gebiet gemeinsamer Arbeit.“

Wie es noch vor einem Jahrzehnt mit den auf Arbeiterschutz hini zielenden Maßregeln bestellt war, haben wir oben in kurzen Umrissen geschildert. Von den arbeiterfreundlichen Parteien des Reichstages ist die oben erwähnte Ergänzung der Gewerbeordnung im Jahre 1878 nur als

eine Abschlagszahlung angesehen worden. Im März 1877 hatte der Abgeordnete Graf Galen die Nothwendigkeit staatlichen Eingreifens in der Arbeiterschutzfrage nachdrücklich betont. Unter Hinweis auf die dem Arbeiterstande drohenden Gefahren, auf dessen Ausbeutung in den kapitalistischen Betrieben, auf die Gefährdung des Wohles der heranwachsenden Generationen forderte er eine gänzliche Umgestaltung der Gewerbeordnung. Der in der Geschichte der Socialreform einen Wendepunkt bedeutende Antrag Galen lautete:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, noch im Laufe des Jahres die bereits unternommene Enquete über die Lage des Handwerker- und Arbeiterstandes unter Mitwirkung freigewählter Vertreter desselben in der Richtung der unter I bis III aufgeführten Punkte durchzuführen:

I. Dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869, unter Berücksichtigung folgender Punkte vorzulegen.

- a) Wirksamer Schutz des religiös-sittlichen Lebens der gesamten arbeitenden Bevölkerung (Sonntagsruhe);
- b) Schutz und Hebung des Handwerkerstandes durch Einschränkung der Gewerbefreiheit; Regelung des Verhältnisses der Lehrlinge und Gesellen zu den Meistern; Förderung corporativer Verbände;
- c) Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der in Fabriken arbeitenden Personen; Normativbestimmungen für die Fabrikordnungen; Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 14 Jahren in Fabriken; Schutz der Familie durch Beschränkung der Frauenarbeit in Fabriken;
- d) Einführung gewerblicher Schiedsgerichte unter Mitwirkung freigewählter Vertreter der Arbeiter;
- e) anderweitige Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über die concessionspflichtigen Gewerbe, insbesondere den Betrieb von Gast- und Schenkwirtschaften;

II. eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Freizügigkeit, sowie

III. des Gesetzes, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz u. s. w. vom 7. Juni 1871, in Bezug auf den Betrieb von Bergwerken und gewerblichen Anlagen zu veranlassen. (Unfallversicherung.)“

Ueber diese und einige ähnliche Anträge entspann sich im April 1877 im Reichstage eine äußerst lebhafte Debatte, welche, wie schon angedeutet, jedenfalls das Rad der Socialreform ins Rollen brachte. Die Geister plakten heftig aneinander, aber der Grundsatz, daß die Industrie sich ihrer Arbeiter und namentlich der beim Betrieb Geschädigten in höherem Maße als seither annehmen müsse, drang mehr und mehr durch. Auch die verbündeten Regierungen wandten der guten Sache allmählich gesteigertes Interesse zu. War in den 80er Jahren eine fruchtbringende gesetzgeberische Thätigkeit vorwiegend auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung entfaltet worden, so wurde die Arbeiterschutzfrage nicht in gleichem Maße gefördert, obwohl es an mehrfachen Versuchen der Conservativen, Centrumsmitglieder und der diese Parteien unterstützenden Socialdemokraten nicht gefehlt hatte. Die wohlwollenden Absichten zielten vor allem auf grundsätzliche Beseitigung

der Sonntagsarbeit, Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken, sowie auf Einführung von Gewerbegerichten, hatten aber nur hinsichtlich der an zweiter Stelle genannten Bestrebungen einigen Erfolg. Erst der kaiserliche Erlass vom 4. Februar 1890 brachte die Frage wieder in Fluß, insofern dem Reichstage alsbald ein Gesetzesentwurf, betreffend die Gewerbegerichte, zuzuging, welcher am 29. Juli 1890 Gesetz wurde. Trozdem die von Seiner Majestät dem Kaiser in Anregung gebrachte internationale Arbeiterschutskonferenz hinsichtlich der Regelung der Arbeit in Bergwerken, der Sonntagsarbeit, der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen und weiblichen Arbeitern zu einer gemeinsamen praktischen Bethätigung von Arbeiterschutzmäßigkeiten nicht geführt hatte, so verhinderte dies die verbündeten deutschen Regierungen nicht, mit weiteren Schutzmaßnahmen den Anfang zu machen und noch im Herbst 1890 dem Reichstage einen bezüglichen Gesetzesentwurf vorzulegen. Im Frühjahr 1891 wurde dieser nach langen und heftigen Debatten in zweiter und dritter Lesung festgestellt, und am 1. Juni 1891 erfolgte die Vollziehung des Gesetzes, dessen Bestimmungen wir im sechsten Kapitel eingehender darzustellen haben werden.

4. Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881.

„Schon im Februar dieses Jahres haben Wir unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig mit dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, der einst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In unsern darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

„In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Verathung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu theil werden können.

„Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letztern in der Form corporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde. Immerhin aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.“

5. Kaiserlicher Erlass an den Handelsminister vom 4. Februar 1890.

„Bei Meinem Regierungsantritt habe ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung Unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächern Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre sich angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiters bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weitem Ausbau der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, so weit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Form in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaft und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letztern Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabriken-Inspectionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat. Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staats-

rath unter Meinem Vorſitz und unter Zuziehung derjenigen ſachkundigen Perſonen zuſammentrete, welche Ich dazu berufen werde; die Auswahl der Experten behalte Ich Meiner Beſtimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältniſſe in dem von Mir beabſichtigten Sinne entgegenſtehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Induſtrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande ſich ergeben, eine hervorragende Stellung ein; Ich habe daher den Reichskanzler angewieſen, bei den Regierungen der Staaten, deren Induſtrie mit der unſrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zuſammentritt einer Conferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenze für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter geſtellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abſchrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R."

Zweites Kapitel.

Die Krankenversicherung.

A. Darstellung der einschlägigen Gesetze.

1. Vorbemerkungen.

Wenn die Noth am größten, muß die Hilfe am nächsten sein. Ist nicht aber der auf seinen Lohn angewiesene Arbeiter zu Zeiten der Krankheit am meisten in seiner Existenz gefährdet? Bisher wurde die Arbeiterfamilie in solchen Fällen thatsächlich oft hart betroffen, da nicht nur der Verdienst ausblieb, sondern außerdem Arzt und Apotheke zu bezahlen waren. Aus Mangel an Bargeld wurde der Arzt häufig zu spät oder gar nicht gerufen, wodurch die Krankheit nicht selten sich verschlimmerte und eher tödtlich verlief. Der Krankheit folgte meist Noth und Elend, der Arbeiter und die Seinigen verfielen der mehr oder minder entehrenden Armenpflege, und selten gelang es ihm nach längerer Krankheit, den frühern Wohlstand wieder zu erlangen. Wie aber soll dem Arbeiter geholfen werden? Nachdem wir uns bereits oben dahin geäußert, daß jedwede Almosenwirtschaft dem Arbeiterstande nicht dauernd helfen könne und dürfe, liegt es uns auch ob, daß durch Gesetz vom 6. Juni 1870 für den Norddeutschen Bund und später auf das gesamte Deutsche Reich, ausschließlich Bayern und Elsaß-Lothringen ausgesprochene Recht des Unterstützungswohnsitzes, dessen Neuregelung zur Zeit beabsichtigt ist, an dieser Stelle als eine dem Arbeiter wirksam dienende Hilfe in den Kreis unserer Erörterungen zu ziehen.

Dagegen müssen wir hier als der ersten Bestrebung, dem erkrankten Arbeiter Beistand zu leisten, der 1876 gesetzlich geregelten Hilfskassen gedenken. Den Gemeinden war damals das Recht gegeben worden, durch örtliche Statuten die Bildung solcher Kassen zum Zwecke der Krankenversicherung anzuordnen und diese für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter obligatorisch zu machen. Allein von dieser Befugniß haben die Gemeinden thatsächlich wenig Gebrauch gemacht. Infolgedessen trat häufig der Fall ein, daß Arbeiter bei Wohnungswechseln im andern Orte gar keine Hilfskasse

vorhanden und somit ihre Beiträge bis dahin unter Umständen umsonst gezahlt hatten. Konnten sie aber nach dem Umzuge wieder in eine Hilfskasse eintreten, so mußten sie erst während einer mehr oder minder langen Wartezeit Beiträge zahlen, bis sie von neuem unterstützungsberechtigt wurden. Kurzum: diese Klassen hatten, wie wir bereits in der Einleitung darlegten, nur geringe Erfolge aufzuweisen.

Ernstlichen Wandel schuf erst das Reichsgesetz vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, dessen Fürsorge zunächst nur die Arbeiter und Betriebsbeamte (unter 2000 Mark Jahreseinkommen) der gefährlichsten Gewerbe und der Handwerke zwangsweise unterworfen waren. Für eine Reihe anderer Arbeiterklassen wurde die Ausdehnung der Versicherung den Communalverbänden anheimgestellt. Das Gesetz vom 1. Juni 1884 hat das 1876er Hilfskassengesetz mit dem Krankenversicherungsgesetz in Einklang gebracht; ferner wurden durch dasjenige vom 28. Januar 1885 die Beziehungen der Hilfsklassen zu den übrigen Krankenkassen in betreff der Mitgliedschaft geregelt. Am 28. Mai desselben Jahres ist die Versicherungspflicht auf die 1883 nicht einbezogenen Transport- und einige sonstige Gewerbe ausgedehnt worden. Das Gesetz vom 5. Mai 1886 traf noch einige Bestimmungen für den Fall der statutarischen Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Im Winter 1891/92 beschäftigte sich der Reichstag mit einer Novelle zum 1883er Reichsgesetz. Nachdem ein früher genommener Anlauf nach dieser Richtung hin nicht zum Ziele führte, wurde im März 1892 die Verathung über diese Gesetzesabänderung im Reichstage in dritter Lesung nicht ohne großen Widerstreit der Meinungen zu Ende geführt. Bei den ausschlaggebenden Parteien war das Bedürfniß und der Wille vorhanden, auf Grund zu Tage getretener Unvollkommenheiten des seitherigen Krankenversicherungsgesetzes dieses nach mehreren Seiten hin umzugestalten, und es blieb daher, wie in den letzten Jahrzehnten schon manches Mal, nichts übrig, als sich auf dem Wege gegenseitiger Zugeständnisse über die wichtigern Punkte zu einigen.

Da die nach Zustimmung des Bundesrathes am 10. April 1892 als Reichsgesetz unter dem neuen Titel „Krankenversicherungsgesetz“ in dem neuen Wortlaute veröffentlichte Novelle am 1. Januar 1893 in Kraft tritt, so werden wir die nachfolgende Darstellung auf diese zu gründen haben.

Wir brauchen daher in diesen Vorbemerkungen auf diese Neuierung nicht weiter einzugehen; dagegen wollen wir an dieser Stelle noch die Schwierigkeiten erwähnen, welche hinsichtlich Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter entstanden sind.

Es fiel das Wort, Wohlfahrt dürfe nicht zur Plage werden. Seitens der Landwirthe im Reichstage wurde darauf hingewiesen, daß in vielen deutschen Gauen die landwirtschaftlichen Arbeiter zu ihrem Gutsherrn noch heute in einem patriarchalischen Verhältnisse ständen; erstere bekämen zwar in gesunden Tagen mäßige Geldlöhne, indes nebenbei verschiedenartige Naturalleistungen von nicht zu unterschätzendem Werth; in Krankheitsfällen hätten sie im ganzen ge-

nommen genügende Unterstützung zu gewärtigen, zumal die Naturalgaben in der Regel fortbeständen. So wenig Veranlassung vorlag, in diese nicht ungünstigen Verhältnisse einzugreifen, so glaubte man andererseits, der Mehrzahl der annähernd 8 Millionen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten die Wohlthaten des Krankenversicherungsgesetzes zugänglich machen zu sollen. Man verhehlte sich nicht, daß auf vielen größeren Gütern das gerühmte innige Verhältniß zwischen Gutsbesitzer und Arbeiter bereits gelockert worden ist, und daß landwirtschaftliche Absatzkrisen die Lage des Arbeiters im allgemeinen schwieriger und unbeständiger gestaltet haben. Aus diesem Grunde hat der Abgeordnete von Rauchhaupt im Jahre 1887 im preussischen Landtage die in der Provinz Sachsen meistens erfolgte Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter allgemein aufs wärmste anempfohlen. Auch hat jüngst Kreisphysikus Dr. Richter für die anscheinend recht betrübten ländlichen Arbeiterverhältnisse im Kreise Groß-Wartenberg in Oberschlesien die Krankenversicherung als dringend nothwendig bezeichnet; er schildert den Gesundheitszustand der in feuchten Wohnungen nothdürftig untergebrachten Arbeiter, welche sich bei nur sechsstündiger Nachtruhe kärglich von Kartoffeln und Kraut nähren, als sehr schlecht und verlangt bestimmte Abhilfe.

Zudem war zu berücksichtigen, daß durch die Einführung zahlreicher Maschinen die Gefahr körperlicher Verletzungen, welche, wie wir sehen werden, im Falle kürzerer als 13wöchiger Arbeitsunfähigkeit nicht durch das Unfallversicherungs-gesetz entschädigt werden, in den letzten Jahrzehnten erheblicher geworden ist.

Die forstwirtschaftlichen Arbeiter im besondern sind bekanntlich während des Holzhauereibetriebes in hohem Maße gefährdet und dies namentlich in Gebirgs-waldungen. Sie unterliegen auch, da die Winterfällung im allgemeinen vorwiegt und sie jedenfalls häufig bei ungünstiger Witterung draußen arbeiten, viel mehr als Stubenarbeiter gefährlichen Erkältungskrankheiten. Ihre Einbeziehung in die Krankenversicherung ist daher um so dringender geboten, als diese Arbeiter größtentheils oft den Arbeitgeber wechseln und daher kaum an einer bestimmten Stelle ohne weiteres Krankenunterstützung zu hoffen haben. Freilich sind früher verunglückten Holzhauern von seiten mancher Waldbesitzer Unterstützungen zu theil geworden, und in einigen Revieren waren für ständige Waldarbeiter bereits Krankenkassen eingerichtet; indes war für die große Mehrzahl der forstwirtschaftlichen Arbeiter in Krankheitsfällen nicht genügend Sorge getragen.

Das Reichsgesetz vom 5. Mai 1886 trägt den in den land- und in einigen Gegenden auch in den forstwirtschaftlichen Betrieben obwaltenden Sonderverhältnissen der Naturallohnung gebührende Rechnung: es befreit solche Arbeiter, welchen seitens ihres Arbeitgebers eine gleiche Fürsorge wie die durch das Kranken-versicherungs-gesetz gewährte zu theil wird, auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht, selbst wenn diese durch Ortsstatut eingeführt ist. In denjenigen Fällen, wo dem Arbeiter während 13wöchiger Krankheit Naturalleistungen (Wohnung, Ländereibemerkung, Feuerung u. dgl.) vom Werthe des Krankengeldes weiter gewährt wird, sind bloß die Kurkosten durch entsprechend verminderte Beiträge sicherzustellen.

Das eben genannte Gesetz enthält übrigens in seinem ersten, die Unfallversicherung betreffenden Theil eine Bestimmung, welche den Gemeinden zur Ausübung des Versicherungszwanges über die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Anlaß gibt. § 10 des ersten legt nämlich bei Betriebsunfällen, die diesen Arbeitern zustoßen, für die ersten 13 Wochen die Kurkosten den Gemeinden auf, falls der Verletzte nicht gegen Krankheit versichert ist. Sobald die Gemeinden die Versicherungspflicht statutarisch aussprechen, sind sie der eben erwähnten Fürsorge enthoben.

2. Umfang der Krankenversicherung.

a) Versicherungszwang.

Derselbe ist durch das Ausdehnungsgesetz vom Jahre 1885 und die Novelle von 1892 gegenüber dem 1883er Reichsgesetz erweitert worden, so daß die nachfolgende Aufzählung die vom 1. Januar 1893 ab betroffenen Betriebe umfaßt. In ersterer sind die erst durch die Novelle einbezogenen Arten durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Allgemein gesagt, sind die nicht selbstständigen, gegen Gehalt, Lohn oder Naturalbezüge beschäftigten Arbeiter einschließlich der Betriebsbeamten bis zu $6\frac{2}{3}$ Mark Tagesverdienst bzw. 2000 Mark Jahresverdienst insoweit versicherungspflichtig, als es sich nicht um eine vorübergehende, auf den Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkte Arbeit handelt.

Der Versicherungszwang bezieht sich innerhalb dieser Grenzen auf folgende Betriebe und Gewerbe:

1. Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüche und Gruben, Fabriken und Hüttenwerke, Eisenbahn-, Binnenschiffahrts- und Baggerei-Betriebe, Werft- und Bauarbeiten;
2. das Handelsgewerbe, Handwerk und sonstige stehenden Gewerbebetriebe;
3. die Geschäftsbetriebe der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten;
4. Betriebe, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, sofern diese Verwendung nicht ausschließlich in vorübergehender Benutzung einer nicht zur Betriebsanlage gehörenden Kraftmaschine besteht.

Personen, welche in irgend einem Betriebe der Post-, Telegraphen-, Marine- und Heeresverwaltung beschäftigt sind, unterliegen gleichfalls der Versicherungspflicht; Handlungsgehilfen und Lehrlinge dann, sofern durch Vertrag die ihnen nach Artikel 60 des deutschen Handelsgesetzbuches zustehenden Rechte aufgehoben oder beschränkt sind. Jenem zufolge hat ein Handlungsgehilfe, welcher durch unverschuldetes Unglück an der Leistung seines Dienstes zeitweise verhindert wird, für 6 Wochen Anspruch auf Weitergewährung von Gehalt und Unterhalt. Da bedrängte Stellensucher nicht selten auf diese Vergünstigung nothgedrungen verzichten, so erfolgte gelegentlich der 1892er Novelle die bedingungsweise Einbeziehung dieser Personen.

b) Der Versicherungszwang kann durch Gemeinde- oder Bezirksstatut ausgedehnt werden:

1. auf vorübergehend beschäftigte Arbeiter,
2. auf in Gemeindebetrieben beschäftigte Personen, welche sonst nicht versicherungspflichtig wären,

3. auf Angehörige eines Unternehmers, welche nicht auf Grund eines Arbeitervertrages beschäftigt sind,

4. auf die in der sogen. Hausindustrie thätigen Personen,

5. auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge, so weit sie nicht gesetzlich versicherungspflichtig sind,

6. auf die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte.

c) In staatlichen, gesetzlich nicht versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigte Arbeiter können durch die Centralbehörde in die Krankenversicherung einbezogen werden.

d) Berechtigt, der Gemeinde-Krankenversicherung beizutreten, sind Dienstboten (deren zwangsweise Einbeziehung bei Verathung der Novelle abgelehnt wurde) und nicht versicherungspflichtige Arbeiter und Betriebsbeamte bis zu 2000 Mark Jahreseinkommen.

e) Von der Versicherungspflicht ausgenommen sind Staats- und Communalbeamte, für welche im Erkrankungsfall für 13 Wochen gesorgt ist, desgleichen nach der Novelle Personen des Soldatenstandes.

An dieser Stelle möge Erwähnung finden, daß nach seitheriger Praxis auch die von Behörden beschäftigten Handwerker, so weit sie im übrigen selbständig arbeiten, ferner arbeitende Strafgefangene, auch Bühnenkünstler u. dgl. als nicht versicherungspflichtig angesehen worden sind. Die Gehilfen und Lehrlinge in den Apotheken sind in der Novelle ausdrücklich von der Versicherung ausgeschlossen worden.

f) Auf eigenen Antrag waren schon seither von derselben befreit Personen, welche im Krankheitsfalle 13wöchige Fürsorge seitens des Arbeitgebers zu gewärtigen haben; die Novelle verlangt, daß dessen Leistungsfähigkeit gesichert sein muß.

Beschränkt erwerbsfähige Personen waren vor Erlaß der Novelle gesetzlich stillschweigend als versicherungspflichtig zu betrachten; erstern ist die Aufbringung der Krankenkassenbeiträge oft schwer geworden; auch haben sie zuweilen keine Arbeit gefunden, weil der Arbeitgeber sein Beitragsdrittel auszugeben scheute. Nach der Novelle können daher solche verletzte oder gebrechliche Personen auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden, wenn der unterstützungspflichtige Armenverband damit einverstanden ist.

In ähnlicher Weise können von 1893 ab Lehrlinge auf Antrag ihrer Arbeitgeber befreit werden, sobald diese die Krankenfürsorge im gesetzlichen Umfange übernehmen.

3. Organisation der Krankenversicherung.

a) Gesetzlich zulässige Krankenkassen.

α) Gemeinde-Krankenversicherung.

Für alle versicherungspflichtigen Personen, welche nicht einer der nach genannten Krankenkassen angehören, tritt ohne weiteres die Gemeinde-Krankenversicherung derart ein, daß sie den in ihrem Bezirke (Bann, Gemarkung) beschäftigten Arbeitern im Erkrankungsfall die gesetzliche Unter-

stützung gewährt. Wie bereits erwähnt, sind die Dienstboten und sonstige nicht versicherungspflichtige Arbeiter berechtigt, dieser Versicherung beizutreten.

In Gemeinden, in denen für sämtliche versicherungspflichtige Arbeiter anderweitige Krankenkassen bestehen, fällt erstgenannte Versicherung weg. So hat man z. B. in Elsaß-Lothringen die Gemeinde-Krankenversicherung nirgends einzurichten brauchen, anderwärts, z. B. in Bayern, Baden, hat sie sich an bestehende Krankenpflegeverhältnisse angeschlossen.

β) Orts-Krankenkassen.

Solche können seitens der Gemeinden für mindestens hundert Arbeiter derselben oder auch mehrerer einzelner, in den Gemeindebezirken vorhandener Gewerbszweige oder Betriebsarten errichtet werden mit der Maßgabe, daß die in letztern beschäftigten Personen bei Vorhandensein von mehr als hundert Arbeitern vor Bildung gemeinsamer Orts-Krankenkassen befragt werden müssen. Wird Widerspruch erhoben, so entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde.

Durch deren Anordnung kann die Gemeinde zur Bildung berufslich getrennter oder gemeinsamer Ortskassen gezwungen werden, wenn diese von der Hälfte der in den einzelnen Betriebsarten beschäftigten Personen beantragt wird und mindestens hundert beitreten.

Beträgt die Zahl der in einer Berufsart Beschäftigten weniger als hundert, so kann die Bildung einer besondern Kasse gestattet werden, sobald die dauernde Leistungsfähigkeit gewährleistet wird.

Nach der Novelle sind die Gemeinden von jetzt ab berechtigt, Berufsarten, für welche eine Ortskasse nicht besteht, einer solchen zuzuweisen, wobei auf deren Verwandtschaft Rücksicht genommen werden soll.

Die Gewerbszweige und Betriebsarten, für welche eine Orts-Krankenkasse errichtet wird, sind im Kassenstatut zu bezeichnen; es können mehrere Gemeinden zusammen eine Kasse errichten.

Ueber die Schließung oder Auflösung einer Orts-Krankenkasse enthalten die §§ 47, 48, 48 a des Krankenversicherungsgesetzes nähere Bestimmungen.

γ) Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen.

Betriebs-Krankenkassen sind solche, welche für einen oder mehrere versicherungspflichtige Betriebe in der Weise errichtet werden, daß die darin beschäftigten Personen zum Beitritt durch den Arbeitsvertrag verpflichtet werden.

Ein Unternehmer, welcher in einem Betriebe oder in mehreren mindestens fünfzig dem Krankenversicherungszwange unterliegende Personen beschäftigt, ist zur Errichtung einer solchen Kasse berechtigt, auf Anordnung der höhern Verwaltungsbehörde sogar verpflichtet. Ist ein Betrieb mit einer besondern Krankheitsgefahr verbunden, so kann der Unternehmer auch bei geringerer Arbeiterzahl zur Errichtung einer Kasse angehalten werden. Letztere darf bei weniger als fünfzig Arbeitern im Falle nachgewiesener Leistungsfähigkeit zugestanden werden. Ueber Schließung oder Auflösung von Betriebskassen vgl. § 68 des Krankenversicherungsgesetzes.

d) Bau-Krankenkassen.

Für die bei Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich- und Festungs- bauten, sowie in andern vorübergehenden Baubetrieben beschäftigten Personen haben die Bauherren auf Anordnung der höhern Verwaltungsbehörde Bau-Krankenkassen für die Dauer dieser Arbeiten zu errichten, wenn sie zeitweilig eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigen. Ueber Schließung oder Auflösung vgl. § 72 genannten Gesetzes.

e) Innungs-Krankenkassen.

Solche sind die für Gesellen und Lehrlinge einer Innung errichteten Kassen, welche durch das Reichsgesetz vom 18. Juli 1881 neu geregelt worden sind.

Nach der Novelle werden nach Errichtung einer Innungs-Krankenkasse die von Innungsmitgliedern beschäftigten versicherungspflichtigen Personen ohne weiteres Mitglieder der erstern, so weit sie nicht einer anerkannten Hilfskasse beigetreten sind.

Nach seitheriger Gesetzesauslegung brauchen Arbeiter, die bei Innungs- meistern arbeiten, nicht selbst der Innung anzugehören.

f) Knappschaftskassen.

Da wir diese für die Bergwerke bestehenden Sondereinrichtungen im weiteren Verlaufe unserer Darstellung nur flüchtig berühren werden, so mögen an dieser Stelle einige Bemerkungen über diese zum Theil schon seit Jahrhunderten wirkenden Kassen gegeben werden.

Die neuere Gesetzgebung hatte bereits die Bildung solcher Kassen (z. B. in Preußen 1854) allgemein derart vorgeschrieben, daß alle Arbeiter beitreten müssen. Die Verwaltung erfolgt durch einen Vorstand, der sich zu gleichen Hälften aus Werkbesitzern und Bergleuten zusammensetzt und unter Aufsicht der Bergbehörde steht. Die Kasse soll die Mitglieder versichern auf den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Todes (Beitrag zu den Begräbniskosten, Wittwen- und Waisenpensionen). Die Höhe der gewährleisteten Renten wächst mit der Dauer der Mitgliedschaft. Die unständigen Mitglieder haben auf Pension keinen Anspruch. Die Arbeitgeber müssen mindestens ein Drittel der Beiträge beisteuern.

1885 bestanden in Preußen in 1974 Bergwerken 81 Knappschaftsvereine mit 334 553 Mitgliedern, von welchen die kleinere Hälfte nur minderberechtigt war. Die Einnahmen und Ausgaben betrugen 1885 rund je 17 Millionen Mark, also etwa 50 Mark auf den Kopf oder fast 1 Mark auf die Woche; außerdem war ein Vereinsvermögen von insgesamt 26 Millionen Mark vorhanden. Die Anzahl der unterstützten Invaliden belief sich auf 28 133, die der Wittwen auf 30 755, die der Waisen auf 56 471.

Nach den Angaben von Htze kamen 1885 bei der Bismarckknappschaft — benannt nach dem südlich von Aachen entspringenden Flüsschen Bismarck — auf 6235 active Mitglieder 367 806 Mark Ausgaben, also 59 Mark auf den Kopf. Hiervon entfallen auf Krankenkosten 13,4 Mark, auf Unfallentschädigung 10 Mark, auf Invaliden-, Wittwen- und Waisenunterstützung 35,6 Mark. Es betrugen die Invalidenrenten durchschnittlich 260 Mark, die Wittwen- und Waisenunterstützungen 149 bzw. 44 Mark.

1887 zählten die deutschen Knappschaftskassen 368 727 Mitglieder, es wurden unterstützt 27 924 Invaliden, 30 049 Wittwen, 52 178 Waisen.

Für die Mitglieder der Knappschaftskassen tritt weder die Gemeinde-Krankenversicherung, noch die Verpflichtung zum Beitritt in eine andere gesetzliche Krankenkasse ein.

7) Hilfskassen.

Wie schon in der Einleitung erwähnt, erfuhren die sogen. eingeschriebenen Hilfskassen bereits durch Reichsgesetz vom 7. April 1876 Anerkennung und Regelung; die betreffenden Bestimmungen wurden durch Reichsgesetz vom 1. Juni 1884 mit denjenigen des 1883er Krankenversicherungsgesetzes in Einklang gebracht. Außerdem gab es schon früher auf Grund landesherrlicher Vorschriften errichtete Hilfskassen.

§ 75 des 1883er Gesetzes besagte, daß für Mitglieder solcher Hilfskassen weder die Gemeinde-Krankenversicherung eintreten, noch die Verpflichtung zum Eintritt in eine andere gesetzliche Krankenkasse vorliegen sollte, falls jene Kassen ihren Mitgliedern mindestens diejenigen Leistungen gewährten, welche die Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, nach Maßgabe des § 6 des 1883er Gesetzes von der Gemeinde-Krankenversicherung bestreiten mußte. Diejenigen Kassen, welche freie ärztliche Behandlung und Arznei nicht darboten, genügten nach § 75 dieser Bedingung durch Gewährung eines Krankengeldes von drei Viertel des ortsüblichen Tagelohnes.

An Stelle dieses die Sonderverhältnisse der eingeschriebenen und landesherrlichen Hilfskassen berücksichtigenden Paragraphen sind durch die Novelle vier neue §§ 75, 75 a, 75 b und 76 eingefügt worden, welche die Thätigkeit der beiden Arten von Hilfskassen in einschneidender Weise beeinflussen werden. Der neue § 75 verlangt, daß dieselben mindestens diejenigen Leistungen gewähren, welche dem Versicherungspflichtigen durch die Gemeinde seines Beschäftigungsortes unter Zugrundelegung des für diesen maßgebenden ortsüblichen Tagelohnes zu theil werden würden. Begibt sich ein Hilfskassenmitglied an einem Orte in Beschäftigung, an welchem das von seiner Kasse gewährte Krankengeld hinter dem der Gemeinde-Krankenversicherung zurück bleibt, so muß ein solches binnen 14 Tagen in eine anderweitige vollgiltige Krankenkasse eintreten. Obige Vergünstigung, an Stelle freier ärztlicher Behandlung und Arznei ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes verabsolgen zu dürfen, ist im allgemeinen in Wegfall gekommen; diese Bestimmung ist nur gegenüber solchen Hilfskassenmitgliedern bestehen geblieben, welche gleichzeitig der Gemeinde- oder einer sonstigen Krankenversicherung angehören. Der neue § 75 a trifft darüber Bestimmung, daß den Hilfskassen über ihre Erfüllung des § 75 amtliche Bescheinigungen auszustellen sind; 75 b und 76 regeln etwaige Streitigkeiten der Hilfskassen mit den andern gesetzlichen Kasseneinrichtungen.

Die eben genannten Abänderungen des alten § 75 haben im Reichstage zu lebhaften Debatten geführt. Dr. Hirsch, der Gründer der freien

Hilfskassen, sprach die Befürchtung aus, daß diese durch die erhebliche Verschärfung der Ansprüche an ihre Vollgiltigkeit auf den Aussterbeetat gesetzt würden, und versuchte wenigstens durchzusetzen, daß die Hilfskassen den gesetzlichen Leistungen genügen, wenn sie in Gemeinden, in deren Bezirk weniger als zwanzig Mitglieder beschäftigt sind, an Stelle ärztlicher Behandlung und Arzneien die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewähren. Allein die Stimmung der Mehrheit ging gegen jedwede Bevorzugung der Hilfskassen, und der Antrag des Dr. Hirsch fiel.

Jedenfalls waren die Hilfskassenmitglieder bis jetzt gegenüber andern Versicherten oft im Nachtheil. Aus den statistischen Erhebungen ergibt sich, daß die Ausgaben der organisirten Kassen für Arzt und Apotheker größer sind als die für Krankengeld; daß also ein Viertel des Tagelohnes oder die Hälfte des Krankengeldes für erstere Ausgaben kein genügender Ersatz sein konnte. In vielen Fällen wurde sicherlich auch das Geld von den Versicherten eingestekt, ohne daß sie sich an den Arzt wandten, oder es mag die ärztliche Hilfe zu spät nachgesucht worden sein. Immerhin hätte man es mit dem im ganzen den gesamten Tagelohn als Krankengeld bietenden Antrage Hirsch in den bezeichneten Ausnahmefällen wohl versuchen können. Unläugbar wird es den Hilfskassen schwer werden, das Krankengeld in solcher Höhe festzusetzen, daß es an den einzelnen Beschäftigungs-orten mit wechselnden ortsüblichen Tagelöhnen über den Reichnissen der Gemeinde-Krankenversicherung steht; und noch größere Schwierigkeiten wird einer weitverbreiteten Hilfskasse die örtliche Regelung der ärztlichen Behandlung bereiten. Wie sich unter diesen Umständen das Hilfskassenwesen in Zukunft gestalten wird, läßt sich noch gar nicht absehen. Unseres Erachtens werden sich zahlreiche Mitglieder den Orts-Krankenkassen zuwenden.

b) Erwerbung und Aufgebung der Mitgliedschaft.

Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte versicherungspflichtige Person, für welche die Gemeinde-Krankenversicherung eintritt, oder welche einer Orts-Krankenkasse zugehört, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung bei der Gemeindebehörde oder der betreffenden Kassensammelstelle anzumelden. Im Vermeidungsfalle haben sie nicht allein Strafe zu gewärtigen, sondern sie müssen auch für sämtliche Aufwendungen der Kassen aufkommen, die dieselben im Erkrankungsfalle dem gesetzlich Versicherungspflichtigen auch bei verabsäumter Anmeldung leisten würden. Ist an einem Orte für einen bestimmten Betriebszweig eine Orts-Krankenkasse errichtet, so müssen die in einem solchen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen Mitglieder derselben werden, falls sie nicht nachweislich einer gesetzlich anerkannten Hilfskasse beigetreten sind. Dasselbe gilt in ähnlicher Weise für solche Versicherungspflichtige, welche auf Grund ihres Arbeitsvertrages einer Betriebs-, Bau-, Innungs- oder Anknappschafftskasse angehören.

Für Personen, welche wechselnd in verschiedenen Gemeindebezirken beschäftigt sind, gilt als Beschäftigungsort der Sitz des Betriebes.

Erwähnenswerth ist noch, daß zufolge § 142 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vorwiegend in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gegen Lohn beschäftigte, nicht zu einem bestimmten Arbeitgeber in dauerndem Arbeitsverhältniß stehende Personen auch für die Zeit, in welcher sie nicht gegen Lohn beschäftigt sind, statutarisch der Krankenversicherung unter gewissen Bedingungen ständig überwiesen werden können.

Streitigkeiten zwischen Krankenkassen über die Frage der Zugehörigkeit versicherungspflichtiger Personen sollen in erster Instanz von der höhern Verwaltungsbehörde, in zweiter durch die Centralbehörde entschieden werden.

Nicht versicherungspflichtige Personen haben das Recht, den für ihre Beschäftigung maßgebenden Krankenkassen durch schriftliche oder mündliche Anmeldung bei der vorgeschriebenen Meldestelle beizutreten. Indes dürfen die Kassen derartige Personen einer ärztlichen Untersuchung unterziehen und im Falle einer festgestellten Krankheit ablehnen.

Für die Gemeinde-Krankenversicherung, desgleichen für Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskassen gilt ferner die Bestimmung, daß Mitglieder, welche aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer solchen übergehen, vermöge welcher sie einer andern Kasse beitreten müssen, so lange Mitglieder der bisherigen Kasse bleiben können, als sie sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhalten. Die dahin gehende Absicht ist dem Kassenvorstande binnen Wochenfrist anzuzeigen; die Zahlung der Kassenbeiträge wird damit als gleichbedeutend angesehen.

Versicherungspflichtigen Personen ist der Austritt aus vorbezeichneten Kassen nach dreimonatlicher Kündigung mit Schluß des Rechnungsjahres zu gestatten, wofern sie vorher nachweisen, daß sie Mitglieder einer andern gesetzlich anerkannten Kasse geworden sind. Die Mitgliedschaft nicht versicherungspflichtiger Personen erlischt, wenn sie an zwei aufeinanderfolgenden Zahlterminen im Rückstand bleiben.

Wegen wiederholter betrügerischer Schädigung der Kassen konnten seither Mitglieder ausgeschlossen werden, welche Bestimmung die Novelle nicht beibehalten hat; dieselbe hat ganze oder theilweise Nichtbewilligung des Krankengeldes an die Stelle gesetzt.

Die Mitgliedschaft bei den Hilfskassen regelt sich hinsichtlich Ein- und Austritts nach deren Statuten; die Anmeldung hat nicht durch den Arbeitgeber, sondern durch den zu Versichernden selbst zu erfolgen.

c) Kassenverwaltung; Versicherungsbeiträge.

a) Gemeinde-Krankenversicherung.

Diese wird unentgeltlich vom Gemeindevorstande derart verwaltet, daß die Kassengeschäfte getrennt von der Verrechnung der übrigen Gemeindegelder geführt werden. Alljährlich ist an die höhere Verwaltungs-

behörde der Jahresabschluß einzureichen, gleichzeitig ein Bericht über die Krankheitsverhältnisse.

Die von der Gemeinde zu erhebenden Versicherungsbeiträge sollen in der Regel $1\frac{1}{2}\%$ des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigen, können aber erforderlichenfalls auf 2% erhöht werden; dieses ist nur bei einem Zehntel der Gemeinde-Krankenversicherungen geschehen. Ueberschüsse sind zur Ansammlung eines Reservefonds zu verwenden; im Falle der Unzulänglichkeit der Barmittel hat die Gemeinde Vorschüsse zu leisten.

Mehrere Gemeinden können sich zu gemeinsamer Gemeinde-Krankenversicherung vereinigen.

3) Orts-Krankenkassen.

Solche sind mit dem Rechte der Selbstverwaltung ausgestattete Verbände, welche unter ihrem Namen Rechte erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden können und für alle ihre Verbindlichkeiten mit dem Kassenvermögen haften. Ihre Thätigkeit wird durch ein von der höhern Verwaltungsbehörde zu genehmigendes Kassenstatut geregelt, welches über folgende Punkte Bestimmung zu treffen hat:

1. über die Mitgliederklassen,
2. über Art und Umfang der Unterstützungen,
3. über die Höhe der Beiträge,
4. über die Bildung und Thätigkeit des Vorstandes,
5. über Berufung und Befugnisse der Generalversammlung,
6. über Statutenänderung,
7. über Aufstellung und Prüfung der Jahresrechnung.

Die von der Generalversammlung gewählten Vorstandsmitglieder üben ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich aus und vertreten die Kasse; sie haften derselben, ebenso wie der Rechnungsführer, für pflichtgemäße Verwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

Der Generalversammlung muß vorbehalten bleiben:

1. die Abnahme der Jahresrechnung und die Befugniß, dieselbe vorgängig durch einen besondern Ausschuß prüfen zu lassen;
2. die Verfolgung von Ansprüchen gegen Vorstandsmitglieder;
3. Statutenänderungen.

Bei Orts-Krankenkassen mit über 500 Mitgliedern besteht die Generalversammlung nur aus Vertretern. Den Arbeitgebern steht jedenfalls nicht mehr als ein Drittel der Stimmen zu.

Die Versicherungsbeiträge sollen in der Regel 2% des durchschnittlichen Tagelohnes nicht übersteigen, können aber, wenn nöthig, bis zu 3% erhöht werden. Außerdem kann ein Eintrittsgeld erhoben werden.

Die Orts-Krankenkassen haben einen Reservefonds vom Betrage einer Jahresausgabe anzusammeln, um bei etwaigen Epidemien oder sonstwie gesteigerten Anforderungen über hinreichende Mittel zu verfügen.

Mehrere Gemeinden können eine gemeinsame Orts-Krankenkasse unterhalten, und mehrere der letztern wiederum dürfen sich innerhalb eines Aufsichtsbezirkes zu einem Verbande vereinigen, um gemeinschaftliche Beamte anzustellen, gemeinsame Verträge mit Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern u. s. w. abzuschließen, gemeinsame Heilanstalten zu errichten. Nach der Novelle ist sogar die gemeinsame Bestreitung der Krankenkosten bis zur Hälfte zulässig.

Die Aufsichtsbehörde (in Städten über 10 000 Einwohner die Gemeindebehörde, sonst der Landrath, Kreisdirector, Amtmann) überwacht die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann die Vorstandsmitglieder durch Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten.

γ) Betriebs- (Fabrik-) und Bau-Krankenkassen.

Für diese gelten im allgemeinen die eben genannten Bestimmungen; indes kann das durch den Betriebsunternehmer zu errichtende Statut diesem selbst oder einem Vertreter desselben den Vorsitz im Vorstande und in der Generalversammlung vorbehalten. Die Rechnungs- und Kassenführung ist unter Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers wahrzunehmen, welcher erforderlichenfalls zur Deckung der laufenden Ausgaben Zuschüsse zu leisten hat.

δ) Innungskassen.

Die Statuten derselben schließen sich denjenigen der Orts-Krankenkassen an; der Innungsausschuß hat Normalstatuten ausgearbeitet, welche sich gleichzeitig an die Gewerbeordnung anlehnen.

ε) Hilfskassen.

Die Statuten der eingeschriebenen Hilfskassen richten sich nach den Reichsgesetzen vom 7. April 1876 und vom 1. Juni 1884; erstere müssen Bestimmungen treffen:

1. über Namen, Sitz und Zweck der Kasse,
2. über den Beitritt und Austritt der Mitglieder,
3. über die Höhe der Beiträge, welche nach Maßgabe des Geschlechts, Gesundheitszustandes, Lebensalters, der Beschäftigung und des Beschäftigungsortes verschieden sein dürfen,
4. über Art und Umfang der Unterstützungen,
5. über Bildung und Befugnisse des Vorstandes, der Generalversammlung und etwaiger örtlicher Verwaltungsstellen,
6. über Statutenänderungen,
7. über Verwendung des Kassenvermögens im Falle der Auflösung oder Schließung der Kasse,
8. über die Rechnungslegung.

Für die Statuten der durch landesherrliche Verordnung entstandenen Hilfskassen sind die betreffenden Landesgesetze maßgebend.

Die Verwaltungskosten trägt bei der Gemeinde-Krankenversicherung die Gemeinde; bei den Betriebs- und Bau-Krankenkassen der Unternehmer; bei den Orts- und Innungs-Krankenkassen, sowie bei den Hilfskassen die Kasse selbst.

Die Beiträge für die versicherungspflichtigen Personen gehen den Kassen, mit Ausnahme der Hilfskassen, seitens der Arbeitgeber zu. Auf diese entfällt ein Drittel der ersten, während sie die den Arbeitern zur Last gelegten zwei Drittel bei den regelmäßigen Lohnzahlungen in Abzug bringen dürfen.

Auch etwaiges Eintrittsgeld, von dem übrigens früher versicherte, wieder heimkehrende Reservisten und Wehrleute befreit sind, hat der Arbeitgeber vorzuschießen, obgleich solches vom Arbeiter allein entrichtet wird.

Zufolge § 54 a des Krankenversicherungsgesetzes in seiner neuen Fassung wird ausdrücklich anerkannt, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit für die Dauer der Krankenunterstützung keine Beiträge zu zahlen sind.

Nach der Novelle werden Streitigkeiten zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter über die Anrechnung dieser Beiträge durch die zufolge Reichsgesetz vom 29. Juli 1890 gebildeten Gewerbegerichte entschieden.

Arbeitgeber, welche obige Lohnabzüge rechtswidrig behalten bezw. nicht den Kassen zuführen, werden zufolge § 82 b genannten Gesetzes mit Gefängniß bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 Mark und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Etwaige Geldstrafen fließen den Krankenkassen zu. Ebenso werden Arbeitgeber bestraft, welche ihren Arbeitern vorsätzlich höhere Abzüge machen oder die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes zu hintergehen suchen.

Auch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Orts-Krankenkassen zufolge § 22 des Krankenversicherungsgesetzes vom Jahre 1892 befugt sind, im Falle der Gewährung von Krankenunterstützungen an Familienangehörige der Kassenmitglieder Zusatzbeiträge erheben und bei erheblicher Verschiedenheit der Krankheitsgefahr der einer Kasse angehörenden Einzelberufsarten verschieden hohe Beiträge festsetzen dürfen.

Schließlich ist zu bemerken, daß die Mitglieder der Hilfskassen die Versicherungsbeiträge in ihrem vollen Betrage selbst zu entrichten haben. Dasselbe gilt von nicht versicherungspflichtigen Personen, welche anderen Krankenkassen freiwillig beitreten.

Ueber die Beilegung etwaiger Streitigkeiten zwischen den Krankenkassen einerseits und den Versicherten oder Arbeitgebern andererseits über das Versicherungsverhältniß oder über die Verpflichtung zur Leistung von Beiträgen, auch über Unterstützungsansprüche, besagt § 58 der alten und neuen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes das Nähere.

4. Krankenkassenleistungen.

Nach einer von Professor Dr. Rosin gegebenen Definition ist unter Krankheit ein bestimmter anormaler Körperzustand eines Menschen zu verstehen, welcher in der Nothwendigkeit der Behandlung oder in einer

Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit wahrnehmbar zu Tage tritt. Krank im Sinne des Gesetzes ist demnach eine Person, solange sie der ärztlichen Hilfe bedarf und nicht arbeitsfähig ist. Gesund ist derjenige, welcher keinen Arzt nöthig hat und seinem Erwerbe nachgehen kann.

Von Wichtigkeit sind zwei Entscheidungen des Oberlandesgerichtes Hamburg und des Landgerichtes Breslau darüber, wie der Begriff der Unterstüßung begründenden Krankheit im Falle des Wiederausbruches einer solchen aufzufassen sei. Ersteres Urtheil lautet:

„Wenn die Entlassung aus der ärztlichen Behandlung stattgefunden hat und die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit constatirt ist, so ist die Krankheit gesetzlich erledigt, selbst wenn krankhafte Anlage fortbesteht und neuer Ausbruch zu erwarten ist; es wird für diesen Fall gesetzlich neue Krankheit angenommen.“

Letztere Entscheidung geht dahin:

„Darauf, ob die Erwerbsunfähigkeit durch ein und dieselbe Krankheit herbeigeführt worden ist oder nicht, und ob ein bloß medicinischer Causalnexus zwischen beiden Krankheitsperioden bestanden hat, kann es allein nicht ankommen, da das zeitweilige Nachlassen eines andauernden, die Erwerbsunfähigkeit störenden Leidens die Wiederaufnahme der Erwerbsthätigkeit in ihrem frühern vollen Umfange sehr wohl ermöglichen kann und andererseits auch bei unterbrochener Erwerbsunfähigkeit mehrere Krankheiten einander nachfolgen.“

Diesen Urtheilen zufolge war nach dem 1883er Reichsgesetze Krankenunterstüßung bei jeder erneut ausbrechenden Krankheit zu leisten. Um indes die Gemeinde-Krankenversicherung durch chronische Kranke nicht zu sehr zu belasten, gibt § 6 a des Gesetzes in der neuesten Fassung Gemeinden das Recht, zu beschließen, daß Versicherten, welche binnen Jahresfrist für 13 Wochen Krankenunterstüßung bezogen haben, bei Wiederausbruch einer in ihren Ursachen nicht gehobenen Krankheit im Laufe der nächsten zwölf Monate höchstens für eine Gesamtdauer von 13 Wochen Unterstüßung gewährt zu werden braucht.

Wie noch weiter zu erörtern sein wird, tritt die Krankenkassenfürsorge mit gewissen Abänderungen auch nach Betriebsunfällen in Wirksamkeit.

1. Die Gemeinde-Krankenversicherung hat als Mindestleistungen für längstens 13 Wochen zu gewähren:

- a) vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;
- b) im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein wöchentlich nachträglich zu zahlendes Krankengeld in der Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter.

Die Gemeinden sind ermächtigt, bei Krankheiten, welche die Betheiligten sich vorsätzlich und schuldhaft zugezogen haben, das Krankengeld zu kürzen und für freiwillig Eintretende eine sechswoöchige Wartezeit festzusetzen.

*

Nach § 6 a der neuen Fassung können die Gemeinden ferner zum Statut erheben, daß das Krankengeld bereits vom Tage der Erwerbsunfähigkeit ab, sowie auch für Sonn- und Festtage zu zahlen ist, daß die Versicherung auf Familienangehörige ausgedehnt werden kann, daß die Versicherten, von dringenden Fällen abgesehen, an bestimmte Ärzte, Apotheken u. s. w. gebunden sind. Schließlich kann sie Vorschriften über Krankmeldung, Verhalten der Kranken u. dgl. bei Androhung von Ordnungsstrafen erlassen.

An Stelle der obengenannten Leistungen kann unter gewissen Bedingungen (vgl. § 7 des Krankenversicherungsgesetzes) Krankenhauspflege eintreten, in welchem Falle außerdem etwaige Angehörige der Untergebrachten die Hälfte des Krankengeldes erhalten.

Das Krankengeld kommt für solche land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, welche laut Arbeitsvertrag während Krankheiten Naturalleistung oder sonstigen Lohn erhalten, in Wegfall.

2. Die Leistungen der eingeschriebenen oder landesherrlich errichteten Hilfskassen sind bereits oben (auf S. 23) namhaft gemacht worden.

3. Die übrigen Kassen müssen ihren Mitgliedern folgende Mindestleistungen gewähren:

- a) die Krankenunterstützung der Gemeindeversicherung mit der Maßgabe, daß an Stelle des ortsüblichen Tagelohnes bis zum Betrage von 3 Mark der durchschnittliche tritt;
- b) eine Unterstützung an Wöchnerinnen nach sechsmonatlicher Versicherung in der Höhe des Krankengeldes auf mindestens 4 Wochen bzw. so lange, als die Gewerbeordnung die Beschäftigung untersagt (das Reichsgesetz vom 5. Mai 1886, betreffend die Krankenversicherung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, gestand diese Unterstützung nur ehelichen Wöchnerinnen zu, indes ist die betreffende Einschränkung durch die 1892er Novelle beseitigt worden);
- c) Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des durchschnittlichen Tagelohnes zur Deckung der Begräbniskosten.

In Anbetracht dessen, daß seit 1883 wiederholt Zweifel darüber obgewaltet hatten, ob Sterbegeld im Todesfalle nach Ablauf der 13 Unterstützungswochen zu zahlen sei, bestimmt die Novelle, daß diese Frage dann zu bejahen ist, wenn die Erwerbsunfähigkeit bis zum Tode fortgedauert hat und der Tod infolge derselben Krankheit vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung eingetreten ist.

§ 21 des Krankenversicherungsgesetzes führt eine Reihe von zulässigen Erhöhungen und Erweiterungen der Kassenleistungen auf, welche wir in Kürze erwähnen wollen:

- a) Ausdehnung der Unterstützung auf ein Jahr,
- b) Zahlung des Krankengeldes vom ersten Tage an, auch Zahlung für Sonn- und Feiertage,

- c) Erhöhung des Krankengeldes auf drei Viertel des Tagelohns, Erweiterung der zu gewährenden Heilmittel,
- d) Gewährung eines Viertels des Krankengeldes an solche in Krankenhäusern Untergebrachte, welche keine Angehörige haben,
- e) Unterbringung in Reconvalescentenhäusern auf die Dauer von höchstens einem Jahre,
- f) regelmäßige Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung auf 6 Wochen,
- g) Einbeziehung nichtversicherungspflichtiger Familienmitglieder einschließlich Unterstützung der Ehefrauen im Falle der Entbindung,
- h) Erhöhung des Sterbegeldes und Ausdehnung desselben für den Tod von Familienangehörigen.

Auf weitere Unterstützungen, namentlich auf Invaliden-, Wittwen- und Waisenunterstützungen dürfen die Leistungen der Krankenkassen nicht ausgedehnt werden.

Um berechnigte Wünsche einer größeren Anzahl von Kassenmitgliedern in Zukunft befriedigen zu können, besagt § 56 a des Krankenversicherungsgesetzes neuer Fassung, daß die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens 30 Versicherten weitere als die von der Kasse bestimmten Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser bestellen lassen kann.

Durch die gesamte deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung geht einheitlich der Grundsatz hindurch, daß der zu versichernde Arbeiter unter den etwaigen Versäumnissen des Arbeitgebers nicht leiden und der gesetzlichen Wohlthaten verlustig gehen darf. In Gemäßheit dessen haben die Krankenkassen etwaige nicht angemeldete Versicherungspflichtige im Erkrankungsfalle, wie bereits oben angedeutet, gleichwohl zu unterstützen und alsdann die gemachten Aufwendungen von dem Arbeitgeber, welcher der Anmeldepflicht nicht rechtzeitig genügt hat, wieder einzuziehen.

Eine weitere Wohlthat wird dem Arbeiter durch den § 28 des Krankenversicherungsgesetzes zu theil. Letzteres besagt, daß Personen, welche infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheiden, der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen noch drei Wochen lang verbleibt, falls sie mindestens drei Wochen lang der Krankenkasse angehört haben.

5. Beziehungen der Krankenkassen zu verwandten Verbänden.

Bei dem im letzten Jahrzehnt allmählich erfolgten Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist Bedacht darauf genommen worden, daß die einzelnen Zweige derselben und sonstige Einrichtungen für die Arbeiterwohlthat möglichst enge Fühlung halten sollen, um das gemeinsame Ziel mit vereinten Kräften zu verfolgen.

Da das 1883 erlassene Krankenversicherungsgesetz die Reihe jener Gesetze eröffnet, so konnte ersteres selbstverständlich nur das Verhältniß zwischen den Krankenkassen untereinander und zwischen diesen und den Gemeinde- und Armenverbänden betreffen. § 57 des erstern besagt folgendes:

„Die auf gesetzlicher Vorschrift beruhende Verpflichtung von Gemeinden oder Armenverbänden zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen, sowie die auf

Gesetz oder Vertrag beruhenden Ansprüche der Versicherten gegen Dritte werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Soweit auf Grund dieser Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet sind, für welchen dem Unterstützten auf Grund dieses Gesetzes ein Unterstützungsanspruch zusteht, geht der letztere im Betrage der geleisteten Unterstützung auf die Gemeinde oder den Armenverband über, von welchen die Unterstützung geleistet ist. Das Gleiche gilt von den Betriebsunternehmern und Kassen, welche die den bezeichneten Gemeinden und Armenverbänden obliegende Verpflichtung zur Unterstützung auf Grund gesetzlicher Vorschrift erfüllt haben . . .“

In Erweiterung dieser Bestimmungen ordnet außerdem § 57 a der neuen Fassung ausdrücklich an, daß Krankenkassen für auswärts sich befindende Mitglieder in Erkrankungsfällen die Hilfe der auswärtigen Kasse anrufen können; sie haben dann die der unterstützenden Kasse erwachsenen Ausgaben zu erstatten.

Ferner enthalten die neuen §§ 76 a bis e eine Reihe von Bestimmungen über die Beziehungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, sowie der erstern zu den Gemeinden- und Armenverbänden.

Die Krankenkassen, einschließlich der Gemeindeversicherung, werden bei Strafe verpflichtet, den andern genannten Verbänden Auskunft zu ertheilen, ob gewisse Personen Unterstützungsansprüche an sie haben. Sie sollen den Beauftragten der übrigen Verbände über die Beschäftigungszeit und Lohnhöhe ihrer Versicherten Angaben zugänglich machen; sie sollen ferner von Erkrankungen infolge von Betriebsunfällen, falls die Erwerbsfähigkeit noch nicht hergestellt ist, in der fünften Woche nach solchen den Berufsgenossenschaften Mittheilung machen; diese sollen nach ihrem Gutdünken das Heilverfahren behufs Beschleunigung desselben oder im Interesse sorgfältigerer Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit auf ihre Kosten übernehmen dürfen. In diesem Falle erhält die Berufsgenossenschaft längstens bis Ablauf der 13. Unterstützungswoche von der Krankenkasse das Krankengeld, wogegen auf jene auch die Verpflichtungen gegenüber dem Erkrankten übergehen. Hierzu werden die an Stelle der Berufsgenossenschaften tretenden staatlichen Ausführungsbehörden — siehe weiter unten — gleichmäßig berechtigt erklärt.

B. Praktische Durchführung der Krankenversicherungsgesetze.

1. Statistisches.

Am 1. December 1884 ist das Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 in Kraft getreten. Das Jahr 1885 schloß, abgesehen von den Knappschaftskassen, mit 18 776 Krankenkassen und 4 294 173 Mitgliedern ab; im Laufe des Jahres 1890 waren 20 568 Kassen mit 6 342 828 Mitgliedern in Thätigkeit; die Knappschaften hatten 437 321 Theilnehmer. Ein Vergleich der Antheilnahme der Kassenarten ergibt sich aus folgenden Zahlen:

	Ende 1885	Ende 1890
1. Gemeinde-Krankenversicherung .	13,7 ‰	16,7 ‰
2. Orts-Krankenkassen	35,7 ‰	40,4 ‰
3. Betriebs-Krankenkassen . . .	29,4 ‰	26,6 ‰
4. Bau-Krankenkassen	0,3 ‰	0,2 ‰
5. Innungs-Krankenkassen . . .	0,6 ‰	1,0 ‰
6. Eingeschriebene Hilfskassen . .	17,0 ‰	12,9 ‰
7. Landesrechtliche Hilfskassen . .	3,3 ‰	2,2 ‰

1889 ereigneten sich rund 2 Millionen Erkrankungen mit 33,4 Millionen Krankheitstagen, 1890 2,4 Millionen Erkrankungen mit 39,2 Millionen Krankheitstagen.

Die Krankheitskosten auf ein Mitglied beliefen sich

1888 auf 11,40 Mark,

1889 „ 11,55 „

1890 „ 12,77 „ (Influenza!).

Die Arbeiter zahlten hierzu an jährlichen Beiträgen selbst etwa 10 Mark.

1889 kamen durchschnittlich auf einen Versicherten 5,5 Krankentage, 1890 6,2 Krankentage (Influenza!).

Auf 100 Mark Krankheitskosten entfielen 1890:

	Mark	Mark
auf Krankengeld	47,46	= 47,46
„ Arzt	19,97	} 52,54
„ Arznei	16,88	
„ Verpflegung in Krankenanstalten	10,58	
„ Sterbegeld	3,90	
„ Unterstützung für Wöchnerinnen	1,21	

Die Einnahmen der sämtlichen Krankenkassen betrugen:

1889: 102 529 830 Mark,

1890: 114 558 315 „

Die Ausgaben:

1889: 95 380 338 Mark,

1890: 107 850 607 „

Die Kassen hatten insgesamt 80 Millionen Mark Activa und 3 Millionen Mark Passiva.

Aus diesen Zahlen geht unläugbar hervor, welch bedeutende Leistungsfähigkeit durch das Gesamtwirken der Krankenkassen zu stande kommt. Der Leser wird sich im Geiste vergegenwärtigen, wieviel körperliches und materielles Elend damit gemildert worden sein mag. In unzähligen Fällen hat die ärztliche Hilfe rechtzeitig eingreifen können, wo sonst Verabsäumung derselben den Todeskeim gefördert hätte. Wie manchmal werden die Großen des Krankengeldes, wenn sie auch nur knapp bemessen sein konnten, der bittersten Noth, sowie dem Verkauf von Möbeln und Kleidungsstücken vorgebeugt haben!

2. Wirksamkeit der einzelnen Kassenarten im allgemeinen.

Ein Urtheil darüber, welche Art der Krankenkassen sich seither am besten bewährt hat, läßt sich vorläufig kaum geben, zumal örtliche Verhältnisse gewichtig in die Waagschale fallen und verschiedene Anforderungen stellen.

Jedenfalls hat die Gemeinde-Krankenversicherung ihrer geringern Leistungen wegen eine beschränktere Wirksamkeit; sie ist hauptsächlich im Königreich Bayern verbreitet, auf welches ungefähr die Hälfte aller derartigen Einrichtungen entfällt. Dasselbst hat sich diese Versicherungsart wohl an früher bereits zu Recht bestehende bewährte Armenpflegeverhältnisse angelehnt. Im Jahre 1885 verausgabten die Stadt- und Landgemeinden dieses Bundesstaates die ansehnliche Summe von 10 224 000 Mark für Unterstützungen.

Auch in Baden sind etwa 40 % der Versicherten in der Gemeinde-Krankenversicherung untergebracht.

Den Orts-Krankenkassen hatte man gemeiniglich von vornherein keine große Zukunft vorausgesagt, weil in ihnen in der Regel Mitglieder aus mehreren Betrieben und Erwerbszweigen von verschiedener Gesundheitsgefährdung durch Betriebsunfälle und Berufskrankheiten sich vereinigen konnten.

Thatsächlich hat die officiële Statistik für 1890 aus den Ergebnissen der Betriebskrankenkassen folgende Krankheitstaganzahl für männliche Arbeiter berechnet:

Arbeiter in Spizenfabriken	3,0 Tage
Cigarrenarbeiter	3,9 "
Weber	4,6 "
Ziegler und Arbeiter in Schuhfabriken	4,9 "
Arbeiter in Brennereien, im Post-Omnibus- und Straßenbahn-Verkehrswesen	5,2 "
Forst- und landwirtschaftliche Arbeiter	5,4 "
Müller	5,7 "
Eisenbahnarbeiter	5,9 "
Färber	6,0 "
Arbeiter in Eichorienfabriken	6,1 "
Bauarbeiter	6,7 "
Gerber	6,9 "
Bierbrauer	7,1 "
Arbeiter in Silber-, Blei- und Kupferhütten	8,0 "
Maurer	8,6 "
Gasarbeiter	9,4 "

Die Versicherungspraxis hat sich über diese unlängbaren Ungleichheiten bis zu einem hohen Grade hinweggesetzt, und namentlich in den großen Städten macht sich neuerdings eine lebhafte Strömung zu Gunsten großer, mehrere Berufsarten umfassender Orts-Krankenkassen geltend. Uebrigens

trägt die 1892er Novelle derartigen Verschiedenheiten insofern Rechnung, als die Orts-Krankenkassen befugt worden sind, für außerordentlich gefährdete Betriebe Beitragserhöhung eintreten zu lassen. Kenner des Krankenversicherungswesens haben darauf hingewiesen, daß sich bei großen Kassen das auf den Einzelnen entfallende Risiko verkleinere, daß die Verwaltungskosten sich erheblich vermindern, sowie daß durch Anstellung tüchtiger Controlleure der Simulation in denkbar sicherster Weise vorgebeugt werden könne.

So gehören in Berlin von rund 300 000 Versicherten 262 000 den einheitlich organisierten Orts-Krankenkassen an; bei denselben betrugen die Verwaltungskosten jüngst auf den Kopf 1,59 Mark, während sich diese bei den Innungskassen auf 1,93 Mark stellten. In Leipzig bestanden ehemals 18 Orts-Krankenkassen; auf den Versicherten entfielen damals 4,23 Mark Verwaltungskosten; nach Vereinigung der erstern sind diese Kosten auf 1,54 Mark gesunken. Jedenfalls haben auch große Kassen die letztjährigen Influenza-Epidemien am besten ertragen, wogegen manche kleine hierdurch in „Insolvenza“ gerieth. Die Leipziger Orts-Krankenkasse hatte z. B. in einem Monate 4700 Influenzafälle und mußte statt 57 000 Mark genau die doppelte Summe in dem betreffenden Monat verausgaben. Jüngst hat sich auch in Straßburg die Vereinigung sämtlicher 7 Orts-Krankenkassen vollzogen.

Zweifelsohne sind auch große Orts-Krankenkassen am besten in der Lage, für ihre Mitglieder durch Errichtung von Krankenhäusern, Bestellung von Specialärzten, Errichtung eigener Apotheken und dergleichen Vorkehrungen verhältnißmäßig am billigsten und besten Sorge zu tragen. Derartige Bestrebungen werden in Zukunft noch reger werden, nachdem die 1892er Novelle die Bildung von Krankenkassenverbänden in oben bezeichneter Weise geregelt und begünstigt hat.

Zwischen den Orts-Krankenkassen und den freien Hilfskassen sind an vielen Orten ärgerliche Streitigkeiten entstanden, so daß leider das Wort Lasfers vom „förmlichen Kampfe der Kassen untereinander“ nicht unwahr geblieben ist. Es ist seitens der Orts-Krankenkassen übel bemerkt worden, daß die Hilfskassen bei der Aufnahme neuer Mitglieder strenger verfahren, als ihnen dies gestattet ist. So nahmen gewisse freie Kassen über 45 Jahre alte Arbeiter überhaupt nicht auf; andere ließen sich die Beiträge, die vom 40. Jahre ab fällig gewesen wären, nachzahlen; zum Theil verlangten sie vor der Aufnahme Nachweis voller Gesundheit durch ärztliches Attest — Bestimmungen, welche die Orts-Krankenkassensatzungen nicht enthalten dürfen. Es liegt daher die Gefahr nahe, daß den Ortskassen eine verhältnißmäßig größere Anzahl älterer und minder gesunder Arbeiter zur Last fällt. Thatsächlich ist vielerorts die Wahrnehmung gemacht worden, daß die jüngern, kräftigern Arbeiter sich lieber den Hilfskassen zuwandten. Hierzu mag beigetragen haben, daß diese öfters socialdemokratischen Anschauungen huldigten, sowie daß sie seither für die wegfallende freie ärztliche Behandlung höhere Barleistungen gewährten und freie Arztwahl gestatteten; der Arbeitgeber aber, der in diesem Falle, wie schon oben bemerkt, der Beitrags-

pflicht enthoben wurde, mag den Eintritt in eine solche Kasse auch nicht ungern gesehen haben.

Es sind ferner Klagen darüber laut geworden, daß Gemeinden, welche für erkrankte Mitglieder freier Hilfskassen in dringenden Fällen die Kurkosten vorläufig verauslagt hatten, diese erst nach langen Verhandlungen erstattet erhielten. Während sich in solchen Fällen die Gemeinden gegenüber den übrigen Krankenkassen ohne weiteres schadlos halten können, müssen sie den Hilfskassen gegenüber in Zweifel- und Weigerungsfällen auf dem gerichtlichen Wege § 62 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 anrufen. Dieser besagt, daß jeder Armenverband, welcher einen Hilfsbedürftigen unterstützt hat, Ersatz derjenigen Leistungen, zu deren Gewährung ein Dritter verpflichtet ist, von dem Verpflichteten fordern kann. Immerhin führt eine gerichtliche Erstreitung solcher Ansprüche zu unangenehmen Weiterungen.

Infolge der vorstehenden Umstände besteht zur Zeit zwischen den Hilfskassen einerseits und der Gemeinde- und Orts-Krankenversicherung andererseits an vielen Orten eine Gereiztheit, welche den Aufsichtsbehörden wiederholt Anlaß zum Einschreiten gegeben hat. Thatsache ist, daß nach unparteiischer Untersuchung durch die Verwaltungsbehörden zahlreiche freie Hilfskassen wegen ungenügender Gewährleistung der gesetzlichen Mindestleistungen als unzulänglich erklärt worden sind. Es mußten daher die betreffenden versicherungspflichtigen Mitglieder in anderweitige vollgiltige Krankenkassen eintreten.

Die vorbezeichneten Mißstände, sowie die öfters gemachte Wahrnehmung, daß von erkrankten Hilfskassenmitgliedern ihre Barbezüge nicht zur rechtzeitigen Besorgung ärztlicher Hilfe verwendet worden sind, haben bei Gelegenheit der Berathung der Krankenversicherungsnovelle bei der Mehrheit des Reichstages den Ausschlag dahin gegeben, daß mehrere den Hilfskassen gemachten Zugeständnisse in der oben geschilderten Weise entzogen wurden. Wie im Anschluß daran angedeutet, werden die Hilfskassen voraussichtlich große Schwierigkeiten haben, sich im nächsten Jahre den neuen verschärften Bedingungen anzubequemen.

Die Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen haben sich meistens gut bewährt. Man hat zu ihren Gunsten geltend gemacht, daß die Verwaltung derselben einfacher und sorgfältiger sei, und daß die gegenseitige Controlle der Mitglieder untereinander und die durch den Fabrikherrn und seine Beamten Kassenschädigungen durch Simulationen von Krankheiten fast gänzlich verhindern könne. Einen besondern Lobredner haben gerade die Fabrik-Krankenkassen in dem schon genannten Reichstagsabgeordneten Hize gefunden, welcher die vorzügliche Fürsorge rühmt, die dem erkrankten Arbeiter zu theil werde. Seiner auf eigener Anschauung beruhenden Schilderung entnehmen wir folgende warm empfundenen Worte:

„Der Vorstand der Fabrik-Krankenkassen kann den besondern Bedürfnissen der kranken Mitglieder viel schneller und coulanter entgegenkommen. Ob ein Arbeiter besser im Krankenhause untergebracht wird, ob ein Specialarzt, wenn auch

mit höhern Kosten, in Anspruch genommen werden soll, wie für bessere häusliche Pflege (vielleicht durch eine Barmherzige Schwester), wie für bessere Nahrung etc. gesorgt werden kann, wie der reconvallescente Arbeiter am besten beschäftigt wird, ob er vielleicht seine Arbeitsstelle wechseln soll — alles das kann individuell unter Mitberathung des Fabrikherrn festgestellt und ins Werk gesetzt werden. — Was wir aber endlich vor allem hoch anschlagen: die Fabrik-Krankenkasse schlingt ein ethisches Band um Arbeiter und Fabrikherrn, sie bildet die Grundlage und die feste Form einer wirtschaftlich-ethischen Organisation der Fabrik. Wie zu der häuslichen Familie auch das Gesinde gehört, so soll auch die Fabrik gleichsam eine erweiterte Familie bilden. Die Familie tritt in der Form der Krankenversicherung solidarisch für das kranke Mitglied ein, zahlt nicht bloß für dasselbe, sondern nimmt warmen Antheil an dessen Geschick, sorgt für dasselbe nach jeder Richtung. Der Vorstand betraut ein Mitglied besonders damit, daß es den kranken Genossen öfter besuche, nicht zur Controlle, sondern in Ausübung der Pflicht der Liebe. So erfährt, so weiß der kranke Arbeiter, daß die Fabrik (und vor allem auch der Fabrikherr, der sich ebenfalls berichten läßt) sich um ihn bekümmert und auch dann theil an seinem Befinden nimmt, wenn der Kranke nicht an seiner Arbeitsstelle steht. Arbeitgeber und der gewählte Arbeitervorstand, also der Vertrauensausschuß der Arbeiter, finden einen neutralen Ort, ein gemeinames Arbeitsfeld, wo sie zusammen rathen und thaten. Der Arbeitgeber empfängt Anregungen, lernt die Anschauungen und die Gefühle seiner Arbeiter kennen und schätzen; er bekommt aus den Berichten Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Arbeiterfamilien. Es gibt dann bei rechtem Willen den Arbeitern Gelegenheit, so manche harte Urtheile über ihren Arbeitsherrn zu corrigiren, und umgekehrt wird er finden, wie unter harter Schale oft ein edler Kern sich birgt, und wie tiefes, empfängliches Gemüth der Arbeiter besitz. Kurz, die schroffe Kluft wird überbrückt.“

3. Krankheitsbekämpfung. Regelung der ärztlichen Hilfe und Versorgung der Arzneien.

Durch die ganze Arbeiterversicherungsbethätigung zieht sich wie ein rother Faden das Bestreben, den Arbeiter vor körperlichem Schaden jedweder Art zu bewahren und ihn im Falle des Eintretens eines solchen nach Möglichkeit wieder arbeitsfähig zu machen, sowie die üblen Folgen für ihn und seine Angehörigen abzuschwächen. Zu diesem humanen Wirken werden die mit den drei Versicherungszweigen betrauten Organe schon durch die jedem edlen Menschen innewohnende Nächstenliebe und Barmherzigkeit veranlaßt.

Es kommt aber für Arbeitgeber und Versicherte noch ein zweiter Gesichtspunkt hinzu, welcher in eben genanntem guten Sinne wirkt, und das ist das finanzielle Interesse. Je mehr Erkrankungsfälle vorkommen, je länger die Krankheiten dauern, je häufiger Betriebsunfälle eintreten, je ungünstiger die Heilung der Verletzten verläuft, je eher sich durch Siechthum Invalidität einstellt, desto größere Unkosten haben die zur Entschädigung verpflichteten Versicherungsstellen, desto erheblicher sind die auf den einzelnen Arbeitgeber und Arbeiter entfallenden Beitragsleistungen.

Die Krankenversicherung im besondern hat sich sowohl von dem Standpunkte der Menschenfreundlichkeit, als auch mit Rücksicht auf die finanzielle

Leistungsfähigkeit der Kassen folgende Aufgaben gestellt: Erforschung und Verbreitung krankheitsvorbeugender Maßregeln; rasche und gründliche Heilung der erkrankten Arbeiter unter Beobachtung größtmöglicher Sparsamkeit.

Auf dem Gebiete der Krankheitsvorbeugung sind bereits lobenswerthe Anstrengungen gemacht worden.

Von verschiedenen Seiten ist befürwortet worden, daß die Krankenkassenärzte jede Gelegenheit wahrnehmen möchten, die Arbeitgeber wie die Arbeiter über die Gesundheitspflege aufzuklären. Diesen Wünschen entsprechend und aus freiem Antriebe haben diese erstern wiederholt auf Generalversammlungen belehrende Vorträge gehalten. So ließ sich z. B. Dr. med. Herr in der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse Wehlar etwa folgendermaßen aus: Zur Bewahrung eines widerstandsfähigen, gesunden Körpers sei vor allen Dingen eine zweckmäßige Ernährungsweise vonnöthen. Nun sei es aber gerade für den, der über eine nur geringe Einnahme verfügt, sehr schwer, sich eine solche zu besorgen; der Gehalt der einzelnen Nahrungsmittel müsse daher jedenfalls dem Arbeiter bekannt sein. Dr. Herr beklagte, daß in neuerer Zeit die gering nahrkräftige Kartoffel den weit gehaltvollern Hülsenfrüchten fast überall vorgezogen würde. Er tadelte auch das häufige Kaffeetrinken der Arbeiter, da dieses Getränk nur ein Reizmittel, kein Nahrungsmittel sei und übermäßig genossen sogar schaden könne; der Arbeiter würde viel besser thun, für das betreffende Geld Milch, Schwarzbrot und Käse zu kaufen. Weiterhin machte Dr. Herr den Arbeiterstand auf die Gesundheitserhaltung durch Reinlichkeit und insbesondere durch sorgfältige Hautpflege aufmerksam; vorsichtige, gründliche Waschungen und Bäder werden sehr empfohlen; Vernachlässigungen in der Körperpflege würden sich durch Erkältungskrankheiten und Störungen im Blutumlauf rächen. Ebenso, bemerkte er ferner, sei die Arbeiterkleidung von größter Wichtigkeit für die Erhaltung der Gesundheit, da der Arbeiter meist häufigen Temperaturwechseln ausgesetzt sei. Er könne auf Grund seiner Erfahrungen, obwohl er nicht unbedingt Jägerianer sei, dem Arbeiter Wollkleidung und vor allem Wollhemden als das beste Schutzmittel empfehlen. Das Laster der Trunksucht wird in all seinen bösen Folgen auf den körperlichen und geistigen Zustand geschildert und betont, daß Trinker, aufs Krankenbett geworfen, am schwersten sich wieder erholen. Der Werth einer gesunden, reinlichen Wohnung wird von Dr. Herr nachdrücklich hervorgehoben.

In demselben Sinne sucht ein vom Verbands „Arbeiterwohl“ herausgegebenes treffliches Schriftchen „Gesundheits-Compaß“ zu wirken, dessen Erscheinen in der Monatschrift dieses Verbandes, redigirt vom Reichstagsabgeordneten Hise, mit folgender Einleitung angekündigt wurde:

„Wie nahe liegt es doch, mit der Krankenversicherung auch die Krankheitsverhütung zu verbinden! In dem Unfallversicherungsgesetz ist die Unfallverhütung ausdrücklich vorgesehen, in der Krankenversicherung scheint man diese Verbindung

ganz zu übersehen. Wenn nicht nach Zahl der Kranken, sondern nach Zahl der unterstellten Mitglieder honorirt würde, so hätten auch die Aerzte ebenso, wie jetzt bereits der Krankenkassenvorstand und Fabrikherr, das lebhafteste Interesse, die Zahl der Erkrankungen möglichst zu mindern.

„Wir wissen recht gut, daß es noch lange dauern wird, ehe diese Auffassung von der Aufgabe und Stellung des Arztes, speciell des Krankenkassenarztes, sich Bahn gebrochen haben wird. Dagegen gewinnen die Bestrebungen zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege — Krankheitsverhütung — steigende Bedeutung, und ist in dem letzten Jahrzehnt auch thatsächlich, namentlich in unsern Städten (durch Anlage von Wasserleitung, Kanalisation, Errichtung von Schlachthäusern, öffentlicher Badeanstalten, Anlage breiter Straßen und öffentlicher Plätze, Erlass strenger Bauordnungen u. s. w.) viel geschehen. Ebenso wird in Fabrik und Schule den Anforderungen der Hygiene weit mehr Rechnung getragen. Alle diese Bestrebungen kommen auch den arbeitenden Klassen in wachsendem Maße zu gute, wie denn auch z. B. die Fürsorge für gute Arbeiterwohnungen gerade im Augenblick das öffentliche Interesse mehr wie je in Anspruch nimmt. Aber auch für dieses Gebiet der Wohlfahrtsbestrebungen gilt der Spruch: ‚Wohlthaten lassen sich nicht aufdrängen.‘ Alle Bestrebungen der öffentlichen Gesundheitspflege führen nicht zum Ziel, wenn sie nicht durch die individuelle Gesundheitspflege unterstützt werden.

„In der That, was helfen öffentliche Parkanlagen, was helfen Turnhallen, Badeanstalten u. s. w., wenn der Arbeiter sie nicht benutzt, der dumpfen Wohnung und dem Wirtshaus den Vorzug gibt? Was nützen schöne Arbeiterwohnungen, wenn die Arbeiter sie nicht zu schätzen wissen, dieselben aus falscher Sparsamkeit leer stehen oder sie in Schmutz und Unordnung verkommen lassen? Was helfen schöne Schulpaläste, hohe, luftige Fabrikräume, wenn in Wohnung und Schlafzimmer die Ventilation vergessen wird? Was bedeutet die beste Schlachthaus- und Marktordnung, wenn die Frau die Nahrungsmittel nicht zu behandeln versteht, der elementarsten Kenntniß über den Nährwerth und die richtige Zusammenstellung der verschiedenen Nahrungsmittel ermangelt? Selbst in den Familien der ‚gebildeten Stände‘ fehlt es in dieser Beziehung noch gar sehr, wie viel mehr in den Arbeiterfamilien! Und doch, je geringer die Mittel, desto mehr bedarf es der Ueberlegung und Sorge.

„Jeder, der Gelegenheit genommen hat, sich in den Familien unseres Volkes, in Stadt und Land umzusehen, wird es bestätigen, daß es in allen diesen Beziehungen höchst traurig bestellt ist. Man braucht nur einmal in die Krankenhäuser zu kommen, um zu sehen, wie auf die Gesundheit losgestürmt wird. Geistliche und Aerzte werden es bestätigen, wie in Lüftung, Reinigung, Heizung, Ernährung u. s. w. allen Bedingungen der Gesundheitspflege Hohn gesprochen wird, so daß selbst ein Gesunder in solcher Atmosphäre krank werden muß.

„Es ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe und eine hervorragende christliche Pflicht, zur Klärung der Anschauungen, zur Bekämpfung der Vorurtheile und des — Schlendrians in der ‚Gesundheitspflege‘ beizutragen.

„In der Schule sollte schon der Kampf gegen die ‚Wasserseuchen‘, die ‚Luftseuchen‘ u. s. w. aufgenommen, der Sinn für Reinlichkeit, Bewegung in freier Luft u. s. w. gepflegt, die wichtigsten Regeln über Nahrung, Kleidung und Wohnung den Kindern gelegentlich vermittelt werden. Die Presse, die Vereine sollen die Aufgabe weiterführen. Namentlich für unsere Arbeitervereine, Gesellenvereine, Bauernvereine u. s. w. bietet sich hier eine höchst dankenswerthe Aufgabe, durch öffentliche Vorträge, durch Verbreitung von Flugblättern und Schriften in diesem Sinne zu wirken. Vor allem haben die Krankenkassen und Arbeitgeber ein directes Interesse daran, für die Verbreitung der praktischen Ergebnisse der Gesundheitslehre unter ihren Mitgliedern resp. Arbeitern Sorge zu tragen.

„Diese Aufgabe ist sehr erleichtert durch eine neue Volkschrift unseres Verbandes 'Arbeiterwohl', die soeben unter dem Titel: 'Gesundheits-Compaß. Ein Lehrbüchlein für jedes Menschenkind, dem seine Gesundheit lieb und werth ist, mit besonderer Berücksichtigung des Arbeiterstandes' (Preis 40 Pf.), bei J. P. Bachem in Köln erschienen ist.

„Der reiche Inhalt ergibt sich schon aus dem Inhaltsverzeichnis; das Büchlein enthält folgende Kapitel: Einleitung. Die Pflicht der Erhaltung der Gesundheit. Die Luft. Die Wohnung. Die sonnige und lustige Wohnung. Die trockene Wohnung. Die zweckmäßige Wohnung. Die reinliche und nette Wohnung. Regeln für die Behandlung der Keller. Die Heizung. Die Beleuchtung. Vorsichtsmaßregeln gegen die Feuersgefahr. Die Kleidung. Die Hautpflege. Das Fußbad. Das Wannenbad. Die Wäschungen. Die Behandlung einzelner Körperteile. Die Augenpflege. Die sonstigen Sinnesorgane. Die Nahrungsmittel. Wie nährt man sich gut und billig? Die Verdauung. Werth und Behandlung einzelner Nahrungsmittel. Regeln für eine vernünftige Ernährungsweise. Die Genußmittel. Die Gewürze. Der Kaffee. Die Chocolate. Der Brauntwein. Das Bier. Der Wein. Der Tabak. Arbeit und Bewegung. Vorsichtsmaßregeln bei gefährbringenden und gesundheitswidrigen Arbeiten und Berufsarten. Der Schlaf. Die Krankenkasse. Der Arzt. Die Krankenhäuser und Heilanstalten. Schluß.“

Die Regelung der ärztlichen Hilfe und die Besorgung der Arzneien gestaltete sich in der Praxis nicht so einfach, als mancher gehofft hatte.

Die Arbeitslöhne sind heutzutage größtentheils knapp bemessen, so daß es für den Arbeiter nicht gleichgültig ist, wie viel Pfennig er täglich zur Bestreitung der Krankenkassen- und nunmehr auch der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge abgeben muß. Die Krankenkassen müssen daher danach trachten, so billig als möglich zu wirtschaften, mithin auch die Ausgaben für Arzt und Apotheke thunlichst zu beschränken. Dies führte nothwendigerweise zur Bestellung von Kassenärzten. Es ist selbstverständlich, daß ein Arzt, der ständig Hunderte von Personen zu behandeln hat, Honorarermäßigungen eintreten lassen kann, zumal dann, wenn seine Patienten in gewissen Stadttheilen, z. B. in der Nähe der Fabriken, zusammenwohnen. Der fleißige Arzt wird ein derartiges Anerbieten um so eher annehmen, als er sich dadurch die Praxis bei den Angehörigen, soweit diese nicht satzungsgemäß eingebegriffen und vergütet wird, gleichfalls sichert. In vielen Fällen hat man indes das ärztliche Honorar auf ein derartiges Minimum herabgedrückt, daß der Arzt nicht annähernd für seine Leistungen die Entschädigung fand, welche er zum eigenen standesgemäßen Auskommen, auch zur Unterhaltung seiner chirurgischen Instrumente sowie seines Fuhrwerkes u. dgl. nöthig hatte, und dies namentlich in den Fällen, wo die Patienten oft in weiter Entfernung vom Orte wohnten. Die Kassenarztstellen wurden vielerorts geradezu an den Mindestbietenden versteigert. Eine solche falsche Ersparniß zu vermeintlichen Gunsten der Krankenkasse rächt sich oft bitter dadurch, daß der Arzt wohl oder übel die Mitglieder als Patienten zweiter Klasse behandelt, also ihnen nicht die

nöthige Aufmerksamkeit zuwendet. In Anbetracht dessen und in weiterer Würdigung des Umstandes, daß der „ärztliche Stand durch ein derartiges gesetzliches Institut an moralischem Ansehen nicht gerade gewinnt“, schlug Dr. Gräzer zu Breslau vor drei Jahren vor, dem Kassenmitgliede in der Arztwahl vollständig freie Hand zu lassen und zu diesem Zweck anstatt der Gewährung freier ärztlicher Behandlung von seiten der Kasse das Krankengeld zu erhöhen, wie dies den freien Hilfskassen seither gestattet war.

Ein derartiger Vorschlag kann keinesfalls ernstlich in Frage kommen, da derselbe durchaus gegen den Zweck des Krankenversicherungsgesetzes verstößt. Der Arbeiter scheut bekanntlich die Ausgabe für ärztliche Behandlung gar zu gern, überlegt ernstlich, ob er Arzt und Apotheke in Anspruch nehmen soll, und thut dies in ernstesten Fällen häufig viel zu spät. Diesem Uebelstande und der oft angewandten Quacksalberei will ja gerade das Gesetz steuern. Vergewärtigen wir uns ferner, daß es der Zweck jedweder Versicherung ist, die Last der Unglücksfälle, die den Einzelnen betreffen, auf die Gesamtheit abzuwälzen. Wo bleibt aber die gegenseitige Hilfe, wenn einzelne Familien unverschuldet von mehreren und dazu noch schweren Krankheiten heimgesucht werden, während andere verschont bleiben? Woher soll alsdann der schwer Betroffene von seinem knappen Krankengelde Arzt und Apotheke bezahlen? Der Gräzer'sche Vorschlag fällt auch keineswegs zu Gunsten der Ärzte aus, da der Arbeiter in Krankheitsfällen häufig der Versuchung nachgeben würde, das Krankengeld statt zur Versorgung des Arztes und zur Bezahlung der Doctorrechnung anderweitig zu verwenden. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Simulation zum Nachtheile ehrlicher Kassenmitglieder voraussichtlich weiter wachsen würde, wenn man dem Arbeiter den vollen Lohn als Krankengeld versprechen wollte.

Mit Rücksicht auf diese Umstände hat denn auch die Krankengesetz-novelle den freien Hilfskassen die Befugniß, an Stelle ärztlicher Behandlung höheres Krankengeld zu geben, entzogen.

Ein außerordentlich lebhafter Streit entspann sich gelegentlich Berathung dieser Novelle darüber, ob unter den Begriff der gesetzlich verprochenen „ärztlichen Behandlung“ auch die Mitwirkung nichtapprobirter Ärzte falle, und ob letztere formell oder stillschweigend zuzulassen seien. Der Abgeordnete von der Schulenburg-Beezendorf brachte folgenden Zusatzantrag ein: „Die Hilfe von Nichtärzten ist, soweit es sich nicht um Hilfeleistungen untergeordneter Natur handelt, nur dann von der Gemeinde-Krankenversicherung zu bezahlen, wenn diese Hilfe in dringenden Fällen hat angerufen werden müssen oder von dem Arzte angeordnet worden ist.“

Der Antragsteller wies unter lebhafter Zustimmung darauf hin, daß der ärztliche Stand sich um die praktische Durchführung der Krankenversicherung in anerkanntenswerther Weise verdient gemacht und dabei gern manches Opfer gebracht habe. Um so mehr sei Veranlassung, die Concurrenz von sog. Naturärzten und Kurpfuschern nicht gesetzlich gutzuheißen.

Das von dem Regierungsvertreter angeführte Beispiel von der Schwierigkeit der Besorgung von Ärzten auf den sogen. Halligen und in sonstigen Gegenden, wo Ärztemangel herrscht, beweise nichts gegenüber der Nothwendigkeit einer allgemein giltigen gesetzlichen Regelung. In Ostpreußen z. B. solle der Staat durch Geldzuschüsse auf Vermehrung der Ärztezahl hinwirken. Abgeordneter Dr. Buhl beklagte, daß gerade im Königreich Sachsen mehrfach sogen. Pfscher von den Orts-Krankenkassen bezahlt würden. Abgeordneter Dr. Höffel machte auf das große Bedenken aufmerksam, daß Nichtärzte durchaus keine Gewähr böten, epidemische Krankheiten sofort zu erkennen und deren Weiterverbreitung vorzubeugen. Abgeordneter Eberth betonte die Thätigkeit des Arztes in öffentlich rechtlicher Hinsicht; nur er könne im Krankenversicherungswesen gültige Atteste ausstellen. Trotz der vielseitigen warmen Vertheidigung fiel der Antrag Schulenburg, allerdings nur mit einer einzigen Stimme Minderheit.

Immerhin ging aus der ganzen Debatte der von der Mehrheit getheilte Wunsch hervor, daß man in der Praxis an der Bestellung approbirter Ärzte als Regel festhalten und Nichtärzte nur im Nothfalle und bei gewissen mechanischen, vom Arzte verordneten Hilfeleistungen zulassen will. Der Abgeordnete Hise drückte die Hoffnung aus, daß, sobald ein wirklicher Mißbrauch der Inanspruchnahme von Nichtärzten stattfinden sollte, die Regierungen jederzeit im Aufsichtswege entgegenzutreten würden. Ein Vertreter der königlich sächsischen Regierung mißbilligte entschieden die Ausstellung von Attesten über Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit seitens Naturheilkundiger.

Auf jeden Fall muß die Ärztebestellung bei den Krankenkassen auf Grund der gemachten guten und schlechten Erfahrungen allmählich zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt werden.

Betreffs der Honorirung wird bald eine feste Taxe für einen Besuch bzw. Consultation ausgemacht, bald ein jährliches Pauschquantum für den Kopf vereinbart. Letzteres bewegt sich in den Städten zwischen 2—3 Mark. In Straßburg z. B. amtiren die sieben Kantonalärzte als Kassenärzte und erhalten jährlich 2 Mark für die versicherte Person; im Kreise Molsheim bezogen die Ärzte 1885 für eine Consultation 60 Pfennig, für einen Besuch im Orte 1 Mark, für einen solchen außerhalb 2—3 Mark.

Pflicht der Arbeitgeber und der Aufsichtsbehörden wird es auch sein, die minder verständigen Arbeiter von manchen Vorurtheilen gegen die Maßnahmen des Arztes und von übertriebenen Anforderungen an denselben abzubringen. Daß dreißig und mehr Versicherte zufolge der Novelle (§ 56 a der neuen Fassung) betrefß der ärztlichen Behandlung u. dgl. Wünsche äußern dürfen, wird sich voraussichtlich in der Praxis gut bewähren.

Nicht minder erhebliche Schwierigkeiten sind hinsichtlich Beschaffung der Arzneien und Heilmittel durch die Apotheken entstanden. Aus begreiflichen Gründen muß auch hier nach Möglichkeit gespart werden. Die Kassen hofften dies auf zweierlei Weise zu erreichen: durch Rabattgewäh-

zung seitens der Apotheker, sowie durch Sparsamkeit in der Arzneiverordnung. Das erstere Unsinnen ist entschieden recht und billig, wenn man bedenkt, daß sich der Umsatz der Apotheken infolge der Krankenversicherung erheblich vermehrt hat; früher griff man weit öfter zu Hausmitteln. Ferner hat der Apotheker jetzt den Vortheil der gesicherten Zahlung, während er ehemals lange Zahlungsfristen geben und zuweilen ganze Beträge einbüßen mußte.

Wenn sich ungeachtet dessen die Apotheker in einigen Städten durch Verträge bei hoher Conventionalstrafe gegenseitig gebunden haben, nur geringen Rabatt zu bewilligen, so ist dies tadelnswerth; und es ist nicht zu verwundern, daß an größeren Orten die Gründung eigener Krankenkassen-Apotheken ins Auge gefaßt worden ist. Im allgemeinen dürfte die Gewährung eines Rabatts von 15—20 % wohl gerechtfertigt und ohne Schädigung der Apothekeninhaber zulässig sein. Sodann ist zu wiederholten Malen „eine jeden Luxus vermeidende Ordination“ seitens der Aerzte verlangt worden, was in den Verträgen derselben mit den Krankenkassen Ausdruck gefunden hat. Dr. med. Huperz zu Neuwied hat in dem 1886er Jahrgange der Schmißschen Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ nach dieser Richtung hin interessante Vorschläge gemacht. Wenn wir von ihm hören, daß nach seinen Erfahrungen zuweilen die Angehörigen des Kranken Malz- und Fleischextract sich schmecken ließen und Leberthran zum Schuhschmieren oder als Brennöl vergeudeteten, so werden wir zugeben müssen, daß der Arzt füglich zweckmäßiger andere billigere Mittel verschreiben darf, welche annähernd dieselben Wirkungen äußern. Dr. Huperz empfiehlt die erprobten sogen. Berliner Magistralformeln, welche für die dortigen Armenärzte maßgebend sind.

Wir wollen an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, daß die socialdemokratische Partei im März 1892 im Reichstage den Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken gestellt und dies gerade durch die den Krankenkassen erwachsenden hohen Arzneikosten begründet hat. Die Antragsteller führten aus, unsere heutigen Apotheken seien privilegierte kapitalistische Unternehmungen; Staatsapotheken würden die Medicamente billiger abgeben können und so eine Herabsetzung der Krankenkassenbeiträge ermöglichen.

Staatsminister Dr. von Bötticher erklärte unter Zustimmung der übrigen Parteien, daß obiges Unternehmen kaum durchführbar sei, versprach aber eine baldige Regelung des gesamten Apothekenwesens.

Unseres Erachtens wäre eine einheitliche Arzneitaxe für ganz Deutschland und gesetzliche Festsetzung des den Krankenkassen zu gewährenden Rabatts eine nicht ungerechte Forderung.

Eine ganz besondere Fürsorge haben größere Krankenkassen der Errichtung eigener Kranken- und Reconvalescentenhäuser gewidmet. In diesen Bestrebungen sind sie von edlen Menschenfreunden, auch Communalverbänden unterstützt worden. So besitzt Leipzig im Erzgebirge zwei Heimstätten für je 30 Betten; Berlin und München sind mit ähnlichen

Einrichtungen nachgefolgt; Frankfurt a. M. und Mülhausen i. E. sind im Begriffe, dies zu thun. Straßburg hat im nahen Ruprechtsau mit Hilfe eines Vermächtnisses des Rentners Ehrmann von etwa 1 Million Mark ein prächtiges Genesungshaus, genannt Lovisa, erbaut, woselbst Erwachsene für 1,95 Mark, Kinder für 1,46 Mark in vorzügliche Pflege aufgenommen werden. Se. Durchlaucht Fürst Reuß j. L. hat zu ähnlichen Zwecken ein Jagdschloß geschenkt.

Als sehr wichtig werden auch Heilstätten für Lungenkranke empfohlen. Nach einer vom Geheimrath Professor Dr. Finkelnburg-Bonn aufgestellten Statistik sterben z. B. alljährlich in Deutschland 160 000 Menschen an der Lungenschwindsucht. Einige Krankenkassen haben nachgewiesen, welche ungeheure Belastung ihnen diese schreckliche Krankheit verursacht. In Krefeld wurde beispielsweise festgestellt, daß 61 % sämtlicher Todesfälle von Kassenmitgliedern durch Lungenschwindsucht hervorgerufen worden sind; ferner daß jeder an diesem schleichenden, oft einen Wechsel zwischen Erwerbsfähigkeit und Krankheit bringenden Siechtum Verstorbene 82 Unterstützungstage genossen habe. Die sonstigen Krankheiten erlegenen Mitglieder nahmen dagegen nur an 36 Tagen die Kasse in Anspruch.

Begreiflicherweise schenken daher die Krankenkassen der Bekämpfung der Lungenschwindsucht große Aufmerksamkeit und unterstützen daher, namentlich im Verein mit den im vierten Kapitel zu erwähnenden Versicherungsanstalten, gern die Errichtung von namentlich in Höhenkurorten gelegenen Sanatorien für Lungenkranke. Hatte doch z. B. Dr. Driver in der Heilanstalt Reiboldsgrün in Sachsen bei rechtzeitiger Aufnahme der Lungenkranke und 13wöchigem Verbleiben nach seinen Angaben 70 % Heilerfolge aufzuweisen.

4. Simulation.

Ein recht böser Feind des Krankenkassenwesens ist die schon oben angedeutete Simulation. Wer die bereits genannte Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ durchblättert, der gewahrt ungern, daß dies Kapitel fast in jeder Nummer besprochen werden muß. Kaum war die Krankenversicherung ein Jahr in Kraft, als schon die bösen Folgen dieses Uebels zu Tage traten. Gelegentlich einiger Besprechungen der Vertreter des Vereines zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen im December 1885 wurde festgestellt, „daß der größte Schaden den Krankenkassen durch Simulation zugefügt werde, daß hierin die Hauptursache schwieriger finanzieller Verhältnisse zu erblicken sei, und daß alle bei den erstern mitwirkenden Factoren sich zur nachdrücklichen Bekämpfung dieses Uebels vereinigen sollten“.

Man unterscheidet unter den Simulanten verschiedene Arten: 1. Die Faulkranken oder Driideberger, welche nicht gern arbeiten; solche lassen sich zuweilen in zwei Klassen versichern und beziehen dann so hohe Prämien, daß sie ihr Leben auf einige Zeit sich behaglich machen können;

2. die Nothkranken, die infolge von Arbeitsmangel zu gewissen Zeiten krank werden, wie die Maurer und Gerber im Winter; 3. die sogen. Angsthasen, die bei jedem geringen Unwohlsein zum Doctor laufen, da sie ihr theures Leben in Gefahr wännen; 4. die Unwissenden, welche harmloserweise das Krankengeld als eine Art Rente ansehen, auf die sie ab und zu Anspruch zu haben glauben.

Es liegt selbstverständlich im Interesse der Krankenkassen, das Simulantenwesen, sobald dies durch statistische Vergleichung des allgemeinen Gesundheitsstandes mit den Krankheitsmeldungen in den einzelnen Monaten nachgewiesen ist, oder wenn einzelne Betrüger abgefaßt worden sind, mit aller Strenge und Verhängung von Strafen zu unterdrücken. Dringend verdächtigen Kranken wird mit Ueberführung ins Krankenhaus mit Erfolg gedroht; zuweilen wird auch hiermit Ernst gemacht, um jene strenger beobachten zu können.

All diese Strenge soll jedoch nicht in Simulantenriecherei ausarten, damit nicht etwa Unschuldige gebrandmarkt werden. Im allgemeinen wird das ärztliche Ermessen über den Zustand des krank Gemeldeten maßgebend sein müssen. Der Arzt wird zuweilen auch dem Kranken leichtere häusliche Arbeiten gestatten, ohne daß erstere dann gleich in den Verdacht kommen dürfen, erwerbsfähige Simulanten zu sein.

In der Praxis haben sich Krankencontrolleure, welche auf besondere Weisung der Aerzte die kranken Mitglieder besuchen, auch die Befolgung der ärztlichen Vorschriften revidiren, recht gut bewährt.

Die Rücksichtnahme auf die Gefahr der Simulation ist auch wiederholt mit Erfolg entgegengehalten worden, welche die dreitägige Wartezeit vor Eintritt der Krankengeldgewährung im Interesse der Erkrankten abschaffen wollten.

Simulationen sind namentlich häufig bei doppelt versicherten Personen beobachtet worden. Die Novelle hat daher dem 1883er Gesetz einen neuen § 26a eingefügt, dahin lautend, daß solchen das Krankengeld so weit gekürzt werden kann, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes übersteigen würde. Auch kann durch Kassenstatut bestimmt werden, daß die Mitglieder verpflichtet sind, anderweitige Versicherungsverhältnisse zur Ermöglichung der Controlle anzeigen zu müssen.

5. Schlußbemerkungen.

Je mehr es den Krankenkassen durch strenge Beaufsichtigung gelingen wird, Benachtheiligungen durch Simulation abzuwenden und die Verwaltungskosten auf das Nothwendigste zu beschränken, um so eher wird an eine Erweiterung der Kassenleistungen gedacht werden können.

Hierzu gibt ja der oben besprochene § 21 des Krankenversicherungsgesetzes vielseitige und weitgehende Gelegenheit.

Vor allen Dingen gilt es, die Lücke allmählich auszufüllen, welche nach Inkrafttreten der Invalidentät- und Altersversicherung noch verblieben ist. Letztere wird für die Folge Invalidentenrente zahlen, wenn der Erkrankte ein ganzes Jahr ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen ist. Die Krankenversicherung besteht aber selbst nach der Novelle obligatorisch nur für 13 Wochen. Freilich ist die Verlängerung der ersten auf ein Jahr bereits 1883 für zulässig erklärt, indes praktisch selten durchgeführt worden. Nach der 1889er Krankenkassenstatistik gewährten nur ein Fünftel sämtlicher Orts-, Betriebs- und freien Hilfskassen halbjährige und ein Zehntel bis einjährige Krankenunterstützung. Letztere ist z. B. seitens der Düsseldorfer Orts-Krankenkassen angenommen worden. Dortselbst hat sich übrigens herausgestellt, daß diese Erweiterung zu einer erheblichen Mehrbelastung gar nicht führt, da nur 3 % aller Kranken über 13 Wochen hinaus zu unterstützen waren. Straßburg hat es ermöglicht, daß seine sieben neuerdings vereinigten Orts-Krankenkassen ein halbes Jahr volles und im zweiten Halbjahre halbes Krankengeld zahlen.

Aus Worms wird mit Genugthuung berichtet, daß infolge von Verwaltungskostenersparnissen, die durch die Zusammenlegung der Orts-Krankenkassen erzielt wurden, jüngst die Krankenunterstützungen auf die Dauer von einem halben Jahre verlängert werden konnten.

Wir sind hiermit zum Ende unserer Darstellung der Krankenversicherung für die arbeitende Klasse gelangt. Zweifelsohne werden die geehrten Leser mit uns dahin übereinstimmen, daß wir es mit einer segensreichen Einrichtung zu thun haben, welche thatsächlich bei opferwilliger Mitarbeit aller beteiligten Kreise schon sehr viel Gutes gestiftet hat und noch stiften wird. Verfehlen auch wir nicht, bei sich bietender Gelegenheit unser Scherflein zur Durchführung des menschenfreundlichen Krankenversicherungsgesetzes gern beizutragen!

Drittes Kapitel.

Die Unfallversicherung.

A. Darstellung der einschlägigen Gesetze.

1. Vorbemerkungen.

Eine auskömmliche Arbeiterversicherung muß sodann für den Arbeiter beim Eintreten von Betriebsunfällen insoweit Sorge tragen, daß ihm möglichst rasche und sachverständige Heilung und an Stelle des ausfallenden Arbeitslohnes eine genügende Entschädigung zu theil werde, sowie daß seine nächsten Hinterbliebenen bei tödtlich verlaufenden Verletzungen Sterbegeld zur Deckung der Begräbnißkosten und eine nicht zu karg bemessene Rente erhalten.

Es bedarf keiner weitläufigen Auseinandersetzung, daß diese Art der Versicherung gerade in der heutigen Zeit angesichts der Handhabung zahlreicher und theilweise gefährlicher Maschinen eine hohe Bedeutung erlangt hat. Daher wurde schon vor Jahren von Arbeiterfreunden die Forderung erhoben, daß die Industrie für die Opfer ihres Berufes verantwortlich zu machen sei und ihre Arbeiter gegen Unfälle nach Möglichkeit zu schützen habe. Einsichtige Arbeitgeber waren sich dieser Pflicht im letztern verhütenden Sinne schon vor Inkrafttreten des oben erwähnten deutschen Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 bewußt geworden, z. B. 22 oberelsässische Firmen der Textilindustrie, welche bereits 1867 eine „Association pour prévenir les accidents“ gründeten und durch Einführung regelmäßiger Beaufsichtigung schon damals günstige Erfolge erzielten.

Die Unzulänglichkeit des eben genannten Gesetzes wurde schon im ersten Kapitel dargezogen; es wahrte zu sehr seinen privatrechtlichen Charakter. Die verbündeten Regierungen legten daher bereits im März 1881 einen auf dem Boden des öffentlichen Rechtes stehenden Entwurf zu einem Unfallversicherungsgesetz dem Reichstage zur Berathung vor, über den jedoch eine Einigung mit den Regierungen nicht erzielt werden konnte. Vor allem wurde die Absicht, das Reich in erheblichem Maße zur Zahlung der Unfallrenten heranzuziehen, von der Mehrheit der Abgeordneten nicht gebilligt. Auch ein zweiter, 1882 eingebrachter Entwurf, der sich bereits

auf die in den vier Monaten August bis November 1881 in 93 500 Betrieben angestellten unfallstatistischen Erhebungen gründete, konnte nicht verabschiedet werden, zumal damals der Krankenversicherungs-Gesetzentwurf den Reichstag vollauf beschäftigte. Erst beim dritten Anlauf kam das sogen. gewerbliche Unfallversicherungsgesetz im Sommer 1884 zu stande, welches am 6. Juli desselben Jahres vollzogen worden ist.

Bei der Neuheit und Schwierigkeit der Materie darf uns ein derartiges langsames Tempo nicht wundern, ebenso wenig der Umstand, daß die einzelnen Arbeiterberufsklassen erst allmählich nacheinander in die Unfallversicherung einbezogen wurden. Zuerst folgte am 28. Mai 1885 das Ausdehnungsgesetz, betreffend die Transportbetriebe, die Speicherei, Kellerei, die Betriebe des Heeres und der Marine; sodann vollzog sich am 15. März 1886 die Einbeziehung der Beamten und Personen des Soldatenstandes, am 5. Mai desselben Jahres die der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Betriebsbeamten, am 11. Juli 1887 die der bei Bauten beschäftigten Personen, und schließlich zwei Tage darauf diejenige der Seeleute. Eine genauere Aufzählung all dieser Berufsklassen wird im Absatz 3 folgen.

2. Abgrenzung und Ergänzung der Unfall- und Krankenversicherung; Beziehungen zu sonstigen Verbänden.

Nicht alle Betriebsunfälle sind in Gemäßheit der soeben genannten Gesetze durch Entschädigung zu erledigen, was vorweg bemerkt werden möge; vielmehr tritt die Unfallversicherung grundsätzlich erst dann ein, wenn es sich um tödtlich verlaufende Unfälle handelt, desgleichen bei schweren Verletzungen, sobald nach Ablauf der 13. Woche die Erwerbsunfähigkeit fort-dauert. Die ersten 13 Wochen bilden somit für die Unfallversicherung eine Art Wartezeit. Während derselben genießt der krankenversicherungspflichtige Arbeiter die diesbezüglichen Wohlthaten, jedoch mit der Maßgabe, daß für gewerbliche Arbeiter das Krankengeld von der fünften Woche ab auf Kosten des Unternehmers auf zwei Drittel des Arbeitslohnes zu erhöhen ist. Der einer Krankenkasse nicht angehörende gewerbliche Arbeiter hat von dem Unternehmer die Mindestleistungen der Gemeinde-Krankenversicherung, außerdem aber die Mehrleistung von der fünften Woche ab zu beanspruchen. Den nicht gegen Krankheit versicherten land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern haben die Gemeinden, in deren Bezirk der Verletzte beschäftigt war, bei Betriebsunfällen die Kosten des Heilverfahrens im Sinne der Gemeinde-Krankenversicherung zu gewähren.

Thatsächlich ist diese ebenbezeichnete Heranziehung der Krankenversicherung sehr wesentlich, da ungefähr von zwanzig Betriebsunfällen nur einer durch das Unfallversicherungsgesetz sich erledigt. Dagegen erheischen die schweren Unfälle ungleich größere Ausgaben. Es ist statistisch festgestellt, daß von der ganzen finanziellen Unfalllast den Arbeiter nur 11 %, den Unternehmer einschließlich seiner Betheiligung an den Krankenkassenbeiträgen

89 % treffen. Absichtlich hat man den Arbeiter von der Tragung dieser Beisteuer nicht entlasten wollen, um ihn hierdurch zur eigenen Vorsicht zu mahnen und zur Belehrung und Warnung des Mitarbeiters anzuhalten. Ferner durfte wohl angenommen werden, daß bei Unglücksfällen die so wichtige erste Hilfe am besten von den mit umfangreichem örtlichen Organen ausgestatteten Krankenkassen geleistet werden kann. Auch würde die Behandlung sämtlicher Unfälle durch die alsbald zu schildernden Berufs- genossenschaften zu einer unüberwindlichen Arbeitslast geführt haben.

Im übrigen ist für die Beziehungen der Berufs genossenschaften zu den Krankenkassen, Armenverbänden u. s. w. § 8 des 1884er Unfallgesetzes bzw. § 11 des 1886er Gesetzes maßgebend. Derselbe besagt, daß die Verpflichtung der eingeschriebenen Hilfskassen, sowie sonstiger Kranken- und Unterstützungskassen, Gemeinden und Armenverbände zur Unterstützung von Unfällen betroffener, hilfsbedürftiger Personen durch die Unfallversicherungsgesetze nicht berührt wird. Soweit auf Grund solcher Verpflichtung Unterstützungen in Fällen gewährt worden sind, in welchen dem Unterstützten nach Maßgabe der Unfallversicherungsgesetze ein Anspruch zusteht, geht letzterer bis zum Betrage der geleisteten Unterstützung auf die Kassen, Gemeinden, Armenverbände über, von welchen die Unterstützung gewährt worden ist. Dasselbe gilt von den Betriebsunternehmern und Kassen, welche die den bezeichneten Gemeinden und Armenverbänden obliegende Verpflichtung zur Unterstützung auf Grund gesetzlicher Vorschrift erfüllt haben.

Daß die Krankenversicherungsnovelle (§ 76 c) den Berufs genossenschaften ausdrücklich das Recht eingeräumt hat, das Heilverfahren für Verletzte selbst zu übernehmen, wurde bereits oben erwähnt. Andererseits erteilt § 5 des 1884er Unfallversicherungsgesetzes denselben die Befugniß, der Krankenkasse, welcher der Verletzte angehört, auf ihre Kosten die Fürsorge für diesen über den Beginn der 14. Woche hinaus zu belassen.

3. Umfang der Unfallversicherung.

Da sich die Einbeziehung zur Unfallversicherung nicht deckt mit derjenigen der Krankenversicherung, so ist eine vollständige Aufzählung der der erstern unterliegenden Betriebe nicht zu umgehen.

Versicherungspflichtig sind die Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere mit weniger als 2000 M. Jahresverdienst, im Falle der Beschäftigung

a) in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräbereien (Gruben), auf Werften und Bauhöfen, sowie in Fabriken und Hüttenwerken, ferner in sonstigen Betrieben, in welchen dauernd Dampfkessel oder andere Motoren zur Verwendung kommen;

b) in den Gewerbebetrieben innerhalb der Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Steinhauer- und Brunnenarbeiten, im Schornsteinfegergewerbe, sodann bei sonstigen Bauten;

Nachl. Arbeitergesetzgebung.

4

c) im gesamten Betriebe der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen, sowie in sämtlichen Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung, im Waggereibetrieb, im gewerksmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe, sowie bei der Treibelei, im gewerksmäßigen Expeditionss-, Speicher- und Kellerbetrieb, im Gewerbebetriebe der Güterpäder u. dgl.;

d) in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und deren Nebenbetrieben;

e) in der Seeschiffahrt mit Ausschluß der Fischerfahrzeuge und Seefahrzeuge unter 50 cbm. Bruttogehalt.

Auf die Dauer der Beschäftigung kommt es nicht an, ebenso wenig ob dieselbe gegen Lohn erfolgt; daher gelten Aushilfe leistende Familienangehörige als versicherungspflichtig.

Durch Statut der Berufsgenossenschaften darf die Versicherungspflicht auf Betriebsbeamte mit mehr als 2000 Mark Jahresverdienst, auf landwirtschaftliche Unternehmer einschließlich ihrer Familienangehörigen mit bis 2000 Mark Einkommen, sowie auf Baugewerbetreibende ohne regelmäßige Lohnarbeiter ausgedehnt werden; ebenso kann in gleicher Weise Unternehmern auch bei mehr als 2000 Mark Jahresverdienst die Berechtigung zugestanden werden, sich selbst und andere nicht Versicherungspflichtige gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern.

Für Reichs-, Staats- und Communalbeamte, welche mit festem Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt und in reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, z. B. Hüttenbeamte, Bau- und Forstbeamte, auch für Militärbeamte und Personen des Soldatenstandes ist für Betriebsunfälle durch Reichsgesetz vom 15. März 1886, wie schon angedeutet, Fürsorge getroffen.

Sobald Soldaten außerdienstlich thätig sind, z. B. zur Aushilfe bei Erntearbeiten, sind sie laut Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 20. October 1890 der betreffenden andern Unfallversicherung unterworfen.

Alle diese letztgenannten Personen erhalten Unfallentschädigungen, sofern ihnen nicht Pensionen von höherem Betrage zustehen. Dieses Gesetz ist in den Fällen von heilsamer Wirkung, wenn Beamte in jüngerem Alter im Dienst verunglücken, bevor sie sich eine auskömmliche Pension erdient haben.

4. Organisation der Unfallversicherung.

a) Berufsgenossenschaften.

Ist bei dem Krankenversicherungswesen eine strenge Sonderung der Mitglieder nach Berufsclassen nicht für nothwendig befunden worden, haben sich auch thatsächlich die Orts-Krankencassen und freien Hilfskassen meistens über die für eine solche Trennung sprechenden Gründe hinweggesetzt, so

war die Unfallversicherung ohne dieselbe vorderhand undenkbar. So mangelhaft unsere seitherige Unfallstatistik ist, so wissen wir doch, daß die Gefahr tödtlicher oder doch schwerer Unglücksfälle in den einzelnen Betrieben eine sehr verschieden große ist. So sollen z. B. im Verkehrsgewerbe (Eisenbahnen 2c.) procentmäßig doppelt so viele Tödtungen vorkommen als bei der Holzindustrie. Aber selbst innerhalb gleichartiger oder gar derselben Betriebe ist die Unfallgefahr je nach den vorhandenen Sicherheitsvorrichtungen keine gleiche. Eine gerechte Heranziehung der Einzelunternehmer zu den erheblichen Versicherungskosten wäre somit unmöglich gewesen ohne berufliche Gliederung, ohne Vereinigung eng verwandter Betriebe. Nur von derartigen genossenschaftlichen Verbänden konnte eine dem verschiedenen Gefahrenrisico entsprechende Umlegung der Gesamtausgaben, und was ebenso wichtig erschien, der Erlass sachgemäßer Unfallverhütungsvorschriften wie die Controlle über deren Beachtung erwartet werden.

Dies führte zur Bildung der sogen. Berufsgenossenschaften, welche die eben erwähnte Zusammenfassung praktisch durchzuführen hatten; und zwar sollten erstere wo möglich aus eigener Initiative der Unternehmer mit nachträglicher Genehmigung des Bundesrathes zu stande kommen. Erst nach Verstreichen einer gewissen Frist beabsichtigte diese Behörde zur Bildung gewerblicher Berufsgenossenschaften von Amts wegen einzuschreiten. Dagegen ist betreffs der land- und forstwirtschaftlichen gesetzlich festgesetzt, daß diese nach Anhörung der Landesregierungen durch das Reichsversicherungsamt territorial zu errichten sind; ebenso werden die Bauunternehmer auf Grund des 1887er Gesetzes zu Baugewerks-Berufsgenossenschaften vereinigt, soweit erstere nicht bereits anderweitig eingegliedert sind.

Bei der Bildung von Berufsgenossenschaften müssen nothwendigerweise die in dieselben einzubeziehenden gleichartigen Betriebe näher bezeichnet werden, um für spätere Einordnungen einen genauen Anhalt zu haben; selbstverständlich ist auch der örtliche Geltungsbereich auszusprechen. Dieser ist für die genannten drei Hauptgattungen der Berufsgenossenschaften ihrer Wirksamkeit entsprechend verschiedenartig gedacht, insofern die 64 gewerblichen sich über das ganze Deutsche Reich oder doch über größere, von der politischen Zusammengehörigkeit unabhängige Theile desselben erstrecken. Ein Blick auf Anlage I wird dies erläutern. Man wollte einerseits gleichmäßige Behandlung des gesamten Unfallversicherungswesens einschließlich der Unfallverhütung innerhalb bestimmter Berufszeige anbahnen, andererseits die Arbeitslast umfangreicher Betriebsarten durch allzu große Bezirke nicht ins Unerträgliche steigern. Dieserhalb ist auch den Genossenschaften gestattet worden, örtliche Abtheilungen, sogen. Sectionen, zu bilden. Die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, deren es zur Zeit 48 gibt, lehnen sich genau an die Verwaltungsbezirke an; bei der nicht erheblichen Verschiedenheit der einbegriffenen Einzelbetriebe war dies einerseits möglich, andererseits wurde hierdurch die gesamte Verwaltung des Versicherungswesens erleichtert.

Die Tiefbau=Berufsgenossenschaft, sowie die 12 Baugewerks=Berufsgenossenschaften errichten für Arbeiter, welche bei nicht gewerbmäßig ausgeführten Bauarbeiten und bei Tiefbauten von geringerer als sechstägiger Dauer beschäftigt sind, Versicherungsanstalten mit besonderem Nebenstatut und eigenem Deckungsverfahren.

In allen Staatsbetrieben tritt an Stelle der Berufsgenossenschaft das Reich bezw. der Staat, für dessen Rechnung der Betrieb geführt wird. Die Befugnisse und Verpflichtungen der Genossenschaften gehen auf die Ausführungsbehörden über. Die betreffenden Staatsverbände brauchen indes einen Reservefonds nicht anzusammeln und dürfen auch verschiedene Vereinfachungen in der Verwaltung eintreten lassen.

Die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften regelt sich nach einem der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes unterliegenden Statut. Dasselbe muß u. a. Bestimmungen enthalten über die Befugnisse des Vorstandes und der Genossenschaftsversammlung, Stimmrecht der Mitglieder, Verfahren beim Einschätzen in die der Versicherungsbeitragszahlung zu Grunde gelegten Gefahrenklassen, über die Rechnungslegung, über den Erlaß von Vorschriften behufs Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Betriebe. Das Statut kann auch vorschreiben, daß die Berufsgenossenschaft in örtlich abgegrenzte Sectionen eingetheilt wird und daß Vertrauensmänner als örtliche Genossenschaftsorgane eingesetzt werden.

Die Genossenschaft wird durch ihren Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Dessen Mitglieder sowie die Vertrauensmänner verwalten ihr Amt als unbefoldetes Ehrenamt; sie erhalten nur bare Auslagen erstattet und haften der Genossenschaft gegenüber für getreue Geschäftsverwaltung wie Vormünder ihren Mündeln.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben allmählich einen Reservefonds in der doppelten Höhe des Jahresbedarfs aufzuspeichern.

Wenn schon der Bundesrath und das Reichsversicherungsamt bei Bildung der Berufsgenossenschaften darauf Bedacht nehmen, nur solche von voraussichtlicher Leistungsfähigkeit zu genehmigen, sowie daß gleichartige und verwandte Interessen verfolgende Betriebe in erstern vereinigt werden, so können doch bei der Unberechenbarkeit unserer heutigen Productionsweise und Technik Abänderungen im Bestande der Berufsgenossenschaften nothwendig werden. Wird es sich bei den land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften nur um örtliche Zusammenlegungen oder anderweitige Abgrenzungen handeln, womit eine Verminderung der Leistungsfähigkeit gemeiniglich nicht hervorgerufen werden dürfte, so werden sich Veränderungen im Bestande der gewerblichen schon schwieriger vollziehen. Es sind daher im 1884er Gesetz die bezüglichlichen Bedingungen genau festgesetzt.

Gewerbliche Berufsgenossenschaften, welche leistungsunfähig werden, können auf Antrag des Reichsversicherungsamtes von dem Bundesrath aufgelöst werden; es sind alsdann die betreffenden Betriebe andern Genossenschaften zuzutheilen. Mit der Auflösung gehen die Rechtsansprüche und Ver-

pflichtungen der Genossenschaft auf das Reich oder, falls diese einem Landesversicherungsamte unterstellt war, auf den betreffenden Bundesstaat über.

Die Genossenschaften können das auf sie entfallende Gesamtrisiko bis zur Hälfte auf die Sectionen übertragen, indes auch mit andern Genossenschaften zur gemeinsamen Tragung Uebereinkommen treffen.

Als Mitglieder der Genossenschaft sind sämtliche Unternehmer derjenigen Betriebe anzusehen, für welche erstere errichtet ist. Erstere sind bei Strafe verbunden, diese anzumelden, auch etwaige Abänderungen, welche eine anderweitige Einordnung bedingen könnten, anzuzeigen. Gegen die Ueberweisung an eine Berufs-genossenschaft und Aufnahme in deren Kataster ist Berufung ans Reichsversicherungsamt zulässig.

b) Reichsversicherungsamt und Landesversicherungsämter.

Außer der erstern Centralbehörde zu Berlin gibt es in den Bundesstaaten noch Landesversicherungsämter, welche indes nur für solche Berufs-genossenschaften zuständig sind, welche lediglich innerhalb dieser Staatsgebiete ihre Versicherungsthätigkeit ausüben. Die genannten Ämter führen in ihren Bezirken die Aufsicht über den Betrieb der Berufs-genossenschaften, die Prüfung und Genehmigung der Statuten und der Gefahrrentarife. Sie entscheiden unbeschadet der Rechte Dritter über Streitigkeiten, welche sich auf die Rechte und Pflichten der Inhaber der Genossenschaftsämter, auf die Auslegung der Statuten und die Giltigkeit der vollzogenen Wahlen beziehen. Sie bilden außerdem die Berufungsinstanz gegenüber Vor-entscheidungen der untern Verwaltungsbehörde über den Einbezug eines Betriebes in eine bestimmte Berufs-genossenschaft, sowie gegenüber den Entschädigungsfestsetzungen seitens der Schiedsgerichte.

Hingegen sind dem Reichsversicherungsamt die allgemeinen Entscheidungen über die Versicherungspflicht der Betriebsarten, u. a. über den Umfang des Begriffs „Fabrik“, desgleichen das einleitende Verfahren bei freiwilliger Bildung von Berufs-genossenschaften behufs einer im ganzen Reich übereinstimmenden Auffassung und Handhabung des Unfallversicherungswesens jedenfalls vorbehalten worden. Auch unterstehen solche Berufs-genossenschaften, die sich über das Gebiet von mehr als einem Landesversicherungsamte erstrecken, unbedingt der genannten Centralbehörde.

Nachdem seit Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes die Arbeitslast des Reichsversicherungsamtes bedeutend vermehrt worden ist, hat auch eine Erhöhung der Mitgliederzahl desselben stattfinden müssen. Nach den uns zugegangenen Nachrichten amtirt außer dem Präsidenten Dr. Bödiker ein Dirigent der Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung und ein solcher für Unfallversicherung. Sodann sind 27 ständige, vom Kaiser ernannte, sowie 16 nichtständige Mitglieder bestellt; von diesen wählt der Bundesrath aus seiner Mitte 4, je 6 werden von den Genossenschaftsvorständen und den Arbeitervertretern ge-

wählt. Außerdem sind 26 richterliche Mitglieder und eine große Anzahl von Hilfsarbeitern in Thätigkeit.

Bei Entscheidungen über Berufungen gegen schiedsrichterliche Urtheile oder über vermögensrechtliche Streitigkeiten bei Veränderungen des Genossenschaftsbestandes werden zu den Sitzungen zwei richterliche Beamte zugezogen.

Um schon an dieser Stelle einen Begriff von der umfangreichen Thätigkeit des seit 1884 bestehenden Reichsversicherungsamtes zu geben, sei kurz erwähnt, daß am 5. October 1892 bereits die 400. Plenarsitzung desselben stattfand.

c) Schiedsgerichte.

Für jede Berufsgenossenschaft bezw. Section wird in der Regel ein **Schiedsgericht**, nach Bedarf werden deren mehrere errichtet, bestehend aus einem ständigen Vorsitzenden aus der Klasse der öffentlichen Beamten und je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter aus den der Genossenschaft angehörenden Betrieben.

Die Entscheidungen dieser Gerichte, welche angerufen werden im Falle der Unzufriedenheit verletzter Arbeiter, auch etwaiger Hinterbliebener, mit den Zubilligungen der Berufsgenossenschafts- oder Sectionsvorstände, erfolgen nach Stimmenmehrheit; die Kosten des Schiedsgerichts trägt die Berufsgenossenschaft.

d) Vertretung der Arbeiter.

Um die Unparteilichkeit des Verfahrens im Unfallversicherungswesen zu gewährleisten und auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen, ferner um den Arbeitern zum Ausprechen von Wünschen betreffs des erstern Gelegenheit zu geben, werden für jede Genossenschaft bezw. Section durch die Vorstände der Krankenkassen mit Ausschluß der Arbeitgeber zum Zwecke der Wahl von Beisitzern zum Schiedsgericht, der Begutachtung der zur Verhütung von Unfällen zu erlassenden Vorschriften und der Theilnahme an der Wahl der nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts **Arbeitervertreter** gewählt. Diese haben an den eben angedeuteten Wahlen, Berathungen und ferner an den Unfalluntersuchungen theilzunehmen. Mangels Orts- oder Betriebs-Krankenkassen für den land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bezeichnen die Gemeinden derartige Arbeitervertreter. Alle solchen erhalten Ersatz für Barauslagen und entgangenen Arbeitsverdienst.

5. Unfallentschädigungen.

a) Umfang derselben.

Den Unfallversicherungsgesetzen zufolge wird dem Verletzten bezw. dessen Hinterbliebenen Entschädigung nur dann zu theil, wenn es sich um einen **Betriebsunfall** handelt. Eine genaue Erklärung dieses Begriffes ist in den Gesetzen nicht enthalten. Professor Dr. Rosin gibt in seinem Werke über die Arbeiterversicherung folgende Definition: „Unfall im Sinne unserer

Gesetz ist die körperschädigende, plötzliche und von dem Betroffenen nicht gewollte Einwirkung eines äußern Thatbestandes auf einen Menschen. Betriebsunfall ist ein Unfall dann, wenn der Betroffene demselben durch seine Beziehung zum Betriebe, namentlich durch seine Beschäftigung in demselben in einem die Unfallgefahr des gewöhnlichen Lebens übersteigenden Maße ausgesetzt gewesen ist." Wie wir weiter unten bei Besprechung der praktischen Erprobung obiger Gesetze sehen werden, sind nicht selten zwischen den Berufsgenossenschaften und den Verletzten über das Zutreffen des Begriffes „Betriebsunfall“ Meinungsverschiedenheiten entstanden, was bei der Neuheit der Sache und dem erklärlichen Streben nach einer Entschädigung nicht wunder nehmen darf. Es ist indes zu erwarten, daß im Laufe der nächsten Jahre allmählich allgemein getheilte Anschauungen über den Umfang obigen Begriffes sich entwickeln und durchdringen werden.

Ob der Unfall durch Zufall oder Verschulden eines andern verursacht worden, ist für die Gewährung einer Entschädigung ohne aufhebenden Einfluß. Sogar bei eigener Fahrlässigkeit des Verletzten kommt eine solche nicht in Wegfall, sondern nur dann, wenn der Betriebsunfall vorsätzlich herbeigeführt worden ist.

Der Schadenersatz soll im Falle der Verletzung bestehen:

1. in den Kosten des Heilverfahrens, welche vom Beginn der 14. Woche entstehen;
2. in einer dem Verletzten von diesem Zeitpunkte ab für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente.

Diese beträgt im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für die Dauer derselben $66\frac{2}{3}\%$ des jährlichen Arbeitsverdienstes, welcher für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter von der Verwaltungsbehörde örtlich nach Durchschnittssätzen festgesetzt wird. Im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit erhält der Verletzte einen Bruchtheil der ebenbezeichneten Vollrente je nach dem Grade der verbliebenen Erwerbsfähigkeit.

Der Erhöhung der Krankenkassenleistung während der ersten 13 Wochen und zwar nach Ablauf der vierten Woche, desgleichen der Verpflichtung der Gemeinden gegenüber nichtkrankenversicherungspflichtigen forst- und landwirtschaftlichen Arbeitern wurde bereits oben gedacht.

Im Falle der Tödtung leistet die Unfallversicherung außerdem als Schadenersatz:

1. als Ersatz der Beerdigungskosten bei gewerblichen Betrieben das Zwanzigfache des täglichen Arbeitsverdienstes, bei forst- und landwirtschaftlichen den 15. Theil des Jahresverdienstes, in beiden Fällen aber mindestens 30 Mark;
2. eine vom Todestage an zu gewährende Rente von 20 % des Jahresverdienstes für die Wittve bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung, von 15 % für jedes wasserlose Kind bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre, von 20 % ebensolang für sogenannte Doppelwaisen.

Die Renten der Wittwen und Kinder dürfen zusammen 60 % des Jahresverdienstes nicht übersteigen. Im Falle der Wiederverheiratung erhält die Wittwe den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Abfindung. Der Anspruch der Wittwe ist ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfalle geschlossen worden ist.

Ascendenten des Verstorbenen, wenn dieser ihr einziger Ernährer war, erhalten bis zu ihrem Tode bezw. bis zum Wegfall der Bedürftigkeit 20 % des Arbeitsverdienstes mit der Maßgabe, daß Renten der Großeltern unter Umständen gekürzt werden, falls bei Entschädigung der Eltern das genannte Maximum von 60 % bereits erreicht wird.

Die Hinterbliebenen eines Ausländers, welche zur Zeit des Unfalles nicht im Inlande wohnten, haben keinen Anspruch auf die Rente.

An Stelle der ersterwähnten Entschädigungen an Verletzte kann bei nichtverheirateten Personen stets, bei verheirateten oder in einer Familie wohnenden unter gewissen Umständen freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus seitens der Berufsgenossenschaften gewährt werden. Letztere werden von diesem allerdings theuren Mittel immerhin doch zu ihrem Vortheil Gebrauch machen, wenn hierdurch eine raschere und in ihren Endresultaten günstigere Heilung erzielt wird. In diesem Falle erhalten etwaige Angehörige während dieser Zeit die für den Todesfall vorgesehenen Renten.

Um der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in einigen Gegenden Deutschlands noch bestehenden Ergänzung des Lohnes durch Naturalleistung gerecht zu werden, bestimmt das 1886er landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz, daß die Rente solchen versicherten Personen, welche ihren Lohn oder ihr Gehalt herkömmlich ganz oder zum Theil in Form von Wohnung, Feuerung, Nahrungsmitteln, Landnutzung, Kleidung u. dgl. beziehen, sowie deren Hinterbliebenen nach Verhältniß ebenfalls in dieser Form gewährt werden soll.

b) Feststellungs- und Zahlungsverfahren.

Von jedem Betriebsunfall ist seitens des Unternehmers bei der Ortspolizei- oder staatlichen Verwaltungsbehörde sofort Anzeige zu erstatten; jene hat in allen Fällen, wo Inanspruchnahme der Unfallversicherung eintreten könnte, eine genaue Untersuchung vorzunehmen. An derselben können Arbeiter- und Genossenschaftsvertreter theilnehmen, nach Bedarf auch Sachverständige. Auf Grund dieser Erhebung sowie eines etwaigen Gutachtens eines Vertrauensmannes stellt der Vorstand der Section, unter Umständen der der Genossenschaft, nach vorheriger Anhörung des mit den Unterlagen der Bemessung vertraut zu machenden Entschädigungsberechtigten dessen Bezüge baldmöglichst fest. Sollte dies Verfahren nicht von Amts wegen durchgeführt werden, so hat der Verletzte das Recht der nachträglichen Erhebung eines Anspruches innerhalb zwei Jahren.

Sehr wichtig ist die fernere Bestimmung, daß auch in solchen Fällen, wo ein gesetzmäßig gegen Unfall zu versichernder Betrieb nicht angemeldet

gewesen sein sollte, trotzdem Entschädigung seitens der verpflichteten Berufs-genossenschaft, in welche der Betrieb nachträglich eingeordnet wird, geleistet werden muß. Der Verletzte, welcher sich in dieser Lage zu befinden glaubt, hat seine Ansprüche bei der untern Verwaltungsbehörde anzubringen.

Ueber jedwede Entschädigungsfestsetzung wird dem Berechtigten eine schriftliche Mittheilung gemacht, aus der die Art der Berechnung erhellt, unter Beifügung eines Berechtigungsausweises.

Wird ein Entschädigungsanspruch seitens der untern Verwaltungs-behörde aus dem Grunde abgelehnt, daß der Betrieb nicht als unfall-versicherungspflichtig erachtet wird, so ist Beschwerde an das Reichsversiche-rungsamt, bei sonstigen Unzufriedenheiten wegen Ablehnung oder angeblich zu niedriger Festsetzung der Entschädigung Berufung bei den oben be-schriebenen Schiedsgerichten einzulegen. Nur in dem Falle, daß bei Be-anspruchung von Renten seitens der Ascendenten das Rechtsverhältniß zwischen diesen und dem Getödteten strittig ist, kann das Schiedsgericht den Betheiligten aufgeben, erst hierüber die Entscheidung im ordent-lichen Rechtswege herbeizuführen, worauf dann das Schiedsgericht über den Entschädigungsanspruch zu entscheiden hat.

Gegen die schiedsrichterlichen Entscheidungen ist, sobald es sich um mehr handelt, als um Feststellung der Kur- und Begräbniskosten oder um eine für die Dauer einer vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit zu gewäh-renden Rente, Recurs an das Reichsversicherungsamt zulässig, indes mit der Maßgabe, daß ersterer gegenüber der seitherigen Festsetzung keine aufschiebende Wirkung auszuüben vermag.

Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädi-gung maßgebend gewesen sind, eine Veränderung ein, so kann auf Antrag oder von Amts wegen eine anderweitige Feststellung stattfinden.

Auf Grund des Ausweises erhebt der Berechtigte acht Tage nach er-folgter Bemessung die Kur- und Beerdigungskosten, bezw. monatlich im voraus die weder pfändbaren noch übertragbaren Renten durch die Post-anstalt seines Wohnortes. Die Centralpostbehörde läßt sich die Auslagen alljährlich von den Genossenschaften erstatten.

6. Umlageverfahren.

Die Ausgaben der Berufs-genossenschaften setzen sich zusammen aus den Verwaltungskosten, den durch die Post vorgeschossenen Unfall-entschädigungen und den jährlichen Antheilen an der Bildung eines Reservecfonds. Nachdem die Genossenschaften für das erste Betriebs-jahr einen den einzelnen Betriebsunternehmern gutgeschriebenen Vorschuß erhoben hatten, findet jetzt alljährlich nach Schluß des Rechnungsjahres die Umlage der gesamten Ausgaben bei den gewerblichen Genossen-schaften statt unter Zugrundelegung der sämtlichen Löhne und Gehälter einerseits und der für jeden Betrieb in Betracht kommenden Gefahrenklasse

andererseits, welche in der Regel durch einen Decimalbruch ausgedrückt wird. Ein Beispiel mit einfachen Zahlen möge das Verfahren erläutern.

Verufsgenossenschaft N. N.

	Anrechnungsfähige Jahreslöhne zc.	Gefahrenklasse.	Beitragsfuß.	Antheilseinheiten.
Betrieb A	2000 Mark	I	1,0	2 000 Mark
" B	2500 "	II	1,2	3 000 "
" C	1500 "	III	1,6	2 400 "
" D	4000 "	II	1,2	4 800 "
" E	5000 "	I	1,0	5 000 "
" F	3000 "	IV	2,0	6 000 "
u. f. w.				23 200 Mark

Entfallen auf diese Betriebe z. B. 348 Mark Ausgaben, so wird demnach die Antheilseinheit mit $\frac{348}{23200}$ Mark oder mit 1,5 Pfennig be-

troffen, wonach die Betriebe A bis F veranlagt werden. E z. B. würde $5000 \times 1,5 \text{ Pfennig} = 7500 \text{ Pfennig} = 75 \text{ Mark}$ zu zahlen haben.

Ueber die verausgabten Löhne und Gehälter müssen die Betriebsunternehmer genaue Nachweisungen alljährlich einreichen. Bei Tagelöhnen über 4 Mark wird das überschießende Mehr nur zu einem Drittel gerechnet.

Gegen die Festsetzung der Beiträge ist Einspruch zu erheben bei der Genossenschaft und in zweiter Instanz in gewissen Fällen Berufung an das Reichs- bezw. Landesversicherungsamt zulässig.

Rückständige Beiträge und Ordnungsstrafen werden wie Gemeindeabgaben zwangsweise eingetrieben.

Die Ausgaben der Land- und forstwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften (in Preußen z. B. bilden die Provinzen Genossenschaften, die Kreise Sectionen) können entweder durch Zuschläge zu den Staats- oder Communalsteuern aufgebracht werden, oder es erfolgt gleichfalls Umlage nach Lohnsumme und Unfallgefahr unter möglichster Vereinfachung des Rechnungsverfahrens. So wird z. B. auf den Hektar der Betriebsfläche eine durchschnittlich erhobene Anzahl von Vollarbeitern zu 300 Tagen angenommen und hiernach die Lohnhöhe und der Beitrag berechnet.

Für die Baugewerke-Berufsgenossenschaften ist im 1887er Gesetze ein abweichendes Deckungsverfahren vorgeschrieben.

Alle Genossenschaftsvorstände haben die von den Centralpostbehörden eingehenden Liquidationen über vorgeschossene Zahlungen innerhalb drei Monaten zu berichtigen bei Androhung des Zwangsbeitreibungsverfahrens.

7. Haftpflicht der Betriebsunternehmer und dritter Personen.

Die Unfallversicherungsgesetze gehen grundsätzlich davon aus, daß den Verletzten bezw. deren Hinterbliebenen, abgesehen von vorsätzlich von ihnen herbeigeführten Betriebsunfällen, alsbald durch die Berufsgenossenschaft oder zutreffendenfalls durch die Krankenkasse bezw. die Gemeinde ärztliche Hilfe

und Entschädigung zu theil werden soll. Man wollte unbedingt vermeiden, daß über dem Streite darüber, wer als der endgiltig Haftpflichtige anzusehen sei, der Verunglückte inzwischen in Bedrängniß gerathe; man wollte diesem auch für den Fall die gesetzliche Fürsorge sicherstellen, daß der Verschulder zahlungsunfähig wäre. Andererseits mußte die Haftpflicht im Sinne obiger Gesetze eine Regelung erfahren. Es haften hiernach Betriebsunternehmer oder deren Beamte, gegen welche durch strafrechtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben, gegenüber den Berufsgenossenschaften bezw. Krankenkassen für die seitens derselben gemachten Aufwendungen, gegenüber den Versicherten mit der Differenz zwischen dem richterlich festgestellten Schadenersatz und den bezogenen Entschädigungen.

Die Haftung dritter Personen, welche den Unfall entweder vorsätzlich herbeigeführt oder durch Verschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, also vor allem nach dem oben erwähnten Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871, und ist im übrigen in derselben Weise wie eben angegeben hinsichtlich der Anspruchsberechtigung geregelt. Wenn z. B., wie es bereits vorgekommen ist, ein Speditionsarbeiter auf einem Bahnhofe infolge ungeschickten Rangirens eines Locomotivführers verunglückt, so kann die Speditions-Berufsgenossenschaft von der für ihren Beamten haftbaren Eisenbahnverwaltung Entschädigung verlangen bis zur Höhe der ihrerseits gezahlten Kurkosten und Renten, wogegen der Beschädigte selbst darüber hinaus bis zur Höhe seines tatsächlichen Schadens Ersatz zu fordern berechtigt ist.

8. Unfallverhütung. Ueberwachung der Betriebe durch die Genossenschaften.

Es bedarf keiner weitem Ausführung, daß die Berufsgenossenschaften schon aus Sparsamkeitsrücksichten ein hohes Interesse daran haben, die Anzahl der Betriebsunfälle vermindert zu sehen. Erstern ist daher gesetzlich die Befugniß eingeräumt worden, unfallverhütende Vorschriften zu erlassen und entsprechende technische Einrichtungen von den Betriebsunternehmern zu verlangen, sowie Versicherten die Befolgung obiger Vorschriften bei einer in die Krankenkasse fließenden Ordnungsstrafe von bis 6 Mark zur Pflicht zu machen. Erstere bedürfen indes der Genehmigung des Reichs- bezw. Landesversicherungsamtes, welche zur Verathung und Beschlußfassung hierüber Arbeitervertreter hinzuziehen muß.

Die Befolgung der zur Unfallverhütung erlassenen Anordnungen können die Berufsgenossenschaften durch Beauftragte überwachen, denen auch Einsicht in den Betrieb, die Bücher und Lohnlisten zu gestatten ist. Das Gesetz hat Vorsorge getroffen, daß hierbei das Geschäftsgeheimniß gewahrt bleibt.

Mit welcher Rührigkeit und Umsicht gerade die Unfallverhütung seitens der Berufsgenossenschaften behandelt wird, davon werden wir uns noch überzeugen.

B. Praktische Durchführung der Unfallversicherungsgesetze.

1. Statistisches.

Von Jahr zu Jahr ist seit Erlaß des gewerblichen Unfallversicherungsgesetzes im Jahre 1884, wie wir oben dargethan, der Kreis der Versicherungspflichtigen und -Berechtigten erweitert worden. Waren im Jahre 1886 innerhalb 62 Berufsgenossenschaften und 48 Reichs-, Staats- und Communalbetrieben 260 000 Betriebe mit fast $3\frac{1}{2}$ Millionen Versicherten einbezogen, welsch letztere etwa 1,9 Millionen Mark Entschädigungen erhielten, so lauten die Angaben für 1890 nach stetiger Steigerung folgendermaßen. Es bestanden:

1. 64 gewerbliche und 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit zusammen 911 Sectionen für 13 Millionen Versicherte,
2. 316 Staats- u. c. Betriebe für 604 000 Versicherte,
3. 13 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit ungefähr 10 000 Versicherten.

Es waren 1890 in Thätigkeit unter 1: 1083 Genossenschaftsvorstände, 5244 Sectionsvorstände, 21 723 unbesoldete Vertrauensmänner, 148 besoldete Revisoren, 1000 Schiedsgerichte. An Entschädigungen wurden gezahlt 18,2 Millionen Mark; die Kosten für Verwaltung, Schiedsgerichte, Unfallverhütung betrugen rund 6 Millionen Mark; den Reservefonds gingen bereits im ganzen 37 Millionen Mark zu. Die unter 2 genannten Betriebe verausgabten außerdem fast 2 Millionen Mark, wovon nur ca. 57 000 Mark Verwaltungs- u. c. Unkosten abgingen. Die unter 3 aufgeführten Genossenschaften leisteten 240 000 Mark Entschädigungen und hatten fast 280 000 Mark Unkosten zu bestreiten.

Im ganzen beläuft sich die Gesamtsumme der im Jahre 1890 von den drei Versicherungsgruppen bei rund 13,6 Millionen Versicherten gezahlten Entschädigungsbeträge auf 20,3, 1891 laut vorläufiger Notiz auf 26 Millionen Mark.

Die Anzahl der neuen Unfälle, für welche 1890 Entschädigungen festgesetzt wurden, beträgt 42 206, wovon 5922 mit tödtlichem Ausgange endigten, 2700 zu dauernder völliger, 21 671 zu dauernd theilweiser, 11 913 zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit führten.

Die 1890 getödteten Personen hatten 11 337 Hinterbliebene, worunter 3687 Wittwen, 7348 Kinder, 302 Ascendenten.

Nach vorläufigen Ermittlungen waren 1891 51 437 neue Unfälle zu entschädigen. Die schon erwähnten ca. 26 Millionen Mark kamen zur Auszahlung an 116 936 in frühern Jahren und neuerdings Verletzte, außerdem an 16 006 Wittwen, 32 502 Kinder, 1287 Ascendenten Getödteter; daneben erhielten 4477 Ehefrauen, 9823 Kinder und 142 Ascendenten.

denten als Angehörige von in Krankenhäusern untergebrachten Verletzten die gesetzliche Unterstützung angewiesen, so daß 1891 zusammen 181 173 Personen der Wohlthaten der Versicherung theilhaftig geworden sind.

Diese Zahlen sprechen eine beredte Sprache und geben einen Begriff von der hohen socialen Bedeutung der Unfallversicherung. Wie viel Glend mag durch die in den Jahren 1886—1891 an Entschädigungen zur Auszahlung gelangten ca. 78 Millionen Mark gelindert worden sein! Wer möchte angesichts der erstern den Wahrscheinlichkeitsbeweis versuchen, daß private Arbeiterversicherung zu solchen Leistungen geführt haben würde?

2. Mittheilungen über den Geschäftsbetrieb der Berufsgenossenschaften.

Diese erfreulichen Ergebnisse sind allerdings nicht ohne die größten Anstrengungen seitens aller beteiligten Kreise, der verbündeten Regierungen, des Reichs- und der Landesversicherungsämter, der ausführenden Verwaltungsbehörden, vor allem aber der Genossenschafts- und Sectionsvorstände, wie auch der Betriebsunternehmer selbst zu stande gekommen. Es war nicht leicht, das großartig angelegte nagelneue Triebwerk der gesamten Unfallversicherung in Bewegung zu setzen, und wir dürfen uns bei der gänzlichen Neuheit dieser Maschine nicht wundern, wenn diese viele Tadeln gefunden hat, wenn sie dem einen zu schwerfällig und kostspielig arbeitet, von dem andern als nicht allen an sie zu stellenden Leistungen gewachsen erachtet wird. Indes wie überall, so ist auch hier Tadeln leichter als Bessermachen. Wir wollen aber gerade den erhobenen Einwänden folgen und abwägen, ob und inwieweit Verbesserungen an der Maschine wünschenswerth erscheinen.

Zuvörderst ist darauf hingewiesen worden, daß manche gleichfalls gefährdete Arbeiterberufskreise von den Wohlthaten der Unfallversicherung bislang ausgeschlossen geblieben sind. Vor allem hat der für den Handwerkerstand jederzeit warm eintretende Reichstagsabgeordnete Hitze zu Gunsten der Einbeziehung der gefährlichern Zweige desselben seine Stimme erhoben. Hierauf hat Staatsminister Dr. von Bötticher im Februar 1892 bei Berathung des Stats des Reichsversicherungsamtes die Ausdehnung der Versicherung auf das Handwerk, das Handelsgewerbe und die Hochseefischerei gelegentlich der demnächst vorzulegenden Novelle in Aussicht gestellt. Schon ist in der Presse erörtert worden, welche Arten der Handwerke versichert werden sollen, ob z. B. auch minder gefährdete, wie das der Schneider und Schuhmacher, einzubeziehen seien, und welche Organisation die zweckmäßigste und billigste sein würde. Der Berliner Handwerkertag hat sich dahin ausgesprochen, daß die Innungen Träger der Unfallversicherung werden sollen. Einige befürworten territoriale Genossenschaften, wie bei der Land- und Forstwirtschaft, andere Anschluß an die Krankenversicherung. Auch die Einbeziehung der mit versicherungspflichtigen Arbeiten beschäftigten Strafgefangenen ist im Interesse ihrer selbst und ihrer Angehörigen verschiedentlich nicht mit Unrecht verlangt worden.

Sodann ist nicht zu läugnen, daß die Einordnung sämtlicher Betriebe in die zuständigen Berufsgenossenschaften, sowie die Entscheidung über die Versicherungspflicht überhaupt häufig zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat. Freilich war dies vorauszusehen, zumal manche Betriebe derart aus einzelnen Anlagen und Vorrichtungen zusammengesetzt sind, daß über den maßgebenden Hauptbetrieb leicht Zweifel entstehen konnten. Während nun die Berufsgenossenschaften von vornherein gern möglichst viele Theilnehmer aufnehmen möchten, um das Risiko auf breitere Schultern zu vertheilen, so war es andererseits erklärlich, daß angesichts von schweren Unfällen in noch nicht untergebrachten Betrieben oft eine geringere Geneigtheit zur Anerkennung der Entschädigungspflicht vorhanden war, daß manchmal eine Genossenschaft der andern den Fall zuzuschieben versuchte, bis höhere Entscheidung erging. Leider sollen unterdessen die Geschädigten nicht selten ohne Hilfe geblieben sein, was zu Klagen Veranlassung gegeben hat. Es ist daher der Wunsch ausgesprochen worden, daß in solchen Fällen das Reichsversicherungsamt eine Berufsgenossenschaft bezeichnen möge, welche sofort die Entschädigungen leisten solle, vorbehaltlich der spätern Regelung. Dem ist durch einen Erlaß genannter Behörde im Juni 1891 bereits entsprochen worden. Wenn also in Zukunft z. B. ein Postillon, welcher aushilfsweise beim Pflügen des Ackers des Posthalters thätig ist, hierbei vom Pferde geschlagen wird, so soll der Ausgang des etwaigen Streites nicht abgewartet werden, ob der Verletzte von der Fuhrwerks- oder der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu entschädigen sei; vielmehr soll eine derselben sofort zur Hilfeleistung angehalten werden.

Die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob ein Betrieb überhaupt als versicherungspflichtig anzusehen sei, sind in letzter Zeit seltener geworden, da in dieser Beziehung allmählich allgemein anerkannte Anschauungen Platz greifen.

Dagegen entstehen noch häufig Zweifel darüber, ob sich ein Unfall als ein gesetzlich zu entschädigender Betriebsunfall darstellt. Diese Frage ist beispielsweise in folgenden Fällen bejaht worden: als ein Steinbrucharbeiter beim Heimwege aus dem Bruche unterwegs stürzte; als ein Flößer die ins Wasser gefallene Mühle seines Kameraden herausscholen wollte und dabei ertrank; als ein Mühlbursche beim Beidrehen der Windmühlensflügel vom Blitz getroffen wurde; als ein mit einer Bestellung vom Arbeitgeber weggeschickter Arbeiter unterwegs infolge Glätteises ausglitt; als ein Forstaufseher auf einem Waldbegange einen tödtlichen Insektenstich erhielt. Die Annahme eines Betriebsunfalles ist indes verneint worden: als ein Mühlenarbeiter beim Nalfang ertrank; als ein Arbeiter auf der Fahrt nach der Betriebsstätte ertrank, der sich des Rahnes zur Abkürzung des Landweges bediente; als eine Wäscherin nach Schluß der Arbeit gegen Verbot auf einer Wringmaschine eigene Wäsche wusch und bei Handhabung der ersten verunglückte; als ein Lungeneschwindichtiger Arbeiter beim Heben einer Last einen tödtlichen Blutsturz bekam.

Im allgemeinen haben das Reichs- und die Landesversicherungsämter in zweifelhaften Fällen einer dem Verunglückten wohlwollenden Auffassung Raum gegeben.

Zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen ist ein Berufsgenossenschaftsverband gegründet worden, welcher alljährlich tagt. Gegenstände der Verathung waren bis jetzt u. a.: die gleichmäßige Durchführung der Unfall- und Vohnstatistik, die Unfallverhütungsmaßnahmen, die ärztliche Behandlung der Verletzten, namentlich soweit sie sich möglichste Erhaltung und baldige Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zur Aufgabe macht; die Errichtung eigener Krankenhäuser. Im Jahre 1892 tagte der Verband zu Anfang Juni in Hamburg. Unter anderem wurde einstimmig beschlossen, daß die Berufsgenossenschaften im Hinblick auf die Neuerungen im Krankenversicherungsgesetz in weit höherem Umfange als bisher schon in den ersten dreizehn Wochen das Heilverfahren übernehmen sollen. Es hat sich in der Praxis herausgestellt, daß die Krankenkassen oft geneigt waren, eine durch Unfall verursachte Krankheit schnell äußerlich zu heilen ohne Rücksicht auf spätere Erwerbsfähigkeit, wogegen die Berufsgenossenschaften ein hohes Interesse an der gründlichen Heilung des Arbeiters haben, damit der Arbeiter möglichst bald wieder erwerbsfähig gemacht und das Unfallrenten-Conto entlastet werde. Für diesen Zweck wurde auf dem letzten Verbandstage die Errichtung besonderer Unfallkrankenhäuser empfohlen. Die Versammlung erörterte auch die schwierige Frage über die öffentlich rechtliche Stellung der Berufsgenossenschaften und neigte dazu, diese zu bejahen. Schließlich wurde ein Beschluß angenommen, der das Reichsversicherungsamt ersucht, auf der Weltausstellung in Chicago Einrichtungen und Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, soweit solche dazu geeignet sind, zur Vorführung zu bringen.

Wiederholt ist über die Höhe der Verwaltungskosten der Genossenschaften und damit auch über das Auferlegen entsprechender Mehr- oder Minderopfer auf die Arbeitgeber geklagt worden. Es mag zugegeben werden, daß einzelne der erstern bis zum völligen Einarbeiten vermeidliche Ausgaben gemacht haben, was aber wohl entschuldbar war. Bedenken wir ferner, daß in den ersten Jahren erklärlicherweise seitens der über die zulässige Entschädigungshöhe noch ungenügend unterrichteten Arbeiter zahlreiche Anrufungen der Schiedsgerichte stattfinden, deren Kosten bekanntlich den Berufsgenossenschaften zur Last fallen; daß auch die Unfalluntersuchungen anfänglich erheblichere Umstände und Kosten verursacht haben, bis man hierin Uebung bekam und sparen lernte.

Vergessen wir schließlich auch nicht, daß die Berufsgenossenschaften alsbald der Unfallverhütung große Sorgfalt zuwendeten und für Ausarbeitung, Druck, Bekanntmachung und Ueberwachung der Durchführung der vielseitigen Verhütungsvorschriften bedeutende Ausgaben zu bestreiten hatten. Letztere waren indes keineswegs unfruchtbar, da sie anerkanntermaßen die Unfallgefahr stetig vermindert haben.

Hinsichtlich Feststellung der Entschädigungen ist mehrfach die Zuziehung der Arbeitervertreter oder auch des Verletzten selbst bei diesem Verfahren befürwortet worden, um den Versicherten noch mehr Vertrauen einzulößen. Mit dem Mißtrauen der letztern muß eben gerechnet und demselben entgegengetreten werden. Hat man doch sogar die Unparteilichkeit der Schiedsgerichte unbegründeterweise angezweifelt.

Von den socialdemokratischen Abgeordneten ist die Zulassung von Landesversicherungsämtern für die einzelnen Bundesstaaten als ein unberechtigtes Stück Particularismus jüngst angefochten worden, entschieden eine zu weitgehende Behauptung. Jedenfalls wäre für das mit Arbeit überbürdete Reichsversicherungsamt eine Entlastung sehr zu wünschen; wurde doch schon vor einigen Jahren über die langsame Erledigung der Recurse geklagt. Es wird sich aber empfehlen, daß die erstgenannten mit der Centralstelle hinsichtlich der Auffassung der einzelnen Versicherungszweige in enger Fühlung bleiben, um eine einheitliche Behandlung derselben anzubahnen und in nicht allzuferner Zeit zu erreichen.

Verschiedentlich ist der Wunsch ausgesprochen worden, bei Auswahl der ständigen Mitglieder für die genannten Aemter weniger juristisch als technisch gebildete Persönlichkeiten zu berücksichtigen.

Betreffs der Höhe der gewährten Unfallentschädigungen ist von allen sachlich urtheilenden Arbeiterfreunden anerkannt worden, daß jene billigen Anforderungen entsprächen. So berichtete z. B. der Reichstagsabgeordnete Möller, daß gerade die englischen Arbeiter, deren Gewerksvereine Brentano uns Deutschen anpreist, bewundernd auf die unsern Arbeitern gebotenen Hilfen sehen. In der That hat sich die Lage der letztern merklich gebessert. Dadurch, daß den Verletzten sofortige und fachverständige Behandlung zu theil wird, nimmt das Heilverfahren nicht nur einen raschern, sondern auch in seinen Endresultaten günstigeren Verlauf.

In Walddörfern begegnet man oft Holzhauern, die früher infolge mangelhafter Behandlung von Verletzungen verkrüppelt sind; jetzt werden solche verunglückte Arbeiter sofort in sorgfältige Pflege genommen und möglichst wiederhergestellt.

In einigen Berufsgenossenschaften hat sich bereits die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß es im beiderseitigen Interesse liegt, wenn die auf möglichst sorgfältige Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit gerichtete Heilung, wie bereits erwähnt, in eigenen Unfall- und Reconvallescentenhäusern von gewiegten Specialärzten besorgt wird. Auf den großen Vortheil, den Anstalten zweitgenannter Art wegen thunlichster Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit bieten, ist neuerdings wiederholt hingewiesen worden. Solche Anstalten behandeln mit Erfolg eine Reihe von Zuständen, welche infolge von Unfällen zurückbleiben, wie Gelenksteifigkeiten, Schwäche der Muskulatur, Atrophie u. dgl. durch Anwendung von Bädern, elektrischer Behandlung, Heilgymnastik und Massage.

In den rheinisch-westfälischen Bergwerksbezirken gibt es einige vorzüglich eingerichtete Unfallkrankenhäuser, welche telephonische Verbindung mit

den Arbeitsstellen und ständigen ärztlichen Wachdienst haben. Die Verletzten werden in bequemen Transportwagen schnelligst ins Krankenhaus gefahren und von chirurgisch tüchtig geschulten Ärzten sofort in richtige Behandlung genommen.

Berlin, Bonn, Straßburg und andere Städte haben auch bereits solche den beiden sich ergänzenden Zwecken dienende Anstalten für die Berufsgenossenschaften ins Leben gerufen.

Die Höhe der gewährten Renten ist eine derartige, daß die Verunglückten und deren Hinterbliebene gegen die ärgste Noth geschützt sind.

Beispielsweise erhielten Holzhauer, die sich dauernde oder zeitweise gänzliche Erwerbsunfähigkeit zugezogen hatten, Jahresrenten von 333—360 Mark, also für einen Arbeitstag 1,10—1,20 Mark; solche, die Schenkelbrüche oder gefährliche Quetschungen erlitten hatten und theilweise erwerbsunfähig geworden waren, 170—250 Mark. Im Falle der Quetschung des Gold- und kleinen Fingers der rechten Hand wurden 120 Mark, in dem der Schwächung des rechten Armes durch einen Bruch 85 Mark, in dem der Erblindung des linken Auges 72 Mark Rente bewilligt. Diesen Festsetzungen liegen Jahresarbeitsverdienste von 500—540 Mark zu Grunde; bei höheren Löhnen nimmt auch die Rentenhöhe zu. So würde ein durch einen Betriebsunfall völlig invalid gewordener Fabrikbeamter von 1800 Mark Gehalt die ansehnliche Pension von 1200 Mark beziehen.

Die Wittwen und Waisen zweier im Oberelsaß bei einem Brückenbau ertrunkener Maurer bekamen laut einer Zeitungsnotiz Jahresrenten von 380 und 560 Mark, diejenigen eines Markkircher Fabrikvorarbeiters sogar 704 Mark.

Für die Bemessung der Renten bei theilweiser Erwerbsfähigkeit haben sich allmählich ziemlich feste Procentsätze herausgestellt; so werden z. B. beim Verlust des werthvollern rechten Armes 70—80 %, bei dem des linken Armes 60—70 % der Vollrente bewilligt. Zuweilen sind die Jahresrenten bei geringfügigen Verletzungen so unbedeutend, z. B. monatlich 1 Mark, so daß die Arbeiter den Wunsch ausgesprochen haben, man möge sie in solchen Fällen durch ein entsprechendes Kapital abfinden. Thatsächlich soll diese Vereinfachung des Zahlungsverfahrens auch bereits bei den Regierungen ins Auge gefaßt worden sein und wird vielleicht demnächst bei der Unfallversicherungsnovelle zur Sprache kommen.

Verschiedentlich ist von Verletzten darüber Klage geführt worden, daß bei Eintreten von nur geringer Besserung des körperlichen Befindens allzu rasch Rentenermäßigung eingetreten sei. Das Reichsversicherungsamt hat dem gegenüber seine Ansicht dahin zu erkennen gegeben, daß die Berufsgenossenschaften in solchen Fällen dauernde Besserung abwarten möchten.

Als ein Beweis, wie das eigene Interesse der Berufsgenossenschaften weitem Antrieb zur Fürsorge für den Verletzten geben kann, möge an dieser Stelle noch erwähnt werden, daß jene dauernd Halbinvalide, welche in ihrem seitherigen Berufe wegen Verlusts unentbehrlicher Gliedmaßen unbrauchbar geworden sind, auf ihre Kosten in anderweitiger, ihnen noch

möglicher Arbeit ausbilden lassen und denselben nachher einen kleinen Abzug an der Rente machen.

Zu Gunsten solcher Arbeiter, die bereits einmal verunglückten, hierdurch in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt wurden und daher Rente erhielten, wird befürwortet, daß in die demnächstige Novelle eine besondere Bestimmung für den Wiederholungsfall einer Verletzung aufgenommen werde: die Entschädigungen für sie bzw. ihre Hinterbliebenen sollen nicht bloß auf ihren beim Eintreten des fernern Betriebsunfalles ermittelten beschränkten Jahresarbeitsverdienst bezogen, vielmehr nach dem ursprünglichen vollen Verdienst berechnet werden. Hoffentlich wird dieser billige Wunsch seinerzeit berücksichtigt.

Um auch einer Lücke Erwähnung zu thun, welche zwischen dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetze offen geblieben ist, so möge auf folgenden Fall hingewiesen werden. Wenn ein Arbeiter am 1. Februar die drei letzten Finger der rechten Hand durch einen Betriebsunfall verliert und wenn die Verwundung als solche binnen drei Wochen verheilt ist, so bekommt der Wiedergenesene alsdann nach jetziger Sachlage weder Krankengeld noch Unfallrente, weil er einerseits nicht mehr als krank gilt und weil andererseits die Unfallrente erst mit Beginn der 14. Woche gezahlt werden kann. Bei der nächsten Novelle zum Unfallversicherungsgesetz dürfte die Bestimmung angebracht sein, in solchen Fällen die durch letzteres vorgesehene Entschädigung von dem Tage beginnen zu lassen, von dem ab die Krankenkasse ihre Leistungen einstellt. Es fehlt sogar nicht an Stimmen, welche die 13wöchige Carenzzeit bei Unfällen für viel zu lang halten und nach dem Vorgange von Oesterreich eine solche von nur vier Wochen vorziehen, um den Verletzten eher der Pflege der Berufsgenossenschaften zu überantworten.

Die auf die Arbeitgeber entfallenden jährlichen Umlagen sind natürlicherweise verschieden hoch je nach der Gefährlichkeit des Betriebes, der Höhe der Verwaltungskosten und der Verpflichtung von Rücklagen zum Reservefonds. Bei der Steinbruch-Berufsgenossenschaft z. B. betrugen erstere in den letzten Jahren etwa $2-3\frac{1}{2}\%$ von den verdienten Löhnen. Die Lederindustrie-Berufsgenossenschaft hat 7 Gefahrenklassen I—VII mit den entsprechenden Beitragsfüßen von 0,30, 0,50, 0,70, 1,00, 2,00, 3,00, 4,00; bei Klasse IV (u. a. Lohgerberei mit Motorenbetrieb), welcher die meisten Betriebe angehören, betrug die Jahresumlage für 1890 etwa $0,7\%$ von den anrechnungsfähigen Löhnen. Da Betriebe, welche Lohmühle, Sägemühle, Fruchtmühle, Gipsmühle in sich vereinigen, in der Gefahrenklasse VI stehen, so wäre für solche dreimal so viel an Beiträgen zu entrichten gewesen, wogegen z. B. Handschuhmacher mit Handbetrieb nur in Klasse I veranlagt sind und daher nur etwa $0,2\%$ gezahlt hätten.

Von seiten des Reichstagsabgeordneten Möller ist jüngst darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Berufsgenossenschaften von ausländischen Unternehmern, die bei uns Maschinen aufstellen, Brücken

und andere Baulichkeiten aufzuführen, in der Regel nur für einige Wochen oder Monate Beiträge erhalten, aber bei vorfallenden Betriebsunfällen unter Umständen dauernde Renten zu zahlen haben; es wäre daher recht und billig, solchen Unternehmern für die bei ihren Arbeiten sich ereignenden Unfällen Kapitalentschädigungen und nicht bloß einmalige Beiträge aufzuerlegen.

Der ebengenannte Abgeordnete Möller hat ferner im Reichstage Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen über die Ansammlung des Reservefonds allzu bindend seien. Man solle den Berufsgenossenschaften je nach ihrer Finanzlage mehr Zeit dazu lassen, vor allem auch denselben, wie den Versicherungsanstalten der Invaliditäts- und Altersversicherungen, gestatten, ein Viertel des Reservefonds in Grundstücken anzulegen. Es sei vorgekommen, daß man Berufsgenossenschaften den Bau eigener Geschäftsgebäude aus ihren Reservefonds nicht zugegeben habe; erstere hätten dann zu höhern Zinsen, als sie für ihre Kapitalien erhalten, Baugelder aufnehmen müssen. Eine recht gute Verwendung des Reservefondsviertels sei die Erbauung eigener Kranken- und Reconvalescentenhäuser.

Die bereits wünschenswerth erklärten Annäherungen der Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen haben sich zum Wohle der Arbeiter in den meisten Fällen günstig gestaltet und zur Vermeidung von nachträglichen Streitigkeiten, oft zum Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen geführt. Wiederholt haben die Genossenschaften das Heilverfahren der Krankenkassen durch Entsendung von Specialärzten, Beschaffung von Heilapparaten, besondere Wartung, Vornahme von Operationen auf ihre Kosten die Wiederherstellung beschleunigt. Sie haben sich von dem Krankheitsverlauf in den ersten 13 Wochen durch eigene Vertrauensärzte unterrichten lassen. Da wo Wechsel in der Behandlung nicht wünschenswerth war, haben sie von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Verletzten in der Kassenpflege zu belassen.

Winder vertraulich haben sich die Beziehungen zwischen den Berufsgenossenschaften und den freien Hilfskassen gestaltet. Da letztere seither freie ärztliche Hilfe meist nicht gewährten, so fehlten die Vermittlungsorgane zwischen beiden Verbänden. Häufig mußten die Genossenschaften daher vernachlässigte Kranke übernehmen und weit höhere Aufwendungen für diese machen. So ist es schließlich gekommen, daß dieselben Fabrikanten, welche erst die Hilfskassen aus Bequemlichkeit begünstigt hatten, deren Gegner geworden sind, sobald sie als Mitglieder der Berufsgenossenschaft tiefer in den Geldbeutel greifen mußten.

3. Die Unfallverhütung.

Mit kurzen Worten haben wir oben der Unfallverhütung als einer wichtigen Aufgabe der genossenschaftlichen Organe gedacht. Un-
erkennenswerth haben letztere die betreffenden Gesetzesparagrafen nicht nach

dem todtten Buchstaben aufgefaßt, sondern im edlen Sinne der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 in die Wirklichkeit übertragen.

Die Berufsgenossenschaften haben die Unfallstatistik gründlich weitergeführt und damit immer wieder neues Material gesammelt zur Beurtheilung der Verhütungsvorschriften, sowie insbesondere des Werthes von Schutzvorrichtungen an Maschinen, der Nothwendigkeit der Abstellung gefährlicher Anlagen. All diese erprobten Vorschriften sind von einem tüchtigen Techniker zum praktischen Gebrauche zusammengestellt worden. In mancher Fabrik sieht es nunmehr ganz anders aus. Da sind besonders gefährliche Stellen in der Nähe von Transmissionswellen endlich abgesperrt; da sind für den Gebrauch der gefährlichen Kreissägen bestimmte Vorsichtsmaßregeln getroffen worden; da werden zur ersten Hilfeleistung nach Unfällen Verbandmaterial und Arzneimittel bereit gehalten; da sind Beamte und Arbeiter immer und immer darüber belehrt worden, von welcher Wichtigkeit das Reinhalten der Wunden ist u. dgl. m.

Die Berufsgenossenschaften haben von dem Mittel, die Säumigen durch Einordnung in höhere Gefahrenklassen und dementsprechend durch Heranziehung zu höhern Beiträgen zu warnen, schon oft erfolgreich Gebrauch gemacht.

Die Errichtung besonderer Lehrstühle für Gewerbehygiene an den technischen Hochschulen ist in nahe Aussicht genommen.

Erinnern wir uns auch der löblichen Erfolge, welche die am 30. April 1889 zu Berlin eröffnete Allgemeine deutsche Ausstellung für Unfallverhütung zu verzeichnen hatte. Das Motto, welches die elsässische Abtheilung gewählt hatte: „Der Fabrikant schuldet dem Arbeiter mehr als seinen Lohn!“ wurde von dieser ganzen Ausstellung anerkannt und beherzigt. Seine Majestät der Kaiser eröffnete dieselbe in eigener Person und versicherte sie in einer warmen Rede seines besondern Interesses und Wohlwollens. Er sagte u. a.: „Mit Freuden begrüße Ich auch diesen Beweis der Bestrebungen, dem gewerblichen Arbeiter gegen die in neuerer Zeit gesteigerten Gefahren seines Berufes erhöhte Sicherheit zu gewähren, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung durch organische Maßnahmen zu heben und dem Gedanken thatkräftiger Nächstenliebe auch in unsern öffentlich-rechtlichen Einrichtungen Ausdruck zu geben.“ — „Möge die Ausstellung dazu beitragen, allen theilhaftigen Kreisen das zur Anschauung zu bringen, was geschehen kann, um den Arbeiter zu schützen und seine Interessen zu fördern.“

Eine Besprechung der einzelnen Ausstellungsgruppen würde im Rahmen dieser Schrift zu weit führen; wir wollen nur kurz aufzählen, daß hierunter u. a. zu finden waren: allerlei Schutzvorrichtungen an Maschinen, insbesondere solche zum sofortigen Stillsetzen, Apparate zur Verhütung von Kesselerplosionen, zweckmäßige, unfallverhütende Kleidungsstücke, namentlich für Frauen, bildliche Darstellung des Seerettungswesens u. dgl. m. Alle civilisirten Länder haben diese zu praktischen Verbesserungen anregende Aus-

stellung als eine den Culturfortschritt fördernde gefeiert. Die genannten Modelle will man nach Zusicherung des Staatsministers Dr. von Bötticher in einem eigenen Museum im neuen Gebäude des Reichsversicherungsamtes unterbringen, und diese Sammlung soll fortlaufend ergänzt werden.

Die Berufsgenossenschaften haben ihre Aufgabe auch dahin erweitern zu müssen geglaubt, daß sie auf den Zusammenhang zwischen Arbeitsdauer und Unfallgefahr hingewiesen und dies statistisch erläutert haben. Naturgemäß muß bei übertrieben langer Arbeitszeit, und gerade im Maschinenbetriebe, die nothwendige Aufmerksamkeit nachlassen; der Ermüdung folgt aber dann die Verletzung nur zu oft auf dem Fuße.

So klagte das Organ der Ziegelei-Berufsgenossenschaft vor einigen Jahren, als infolge zahlreicher Militär- und sonstiger Bauten die Nachfrage nach Ziegeln plötzlich stieg und daher sogen. Ueberarbeit verlangt werden mußte, daß während dieser Zeit die Anzahl der Betriebsunfälle eine sichtlich gesteigerte gewesen sei. Die 1887er Unfallstatistik hat festgestellt, daß die Anzahl der Betriebsunfälle täglich mit der fortschreitenden Arbeitszeit vor- und nachmittags stetig wächst und der Sonnabend Nachmittag eine Steigerung von 4 % über den Unfalldurchschnitt aufzuweisen hat. Es bleibt der Industrie, wie im sechsten Kapitel näher erörtert werden soll, überlassen, hieraus ihre Lehren zu ziehen.

Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß die Unfallgefahr erheblich zunimmt, wenn ungeübte Frauen und Kinder in Maschinenbetrieben Verwendung finden, welche schon ein größeres Maß von Geschicklichkeit und Besonnenheit verlangen. Steht es doch überhaupt fest, daß Arbeiterinnen infolge ihrer hausförmigen Kleidung häufiger von Maschinen theilen erfaßt und verletzt werden.

Wir wollen an dieser Stelle zum Beweise, wie ernst und umsichtig Reichsversicherungsamt und Genossenschaften ihre Aufgabe auffassen, noch erwähnen, daß diese die Versicherten vor dem Mißbrauch geistiger Getränke nachdrücklich warnen. Es wird nicht mit Unrecht behauptet, daß an vielen in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben vorkommenden Unglücksfällen die Trunkenheit unmittelbar oder mittelbar die Schuld trägt, sowie daß deren Folgen häufig die Heilung hindern oder doch erschweren. Das Reichsversicherungsamt hat daher diejenigen Vorschriften, wonach Betrunkene aus den Arbeitsräumen auszuweisen sind und das Mitbringen von Branntwein verboten ist, jederzeit genehmigt und empfiehlt dieses Vorgehen eindringlich allen übrigen Genossenschaften.

4. Der Unfallversicherungs-Congreß zu Bern.

Diese unsere Ausführungen über die deutsche Unfallversicherungsgegebung glauben wir durch einen kurzen Bericht über den im September 1891 zu Bern abgehaltenen internationalen Unfallversicherungs-Congreß beschließen zu sollen; gestalteten sich doch die Verhandlungen in

der Hauptsache zu einer Kritik unserer bezüglichen Geseze. Jener Versammlung wohnten 314 Theilnehmer aus den wichtigern Culturstaaten bei; unter den 31 Herren aus Deutschland befanden sich Dr. Bödiker, Präsident des Reichsversicherungsamtes; Dr. von Mayr, Unterstaatssecretär z. D. und Privatdocent zu Straßburg; Möller, Reichstagsabgeordneter; Bodenheimer, Chefredacteur des „Elßässer Journal“ zu Straßburg. Schon auf einer ersten Conferenz zu Paris im Jahre 1889 hatten Theoretiker und Praktiker sich bemüht, die deutschen Einrichtungen herabzusetzen, als Zwangsmaßregeln des „Nordens“ gegen den „Süden“ hinzustellen und als auf ungenügenden statistischen Daten beruhend zu verurtheilen. In Bern plädirten die französischen Vertreter angeblich mit Rücksicht auf das wahre Arbeiterwohl für private Unfallversicherung; die Verstaatlichung habe kalte bureaukratische Behandlung zur Folge, sie lähme die Fürsorge der Arbeitgeber und erhöhe den Leichtsinns des sorglos werdenden Arbeiters. Diesen Anschauungen gegenüber vertheidigten Dr. Bödiker und Dr. von Mayr den nach Umbildung unserer ganzen Wirtschaftsordnung unumgänglichen Versicherungszwang. Dr. Bödiker wies in seinen geistvollen Ausführungen nach, daß die private Fürsorge sich in Deutschland als unzulänglich herausgestellt habe. Der Versicherungszwang würde durchaus nicht drückend empfunden; den Berufsgenossenschaften, auf welchen die Unfallversicherung beruhe, sei bei Bildung und Verwaltung freie Entwicklung eingeräumt worden. Sie sezen ihr Statut und ihren Etat fest, desgleichen ihren Prämientarif und die Unfallverhütungsvorschriften. Das Reichsversicherungsamt sei ihr wohlwollender Berather und nur im Falle eines Streites zwischen ihnen und den Arbeitern ein Richter. Die Beziehungen des Amtes zu den Genossenschaften seien die besten. Ebenso sei die Befürchtung grundlos, daß die staatliche Versicherung einschläfere; der lässige Unternehmer würde von dem Ausschusse seiner eigenen Kollegen scharf herangezogen bis zum Doppelbetrage des Gefahrrentarifs. Wenn thatsächlich die Anzahl der angemeldeten Unfälle gestiegen sei, so habe dies seinen Grund in der allmählichen Erweiterung des Kreises der Versicherung von 3 auf fast 14 Millionen Personen; ferner darin, daß in der ersten Zeit aus Unkenntniß viele Unfälle nicht zur Anzeige gelangt seien.

Die statistischen Vorausberechnungen über die wachsende Zahl der Unfälle und über das hierauf begründete Steigen der Unfalllasten hätten durch die Praxis Bestätigung gefunden.

Dr. Bödiker hob hervor, daß die Unfallverhütung gute Früchte getragen habe. Augenblicklich würden unfallstatistische Erhebungen für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gemacht, in welchen die Unfallgefahr eine beträchtlich höhere sei, als man gemeiniglich angenommen habe; es solle daher auch für diese rund 8 Millionen Versicherte umfassende Betriebe dem ausdrücklichen Wunsche des Kaisers entsprechend auf die Unfallverhütung mehr Sorgfalt gelegt werden.

Kurz die Organisation habe sich bewährt und erfreue sich der beiderseitigen Zufriedenheit; sie habe auch nicht die darüber hinausliegende Arbeiterfürsorge eingeschränkt oder die Nächstenliebe ertödtet; das Gesetz gäbe das großartige Beispiel, zu hüten, zu heilen und zu helfen, und zöge daher, wie jedes gute Beispiel, vieles andere Gute nach.

Mit froher Genugthuung konnte die deutsche Presse auf die unparteiischen Berichte ausländischer Zeitungen hinweisen, welche die ausgezeichneten Vorträge des Präsidenten des deutschen Reichsversicherungsamtes rühmten und die Ueberzeugung aussprachen, daß Deutschland, das auf diesem Gebiete humanen Wirkens bahnbrechend vorangegangen sei, auf dem Congreß einen Triumph erlebt habe; es sei zu hoffen, daß nun in den andern Staaten die Arbeiterversicherung ein rascheres Tempo annehmen werde.

Viertes Kapitel.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung.

A. Darstellung des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889.

1. Vorbemerkungen.

In der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ist auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden, auch denjenigen, die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, ein höheres Maß staatlicher Fürsorge zu theil werden zu lassen. Nachdem sich der Erlaß der Kranken- und Unfallversicherungsgesetze bis ins Jahr 1887 hingezogen hatte, wurden im November letztern Jahres von der Reichsregierung Grundzüge zu einer Alters- und Invalidenversicherung in der Absicht veröffentlicht, hierüber in möglichst weiten Kreisen Besprechungen zu veranlassen. Dieser Zweck wurde erreicht, und es ward wacker Kritik geübt. Es würde uns zu weit führen, wollten wir an dieser Stelle näher auseinandersetzen, wie die ursprünglichen Absichten der Regierung lauteten, und wie schließlich über die wichtigsten Punkte mit einer allerdings schwachen Mehrheit des Reichstages eine Verständigung erzielt wurde. Wir wollen nur daran erinnern, daß früher beabsichtigt war, die Berufsgenossenschaften auch zu Trägern dieses neuen Versicherungszweiges zu machen. Hiergegen wurde mit Erfolg geltend gemacht, daß erstere keine feststehenden Einrichtungen seien, vielmehr je nach dem Wandel der Industrie und der übrigen Betriebe Aenderungen in ihrem Bestande erfahren könnten; ferner daß ihre theilweise Ausdehnung über sehr große Bezirke — manchmal über das ganze Deutsche Reich — erhebliche Verwaltungsmehrkosten gegenüber kleinern, fest abgegrenzten mit Umfassung sämtlicher eingeseffener Versicherter verursachen würde.

Zu einer äußerst lebhaften Auseinandersetzung führte die Erörterung der Frage, ob und inwieweit das Reich zu den Invaliden- und Altersrenten Zuschüsse gewähren solle. Der theoretisch nicht zu verwerfende Standpunkt, daß sämtliche Versicherungsbeiträge Bestandtheile des Arbeits-

ohnes sein müssen, war bereits bei der Unfallversicherung nicht in voller Schärfe beibehalten worden, insofern das Reich nicht allein einen großen Theil der Verwaltungskosten ohne Entgelt trägt, sondern auch im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Unfall-Berufsgenossenschaft deren Verpflichtungen auf sich nimmt. Immerhin waren diese Leistungen unerheblich gegenüber der Besteuerung des Reichs zu jeder Invaliden- und Altersrente in der Höhe von 50 Mark. Jene geht unbedingt von der Unterstellung aus, daß die Arbeitslöhne zur Zeit durchschnittlich nicht so hoch stehen, um die Versicherungsbeiträge erübrigen zu können. Wenn Staatsminister Dr. von Bötticher, der Mann, dem einst Bismarck das Hauptverdienst an der Durchführung der Arbeiter-Versicherungs- und Schutz-Gesetzgebung zuschrieb, gelegentlich der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, auf die hohen socialpolitischen Vortheile des Reichszuschusses hinwies und als Ausgleichung den Umstand bezeichnete, daß der größte Theil der jetzt noch nothwendigen und auf den Gemeinden und weiteren Verbänden lastenden Armenpflegekosten in Zukunft wegfallen würde, so wurde alsbald von anderer Seite, vom Abgeordneten Hise, der Reichsbeitrag als ein gefährliches, noch nie dagewesenes Stück Communismus bezeichnet. Er wies darauf hin, daß die betreffende, sehr erhebliche Summe — der Reichszuschuß wird nach vollständiger Wirksamkeit des Gesetzes in etwa 55 Jahren auf jährlich 70 Millionen Mark veranschlagt — durch Reichssteuern gedeckt werden müsse; wahrscheinlich werde man die indirecten Steuern auf Massenartikel (Kaffee, Zucker, Tabak, Salz, Branntwein, Petroleum) erhöhen müssen und damit nicht allein die Rentenempfänger, worunter Betriebsbeamte von bis 2000 Mark Gehalt, sondern auch den kleinen Handwerker, Beamten und Bauern, und letztere zu Gunsten der erstern, mehr belasten. Redner bezweifelte ferner, daß die zur Zeit jährlich etwa 92 Millionen Mark beanspruchende Armenpflege wesentlich entlastet werden würde. Von andern Seiten des Hauses wurde bestritten, daß die gerügte Mehrbelastung eine so erhebliche sein werde, und der Reichszuschuß vertheidigt als ein Ausfluß der Pflicht des Staates als Beschützer des Schwachen; derselbe könne um so unbedenklicher gewährt werden, je weitere Kreise in die Versicherung einbezogen würden. Der Abgeordnete von Hellendorf verlangte den Zuschuß vor allem zu Gunsten der Arbeitgeber, indem er sagte: „Wir haben es mit sehr vielen Arbeitgebern mit geringer Leistungsfähigkeit zu thun. Es ist ja nicht zweifelhaft, daß, wenn einmal längere Zeit über dieses Gesetz hingegangen ist, die Arbeitslöhne selbst auch unter Berücksichtigung dieser ihnen anhaftenden Last sich reguliren werden, aber daß während des Uebergangszustandes eine schwere Belastung einzelner eintritt und daß es wünschenswerth sein kann, daß auf die breiten Schultern des Reiches ein Theil der Last übertragen werde, das läßt sich doch wohl nicht bestreiten.“ In diesem Sinne sprachen sich noch andere Redner aus, welche geltend machten, daß die heutigen Producenten durch die auf sie entfallenden Beiträge zur

Krankenkassen- und Unfallversicherung bereits eine starke Mehrbelastung erfahren hätten; es sei infolgedessen Gefahr vorhanden, daß die Herstellungskosten für die fertigen Erzeugnisse sich höher stellen würden als die auf dem Weltmarkt erzielten Preise. Industrie und Landwirtschaft könnten daher die geforderte staatliche Beihilfe zu den Alters- und Invalidenrenten zur Zeit nicht entbehren.

Wir müssen zugeben, daß die vom Abgeordneten von Hellendorf hervor gehobene Neuregelung der Arbeitslöhne einerseits und der Productenpreise andererseits während des Uebergangszustandes den Arbeitgebern augenblicklich bedeutende Verlegenheiten bereiten kann. Wir können es auch mit Rücksicht darauf erklärlich finden, daß die Mehrheit des Reichstages sich für den Reichszuschuß ausgesprochen hat, möchten aber aus den angegebenen Gründen wünschen, daß letzterer nicht allzulange für nöthig erachtet würde, und daß die Industrie wie die übrigen Erwerbszweige die Kosten der Versicherung als einen Theil der Kosten der durchschnittlichen Lebensnothdurft des Arbeiters selbst tragen müssen. Auf keinen Fall darf man die vorläufig beschlossenen Staatszuschüsse dem Arbeiter als Unterstützungsgelder im Sinne der Armenpflege anrechnen. Vielmehr muß der Standpunkt gewahrt werden, daß der Versicherte auf Grund seiner Beiträge auf die Reichnisse der Arbeiterversicherung ein wohl erworbenes Recht hat.

Ein heftiger Streit entbrannte auch über die Art der Aufbringung und Bereithaltung der erforderlichen Mittel. Von verschiedenen Seiten wurde empfohlen, daß für die Unfallversicherung gewählte Umlageverfahren ebenfalls anzuwenden, also alljährlich die durch die Rentenauszahlungen verausgabten Summen auf sämtliche Versicherte nach einem gerechten Maßstabe zu vertheilen. Diesem Vorschlage wurde entgegengehalten, daß alsdann bei Annahme von Wartezeiten eine sehr ungleichmäßige Belastung eintreten würde, anfänglich eine geringe, nach Jahren aber eine ungeheuer anwachsende. Dies wurde wiederum für nicht so bedenklich, von vielen sogar für wünschenswerth erachtet, weil sich so beide Theile allmählich auf die neuen Lasten einrichten könnten und die Betriebsunternehmer leichter erreichen würden, die Produktionskostenerhöhung auf die Warenpreise zu schlagen. Im übrigen gingen die Ansichten darüber auseinander, ob von vornherein feste Renten zu versprechen und die Umlagen danach festzusetzen seien oder ob Arbeitgebern und Arbeitern zuvörderst mäßig hohe Beiträge zu gleichen Hälften aufzuerlegen und Invaliden- und Altersrenten nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zu gewähren seien. Den erstern Vorschlag machte Hise in der Zeitschrift „Arbeiterwohl“, den letztern Dechselhäuser in seiner 1886 erschienenen, schon erwähnten Broschüre über die „Arbeiterfrage“. Schließlich einigte man sich in dem sogenannten Kapitaldeckungsverfahren, welches weiter unten näher bezeichnet werden wird.

2. Umfang der Invaliditäts- und Altersversicherung.

Da sich die Einbeziehung in die Invaliditäts- und Altersversicherung mit keiner der für die beiden vorgeschilderten Versicherungszweige angeordneten deckt, so ist eine abermalige Aufzählung im einzelnen um so nothwendiger, als das Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 unterscheidet:

- a) Versicherungspflichtige unmittelbar von Gesetzes wegen;
- b) Versicherungspflichtige nach Ausdehnung des Gesetzes durch Bundesrathsbeschluß;
- c) durch Bundesrathsbeschluß von der Versicherungspflicht Befreite;
- d) auf eigenen Antrag zu Befreiende;
- e) ausdrücklich von der Versicherung Ausgeschlossen;
- f) Selbstversicherer.

a) **Versicherungspflichtig** sind nach vollendetem 16. Lebensjahre:

1. Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Dienstboten gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden;
2. Betriebsbeamte sowie Handlungsgehilfen und -Lehrlinge (ausschließlich der in Apotheken), welche bis zu 2000 Mark Lohn oder Gehalt beziehen;

3. gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Seeleute.

Pantien und Naturalbezüge werden in den Lohn oder Gehalt eingerechnet. Die Gewährung freien Unterhalts allein begründet keine Versicherungspflicht; derartig gestellte Hauskinder und Lehrlinge sind daher nicht derselben unterworfen.

Personen mit wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildung, z. B. Erzieher, Haussecretäre, Bibliothekare, Gesellschafterinnen zählen nicht zu den versicherungspflichtigen Beamten.

b) Durch Bundesrathsbeschluß kann die Versicherungspflicht ausgedehnt werden

1. auf Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen;

2. auf die für Rechnung anderer arbeitenden Hausgewerbetreibenden, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen und auch für die Zeit, während welcher sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten. So sind z. B. durch Bundesrathsbeschluß vom 16. December 1891 die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation der Versicherungspflicht unterworfen worden. Die Einbeziehung der Hausweber dürfte in nicht allzuferner Zeit folgen.

c) Durch Bundesrathsbeschluß vom 22. December 1891, veröffentlicht am 24. December 1891, sind vorab als der Versicherungspflicht nicht unterliegend folgende vorübergehende Dienstleistungen bezeichnet worden:

1. wenn sie von solchen Personen, welche berufsmäßig Lohnarbeit überhaupt nicht verrichten,

- α) nur gelegentlich zur Aushilfe;
- β) gegen ein ganz geringfügiges Entgelt,
- γ) bei Unglücksfällen zur Hilfeleistung verrichtet werden;
- 2. wenn sie von irgendwo ständig beschäftigten Arbeitern nebenher anderwärts ohne Unterbrechung des erstern Verhältnisses verrichtet werden;
- 3. wenn sie auf Seeschiffen im Auslande von nicht zur Besatzung gehörenden Personen verrichtet werden;
- 4. wenn sie von Aufwärttern oder Aufwärtnerinnen und ähnlichen Bedienten an wechselnden Arbeitsstellen verrichtet werden;
- 5. wenn sie in Verpflegungsstationen gegen milde Gaben verrichtet werden.

d) Auf eigenen Antrag können seitens der untern Verwaltungsbehörden solche Personen von der Versicherungspflicht befreit werden, welche von einem Staats- oder Communalverbande gleiche Fürsorge zu erwarten haben.

e) Von der Versicherung sind ausdrücklich ausgeschlossen:

- 1. Beamte des Reichs und der Bundesstaaten, die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten von Communalverbänden;
- 2. Personen des Soldatenstandes, welche dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden;
- 3. bereits invalid gewordene Personen, welche dauernd nur ein Drittel des ortsüblichen Tagelohns verdienen können.

f) Selbstversicherung ist zulässig:

1. seitens der unter b genannten Personen, solange sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; hierher gehören also z. B. kleine Handwerker, Dienstmänner, Fremdenführer, Landwirte, in eigener Behausung thätige Schneiderinnen, Wäscherinnen, sodann Hausweber, Schneider, die für Confectionsgeschäfte zu Hause arbeiten u. dgl.;

2. ist Selbstversicherung statthaft in jedem Alter als freiwillige Fortsetzung einer seinerzeit gesetzmäßig begonnenen Versicherung nach dem Ausscheiden aus dem ursprünglichen Versicherungsverhältnis. Damit wird in glücklicher Weise vermieden, daß solche Arbeiter nach oft mehrjähriger Beitragszahlung der Wohlthaten des Gesetzes verlustig gehen.

Indes gelten für die Selbstversicherer hinsichtlich der Beitragsleistung noch gewisse unten zu erwähnende Ausnahmegestimmungen.

3. Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung.

- a) Reichsversicherungsamt; Landesversicherungsämter; Versicherungsanstalten.

Wie bereits oben angedeutet, ist beim Reichsversicherungsamt eine Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung nebst einem besondern Rechnungsbureau errichtet worden; jenes übt in der noch zu bezeichnenden Weise die Aufsicht über die Versicherungsanstalten aus. Den zufolge der

Unfallversicherungsgesetzgebung gebildeten Landesversicherungsämtern steht ein Gleiches zu über solche Anstalten, welche sich nicht über ihr Gebiet hinaus erstrecken.

Für das deutsche Reichsgebiet sind 31 in Anlage II namhaft gemachte Versicherungsanstalten errichtet worden, welche sämtliche eingeseffene Personen nach Maßgabe des Gesetzes zu versichern haben. Eine derartige Anstalt hat die Rechte einer juristischen Person; im Falle ihrer Zahlungsunzulänglichkeit haften die betreffenden Bundesstaaten.

Geleitet und vertreten wird sie durch einen aus öffentlichen Beamten bestehenden Vorstand, zu denen eine gleiche Anzahl Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten hinzutreten kann. Jedenfalls wird für jede Anstalt ein aus mindestens je fünf Vertretern dieser beiden Theile zusammengesetzter Ausschuß gebildet, außerdem ein Aufsichtsrath, falls dem Vorstand die eben erwähnten Vertreter nicht angehören.

Für den Bezirk jeder Anstalt wird zur Wahrung der Interessen der übrigen Anstalten und der des Reichs ein Staatscommissar bestellt, sowie mindestens ein Schiedsgericht gebildet. Letzteres ist durch einen richterlichen Beamten als Vorsitzenden und je einem Beisitzer aus den anliegenden beiden Klassen besetzt. In Preußen und Elsaß-Lothringen ist für jeden Kreis ein Schiedsgericht errichtet worden.

Die Beisitzer werden von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt, und zwar zu gleichen Hälften von den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten mit einfacher Stimmenmehrheit auf je fünf Jahre gewählt. Die zu Wählenden müssen großjährig sein, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht durch richterliche Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt und im Bezirke der Versicherungsanstalt wohnhaft sein. Die Beisitzer erhalten die nachstehend für die Verwaltungsmitglieder aufgeführten Vergütungen.

Personen, welche eine derartige Wahl ohne zulässigen Grund ablehnen, sind strafbar.

Die Entscheidungen der Schiedsgerichte erfolgen nach Stimmenmehrheit. Die Kosten des Verfahrens trägt die Versicherungsanstalt; indes können solche Kosten, welche durch unbegründete Anträge erwachsen, den Beteiligten zur Last gelegt werden.

Die gesamte Thätigkeit der Versicherungsanstalt wird durch ein der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes unterliegendes Statut geregelt, welches auch über die Zusammensetzung des Vorstandes, sowie über die Bildung des Ausschusses und Aufsichtsraths und deren Befugnisse Bestimmung trifft.

Dem Ausschusse müssen vorbehalten werden:

1. die Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer,
2. die Prüfung der Jahresrechnung,
3. die Beschlußfassung über die Bildung von Rückversicherungsverbänden mit andern Anstalten,

4. Statutenabänderungen,
5. falls ein Aufsichtsrath nicht vorhanden, die Ueberwachung der Geschäftsführung des Vorstandes.

Die Mitglieder der drei Verwaltungsgruppen haften für getreue Geschäftsführung wie Vormünder ihren Mündeln und üben ihr Amt, mit Ausnahme der dem Vorstande angehörenden öffentlichen Beamten, als Ehrenamt aus; sie erhalten nur Ersatz für bare Auslagen, wogegen den Arbeitervertretern außerdem der entgangene Arbeitsverdienst erstattet wird. Diese werden von den Vorständen der im Bezirke der Versicherungsanstalt vorhandenen Orts-, Betriebs- und dergleichen Krankenkassen auf je fünf Jahre gewählt.

Veränderungen der Bezirke der Versicherungsanstalten sind mit Genehmigung des Bundesraths unter gewissen Bedingungen möglich; das Reichsversicherungsamt unterscheidet etwaige Streitigkeiten betreffs der Vermögensauseinandersetzung.

Die Versicherungsanstalten bedienen sich örtlicher Organe in der Person von Vertrauensmännern und von Controllebeamten. Erstere sollen Rentenansprüche Versicherter auf Grund genauer Vertrautheit mit den Verhältnissen dieser Personen begutachten und so in unparteiischer Weise das Interesse der Versicherungsanstalt wahrnehmen; letztere haben das richtige Eingehen der Beiträge zu überwachen.

b) Besondere Kasseneinrichtungen.

Für in Betrieben des Reichs, eines Bundesstaats oder eines Communalverbandes beschäftigte Arbeiter können eigene Pensions-, Alters- oder Invalidenkassen durch den Bundesrath genehmigt werden, wofern solche bei gleichwerthigen Beiträgen eine gleiche Fürsorge versprechen wie die Versicherungsanstalten und außerdem ein schiedsrichterliches Verfahren mit Vertretung der Versicherten zulassen. Solchen Kassen wird der weiter unten zu besprechende Reichszuschuß bei Gewährung von Invaliden- und Altersrenten insoweit zu theil, als die betreffenden Rentempfänger auf diese Bezüge auch nach den Vorschriften des Gesetzes Anspruch haben würden.

4. Ansprüche auf Invaliden- und Altersrenten.

a) Vorbedingungen.

Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Versicherte, welcher dauernd erwerbsunfähig ist oder es doch während eines Jahres ununterbrochen gewesen ist. Eine durch einen Unfall herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit begründet den Anspruch auf Invalidenrente nur insoweit, als keine Unfallrente zu leisten ist. Der Ausdruck „Erwerbsunfähigkeit“ ist im Gesetze näher erläutert. Er deckt sich ungefähr mit der Unfähigkeit, nicht mehr ein Drittel des bisherigen Lohnes verdienen zu können.

Dieses Drittel setzt sich zusammen aus einem Sechstel des Durchschnitts der Lohnsätze, nach welchen für den Versicherten während der letzten fünf Beitragsjahre Beiträge entrichtet worden sind, und einem Sechstel des 300fachen, mithin dem 50fachen ortsüblichen Tagelohn des Beschäftigungsortes. Hat z. B. ein Versicherter in den letzten fünf Beitragsjahren 100 Wochen nach dem Lohnsatze von 720 Mark und 135 Wochen nach einem solchen von 500 Mark aufzuweisen, und beträgt der ortsübliche Tagelohn 2 Mark, so berechnet sich das erstere Sechstel $100 \times 720 + 135 \times 500$ = 98,9, das letztere auf $50 \times 2 = 100$ Mark.

$$\frac{235 \times 6}{235 \times 6}$$

Der Betreffende wäre also als invalid anzusehen, wenn er weniger als 198,9 Mark jährlich verdienen könnte.

Solchen Versicherten, welche sich erweislich die Erwerbsunfähigkeit vorsätzlich oder bei Begehung eines strafrechtlich festgestellten Verbrechens zugezogen haben, wird Invalidenrente nicht zu theil.

Altersrente erhält der Versicherte nach Vollendung des 70. Lebensjahres, wofür er nicht bereits in den Genuß einer Invalidenrente getreten ist.

Zur Erlangung eines Anspruchs auf Invaliden- oder Altersrente ist außerdem die Zurücklegung einer Wartezeit von 5 bezw. 30 Beitragsjahren von je 47 Beitragswochen, sodann die Leistung von Beiträgen erforderlich. Die Beitragswochen setzen sich in beliebiger Aufeinanderfolge zu einem Beitragsjahr zusammen, sobald dies nur innerhalb eines Zeitraumes von vier Kalenderjahren erfolgt. Vorschriftsmäßig beschienigte Krankheitszeiten von über siebentägiger Dauer — ausschließlich gewisser schimpflicher Krankheitsfälle —, desgleichen militärische Dienstleistungen werden als Beitragszeiten in Anrechnung gebracht.

Die eben genannten Wartezeiten verkürzen sich, damit die Erlangung der gesetzlichen Wohlthaten nicht zu weit hinausgeschoben wird, in einer für die gegenwärtig beschäftigten Arbeiter so erheblichen und günstigen Weise, daß wir die betreffenden Uebergangsbestimmungen ausführlich wiedergeben wollen.

Zur Erlangung einer Invalidenrente genügt vorläufig die Nachweisung eines Beitragsjahres (also 47 Wochen), wenn der Versicherte außerdem in der Lage ist, die an der vollen Wartezeit von fünf Jahren (235 Wochen) fehlende Beitragszeit durch Beschäftigungszeit in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Invalidität zu ergänzen. Außer der Zeit beschienigter Krankheiten und militärischer Dienstleistungen kommen hierbei vorübergehende Unterbrechungen eines festen Arbeits- oder Dienstverhältnisses bis zu einem Zeitraum von jährlich vier Monaten voll in Anrechnung.

Dieser Begünstigung zufolge sind bereits in der Zeit vom 26. November bis zum 31. December vorigen Jahres im Deutschen Reiche die 27 ersten Invalidenrenten an solche erwerbsunfähige Versicherte gewährt worden, welche in der Zeit von demselben Datum des Jahres 1886 ab $235 - 47 = 188$ Beschäftigungswochen nachweisen konnten.

In ähnlicher Weise vermindert sich die eigentlich 30jährige Wartezeit für die Altersrente nach dem inzwischen bereits berichtigten § 157 des

Gesetzes vom 22. Juni 1889 für die am Tage des Inkrafttretens, also am 1. Januar 1891, bereits 40jährigen Versicherten, und zwar um so viele Beitragsjahre und überschießende Wochen, als ihr Lebensalter die Zahl 40 übersteigt. Diese Vergünstigung ist jedoch an die Bedingung geknüpft, daß der Versicherte in den Jahren 1888—1890 $3 \times 47 = 141$ Wochen in einem versicherungspflichtigen Arbeits- oder Dienstverhältnisse gestanden hat. Für die Anrechnung von Krankheiten u. s. w. gilt auch hier das betreffs der Invalidenrente Erwähnte.

Jedem der geehrten Leser dürften inzwischen Fälle bekannt geworden sein, daß Arbeitern auf Grund dieser Uebergangsbestimmungen bereits Renten zu theil geworden sind. Die über 70 Jahre alten Arbeiter sind ja sofort in den Genuß der Altersrente getreten, sobald sie obigen Nachweis geliefert hatten. Umso mehr dürfte die Wichtigkeit der rechtzeitigen Beibringung der Arbeitsnachweise einleuchten. Möge daher niemand verabsäumen, die ihm unterstehenden oder ihm bekannten Arbeiter hierauf aufmerksam zu machen und ihnen bei der Beschaffung solcher behilflich zu sein. Beschleunigung ist schon aus dem Grunde geboten, weil die betreffenden Arbeitgeber sterben könnten und alsdann unter Umständen die Ausstellung der Bescheinigung zu Ungunsten der Versicherten nicht mehr möglich wäre.

Von Wichtigkeit ist auch für die mehr als 60jährigen Arbeiter die Feststellung des durchschnittlichen Jahresverdienstes in den Jahren 1888—1890, weil im Zweifelsfalle die niedrigste Lohnklasse zu Grunde gelegt wird und sich demgemäß oft eine geringere Altersrente seinerzeit berechnen wird.

Auch darüber werden die Arbeiter immer und immer wieder zu belehren sein, auf welche Weise die vorbezeichneten Nachweise zu erbringen sind.

Die Bescheinigung über die Dauer einer versicherungspflichtigen Beschäftigung kann durch den betreffenden Arbeitgeber ausgestellt werden, bedarf aber der Beglaubigung durch eine öffentliche Behörde; auch die untern Verwaltungsbehörden sind zu derartigen Bescheinigungen ermächtigt. Sollte der Arbeitgeber verzogen oder gestorben sein, so muß sich der Arbeiter baldigst an beweiskräftige Personen wenden, um durch diese vor einer Behörde die Beschäftigungszeiten glaubhaft zu machen.

Ueber die Dauer von Krankheiten ist, falls der Versicherte damals einer Krankenkasse angehörte, seitens dieser, sonst seitens der Gemeindebehörde Bescheinigung zu ertheilen.

Alle solche Nachweise, welche auf eigens dazu gedruckten Formularen leicht geschrieben werden können, desgleichen die über die militärischen Dienstleistungen Aufschluß gebenden Militärpapiere sind von den Versicherten sorgfältig aufzubewahren, damit diese nicht etwa eintretendenfalls der Rente verlustig gehen. Hierbei sollten die Arbeitgeber ihren Arbeitern behilflich sein und ihnen überhaupt über die Nachweiserbringung Rathschläge ertheilen. Jene thun auch gut, die Lohnlisten vom Jahre 1886 ab aufzubewahren, um auf Verlangen richtige Bescheinigungen über Beschäftigung geben zu können. Die Krankenkassen sollten aus dem ähnlichen Grunde ihre Krankenlisten keinesfalls vernichten.

b) Beitragsleistung im besondern.

Die zur Bestreitung der Invaliden- und Altersrenten erforderlichen Mittel werden durch Reichszuschüsse und durch laufende Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter angebracht. Die Beiträge entfallen auf beide Theile zu gleichen Hälften und sind für jede Kalenderwoche zu entrichten.

in welcher der Versicherte beschäftigt war. Die Festsetzung der Wochenbeiträge erfolgt periodenweise, und zwar erstmalig für zehn Jahre, dann für je weitere fünf Jahre. Erstere sollen so hoch bemessen sein, daß die Versicherungsanstalt alljährlich die den Rentenfeststellungen entsprechenden Kapitalwerthe sowie einen Antheil zum Reservefonds zurücklegen, die Verwaltungskosten decken und den hierzu berechtigten Personen die eingelegten Beiträge wiedererstatte kann.

Zum Zwecke der Bemessung der Beiträge wie auch der Renten werden nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes folgende Klassen der Versicherten gebildet:

Lohnklasse I	bis zu	350	Mark einschließlich,
" II	von mehr als	350	" bis zu 550 Mark,
" III	" " "	550	" " " 850 "
" IV	" " "	850	" " "

Naturalbezüge werden mitgerechnet.

Als Jahresarbeitsverdienst gilt, sofern nicht Arbeitgeber und Versicherter darüber einverstanden sind, daß ein höherer Betrag zu Grunde gelegt wird:

1. für die keiner Orts-, Betriebs-, Bau- oder Innungs- Krankenkasse angehörenden Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter der von der höhern Verwaltungsbehörde festzusetzende durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst, für derartige Betriebsbeamte der nach dem Gesetze vom 5. Mai 1886 zu ermittelnde Jahresverdienst;
2. für die Seeleute der vom Reichskanzler bezw. von der höhern Verwaltungsbehörde festgesetzte Durchschnittsbetrag;
3. für Knappschaftsklassen-Mitglieder der 300fache durchschnittliche Tagesverdienst der betreffenden Arbeiterklasse, mindestens der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns;
4. für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, Bau- oder Innungs- Krankenkasse der 300fache Betrag des angenommenen durchschnittlichen Tagelohns;
5. im übrigen der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns.

Für die erste Periode sind die Wochenbeiträge für die

I. Lohnklasse	auf	14	Pfennig,
II.	"	20	"
III.	"	24	"
IV.	"	30	"

festgesetzt worden.

Die Beiträge werden durch Marken entrichtet, welche bei allen im Bezirke der Versicherungsanstalt belegenen Postanstalten und andern Verkaufsstellen käuflich sind und auf diese verschiedenen Einzelbeträge lauten; die Marken sind in eine auf den Namen des Versicherten ausgestellte Quittungskarte mit fortlaufenden Nummern 1—52 dieser Reihenfolge nach

einzukleben, und zwar von demjenigen Arbeitgeber, bei dem der Versicherte in der Woche zuerst arbeitet.

Selbstversicherer müssen sich in der II. Klasse versichern und außer dem allein aufgebrauchten Wochenbeitrag von zur Zeit 20 Pfennig noch eine Zusatzmarke von 8 Pfennig lösen und ihre Marken entwerthen lassen. Ueber die Markenentwerthung hat der Bundesrath besondere Verfügung getroffen, welche weiter unten näher besprochen werden soll. Indes sind selbstständige Betriebsunternehmer, welche regelmäßig nicht mehr als einen Lohnarbeiter beschäftigen, nachdem sie fünf Jahre lang als Versicherungs-pflichtige Beiträge entrichtet, alsdann von der Lösung einer Zusatzmarke befreit. Dieselbe Vergünstigung wird gewährt, wenn in einem festen Verhältniß stehende Arbeiter dieses nicht länger als vier Monate unterbrechen und während dieser Zeit die Versicherung fortsetzen wollen, also z. B. Maurer während der kalten Jahreszeit.

5. Berechnung, Feststellung und Auszahlung der Renten.

Der Zuschuß des Reichs beträgt zu jeder Rente jährlich 50 Mark; für jede Invalidenrente wird ein seitens der Versicherungsanstalt zu leistender Beitrag von 60 Mark zu Grunde gelegt; demselben werden mit jeder Beitragswoche

in Lohnklasse I	2 Pfennig,
" " II	6 "
" " III	9 "
" " IV	13 "

aufgerechnet.

Der von der Versicherungsanstalt aufzubringende Theil der Altersrente beträgt für jede Beitragswoche

in Lohnklasse I	4 Pfennig,
" " II	6 "
" " III	8 "
" " IV	10 "

Bei der Altersrente werden stets 1410 Beitragswochen in Anrechnung gebracht; hat ein Versicherter mehr Beitragswochen aufzuweisen, so werden diejenigen 1410 Wochen in Ansatz gebracht, in denen die höchsten Beiträge entrichtet worden sind.

Für Krankheitszeit und militärische Dienstleistungen wird bei der Rentenberechnung Lohnklasse II zu Grunde gelegt.

Den auf die Dauer militärischer Dienstleistungen entfallenden Antheil übernimmt das Reich.

Die Altersrente kommt in Wegfall, sobald Invalidenrente gewährt wird.

Einige Beispiele werden die Berechnungsweise veranschaulichen.

Ein Walдарbeiter, geboren 1866, wird im November 1886 Soldat, wird 1888 zur Reserve entlassen, arbeitet alsdann mit jährlichen Unterbrechungen von 2—3 Monaten als Culturarbeiter und Holzhauer, wird vom 1. Januar 1891 ab als Orts-Krankenkassenmitglied bei Annahme eines Jahresarbeitsverdienstes von $300 \times 2,00 = 600$ Mark in der III. Lohnklasse versichert, ist 1891 6 Wochen als Reservist eingezogen, erkrankt Ende 1892, nachdem er 91 Beitragsmarken eingelebt erhalten hat, und wird als dauernd erwerbsunfähig bezeichnet. Alsdann vermindert sich die Wartezeit, falls er vor der Rentenfeststellung 13 Wochen krank war, um $235 - [6 + 91 + 13] = 125$ Wochen; die Invalidenrente beträgt:

1. Reichszuschuß . . .	50,00 Mark,
2. Fester Betrag . . .	60,00 "
3. $91 \times 0,09$. . .	8,19 "
4. $[6 + 13] \times 0,06$. . .	1,14 "
	<hr/>
	119,33 Mark.

Würde derselbe Arbeiter nach Ablauf der eben genannten 13 Krankheitswochen wieder genesen und noch bis Ende 1931 weiterarbeiten, so stellte sich die Rente bei einer gesamten Krankheitszeit von 120 Wochen und bei Vorhandensein von 1500 Markten der III. und 474 der II. Lohnklasse bei Berücksichtigung der sechswöchigen Reserve-Übung auf:

1. und 2.	110,00 Mark,
3. $1500 \times 0,09$	135,00 "
4. $[6 + 120 + 474] \times 0,06$	36,00 "
	<hr/>
	281,00 Mark.

Ein Arbeiter, der nach Erlangung von je 500 Beitragsmarken der II., III. und IV. Lohnklasse und bei Nachweisung von 100 Wochen an Krankheiten und militärischen Dienstleistungen 70 Jahre alt würde, hätte an Altersrente zu beanspruchen:

1. Reichszuschuß	50,00 Mark,
2. $600 - 190 = 410 \times 0,06$	24,60 "
3. $500 \times 0,08$	40,00 "
4. $500 \times 0,10$	50,00 "
	<hr/>
1410	164,60 Mark.

Die 600 Wochen der niedrigsten Lohnklasse sind hierbei auf die Gesamtsumme von 1410 Wochen entsprechend gekürzt worden.

Einen vortrefflichen und erschöpfenden Einblick in das Rechnungswesen der Invaliditäts- und Altersversicherung gewährt ein gleichfalls im Herder'schen Verlage erschienenenes „Rechenheft, enthaltend Aufgaben über Invaliditäts- und Altersrente“, von L. Pollner. Die aus dem praktischen Leben gegriffenen Übungsbeispiele beziehen sich auf Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes und der Lohnklassen, auf die Ermittlung der Versicherungs-

beiträge und der Höhe der Invaliden- und Altersrenten, auf die Rück-
erstattung von Beiträgen, auf die Berechnung des Kapitalwerthes von Renten
und auf die Verzinsung der Einlagen.

Personen, welche eine Invaliden- oder Altersrente be-
anspruchen, haben dieses bei der untern Verwaltungs-
behörde anzumelden unter Beifügung sämtlicher Beweisstücke (d. i.
Quittungskarte, Geburtschein, ärztliches Attest, Beschäftigungsnachweise).
Die genannte Behörde — in Städten über 10 000 Einwohner der Bürger-
meister, sonst der Landrath (Preußen), Amtmann (Baden), Kreisdirector
(Elsaß-Lothringen) — zieht bei dem Vertrauensmann und dem Kranken-
kassenvorstande im Falle Antrags auf Invalidenrente Erkundigungen ein
und gibt die in beiden Fällen begutachteten Gesuche an die Versicherungs-
anstalt ab. Erkennt dieselbe den Anspruch als begründet an, so wird
die Höhe der Rente sofort festgestellt. Im Falle der Ablehnung ist ein
mit Gründen versehener Bescheid zu ertheilen, gegen welchen binnen vier
Wochen das Schiedsgericht angerufen werden kann. Gegen dessen Entschei-
dung ist bei behaupteter Rechtswidrigkeit oder Mangelhaftigkeit des Ver-
fahrens Revision beim Reichsversicherungsamt zulässig, indes hat diese
hinsichtlich der etwaigen vorläufigen Rentenfestsetzung keine aufschiebende
Wirkung.

Das Recht der Berufung und Revision steht auch dem Staatscom-
missar zu.

Endgiltig abgelehnte Anträge auf Invalidenrente können vor Ablauf
eines Jahres nur dann wiederholt werden, wenn infolge neu eingetretener
Umstände das Vorhandensein dauernder Erwerbsunfähigkeit glaubhaft be-
scheint wird. Ist die Versicherungsanstalt der Ansicht, daß die Erwerbs-
unfähigkeit durch einen nach den Unfallversicherungsgesetzen zu entschädigen-
den Unfall verursacht worden ist, so ist erstere berechtigt, die verpflichtete
Berufsgenossenschaft um Ersatz in Anspruch zu nehmen.

Sobald die Höhe der Rente endgiltig feststeht, vertheilt das Rech-
nungsbureau des Reichsversicherungsamts erstere auf das Reich und
die einzelnen Versicherungsanstalten.

Die Auszahlung an die Empfänger erfolgt in monatlichen Be-
trägen im voraus durch die Postanstalt des Wohnortes auf Grund
eines dem erstern einzuhändigenden Berechtigungsausweises.

An Stelle dieser Barzahlung kann die Versicherungsanstalt den in
land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern ganz oder
theilweise Naturalleistungen gewähren. Letzteres ist Gewohnheitsstricken
gegenüber sogar für den ganzen Betrag vorgeschrieben. Die Naturalver-
pfllegung ist durch den betreffenden Communalverband zu übernehmen, wel-
cher dafür die Geldrente durch die Post ausbezahlt erhält.

Ist der Rentenberechtigte ein Ausländer, so kann er, falls er
seinen Wohnsitz im Deutschen Reiche aufgibt, mit dem dreifachen Betrage
der Jahresrente abgefunden werden.

6. Rückerstattung von Beiträgen.

Nur in zwei Fällen findet eine solche statt, und zwar steht weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt sind, der Anspruch auf Erstattung der ihrerseits geleisteten Antheilshälften dann zu, wenn sie bereits für fünf Beitragsjahre, also 235 Wochen, Beiträge entrichtet haben.

Ferner erhalten die Hinterbliebenen von Versicherten, welche ebensolang Beiträge gezahlt haben, gleichfalls diese Antheilshälfte zurückerstattet.

Derartige Anträge auf Erstattung von Beiträgen werden seitens der Versicherungsanstalt erledigt.

7. Erlöschen und Ruhen der Rentenansprüche.

Sobald ein Versicherter innerhalb vier aufeinanderfolgenden Kalenderjahren weniger als 47 Beitragswochen aufzuweisen hat, hört seine Anwartschaft auf eine Rente auf, lebt aber auf, wenn er wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt bezw. sich selbst versichert und danach die vorgeschriebene Wartezeit zurücklegt. Alsdann werden die früher entrichteten Beiträge bei der Rentenberechnung wieder berücksichtigt.

Wird ein Invalidenrentenempfänger wieder zu mehr als ein Drittel erwerbsfähig, so kann ihm die Rente entzogen werden; einem solchen Versicherten zählt dann später die Zeit des Rentenbezuges als Krankheitszeit.

Der Anspruch an Invaliden- und Altersrenten ruht für Empfänger von Unfallrenten, Pensionen oder Wartegeldern insoweit, als der Betrag der erstern zu letztern addirt die Summe von 415 Mark übersteigt.

Während Freiheitsstrafen von mehr als einmonatlicher Dauer ruhen die Renten gleichfalls, ebenfalls in der Regel bei Verzug ins Ausland.

8. Fürsorge für bedenklich Erkrankte.

Die Versicherungsanstalt ist befugt, für solche Kranke, welche nicht mehr die Krankenkassenfürsorge genießen, das Heilverfahren im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zu übernehmen, sofern als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu besorgen ist. Erstere kann verlangen, daß die Krankenkasse, welcher der Versicherte zuletzt angehörte, die Fürsorge auf Kosten der Versicherungsanstalt übernimmt.

Wenn der Kranke sich diesen Maßnahmen widersetzt, so geht er im Falle eintretender Erwerbsunfähigkeit der Invalidenrente verlustig.

9. Strafbestimmungen.

Das Reichsgesetz vom 22. Juni 1889 bedroht mit Ordnungs- bezw. Geldstrafen Personen, welche die Annahme von Ehrenämtern ohne Grund ablehnen; ferner Arbeitgeber und Versicherte, welche sich den zur Controlle

erlassenen Vorschriften über Auskunftsertheilung, Vorlage der Geschäftsbücher, Aushändigung der Quittungskarten u. dgl. nicht fügen, unrichtige Nachweisungen liefern, zu niedrige Marken einkleben. Strengere Strafen (hohe Geldstrafen, Haft, Gefängniß) treffen Arbeitgeber, welche vertragsmäßig die Anwendung des Gesetzes zu Ungunsten der Versicherten hintertreiben, Lekttern zu große Abzüge machen, wissentlich falsche Marken verwenden, in die Quittungskarten unzulässige Einträge machen; Vorstände und Organe der Versicherungsanstalten, die unbefugt Betriebsgeheimnisse offenbaren. Desgleichen ist die Anfertigung und Verwendung falscher und die Verwendung bereits gebrauchter Marken mit Freiheitsstrafe bedroht.

B. Beurtheilung und praktische Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

1. Allgemeines.

Im vorstehenden sind in knappen Zügen die Grundsätze dieses von dem Gedanken der Fürsorge für den Arbeiterstand beseelten Gesetzes geschildert worden. Dieses hat trotz seiner edlen Absichten seither eine sehr getheilte und oft ungünstige Aufnahme gefunden. Thatsächliche Mängel und Unbequemlichkeiten sind durch die Kritik unseres Erachtens übertrieben dargestellt und mit Unrecht zur Forderung der Wiederaufhebung des Gesetzes ausgebeutet worden. Wenn jedwedes Menschenwerk unvollkommen und verbesserungsbedürftig ist, um wieviel weniger darf uns dies wundern, wenn sich dies bei einem Gesetze bewahrheitet, welches einem Viertel der deutschen Nation Hilfe bringen soll, welches, solange die Welt steht, noch nie in dieser oder ähnlicher Weise dagewesen ist und daher nicht nach berühmten Mustern ausgearbeitet werden konnte. Alle, die sich für das Wohl der arbeitenden Klassen interessieren, sollten daher wenigstens so viel Geduld üben, weitere praktische Erfahrungen abzuwarten und nicht angesichts einzelner Mängel über das ganze Gesetz den Stab brechen. Dieses hätte auch der bayerische Reichsrath von Poschinger beherzigen sollen, ehe er in der Ersten Kammer das beregte Gesetz sehr abfällig kritisirte; der kgl. bayerische Staatsminister und namentlich der Reichsrath Professor Dr. Freiherr von Hertling widerlegten seine übertriebenen Anklagen unter dem Beifall des Hauses.

Unsere verbündeten Regierungen und nicht zuletzt unser Kaiser, sind ja für unbefangene und sachverständige Erörterungen dankbar und bieten gern Verbesserungsvorschlägen die Hand. Ist doch vom Reichstage bereits die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im April 1892 verabschiedet worden, und hat doch noch Anfang Februar 1892 Staatsminister Dr. von Bötticher versprochen, die seitens der Abgeordneten geltend gemachten Bedenken über einzelne Bestimmungen des Unfall- sowie des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes einer „ernsten und wohlwollenden Erwägung“ zu unterziehen.

Wenn wir nach diesen Vorbemerkungen zur Besprechung der seit dem 1. Januar 1891 gemachten, also noch kurzen Erfahrungen übergehen, so ist zuvörderst nicht zu läugnen, daß über die Ausdehnung der Versicherungspflicht nach einzelnen Berufsarten in vielen Fällen Zweifel entstanden sind, und dies namentlich betreffs solcher Arbeiter, die nicht in einem festen Arbeits- oder Dienstverhältnisse stehen, z. B. nur vorübergehende Dienstleistungen an wechselnden Arbeitsstellen verrichten. In solchen Fällen sind die Arbeitgeber bisweilen geneigt gewesen, von der Versicherung abzusehen, und die Arbeiter haben sich dies aus Kurzsichtigkeit gefallen lassen; sie haben sich die dereinstigen Vortheile nicht klar gemacht und die augenblicklichen geringen Opfer gescheut. Es steht indes zu erwarten, daß fortgesetzte Belehrung durch die ausführenden Behörden und die Presse, namentlich auch durch die direct eingreifenden Controllbeamten solche Zweifel beseitigen, und daß gerade diese die Säumigen nöthigenfalls durch Zwang zur Versicherung veranlassen werden. In diesem Sinne äußerte sich u. a. Minister Dr. von Bötticher am 8. Februar 1892 im Reichstage etwa folgendermaßen: „Die noch vorhandenen Fehler in der Heranziehung versicherungspflichtiger Personen werden sich ohne Zweifel von Jahr zu Jahr verringern lassen. Eine Reihe von Anträgen zielt darauf ab, den Kreis dieser Personen zu erweitern. Man sieht daraus, wie hoch die Wohlthaten des Gesetzes von Leuten, die ihm nicht unterworfen sind, geschätzt werden.“

Neuerdings ist gelegentlich amtlicher Erhebungen in Preußen über die etwaige Nothwendigkeit der Krankenversicherung für Dienstboten in der Presse lebhaft beanstandet worden, daß diese Arbeiterklasse der Invaliditäts- und Altersversicherung unterworfen worden sei, da jene der Wohlthaten derselben weder bedürften noch sie in der Regel genöfßen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß thatsächlich Dienstboten während Ausübung ihres Berufes invalid werden, auch das 70. Lebensjahr erreichen können. In Elsaß-Lothringen z. B. beziehen bereits von 1500 weiblichen Personen 450 als Dienstboten Altersrente; auch sind bereits 34 Invalidenrenten an solch letztere verliehen worden. Bei der etwaigen Verheirathung erhalten zudem Dienstmädchen ihre Sparpfennige zurück, und wenn sie, was nicht selten vorkommt, als Frauen in einer Fabrik arbeiten oder eine Nebenbeschäftigung als Wäscherin oder Tagelöhnerin an einigen Wochentagen ausüben, so kommt ihnen die frühere Beitragszahlung bei Bemessung einer etwaigen spätern Invaliden- oder Altersrente sehr zu statten.

Wünschenswerth ist jedenfalls, daß alle vom Bundesrath und vom Reichsversicherungsamt über die Versicherungspflicht ergehenden allgemeinen Verordnungen sich einer möglichst einfachen, auch dem Arbeiter verständlichen Ausdrucksweise befleißigen und durch Beispiele erläutert werden. Ueberhaupt muß für die Belehrung des Volkes, u. a. auch über die Wichtigkeit der Selbstversicherung, noch viel mehr geschehen, denn der dem Gesetze gemachte Vorwurf, daß seine vielseitigen Bestimmungen

einem Irrgarten gleichen, hat immerhin etwas Wahres an sich. Es sollten wo möglich in allen Ortschaften unentgeltlich Auskunft ertheilende Stellen unter Aufsicht der Verwaltungsbehörden errichtet werden, auf dem Lande unter Zuziehung der Geistlichen und Lehrer. Derartige Stellen bestehen bereits in manchen Städten; leider mußte neulich in der Presse gerügt werden, daß hier und da versucht worden ist, anfragende Arbeiter bei dieser Gelegenheit zum Beitritt in socialdemokratische Vereine zu verleiten.

Unbedingt nothwendig ist auch die vollständige Uebereinstimmung der Auffassungen und amtlichen Aeußerungen der Versicherungs- und der Verwaltungsbehörden. In dieser Hinsicht ist es anfänglich zu unliebsamen Differenzen gekommen, was jedenfalls nicht geeignet ist, die in vielen Versicherungsangelegenheiten noch obwaltende Unklarheit zu beseitigen.

Der gesamte Verwaltungsapparat der Invaliden- und Altersversicherung ist begreiflicherweise nicht einfach. Abgesehen von der erheblichen Vermehrung der Arbeitslast des Reichsversicherungsamtes bedurften auch die 31 einzelnen Versicherungsanstalten zahlreicher Beamten. Ferner erfordert z. B. das Aufbewahren der bald nach mehreren Millionen zählenden Quittungskarten viel Mühe, Umsicht — und unerwartet große Räume. Ueber das im Bau begriffene Verwaltungsgebäude der Anstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg berichtet die „Saalezeitung“, daß dieses in drei Stockwerken 1700 Schränke zu je 720 Fächern für 1 224 000 Versicherte enthält. Die Schränke bestehen aus Eisenrahmen, sind auf Schienen beweglich und laufen in verschiedenen Reihen hintereinander, so daß der Raum zweckmäßig ausgenutzt und zugleich leichte Zugänglichkeit ermöglicht wird.

Auch die Gemeinden klagen überall über die bedeutende Mehrarbeit, welche ihnen durch das Ausstellen, Aufrechnen und Abschießen der Quittungskarten, durch die Mitwirkung bei der Controlle und Auskunftsertheilung bei Rentenansprüchen, sowie sonstige Hilfeleistungen erwachsen ist.

Hoffentlich arbeiten sich allmählich alle beteiligten Stellen in die Versicherungspraxis derart ein, daß die Arbeitslast flotter bewältigt wird; ohne Anstellung zahlreicher Hilfskräfte wird es aber wohl nicht abgehen. Wie wäre es, wenn in kleineren Orten pensionirte Beamte, namentlich Lehrer, gegen ein mäßiges Entgelt ihre Dienste anbieten würden?

Ein für das Jahr 1891 erschienener Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes weist folgende Zahlen auf. Es wurden 173 668 Ansprüche auf Altersrenten erhoben, von denen 132 917 anerkannt, 30 534 zurückgewiesen, 3015 anderweitig erledigt und 7102 auf 1892 übernommen wurden. Ende 1891 sind bereits 27 Invalidenrenten mit einem Gesamtbetrag von 3064 Mark bewilligt worden. Die anerkannten Ansprüche haben eine jährliche Ausgabe von 16 625 850 Mark zur Folge, wovon 1891 bereits etwa 15½ Millionen Mark zur Auszahlung gelangten. Der Kapitalwerth dieser Rentenlast, d. h. diejenige Summe, welche nach den Wahrscheinlichkeitsberechnungen erforderlich ist, um die betreffenden Renten bis zu ihrem Erlöschen zu bestreiten, wird auf 54½ Millionen Mark

geschätzt. Bei Zurücklage von 10 Millionen Mark zum Reservefonds und einer Verwaltungskostenhöhe für das Einrichtungsjahr von 11 Millionen Mark (auf den Kopf fast 1 Mark) bezifferten sich demnach die Pflichtausgaben auf $75\frac{1}{2}$ Millionen Mark, denen gegenüber fast 89 Millionen Mark Einnahmen aus verkauften Marken entstanden ist. Das Ergebniß des ersten Jahres ist daher günstig zu nennen.

Im weitem stellt der Bericht fest, daß sich auch für das Invaliditäts- und Altersversicherungswesen das scheidssrichterliche Verfahren als zweckmäßig erwiesen hat. Eine Vertretung durch Rechtsanwälte ist verhältnißmäßig selten vorgekommen; das persönliche Erscheinen der Rentenbewerber ist im allgemeinen als für die Rechtsfindung förderlich erkannt worden. Die Theilnahme von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter an der Thätigkeit des Versicherungsamtes hat sich durchaus bewährt.

2. Urtheile über Auskömmlichkeit und Anzulänglichkeit der gewährten Renten.

Einer der schwersten Vorwürfe, welcher, abgesehen von den bereits erwähnten Reichszuschüssen gegen das 1889er Gesetz vor dem Erlaß erhoben wurde, nämlich daß die Renten viel zu karg ausfallen, ist bis jetzt seitens der Rentenempfänger, wie es scheint, wenig laut geworden. Allerdings erhielten diese auch nach Zahlung einiger Pfennige oder Mark Jahresrenten von über 100 Mark, so daß sie wohl zufrieden sein durften.

Durchschnittlich betrug die Höhe der 1891 gewährten Altersrenten 125 Mark, die der 27 ersten Invalidenrenten nur 113,50 Mark; letztere sind vorläufig noch niedrig, weil für die Wartezeit vor dem 1. Januar 1891 der Steigerungsfactor der niedrigsten Lohnklasse angenommen wird und die Invaliden in nächster Zeit überhaupt erst wenige Beitragswochen aufzuweisen haben. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ hat daher den über 70 Jahre alten Arbeitern selbst angerathen, nicht ohne dringende Veranlassung Antrag auf Invalidenrente zu stellen, vielmehr vorerst Altersrente nachzusuchen.

In anerkennendem Sinne äußert sich über die Rentenbezüge u. a. eine hannoversche Zeitung dahin:

„Die Klagen, daß die wenigen Pfennige der Altersrente ein Almosen seien, zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben, sind jetzt vollständig verstummt. Der Werth einer festen Monatseinnahme für die ältern Leute auf dem Lande wird jetzt von allen Seiten anerkannt. Ihr Vorzug liegt darin, daß die finanziellen Bezüge die Leibzuchtrente nicht allein erheblich übersteigen, sondern daß sie vor allem den ältern Arbeitern ohne ihr Zuthun und ohne Verdruß und Streit bis zum Tode regelmäßig und monatlich im voraus gezahlt werden. Sie finden mit den sichern und festen Einnahmen, die ihnen das Gesetz gibt, überall offene Thüren und gute Behandlung. Die alten Arbeiter auf dem Dorfe haben es als Rentenempfänger jetzt weit besser als die kleinen Besitzher, die für ihre alten Tage auf die Leibzucht angewiesen sind.“

Mehrfach ist Klage geführt worden, daß Altersrentenempfängern gegenüber versucht worden ist, den seitherigen Tagelohn um den Betrag der Altersrente zu kürzen; socialdemokratische Abgeordnete haben sogar behauptet, dies sei auf kaiserlichen Werften geschehen. Sollten thatsächlich derartige Kürzungen vorkommen und so weit gehen, daß der ergraute Arbeiter nicht seiner wirklichen Leistungsfähigkeit entsprechend bezahlt wird, so wäre dies unbillig und tadelnswerth. Von Wichtigkeit ist übrigens die Feststellung, daß die ländliche Bevölkerung seither bei Erlangung der Altersrenten und damit auch bei Inanspruchnahme des Reichszuschusses nicht zu kurz gekommen ist, wie dies befürchtet worden war. In den östlichen Provinzen Preußens kommen auf den Kopf der versicherungspflichtigen Bevölkerung höhere Reichszuschußquoten als im mehr industriellen Westen; so lauten die betreffenden Zahlen für Ostpreußen und Brandenburg 107 bzw. 82 Pfennig, für die Rheinprovinz und Westfalen 46 bzw. 45 Pfennig. Diese Zahlen werden sich unseres Erachtens in ausgleichendem Sinne ändern, sobald auch die Invalidenrenten nach einigen Jahren voll in Betracht kommen werden.

Jedenfalls war bei der Gewährung von Renten äußerste Vorsicht geboten, so daß die vorläufig in Aussicht gestellte Höhe kaum überschritten werden durfte. Viel besser ist es, solche Reichnisse nachträglich zu erhöhen, als sie wieder ermäßigen oder doch die Beiträge bedeutend erhöhen zu müssen.

Es war entschieden zu berücksichtigen, daß Arbeitgebern und Arbeitern bereits durch die eben vorangegangene Kranken- und Unfallversicherung ansehnliche Mehrausgaben erwachsen waren, und daß man allen Productionszweigen Zeit lassen mußte, diese Zuschläge unbeschadet weiterer Concurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte als festen Bestandtheil der Herstellungskosten zu tragen bzw. deren Wiedererstattung durch die Warenpreise durchzusetzen. Wenn man erfährt, daß beispielsweise Krupp in Essen als Beitragshälfte für die Invaliden- und Altersversicherung annähernd 1 000 000 Mark zu entrichten hat und daß auf eine bekannte oberelsässische Spinnerei etwa 42 000 Mark entfallen, so gibt das zu denken und nöthigt zur Vorsicht beim Versprechen und Gewähren der Renten. Berücksichtigen wir zudem, daß die statistischen Unterlagen über Erreichung des 70. Lebensjahres sowie über Eintrittszeit und Dauer der Invalidität immerhin noch mangelhaft sind!

Diese zur Vorsicht mahnenden Gründe sind besonders denjenigen entgegenzuhalten, welche das späte Eintreten der Altersrente bemängeln.

Wenn weiterhin der verstorbene oberelsässische Reichstagsabgeordnete Karl Grad bei der ersten Lesung des 1889er Gesetzes darauf hingewiesen hat, daß die Kaufkraft des Geldes seit Jahren sichtliche Neigung zum Herabgehen habe und daß nach 40 Jahren vielleicht die heute versprochenen Renten thatsächlich nur den halben Werth haben könnten, so wird die Möglichkeit dessen zugegeben; jedoch lassen sich wohl dadurch für heute noch keine Beitrags- und Rentenerhöhungen rechtfertigen. Die Sorge hierüber muß bei der obwaltenden Ungewißheit der Zukunft überlassen bleiben.

Es wird auch seitens mancher Fabrikanten getadelt, daß eigene Alters- und Invalidenkassen, welche ehedem den Theilnehmern günstigere Bedingungen eröffneten, durch das neue Gesetz hinfällig geworden seien. Hiergegen läßt sich einmal geltend machen, daß § 36 desselben gestattet, daß Fabrik-, Knappschafts- und sonstige Kassen, welche ihren Mitgliedern Invaliden- und Altersrenten gewähren, diese Unterstützungen für solche Personen, welche auf Grund des Gesetzes Anspruch auf derartige Renten haben, um den Werth der letztern ermäßigen dürfen. Es ist dies zulässig unter der Bedingung, daß die Beiträge der Betriebsunternehmer und Kassenmitglieder in entsprechendem Maße herabgemindert werden. Sodann konnte sich die Gesetzgebung durch das Vorhandensein dieser immerhin seltenen Pensionskassen von der Fürsorge für die Gesamtheit nicht abhalten lassen.

Uebrigens verbleibt gerade den Fabrikanten noch ein weites Feld zur Bethätigung ihres Wohlthätigkeitssinnes. Neuerdings fehlt es gerade nicht an Beispielen, daß Arbeitgeber die Wohlthaten der Arbeiterversicherung ergänzt haben. So hat vor etwa einem Jahre der Tabak- und Cigarrenfabrikant Thorbecke zu Lahe anläßlich des 100jährigen Geschäftsjubiläums dieser Firma beschlossen, für seine 600 Arbeiter und Arbeiterinnen die Altersrente schon mit dem 65. Lebensjahre aus eigenen Mitteln beginnen zu lassen und außerdem der für seine fünf Fabriken gegründeten Wittwen- und Waisenkasse jährlich 2000 Mark Zuschuß zu gewähren. „Vivant sequentes!“ kann man auch hier sagen.

Viel wichtiger als die Erhöhung der jetzigen Renten ist entschieden die demnächstige Ausdehnung dieser Wohlthaten auf die nicht durch die Unfallversicherung versorgten Hinterbliebenen der Arbeiter. In dieser Angelegenheit gab der schon genannte Verband „Arbeiterwohl“ seinerzeit vor Verathung des 1889er Gesetzes folgendes Gutachten ab, welches wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

„Die Wittwen- und Waisenversicherung ist zunächst für die Arbeiter selbst wohl noch dringlicher wie die Alters- und Invalidenversicherung. Ist der Arbeiter unverheiratet, kinderlos, so ist er recht wohl in der Lage, für seine alten Tage zu sparen. Ist er verheiratet, hat er Kinder, so können und sollen diese für ihn sorgen. Das ist die Regel. Andererseits erachtet es jeder anständige Arbeitgeber auch als Pflicht, dem Arbeiter, welcher in seinen Diensten alt und invalide geworden ist, durch Anweisung von leichtern Arbeiten, durch bessere Obhütung seiner Kinder u. seine spätern Lebenstage zu erleichtern. Für Frau und Kinder im Falle vorzeitigen Todes zu sorgen, ist dagegen unter normalen Verhältnissen weder der Arbeiter noch der Arbeitgeber im Stande. In der Fürsorge für Wittwen und Waisen handelt es sich um die Zukunft unserer Generation, und kann es wahrlich auch den Arbeitgebern nicht gleichgiltig sein, ob die Wittwen auf die kärgliche Unterstützung der entehrenden öffentlichen Armenpflege angewiesen sind, die Kinder in Elend und Verwahrlosung aufwachsen und das Gefühl der Verbitterung mit ins Leben nehmen, oder aber dieselben einer einigermaßen auskömmlichen Existenz auf Grund der durch die Arbeit und Beiträge des Vaters wohlverworbenen Rente sich erfreuen.“

„Auch für die Entlastung der Armenpflege ist die Wittwen- und Waisenversicherung viel bedeutungsvoller wie die Alters- und Invalidenversicherung.

„Endlich erscheint es auch naturgemäß, daß, wenn der Vater vor der Zeit durch den Tod abgerufen wird, dann die gezahlten Beiträge seiner Frau und seinen Kindern zu gute kommen¹. Der Beitragszwang ohne dieses Recht würde fast als eine positive Ungerechtigkeit erscheinen, wenigstens von den Arbeitern so empfunden werden. Während die Beiträge rücksichtslos eingezogen werden, würden die entsprechenden Wohlthaten vielen, wahrscheinlich den meisten Arbeitern versagt bleiben. In der That, die „Altersversicherung“ nach Maßgabe der Grundzüge hat für die industriellen Arbeiter fast nur eine decorative Bedeutung, da nur wenige derselben das 70. Lebensjahr erreichen und dann jedenfalls auf die höhere Invalidenrente Anspruch machen können. Die Invalidenrente aber stellt sich wenigstens für die nächsten zwei Decennien als so gering dar, daß der industrielle Arbeiter sie erst im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit in Anspruch nehmen wird und dieselbe auch dann in der Regel nur als Zuschuß zu seinem sonstigen Einkommen betrachten kann. Falls er nicht gespart hat oder erwachsene Kinder sich seiner nicht annehmen, wird die Rente ihn nicht vor Noth schützen. Alle Arbeiter aber, welche im arbeitsfähigen Alter sterben, würden nach der Vorlage der Grundzüge mit Weib und Kind leer ausgehen, nachdem sie vielleicht ein ganzes Lebensalter hindurch eingezahlt haben.

„Wenn es überhaupt bei der Alters- und Invalidenversicherung mißlich ist und speciell auch die versöhnende Wirkung auf die arbeitenden Klassen gerade dadurch in Frage gestellt erscheint, daß die Beiträge sofort und stätig gezahlt werden müssen, die Wohlthaten des Gesetzes aber erst nach Menschenaltern zur vollen Wirkung kommen, so müssen obige Härten doppelt empfunden werden. Während die Wittwe und die Waisen des von Unfall betroffenen Arbeiters verhältnißmäßig sogar reichlich durch das Gesetz bedacht sind, sollen die Hinterbliebenen des Mitarbeiters, der ebenfalls Gesundheit und Leben im Betriebe — und in anderer Weise — geopfert hat, leer ausgehen! Gewiß wiederum nicht geeignet, versöhnlicher zu stimmen. Umgekehrt würde es aber des guten Eindruckes nicht verfehlen, wenn der Arbeiter sähe, wie seine Beiträge den Wittwen und Waisen seiner Arbeitsgenossen zu gute kommen, zugleich in dem Bewußtsein, daß die Seinigen in dieselbe Lage kommen können.“

Es ist nicht zu läugnen, daß diese Ausführungen ihre Berechtigung haben, namentlich wenn wir auf die zum Theil hohe Gefährdung des Arbeiters durch die sogen. Berufskrankheiten hinblicken. Hierher gehören die zahlreichen Vergiftungen durch metallische und sonstige Dämpfe, die Schwindsucht der Schleifer, Weber und Steinbrucharbeiter, das Asthma der Töpfer und Vergleute u. dgl. Es ist statistisch festgestellt, daß das durchschnittliche Lebensalter der Gürtler, Vergolder und Handschuhmacher nur etwa 31, das der Buchdrucker und Vergleute 33 Jahre beträgt, während beispielsweise die Gerber durchschnittlich 40, die Bäcker 44, die Gärtner 50 Jahre alt werden. Mancher Familie wird daher durch die Gefahren des Berufs der Ernährer frühzeitig entzissen. Während nun die Wittwe eines Webers, deren Mann von einer Maschine erfaßt und getödtet wurde, nach dem Unfallgesetz ziemlich auskömmlich entschädigt wird, geht diejenige, deren Mann an der durch die Ueberanstrengung der Brust verursachten

¹ Vgl. S. 85 oben.

Schwindsucht dahinsiecht und stirbt — meist versagt sogar die Hilfe der Krankenkasse nach 13 Wochen —, nach der heutigen Sachlage leer aus. Die Regierungsvertreter haben bei Verathung des Alters- und Invaliditätsgesetzes erklärt, daß von der Einbeziehung der Wittwen- und Waisenunterstützung nur des Kostenpunktes wegen Abstand genommen worden sei; man habe die Industrie und die Arbeiter nicht von vornherein zu hoch belasten wollen. Wie wir oben (S. 22) gesehen, zahlten die Mitglieder der Wurmknappschaft im Jahre 1885 zur Deckung der ziemlich ansehnlichen Invaliden-, Wittwen- und Waisenunterstützungen durchschnittlich 35,6 Mark = 5 % des Jahresverdienstes. Sachverständige meinen, daß hiervon etwa die Hälfte auf die Wittwen- und Waisenpensionen entfällt, und glauben, daß in Anbetracht der besondern Gefährdung der Bergbauarbeiter im allgemeinen eine Prämie von 2,5 bis höchstens 3 % vom wirklichen Lohne bereits leidlich hohe Pensionen abwerfen würde. Hoffen wir, daß die Reichsregierung auch hinsichtlich der Fürsorge für die Hinterbliebenen der an Krankheiten sterbenden Arbeiter das Sprichwort wahr machen möge: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!“

Freilich ist von den Gegnern der staatlichen Arbeiterversicherung der Vorschlag gemacht worden, man möge den Arbeiter hinsichtlich der Fürsorge für Weib und Kind auf die bestehenden privaten Lebensversicherungen verweisen. Englische Gesellschaften sollen auch bereits derartigen Arbeiterversicherungen auf kleine Beträge, und zwar sowohl in Kapital- als in Rentenform, als besonderem Zweig ihre Aufmerksamkeit gewidmet haben. Indes wird mit Recht geltend gemacht, daß diese Privatversicherungen mangels einer zutreffenden Sonderstatistik über Arbeitersterblichkeit vorläufig genöthigt sein würden, hohe Prämien zur Deckung des Risikos zu nehmen, und daß diese den Arbeiter, welcher sich freiwillig überhaupt ungern Opfer auferlegt, sicherlich meistens abschrecken würden.

Dagegen ist es wohl kein unbilliges Verlangen, daß die Arbeiter ihren Hinterbliebenen durch Eintritt in eine der zahlreichen Sterbekassen einen weitem Zuschuß zum Sterbegeld der Unfall- und Krankenversicherung sichern.

3. Mittheilungen über den Geschäftsbetrieb der Versicherungsanstalten.

Ueber die ganze Art und Weise der Beitragseinzahlung, insbesondere über die Quittungskarten und Beitragsmarken ist bereits in dem kurzen Zeitraum des Zurechtbestehens des „Nebelegesetzes“ viel geredet und geschrieben, oder sagen wir es gerade heraus — weidlich geschimpft worden. Das Kaufen und Einkleben der Marken wurde als viel zu umständlich bezeichnet; und da mancher verpflichtete Arbeitgeber das Neleben unterließ, ärgerte sich der Nachbar darüber, daß er so ehrlich gewesen sei, dies zu thun. Weil hier und da ruckbar wurde, daß Arbeiter bereits benutzte Marken herausgelöst, verkauft und verjubelt haben,

wurde das ganze Markensystem als ungerecht, lästig und unzweckmäßig verurtheilt.

Sehr häufig war das Publikum trotz vielfacher Belehrung über die gesetzlich in Anwendung zu bringende Lohnklasse im Unklaren; manchmal erhielten Postbeamte auf Befragen, welche Sorte Marken verlangt würde, zur Antwort: „Geben Sie mir von den billigsten!“ Zuweilen wurden sogar Briefmarken in die Quittungskarten eingeklebt.

Sedenfalls haben sich die Versicherungsanstalten durch in letzter Zeit entsandte Controlbeamte selbst davon überzeugt, daß das Markeneinkleben in vielen Fällen vergessen oder in unzulänglichen Beträgen bewirkt worden ist; auch mag sich wiederholt Verdacht herausgestellt haben, daß Arbeiter, welche an wechselnden Arbeitsstellen beschäftigt waren, im Laufe einer Woche infolge falscher Angaben zwei bis drei Marken erschwindelt haben.

Alle solche Mißstände haben bereits im Gebiete mehrerer Versicherungsanstalten, z. B. in Sachsen und Württemberg, Veranlassung dazu gegeben, in Gemäßheit der §§ 112—115 des 1889er Gesetzes das Einziehen der Beiträge, Einkleben der Marken und Aufheben der Quittungskarten gegen eine Vergütung von 3—4 % den Krankenkassen zu überantworten. Dieses Verfahren hat manche Vorzüge. Für den Arbeitgeber fällt die Unbequemlichkeit des Markenbesorgens weg, indem die Versicherungsbeiträge gleichzeitig mit denjenigen zur Krankenversicherung in bar eingezogen, meist sogar abgeholt werden. Der Arbeiter weiß, daß seine Quittungskarte gut aufgehoben ist; er kommt auch nicht, wie dies schon nothwendig gewesen ist, in die Lage, seinen Arbeitgeber wegen Verabfäumung des Markeneinklebens anzeigen zu müssen. Den Krankenkassen aber wird für die verhältnismäßig geringfügige Mehrarbeit eine Mehreinnahme zu theil, welche ihr die Anstellung eines tüchtigen Kassenbeamten ermöglicht. Der Versicherungsanstalt kommt sehr zu statten, daß die Controlle über das Markeneinkleben in Bezug auf Richtigkeit und Vollständigkeit bedeutend erleichtert wird, ferner daß sie alsdann die Krankenkassen als zuverlässige Aufklärungsstellen benutzen kann.

Thatsächlich hat sich das neue Versicherungswesen am besten und raschesten dort eingebürgert, wo diese Mitwirkung der Krankenkassen in Anspruch genommen worden ist.

Wir wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, zu erwähnen, daß von seiten eines Delegirten der Versicherungsanstalt für Elsaß-Lothringen der Vorschlag gemacht worden ist, das Amt des Vertrauensmannes und des Markenverkäufers zu vereinigen und die Wirksamkeit dieser Person auf eine Gemeinde zu beschränken; diese Maßregel verdient jedenfalls, auf ihre Brauchbarkeit in solchen Ortschaften geprüft zu werden, wo sich das Krankenkassenwesen noch wenig entwickelt hat.

Im Hinblick auf eine wirksame Controlle der Beitragsentrichtung, wozu erstere zur Vermeidung von Einnahmeausfällen dringend geboten ist, müssen die Vorschriften über die Markenentwerthung zweckent-

sprechend gegeben sein. Gesetzlich ist diese nur für Selbstversicherer vorgeschrieben; im übrigen ist der Bundesrath ermächtigt, hierüber Anordnung zu treffen. Derselbe hatte anfänglich als einzig zulässige Entwerthungsweise das Durchstreichen mittelst eines schwarzen wagerechten Striches bezeichnet; indes hat sich diese Vorschrift nicht bewährt. Wie Staatsminister Dr. von Bötticher selbst zugegeben hat, konnten solche Marken betrügerischerweise losgelöst und wieder benutzt werden, ohne daß sich diese Fälschung hätte sicher nachweisen lassen. Der Bundesrath hat daher am 22. December 1891 verfügt, daß Arbeitgeber und Versicherte, sowie die die Beiträge einziehenden Organe die Marken entwerthen können, indes nur durch Eintrag des Datums ohne irgend welchen Zusatz. Noch besser wäre es unseres Erachtens, wenn diese Entwerthungsweise nicht ins Belieben dieser Stellen gestellt, sondern zwingend vorgeschrieben wäre.

Verschiedentlich haben socialdemokratische Reichstagsabgeordnete die Befürchtung ausgesprochen, daß sich die Quittungskarte zu einem die Arbeitsstelle des Versicherten und deren Wechsel erkennbar machenden Arbeitsbuche gestalten werde, was indes bei dem bloßen DatumsEintrag nicht zutrifft.

Arbeitgebern, welche mehrere Lohnarbeiter beschäftigen, ist neuerdings der Gebrauch sogen. Controllbücher empfohlen worden, in welchen außer der Lohnsumme für jede Woche die Abzüge zur Kranken- sowie zur Invaliditäts- und Altersversicherung nachgewiesen werden. Derartige Bücher erleichtern den Arbeitgebern die Nachweise gegenüber den Controllbeamten ganz wesentlich.

Bereits oben wurde erwähnt, daß die Versicherungsanstalten befugt sind, solchen Kranken, deren Leiden bei ungenügender ärztlicher Behandlung sich verschlimmern und Erwerbsunfähigkeit im Gefolge haben könnten, entsprechende Hilfe zu gewähren. In Erweiterung dessen ist von Versicherungspraktikern empfohlen worden, solche Invaliden, deren Heilung möglich erschiene, auch nach Feststellung der Rente in der Krankenfürsorge zu belassen, um dadurch im beiderseitigen Interesse die Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen.

Ferner ist von verschiedenen Seiten befürwortet worden, ähnlich den unfallverhütenden Bestrebungen der Berufsgenossenschaften auch Krankheitsverhütende Vorschriften zu erlassen und namentlich die sogen. Berufskrankheiten — wie Bleikrankheit, Phosphorvergiftung, Tuberculose, Schreibkrampf u. dgl. — zu bekämpfen. Die Krankenkassen haben ja eigentlich nur Interesse daran, daß die Krankheit als solche beseitigt werde, während die Versicherungsanstalt deren dauernde üble Folgen beseitigen möchte. So wird sich beispielsweise nach unserem Dafürhalten die Krankenkasse bei Bleikrankheit damit begnügen, die Kolik zu heben, während die Versicherungsanstalt von ihrem Standpunkt das Blei als Ursache chronischer Leiden und Invalidität aus dem Körper gänzlich entfernt wissen möchte. Auch die schon oben berührte Errichtung von Sanatorien gegen Lungen-

tuberculose dürfte von den Versicherungsanstalten zu unterstützen sein. Es wird hoffentlich nicht lange dauern, bis diese auch nach dieser Richtung hin eine segensreiche Thätigkeit zu Nutz und Frommen des Arbeiterstandes entwickeln werden.

Haben doch auch bereits einige Versicherungsanstalten, die der Provinzen Schlesien, Hannover, Sachsen einschließlich Anhalt, die zu Berlin, sowie die des Großherzogthums Baden, beschlossen, einen Theil der verfügbaren Ueberschüsse zu Wohlfahrts Einrichtungen für die arbeitende Bevölkerung zu verwenden. Diese Anstalten haben den Bau von gesunden Arbeiterwohnungen oder die Beihilfe dazu durch Darleihung von Hypotheken zu mäßigem Zinsfuß in Aussicht genommen.

Vielleicht gelingt es mit der Zeit, gerade in den ländlichen Bezirken, von wo so manche gesunde Kraft dem Pfuhl der Großstadt zueilt und dort zu Grunde geht, tüchtige, arbeitsame Leute auf die bezeichnete Weise sesshaft zu machen.

Schließlich wollen wir erwähnen, daß wiederholt bedauert worden ist, daß das Gesetz für falsche Angaben der Arbeiter betreffs ihrer Vorbeschäftigung und für Unterlassung des Vorzeigens der Quittungskarte keine Strafen vorgeesehen hat. Dies sollte gelegentlich einer Novelle nachgeholt werden.

Im Verlaufe unseres vierten Kapitels werden die geehrten Leser sicherlich den Eindruck gewonnen haben, daß von den drei Versicherungsgesetzen dasjenige über Invaliditäts- und Altersversicherung weniger einfach und verständlich ist als die beiden andern. Wir müssen aber andererseits zugeben, daß die durch ersteres zu regelnde Materie eine weit schwierigere ist. Geben wir uns mit Staatsminister Dr. von Bötticher der Hoffnung hin, daß das 1889er Reichsgesetz allen Interessenten im Laufe der Zeit um so „schmachhafter“ werden möge, je mehr sich diese in das Gesetz vertiefen und einarbeiten. Dazu können aber gerade die gebildeten Stände des Volkes wesentlich beitragen.

Fünftes Kapitel.

Das Reichsgesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890.

A. Vorbemerkungen.

Schon in der Einleitung haben wir dargethan, daß der Kaiserliche Erlaß vom 4. Februar 1890 gesetzliche Bestimmungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Aussicht gestellt hat.

Einem bereits wiederholt vom Reichstage geäußerten Wunsche entsprechend legten die verbündeten Regierungen demselben im Mai 1890 einen Gesetzesentwurf, betreffend die Gewerbegerichte, vor. Diese sollen einen doppelten Zweck verfolgen, nämlich Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, welche sich aus Anlaß eines bestehenden Arbeitsverhältnisses ergeben, durch ein möglichst kostenloses Verfahren rasch zur Entscheidung zu bringen, und zwar nicht durch Juristen vom Fach, sondern durch in der gewerblichen Praxis bewanderte Personen. Sie sollen zweitens als Einigungsämter dienen, um Streitigkeiten über Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Arbeit gütlich beizulegen. Solche Fachgerichte werden nicht nach den starren Folgerungen allgemeiner Rechtsgrundsätze urtheilen, sondern aus der ungezwungenen lebendigen Rechtsanschauung des gewerblichen Lebens heraus nach Billigkeit entscheiden und dabei in vielen Fällen auf dem Wege friedlichen Vergleiches eine Einigung der Parteien erzielen. Der Gedanke der Gewerbegerichte ist schon sehr alt und wurde in Deutschland bereits im Mittelalter im Anschluß an das Zunftwesen verwirklicht. Leider verfiel im Laufe der Zeit die gewerbliche Gerichtsbarkeit mit demselben. Im Rheinland und im Reichsland wurden die Gewerbegerichte durch die französische Gesetzgebung eingeführt, und zwar mit im allgemeinen guten Wirkungen auf die Beziehungen zwischen Fabrikanten und Arbeitern. Im übrigen Deutschland ist die Einführung der Gewerbegerichte gelegentlich der 1878er Umgestaltung der Gewerbeordnung und der 1881er Innungsnovelle versucht worden, indes ohne befriedigenden Erfolg. Das nunmehr zu besprechende 1890er Reichsgesetz sollte endlich für ganz Deutschland eine durchgreifende, einheitliche Regelung herbeiführen.

B. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes.

Eine eingehende Darstellung des fraglichen Gesetzes würde im Rahmen dieser Schrift zu weit führen; wir beschränken uns daher darauf, die wichtigern Bestimmungen desselben an der Hand des vom Reichstagsabgeordneten Dr. iur. Karl Bachem geschriebenen Artikels „Gewerbegerichte“ im Staatslexikon wiederzugeben und verweisen diejenigen Leser, welche sich über das Gesetz eingehend unterrichten wollen, auf den vor trefflichen und ausführlichen Commentar des eben genannten Rechtsanwalts, welcher seinerzeit im Reichstage über die Commissionsberathung des Gesetzes Bericht erstattete; jener ist erschienen bei J. P. Bachem in Köln.

Das Gesetz gibt den Gemeinden und weitem Communalverbänden das Recht, für ihren Bezirk und auf ihre Kosten durch Ortsstatut Gewerbegerichte zu errichten. Diesen steht ein Vorsitzender bezw. dessen Stellvertreter vor, welcher weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein darf und von den Gemeinden mit landesherrlicher Genehmigung ernannt wird. Ferner gehören dem Gericht eine gerade Anzahl Beisitzer an, mindestens aber vier, welche zu gleichen Hälften von den beiden theiligten Parteien geheim gewählt werden. Das Amt des Vorsitzenden und seines Stellvertreters kann bei häufiger Inanspruchnahme entgeltlich sein, wogegen die Beisitzer ehrenamtlich thätig sind und nur Barauslagen und Entschädigung für Zeitverlust erhalten. Im allgemeinen sind die fraglichen Gerichte für alle örtlichen Gewerbebezüge bestimmt, indes ist Beschränkung auf einzelne derselben zulässig. Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche Titel VII der Gewerbeordnung Anwendung findet, desgleichen Betriebsbeamte, Werkmeister, deren Jahresgehalt 2000 Mark nicht übersteigt.

Das Gesetz überträgt dem Gewerbegericht drei Obliegenheiten:

Erstens ist dasselbe verpflichtet, auf Ansuchen von Staats- und der betreffenden Communalbehörde Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben, und berechtigt, in eben solchen, soweit sie der eigenen Gerichtsbarkeit unterstehen, Anträge an Behörden zu richten.

Zweitens soll ein Ausschuss des Gewerbegerichts, bestehend aus dem Vorsitzenden und gleich viel Beisitzern von Arbeitgebern und Arbeitern, im Falle drohender oder ausgebrochener Arbeiterausstände als Einigungsamt wirken. Dieses kann sich durch Zuziehung von Vertrauensmännern in gleicher Anzahl von beiden Factoren ergänzen; jedoch dürfen weder Beisitzer noch Vertrauensmänner zu den bei dem Ausstand Theiligten gehören.

Die dritte und wichtigste Aufgabe ist die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes und unter Ausschluss der ordentlichen Gerichte. Jene werden in § 3 des Gesetzes genauer bezeichnet als Streitigkeiten: 1. über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie

über das Arbeitsbuch; 2. über Leistungen, Entschädigungsansprüche und Conventionalstrafen aus dem Arbeitsverhältnisse; 3. über Anrechnung der Krankenversicherungsbeiträge; 4. über Ansprüche der Arbeiter untereinander bei gemeinsamer Arbeit.

Auf das Verfahren der Gewerbegerichte finden die für das amtsrichterliche Verfahren geltenden Vorschriften der Civilproceßordnung Anwendung, indeß mit einigen vereinfachenden Abänderungen. Zuständig ist dasjenige Gewerbegericht, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist. Rechtsanwälte sind nicht zugelassen. Die Zustellungen erfolgen von Amts wegen durch Vermittlung des Gerichtsschreibers in erleichterten Formen, ebenso die Ladung der Parteien. Das Versäumnißverfahren ist sehr vereinfacht. Erscheinen in einem zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmten Termine die Parteien oder eine derselben nicht, so ist das Urtheil unter Berücksichtigung der bisherigen Verhandlungen, insbesondere einer etwaigen Beweisaufnahme, zu erlassen. Doch kann auch das Gericht einen neuen Termin anberaumen. Erscheint dann eine Partei nicht, so entscheidet das Gericht nach seinem Ermessen. Die Aufgabe der Gewerbegerichte als Vergleichsbehörde ist scharf hervorgehoben. Erscheinen die Parteien, so hat das Gericht thunlichst auf eine gütliche Erledigung des Rechtsstreites hinzuwirken. Es kann den Sühneversuch in jeder Lage des Verfahrens erneuern und jedenfalls am Schlusse desselben wiederholen. In dem ersten auf die Klage angesetzten Termine darf die Zuziehung der Beisitzer unterbleiben, also vor dem Vorsitzenden allein verhandelt werden. Erscheinen die Parteien, so hat der Vorsitzende zunächst einen Sühneversuch vorzunehmen; bleibt die Sache streitig, so hat der Vorsitzende die Entscheidung zu erlassen, wenn dieselbe sofort erfolgen kann und wenn beide Parteien sie beantragen. Andernfalls ist ein neuer Verhandlungstermin mit Zuziehung der Beisitzer anzusetzen. Kommt ein Vergleich zu stande, so wird, was sehr wesentlich ist, keine Gebühr erhoben; sonst werden die Kosten von den Unterliegenden getragen.

Die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen erfolgt nur, wenn sie das Gericht zur Herbeiführung einer sachgemäßen Aussage für nothwendig erachtet oder wenn eine der Parteien sie beantragt. Erfolgt die Verurtheilung zur Vornahme einer Handlung, so ist der Beklagte zugleich für den Fall der Weigerung zur Zahlung einer Entschädigung zu verurtheilen.

Berufung ans Landgericht ist nur zulässig bei Streitwerthen über 100 Mark; bis zu dieser Summe sind die Urtheile sofort endgiltig und vollstreckbar.

Die Gerichtskosten, welche in die Gemeindefasse fließen, sind sehr niedrig bemessen.

Durch das Gesetz vom 29. Juli 1890 ist auch die Zuständigkeit solcher Gemeindevorsteher, in deren Bezirk Gewerbegerichte nicht errichtet sind, hinsichtlich Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten neu geregelt

worden. Solche Entscheidungen gehen in Rechtskraft über, wenn nicht binnen 10 Tagen von einer der Parteien Klage bei dem ordentlichen Gerichte erhoben wird.

Die vor dem Gemeindevorsteher geschlossenen Vergleiche und rechtskräftigen Entscheidungen sind auf Antrag durch die Ortspolizeibehörde nach den Vorschriften über das Verwaltungszwangsverfahren zu vollstrecken.

Ein Urtheil darüber, welche praktischen Erfolge das beregte Reichsgesetz haben wird, läßt sich vorab noch nicht abgeben. Jedenfalls verspricht man sich davon allmählich gute Folgen, da Arbeitgeber und Arbeiter sich voraussichtlich durch gemeinschaftliches Berathen und directes Verhandeln mehr verstehen und sich über vorliegende Rechtsfragen besser verständigen lernen werden. Das Ergebniß wird eine unparteiische und versöhnliche Rechtspredung sein.

Im Rheinland, woselbst sich gleich den Verhältnissen in den Reichslanden die frühern französischen Gewerbegerichte mit Fabrikanten als Vorsitzenden gut bewährt haben und wo diese Gerichte bei entsprechender Abänderung der Zusammensetzung beibehalten werden, hat man die Befürchtung ausgesprochen, daß in Zukunft studirte Juristen an die Spitze der erstern berufen werden möchten; es sei nicht empfehlenswerth, damit wieder ein Element gelehrter, abstracter Rechtspredung zur Geltung zu bringen.

In letzter Zeit hat die socialdemokratische Partei an vielen Orten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um bei den Wahlen zu den Besitzern bei den Gewerbegerichten ihre Candidaten durchzubringen. Demgegenüber sollten sich alle reichstreuen Elemente zusammenscharen, um die Arbeitervertretung nicht aus der Hand zu geben.

Sechstes Kapitel.

Das Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891.

A. Vorbemerkungen.

Wir haben bereits in der Einleitung hervorgehoben, daß die von den arbeiterfreundlichen Parteien angeregte Arbeiterschutzfrage durch den mitgetheilten kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 von neuem in Fluß gebracht und alsbald von Mitte bis Ende März auf der erwähnten Berliner Konferenz von den Vertretern von 15 Staaten Westeuropas eingehend behandelt wurde. Folgende Maßnahmen wurden mit großer Mehrheit zur Besserung der Lage des Arbeiterstandes als wünschenswerth erklärt:

1. Kinder unter 14 Jahren, in südlichen Ländern unter 12 Jahren, sollen nur insoweit in Fabriken beschäftigt werden, als der Elementarunterricht abgeschlossen ist; die Arbeitszeit soll höchstens 6 Stunden betragen und durch angemessene Pausen unterbrochen werden; Sonntags- und Nachtarbeit ist gänzlich ausgeschlossen, desgleichen Beschäftigung in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

2. Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren sollen gleichfalls weder Sonntags- noch Nachtarbeit verrichten; die Maximalarbeitszeit darf 10 Stunden mit 1½stündigen Zwischenpausen nicht überschreiten.

3. Arbeiterinnen über 16 Jahren soll die ebenbezeichnete Schonung zu theil werden, indes bei 11stündiger Maximalarbeitszeit. Ausnahmen sind für gewisse Industriezweige zulässig; andererseits sollen Einschränkungen für ungesunde und gefährliche Betriebe stattfinden. Frauenarbeit unter der Erde soll verboten sein. Für Wöchnerinnen wird eine vierwöchige Schonzeit empfohlen.

4. Allgemein hält die Konferenz grundsätzlich daran fest, daß der Arbeiter wöchentlich einen Ruhetag haben müsse und daß dieser auf den Sonntag zu verlegen sei. Ausnahmen werden zugegeben, da wo es die Stetigkeit des Betriebes erfordert und wo gewisse Betriebe zu bestimmten Jahreszeiten Erhöhung der Production naturgemäß eintreten lassen müssen. In diesen Ausnahmefällen solle aber der Arbeiter wenigstens den zweiten Sonntag frei haben.

5. Hinsichtlich der Bergwerksarbeiter werden im besondern folgende Wünsche geäußert:

- a) die Schichtdauer in den Bergwerken sei auf ein erträgliches Maß zu beschränken;
- b) die Erhöhung der Sicherheit der Kohlengrubenarbeiter sei mit allen Mitteln der Wissenschaft anzustreben;
- c) es sollen die Beziehungen zwischen den Ingenieuren und den Bergarbeitern unmittelbarer und damit vertraulicher werden;
- d) die Arbeiterversicherung für Bergleute sei, soweit dies noch nicht geschehen, einzuführen;
- e) die eine regelmäßige Kohlenförderung verhindernden Arbeitseinstellungen in den Gruben seien nach Möglichkeit zu verhüten.

Zum Schluß sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß die Berathungen sich zwecks Austausches von weiteren Erfahrungen auf den bezeichneten Gebieten wiederholen sollen.

Der erste Schritt zur internationalen Regelung der Arbeiterschutzfrage war damit geschehen; freilich sind in der Mehrzahl der westeuropäischen Staaten gesetzliche Maßnahmen so bald nicht zu erwarten. Die industrielle Entwicklung, die klimatischen Verhältnisse, die gesamten Lebensbedingungen und die Anschauungen über Sitte und Recht sind doch zu verschieden geartet, um gerade auf diesem Gebiete in den Einzelstaaten vorab einheitliche praktische Bestrebungen in der Gesetzgebung zu verwirklichen. Jedemfalls hatte Deutschland die Pflicht, zunächst andern Industriestaaten, wie England, Amerika, Oesterreich und der Schweiz, mit Erhöhung des Arbeiterschutzes durch weitere Abänderung der Gewerbeordnung nachzukommen. Thatsächlich ward dem Reichstage anfangs Mai 1890 ein bezüglicher Entwurf unterbreitet, der indes erst nach harten Kämpfen nach Jahresfrist erledigt und am 1. Juni 1891 als Gesetz veröffentlicht werden konnte.

B. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes.

Diejenigen der geehrten Leser, welche sich in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber oder wegen ihrer Bethheiligung an der örtlichen Verwaltung eine eingehende Kenntniß der Arbeiterschutznovelle verschaffen wollen, werden auf die bezüglichen Commentare, z. B. auf Hises „Normalarbeitsordnung nebst Arbeiterschutzgesetz“ (Köln, J. P. Bachem) oder auf Rabes Ausgabe der Gewerbeordnung (Volkesche Buchhandlung, Gebweiler) verwiesen. Wir werden unsern Lesern einen nach den verschiedenen Arbeiterschutz Zwecken geordneten Auszug geben, bei dessen Darstellung wir außer dem Gesezestext Hises Artikel im Staatslexikon benützt haben.

1. Die Sonntagsruhe.

Das Gesetz vom 1. Juni 1891 verbietet die Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen im Betriebe von Berg- und Hüttenwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brücken und Gruben, Fabriken, Werk-

stätten, Bauhöfen, Zimmerplätzen, Ziegeleien sowie bei Bauten. Im Handelsgewerbe wird die Sonntagsbeschäftigung auf fünf Stunden beschränkt. Die Stunden, während welcher diese stattfinden darf, werden unter Berücksichtigung des öffentlichen Gottesdienstes festgestellt, und zwar nach Bedarf für verschiedene Handelszweige verschiedenartig.

Das sogen. Hausirgewerbe ist an Sonn- und Feiertagen ganz verboten, soweit nicht die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zuläßt.

Am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage müssen die Verkaufsgeschäfte ganz geschlossen bleiben.

Das Verbot der Sonntagsarbeit ruht in Fällen der Noth, für gesetzlich vorgeschriebene Inventuren, sowie bei einer Reihe im Gesetze näher bezeichneter unaufschiebbarer Arbeiten. Um jedoch einer mißbräuchlichen Ausdehnung solcher Sonntagsarbeiten vorzubeugen, haben die Gewerbetreibenden ein Verzeichniß anzulegen, in welches für jeden einzelnen Sonn- und Festtag die Arbeiteranzahl und die Zeitdauer einzutragen ist und welches der Ortspolizeibehörde wie dem Fabrikinspector auf Verlangen vorzulegen ist. Auch in solchen Fällen, wo unaufschiebbare Arbeiten vorliegen, soll den Arbeitern wenigstens der zweite oder doch der dritte Sonntag freigegeben werden.

Für solche Betriebe, die mit ununterbrochenem Feuer arbeiten oder von chemischen Processen abhängen, die sich nicht beschleunigen oder unterbrechen lassen, ferner für die auf bestimmte Jahreszeiten beschränkten Betriebe kann der Bundesrath für ganz Deutschland Ausnahmen treffen vorbehaltlich deren Bekanntgabe an den Reichstag.

Für Gewerbe, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder gerade an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse erforderlich erscheint, z. B. für das der Barbieri, Photographen, auch für mit Wind oder unregelmäßiger Wasserkraft bewegte Triebwerke kann die höhere Verwaltungsbehörde ausnahmsweise Sonntagsarbeit gestatten.

Wenn zur Verhütung eines unverhältnißmäßigen Schadens das Bedürfniß der Sonntagsarbeit empfunden wird, so darf die untere Verwaltungsbehörde solche erlauben.

Im übrigen bestimmt § 105 i der Novelle ausdrücklich, daß die Vorschriften über die Sonntagsruhe das Gastwirthschafts- und Verkehrsgewerbe sowie musikalische, theatralische und sonstige Vorstellungen nicht berühren.

2. Schutz der elterlichen Autorität.

Die Einführung eines Arbeitsbuches für minderjährige Arbeiter — unter 21 Jahren — soll die Mitwirkung des Vaters oder Vormundes in höherem Maße als seither gewährleisten. Die Aushändigung des erstern erfolgt an diese Personen, sofern sie es verlangen, bezw. stets, solange der Arbeiter das 16. Jahr noch nicht vollendet hat. Da minderjährige Personen ohne Arbeitsbuch nicht angenommen werden dürfen,

*

so sind sie vor Eintritt in ein neues Arbeitsverhältniß der Zustimmung des Vaters oder Vormundes bedürftig.

Ferner kann statutarisch festgesetzt werden, daß der von jugendlichen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren Zustimmung direct an jene zu zahlen ist, oder daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern über die an die Kinder oder Mündel gezahlten Lohnbeträge Mittheilung machen müssen.

Die Arbeitgeber sollen überhaupt das Werk der Erziehung unterstützen, weshalb auch erzieherische Maßnahmen im Rahmen der weiter unten zu besprechenden Arbeitsordnung vorgeschrieben werden können.

3. Regelung der Lohnzahlung.

Zuvörderst ist von neuem das sogen. Tucksystem verboten worden. Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmährung zu berechnen und bar auszusahlen; sie dürfen den Arbeitern keine Waren creditiren, sondern nur Lebensmittel, Wohnung, Beleuchtung, Werkzeuge und Stoffe für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten, die beiden letztgenannten Gegenstände zu einem die ortsüblichen Preise nicht übersteigenden unter Anrechnung der Lohnzahlung verabsolgen. Lohnzahlungen sollen in Gasthäusern oder Verkaufsstellen ohne Genehmigung der untern Verwaltungsbehörde nicht stattfinden; jene dürfen auch nicht an Dritte erfolgen, da dies das in der Einleitung erwähnte Gesetz betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes unzulässig erklärt.

Das Recht des Arbeitgebers, sich Lohneinbehalten auszubedingen, soll in Zukunft dahin beschränkt werden, daß höchstens ein Viertel des Lohnes bei der einzelnen Lohnzahlung einbehalten werden darf, sowie daß die Gesamteinbehalten einen durchschnittlichen Wochenverdienst nicht übersteigen dürfen.

4. Schutz von Gesundheit, Leben und Sittlichkeit des Arbeiters.

Die bezüglichlichen Gesetzesparagraphen sind so wichtig, daß deren genauer Wortlaut nachfolgend wiedergegeben wird.

§ 120 a. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbefondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Verührungen mit Maschinen oder Maschinentheilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erforderlich sind.

§ 120 b. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes zu sichern.

Insbesondere muß, soweit es die Natur des Betriebes zuläßt, bei der Arbeit die Trennung der Geschlechter durchgeführt werden, sofern nicht die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes ohnehin gesichert ist.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

§ 120 c. Gewerbeunternehmer, welche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, sind verpflichtet, bei der Einrichtung der Betriebsstätte und bei der Regelung des Betriebes diejenigen besondern Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

§ 120 d enthält Bestimmungen über die Durchführung obiger Maßregeln, wobei in Unfallverhütungsangelegenheiten auch der Vorstand der Berufsgenossenschaft gehört werden muß.

5. Schutz des Arbeitsvertrages gegen Contractbruch.

Hierüber besagt § 124 b, was folgt:

§ 124 b. Hat ein Geselle oder Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruches und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883, Reichs-Gesetzbl. S. 73) fordern. Diese Forderung ist an den Nachweis eines Schadens nicht gebunden. Durch ihre Geltendmachung wird der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen. Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gehilfen gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist.

Betreffs der Fabrikarbeiter bestimmt § 134, daß, wenn der Arbeitgeber sich die Verwirkung des rückständigen Arbeitslohnes im Falle des Vertragsbruches ausbedingt, diese Schadloshaltung auf höchstens einen Wochenlohn beschränkt bleibt, ferner daß in der Arbeitsordnung die Verwendungs derartiger verfallener Beträge vorgesehen werden muß.

6. Fabrikarbeitsordnung.

Zufolge § 134 b muß die für die Fabriken vorgeschriebene Arbeitsordnung außer der eben erwähnten Forderung Bestimmungen enthalten: über Anfang und Ende der Arbeitszeit und der Pausen, Zeit und Art

der Lohnabrechnung, Kündigung, Entlassung, Austritt sowie über Höhe der Geldstrafen und über Verwendung derselben zu Gunsten der Fabrikarbeiter. Vor Erlass der Arbeitsordnung ist den großjährigen Arbeitern, oder falls ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, diesem Gelegenheit zu geben, sich über jene zu äußern.

7. Besondere Schutzmaßregeln zu Gunsten der Kinder, jugendlicher Arbeiter, Arbeiterinnen.

Diese Fürsorge wird in den §§ 135, 136, 137 getroffen, welche wörtlich lauten:

§ 135. Kinder unter 13 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahre dürfen in Fabriken nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten.

Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

§ 136. Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (§ 135) dürfen nicht vor 5½ Uhr morgens beginnen und nicht über 8½ Uhr abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmäßige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur 6 Stunden täglich beschäftigt werden, muß die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine einstündige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in denselben diejenigen Theile des Betriebes, in welchen jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestellt werden, oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht thunlich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnißmäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Confirmanden-, Beicht- und Communionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

§ 137. Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5½ Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.

Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagszeit gewährt werden.

Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während 4 Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden 2 Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugniß eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt.

Die nachfolgenden Paragraphen enthalten nähere Bestimmungen darüber, in welcher Weise die Beschäftigung der vorbezeichneten Personen kontrollirt wird und unter welchen Bedingungen eine stärkere Inanspruchnahme derselben statthaft ist. Der wichtige § 139 a ermächtigt andererseits den Bundesrath, die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern für Fabrikationszweige, welche mit besondern Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, theilweise oder gänzlich zu untersagen, sowie für ununterbrochene Betriebe und unregelmäßig producirende Fabrikzweige Ausnahmen von den §§ 135—137 zu gestatten. Indes ist in Fällen solcher Art eine Maximalstundenzahl für die Arbeitswoche festgesetzt. § 154 a dehnt die Schutzbestimmungen der letztgenannten Paragraphen auf Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben aus und verbietet die Verwendung von Arbeiterinnen in Anlagen unter Tag.

8. Sonstige wichtige Bestimmungen.

Die Zuständigkeit der Gewerbe- oder Fabrikinspectoren ist entsprechend der Ausdehnung des Arbeiterschutzes erweitert worden. Jene haben das Recht der jederzeitigen Revision der gewerblichen Betriebe; sie sind vorbehaltlich der Beanzeigung von Gesetzwidrigkeiten zum Geschäftsgeheimniß verpflichtet. Alljährlich haben sie über ihre amtliche Thätigkeit Bericht zu erstatten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihnen oder der Polizeibehörde die gesetzlich vorgeschriebenen statistischen Mittheilungen zu machen.

Sind bei Ausübung eines Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende als Betriebsleiter bestellt hatte, so sind letztere strafbar, ersterer außerdem noch, wenn die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen ist oder wenn er es selbst an der nöthigen Sorgfalt bei der Beaufsichtigung hat fehlen lassen.

Zuwiderhandlungen gegen die zu Gunsten des Arbeiterschutzes erlassenen Bestimmungen sind mit Strafen bedroht.

C. Praktische Durchführung des Arbeiterschutzes.

Die einzelnen Abschnitte dieses Gesetzes sind seit dem 1. Juni 1891 nur allmählich in Kraft getreten; einige im Vergleich zur seitherigen Gewerbebefreiheit strenge Bestimmungen sollen sogar erst nach Jahren durchgeführt werden. Man wollte der Industrie Zeit lassen, sich all den geforderten Neuerungen anzupassen, und beabsichtigte auch namentlich, frühere örtliche Gebräuche, manchmal besser gesagt Mißbräuche, anfangs noch schonend zu behandeln und erst nach und nach einen Ausgleich zu verlangen.

Von thatsächlichen Erfolgen kann daher vorab kaum die Rede sein; immerhin ist es interessant zu verfolgen, wie gegenwärtig alle beteiligten

Kräfte an der Verwirklichung des Gesetzes zu arbeiten begonnen haben, wie aber auch anscheinend leicht durchführbare Neuerungen auf Schwierigkeiten stießen. So wird es noch geraumer Zeit bedürfen, bis die Frage der Sonntagsruhe zur Zufriedenheit der Mehrheit erledigt sein wird. Freilich hatten sich seinerzeit drei Viertel sämtlicher Betriebsunternehmer des Deutschen Reichs theils unbedingt theils mit einigem Vorbehalt für das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen. Man hatte anerkannt, daß wenn 30 % der Arbeiter der Großindustrie, 42 % der Handwerker und 58 % der im Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter seither der Sonntagsruhe fast gänzlich entbehren, entschieden ein schwerer Mißstand vorliege. Mit Recht hatte der bekannte Hygieniker Dr. Niemeyer eine derartige Sonntagsarbeit als „Raubbau“ bezeichnet und darauf hingewiesen, daß diese in vielen Fällen am „blauen Montag“ schuld sei. Trotzdem werden sich die an die Sonntagsarbeit gewöhnten Betriebsunternehmer und das dadurch verwöhnte Publikum, sobald sie durch die neuen Einschränkungen persönlich betroffen werden, diesen nicht ohne Widerwillen anbequemen. Vor allem hält es sehr schwer, in den Städten die dem Handelsgewerbe für das Offenhalten der Läden bewilligten fünf Stunden so zu legen, daß die Gehilfen und Lehrlinge zum Besuche des Gottesdienstes und zur Erholung Zeit finden, und daß andererseits das Publikum, auch das vom Lande in die Stadt kommende, seine Einkäufe machen kann. Auf die gerade hierüber laut gewordenen lebhaften Klagen näher einzugehen, würde uns zu weit führen, zumal die örtlichen Bedürfnisse sehr verschieden sind.

Jedenfalls muß der Grundsatz der Sonntagsruhe Hand in Hand mit dem der Sonntagsheiligung zu Gunsten der Schonung wie der Verehrung des Arbeiterstandes streng durchgeführt werden, soweit nicht die im Gesetze vorgesehenen Ausnahmefälle Abweichungen zur Wahrung berechtigter Interessen gestatten.

Anlangend die Lohnzahlung an die Arbeiter stellen die 1891er Berichte der deutschen Gewerbeinspectoren mit Befriedigung fest, daß das Trübsystem im allgemeinen als beseitigt zu betrachten sei.

Dagegen muß nach Ansicht dieser Aufsichtsbeamten zum Schutze der Gesundheit und Krafterhaltung der Arbeiter noch weit mehr geschehen. Insbesondere hat sich jüngst die Nothwendigkeit einer sorgfältigern Ventilation der Arbeitsräume herausgestellt. Wenn eine an fast 13 000 Arbeitern vorgenommene Statistik ergeben hat, daß von denjenigen, die metallischen Staub schlucken, 28,0 %, die mineralischem ausgesetzt sind, 25,2 %, die gemischten Staub einathmen, 22,6 %, die in animalischem bezw. vegetabilischem arbeiten, 20,8 % bezw. 13,3 %, hingegen daß von denen, die in staubfreier Luft arbeiten, nur 11,1 % schwindstüchtig sind, so gibt das doch zu denken. Nach den bezeichneten Berichten sind daher große Anstrengungen gemacht worden, durch kräftigere Ventilation die Luft von Staub zu reinigen. Regierungsrath Dr. Wolf-Straßburg berichtet z. B. von zwei erfolgreichen Anlagen in Schirneck und Münster (Oberelsaß).

Wohlthuend berührt es uns, daß die auf Unfallverhütung zielenden Bestrebungen der Berufsgenossenschaften, deren wir bereits oben gedachten, in den Gewerbeinspectoren thätige Förderer gefunden haben. Diese erkennen die seitherigen sichtlich Erfolge rühmend an; in der Anlage der Treppen, Gänge und Aufzüge, in der Abstellung der Maschinen, Einfriedigung der Treibriemen, Wellen und Zahnradgetriebe, sowie in der Dampfkesselbeaufsichtigung habe sich schon manches zum Vortheile verändert. Jedoch bedauern die Inspectoren vielfach die mangelhaften Anzeigen von Unfällen sowie die schlecht geführte Unfallstatistik.

Hinsichtlich übermäßiger Ausnutzung der Arbeiter durch zu lange Arbeitszeit stellen die genannten Berichte allerdings im allgemeinen eine Ermäßigung derselben fest und sprechen sich sehr günstig darüber aus, daß die Güte der Production infolgedessen sich gehoben habe. Unter anderem wird erwähnt, daß eine Glashütte in Hessen sich jetzt bei zehnstündiger Arbeitszeit gerade so gut stehe als früher bei 14stündiger, sowie daß eine Spinnerei und Weberei bei Herabsetzung der Arbeitszeit von 12—12½ auf 11 Stunden nur 3 % Mindererzeugung an Masse, dagegen eine ansehnliche Qualitätserhöhung aufzuweisen habe. Ueberlange Arbeitszeiten, und zwar von 15, 16, ja in einzelnen Fällen bis 19 Stunden, sind leider in einigen Gewerben, z. B. in Mühlen und Sägewerken, noch nicht abgeschafft worden. Jedenfalls läßt sich die schöne Idee von einem Normalarbeitstag noch lange nicht verwirklichen.

Betreffs Beseitigung sittlicher Gefahren für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist nach den in Rede stehenden Berichten an manchen Orten noch manches nachzuholen.

Ueber den Werth und Unwerth der neuen Fabrikarbeitsordnungen liegen bis jetzt noch keine genügenden Erfahrungen vor, die ein abschließendes Urtheil gestatten. In vielen Fällen sollen diese sehr einseitig zu Gunsten des Arbeitgebers lauten. Der Einfluß der Arbeiterausschüsse auf die Arbeitsordnung ist noch selten zu verspüren. Hier muß jedes neue Jahr mehr Wandel schaffen.

Den Berichten der Gewerbeinspectoren zufolge hatte die Kinderarbeit Ende 1891 im allgemeinen bereits sichtlich abgenommen, in Elsaß-Lothringen z. B. um 37 %; dagegen werden auch einige recht traurige Fälle von unverantwortlicher Ausnutzung der kleinen Wesen überliefert. Knaben unter 14 Jahren wurden tagelang zu 14stündiger Arbeitszeit in Ziegeleien verurtheilt. Aus Baden wird berichtet: „In einer Cigarrenfabrik wurden 8—10jährige Kinder zum Ausrippen von Tabak verwendet; dabei erhielten die Kinder für das Ausrippen eines Pfundes, wofür sonst mindestens 3 Pfennig bezahlt werden, nur 1 Pfennig, so daß sie vormittags nur 7—8 Pfennig verdienten; es erfolgte eine empfindliche Bestrafung des Fabrikanten.“ In Elsaß-Lothringen klagt der Revisionsbericht darüber, daß die für Kinder und jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen häufig nicht innegehalten worden sind. Gegenüber der Abnahme

der Kinderarbeit wird vielerorts eine Zunahme der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen festgestellt, und zwar vor allem in der Textil- und Cigarrenindustrie, auch in der Hausindustrie. Man könnte die letztgenannte Erscheinung als erfreuliches Zeichen begrüßen, daß die jungen Mädchen lieber zu Hause arbeiten wollen; allein es ist der begründete Verdacht ausgesprochen worden, daß diese Thatsache auf die Bestrebung gewisser Arbeitgeber zurückzuführen ist, diese Arbeiterinnen bezüglich der Arbeitsdauer möglichst der Aussicht zu entziehen. Dabei werden kärgliche Stücklöhne bezahlt, welche die Löhne der Fabrikarbeiterinnen drücken. Eine Berliner Firma bezahlte ländliche Arbeiterinnen in Genthin bei angestrenzter Arbeit mit drei bis vier Mark Wochenlohn. (1)

In Württemberg wird über die Steigerung der Frauenarbeit geklagt; mit jener ist zugleich ein Fallen der Männerlöhne eingetreten.

Nachtarbeit der Frauen und Mädchen ist nur ausnahmsweise zu rügen gewesen.

Der Bundesrath hat im März 1892 in Gemäßheit des § 139 a der Gewerbeordnung einige Verfügungen getroffen: so hat er die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den Glashütten, Drahtziehereien, Cichorienfabriken theils gänzlich verboten theils beschränkt. Er hat ferner bestimmt, daß 14—16jährige Jünglinge in Steinkohlenbergwerken nur dann beschäftigt werden dürfen, falls ein ärztliches Attest es für statthaft erklärt; er hat die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Zuckerraffinerien geregelt und für die oberschlesischen Bergwerke (Regierungsbezirk Oppeln) die Verwendung von Frauen unter gewissen Bedingungen noch für einige Jahre geduldet.

Das Schlußkapitel der oft genannten Berichte beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen und sittlichen Zuständen der Arbeiterbevölkerung im allgemeinen. Der badische und der hamburgische Aufsichtsbeamte gestehen beide ein, wie schwierig es ist, zutreffende und richtige Angaben über diesen Punkt zu erlangen. Hier herrscht eine gewisse Scheu vor, die vielleicht recht ungünstigen Verhältnisse offen darzuthun, während andere über nichts als über Mangel und Bedürftigkeiten zu klagen wissen. Im allgemeinen muß leider behauptet werden, daß die gegenwärtige Lage der Industrie keine günstige ist; unter anderem liegt das Kleingewerbe an manchen Orten, z. B. namentlich im württembergischen Schwarzwald, sehr danieder. Auch die Folgen der Mac Kinley-Bill und die südamerikanischen Wirren sind noch nicht überwunden. Hat gleichwohl ein Sinken der Arbeitslöhne bis jetzt nur in beschränktem Maße stattgefunden, so hat immerhin der Leipziger Bericht leider nicht Unrecht, wenn er besagt: „Die Preise der nothwendigsten Lebensmittel haben im Berichtsjahre eine weitere Steigerung erfahren, ohne daß der Verdienst der Arbeiter sich dementsprechend erhöhte, so daß die wirtschaftliche Lage der letztern sich im allgemeinen verschlechterte. Ein Theil der Arbeiterschaft hat infolge des mißlichen Geschäftsganges durch Arbeitsunterbrechung und Lohnabminderung erheblich

gelitten, und es ist der Haushalt mancher Arbeiterfamilie auf eine harte Probe gestellt."

Die Gewerbe-Inspectoren bedauern, daß sich die Mehrzahl der Arbeiter gutgemeinten Wohlfahrtseinrichtungen gegenüber mißtrauisch erwiesen haben; auch die löblichen Bestrebungen, die Fabrikmädchen für den Hausfrauenberuf vorzubereiten, hatten noch wenig Erfolg.

Zu unserer Freude können wir sehen, daß die genannten Aufsichtsbeamten trotz dieser mannigfachen Schwierigkeiten mit ernstem Eifer ihrer hohen Aufgabe obliegen; daß sie mit Tact und Entschiedenheit, aber, soweit als möglich, mit Milde Betriebsunternehmer und Arbeiter zu belehren und zu befehlen suchen. Es ist daher zu begrüßen, daß die Anzahl dieser Beamten, welche vor 1888 für ganz Deutschland nur 77 betrug, inzwischen weiter vermehrt worden ist (1891 bereits 115) und noch erhöht werden wird. Im Jahre 1890 fanden 30 080, 1891 35 841 Revisionen statt, worunter auch zahlreiche nächtliche. Das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Inspectoren scheint im ganzen ein gutes gewesen zu sein. Diese hatten auch an die Verwaltungsbehörden eine größere Anzahl von Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben.

Wir sprechen zum Schluß die Hoffnung aus, daß die verbündeten Regierungen bei Besetzung solch verantwortlicher Posten sorgfältige Auswahl treffen, daß sie es andererseits unterlassen werden, diesen Beobachtern und Berathern durch bureaukratische Bevormundung die Lust und Liebe an ihrem überaus schwierigen Amte zu benehmen.

Siebentes Kapitel.

Schlufsbemerkungen.

1. Allgemeines.

Wir hatten es uns zur Aufgabe gestellt, zu untersuchen, inwieweit die im verflossenen Jahrzehnt erlassenen Arbeitergesetze auf eine friedliche und befriedigende Lösung der Arbeiterfrage hinwirken können, und ob die seitherigen noch kurzen Erfahrungen die Hoffnung auf günstige Endergebnisse erwecken. Wir konnten in dieser Schrift über die brennenden Punkte in den heutigen Lebensverhältnissen, wie auch in den Bestrebungen des vierten Standes nur in kurzen Umrissen berichten, wissen aber alle selbst, welche Fülle von Einzelbetrachtungen sich beim Nachdenken über jene Frage jedem erschließt, der Theilnahme für den Arbeiterstand hegt. Es ist uns klar geworden, wie zahlreich die Ursachen und Veranlassungen sind, welche sie beeinflussen und gestalten, und wie demgemäß verschiedene Mittel anzuwenden sind, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterklassen zu erfüllen. Und worin gipfeln diese in wenigen Worten? Wie lautet kurz die „Frage“? Vielleicht nehmen die geehrten Leser mit mir folgende Fassung an: Wie ist dem Arbeiterstande im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung mit Kapital, Fabrik, Maschine eine auskömmliche und den allgemeinen Culturfortschritten entsprechende anständige Lebenshaltung zu sichern und wie ist er gegen die Uebergriffe ihre Macht ausbeutender Unternehmer, sowie gegen die aus der modernen Produktionsweise wider Leben, Gesundheit und Sittlichkeit erwachsenden Gefahren erfolgreich in Schutz zu nehmen? Wir gehen bei Erörterung der Maßregeln zur Lösung dieser Frage selbstverständlich von der Unterstellung aus und betonen dies wiederholt, daß der Arbeiter das Talent, welches ihm in seinen geistigen Fähigkeiten und in seiner Hände Kraft und Geschicklichkeit gegeben ist, wacker ausnutzen und sich selbst seiner Haut wehren muß. Wir müssen namentlich daran festhalten, daß gesetzliches Eingreifen, also das Anrufen der Staatsgewalt, nur dann berechtigt sein soll, wenn die Selbsthilfe des Arbeiters versagt und Schutzbedürftigkeit anzuerkennen ist.

Zur Ermöglichung einer geordneten Lebenshaltung gehört, daß der gesunde Arbeiter wirklich Beschäftigung finde, und zwar zu einem so hohen Lohnsatze, um für sich und die Seinigen das tägliche Brod verdienen und die zur sonstigen Lebensnothdurft gehörigen Ausgaben bestreiten zu können. Bei der Unbeständigkeit der heutigen Lohnverhältnisse ist ferner unbedingt Vorsorge nöthig, daß der Arbeiter Gelegenheit habe, sich durch Zurücklegen der täglich erübrigten Pfennige gegen die Wechselfälle des Lebens versichern und die Deckung außerordentlicher Ausgaben und Einnahmeausfälle sich selbst gewährleisten zu können.

2. Rückblick auf die Arbeiterversicherungsgesetze.

Wir haben darzulegen versucht, inwieweit die Arbeiterversicherungsgesetzgebung nach der ebenbezeichneten Richtung hin eingzugreifen beabsichtigt, und wissen, daß diese dem Arbeiter weder ein Recht auf Arbeit gibt noch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit enthält. Wir sehen ferner, daß der Staat sich ebensowenig um die Festsetzung der Lohnhöhe kümmert, es sei denn, daß er selbst als Arbeitgeber auftritt.

Die Frage, ob der Staat auch auf diesen Gebieten eingreifen oder ob er dem Arbeiter Selbsthilfe überlassen soll, ist freilich strittig. Der Reichstagsabgeordnete Köstke äußert sich sogar im besondern unter Bezugnahme auf unverschuldete Arbeitslosigkeit folgendermaßen:

„Ich halte den Staat auch für berechtigt, und je mehr durch die Ausdehnung und Erleichterung des Verkehrs die Uebersicht des einzelnen Unternehmers über die thatsächlichen Verhältnisse verringert wird, je mehr Ueberproductionen und plötzliche Handelskrisen unvermeidlich werden, welche die Existenz eines großen Theiles der Bevölkerung bedrohen, — auch für verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter durch solche Ereignisse und Krisen nicht dem Glend preisgegeben werden. Ein Eintreten des Staates zum Schutze der Arbeiter gegen die Folgen von Handels- und Verkehrsstockungen erscheint mir um so gerechtfertigter, als die Arbeiter selbst weder zum Entstehen noch zur Beseitigung solcher Krisen irgend etwas beitragen können, ihnen vielmehr vollkommen hilf- und schuldlos gegenüberstehen. Wenn der Staat — und zwar von allen Parteien — für berechtigt und verpflichtet gehalten wird, den Bewohnern von Gegenden, welche von Naturereignissen, Missernten, Epidemien betroffen werden, nicht nur Schutz, sondern auch materielle Hilfe zu leisten, so wird er auch für verpflichtet gelten müssen, die industriellen Arbeiter vor den äußersten Folgen jener von ihnen ebensowenig verschuldeten Krisen zu schützen. Diesen Schutz kann der Staat insofern gewähren, als er die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Zeiten zu Rücklagen zwingt, die geeignet sind, den Letztern über derartige Krisen hinwegzuhelfen. Auch gegen eine solche Versicherung, deren Durchführbarkeit durch private Vereinigungen zum Theil erwiesen erscheint, werden voraussichtlich dieselben Einwände erhoben werden, wie sie gegen die Kranken- und Unfallversicherungsgesetze erhoben worden sind und wie sie auch heute noch gegen das projectirte Altersversorgungsgesetz erhoben werden. Da aber die ersten beiden Gesetze trotzdem zu stande gekommen sind und auch das letztere voraussichtlich zu stande kommen wird, so hoffe ich, daß damit zugleich einem vierten Gesetze, nämlich der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Wege gebahnt werden.“

Kahl, Arbeitergesetzgebung.

8

Auch Hize betont in dem von ihm verfaßten Artikel „Arbeiterfrage“ des Staatslexikons im allgemeinen für den Fall unverschuldeter Arbeitslosigkeit die Nothwendigkeit einer Unterstützung des Arbeiters. Er unterscheidet zweierlei Gründe solcher Mißstände: die großen periodischen wirtschaftlichen Handels- oder Absatzkrisen, welche die Gesamtindustrie treffen und die partiellen Produktionskrisen infolge technischer Umwälzungen. Als Beispiele letzterer Art werden genannt die Umwälzung, welche das Thomas-Christische Entphosphorisirungsverfahren in der Eisenindustrie hervorgerufen hat, sowie die Verdrängung des Handwebestuhls durch den mechanischen Webstuhl. Hize beklagt, daß z. B. die Staatsregierungen nicht zur rechten Zeit die Handwerker auf die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam gemacht und die Gründung mechanischer Webereien und Spinnereien sowie anderer Industrien gefördert hätten, um den Handwerkern rechtzeitig anderweitige Arbeitsgelegenheiten zu eröffnen. Ueberhaupt sei man leider der Frage, wie für die durch technische Umwälzungen freigesetzten Arbeiter Vorsoorge zu treffen sei, weder theoretisch noch praktisch näher getreten.

Hize fordert zur Abmähmung der Sicherstellung des Arbeiters Zusammengehen desselben mit dem Arbeitgeber im Anschluß an die berufsgenossenschaftliche Organisation und verlangt in erster Linie eine genaue Statistik über Production und Absatz, damit die Berufsgenossenschaften bei Zeiten warnen könnten. Bekanntlich ist diesen Vorschlägen in jüngster Zeit durch Bildung eines Ausschusses für Arbeiterstatistik entsprochen worden.

Jedenfalls ist die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und deren Folgen eine sehr schwierige, zumal für den Fall der freiwilligen Arbeitseinstellung zur Erkaufung höherer Löhne (Arbeiterausstände).

Die socialdemokratische Partei will die genannte Aufgabe den von ihr gegründeten Gewerkschaften zuweisen, welche zunächst folgende Ziele verfolgen sollen: Lohnkampf, Erringung kürzerer Arbeitszeit, den Arbeitsnachweis, die Reiseunterstützung, das Herbergswesen und die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Auf dem im März 1892 in Halberstadt abgehaltenen ersten Congresse waren etwa 215 000 Arbeiter durch 208 Abgeordnete vertreten, was also kaum einem Sechzigstel der gegen Unfall versicherten Arbeiter entsprach. Sobald diese Gewerkschaften bei Durchsetzung ihrer Forderungen den gesetzlichen Boden verlassen, können wir von vornherein deren Bestrebungen nicht gutheißen.

Die von den schon genannten fortschrittlichen Abgeordneten Max Hirsch und Franz Dunder ins Leben gerufenen, insgesamt wenig über 50 000 Mitglieder zählenden Gewerkvereine verfolgen die eben genannten Ziele, abgesehen von sonstigen Unterstützungszwecken, ebenfalls und haben in manchen Fällen Ausgleichungen von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern über Lohnhöhe, Arbeitszeit und derartige Forderungen in anerkennenswerther Weise herbeigeführt. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Ausständen gewähren indes nur einige der nach vorstehendem Muster eingerichteten Gewerkvereine, z. B. die der Buchdrucker (16 500 Mitglieder gegenüber 17 500 Nichtverbandsmitgliedern) und der Hutmacher.

Hoffentlich kommt im Laufe der Zeit ein wirksameres Zusammengehen der Arbeiter durch Bildung friedliebender Gewerkvereine zu stande, welche die oben angedeuteten Aufgaben, insbesondere auch die

Erzielung einer angemessenen Lohnhöhe ähnlich wie die von Brentano empfohlenen englischen Vereine möglichst auf dem Wege gütlicher Ausgleichs vor den staatlich geschaffenen Einigungsämtern zu lösen hätten.

Ist auf den zuletzt berührten Gebieten der Arbeiterselbsthilfe noch ein weiter Spielraum gelassen, so hat die Gesetzgebung den Ausbau der Arbeiterversicherung gegen Krankheit, Betriebsunfälle, Invalidität und Altersschwäche in ausgedehnter Weise sich angelegen sein lassen und diese Fürsorge in beschränktem Maße auch den Angehörigen der Arbeiter zu theil werden lassen.

Um uns nochmals zu vergegenwärtigen, so hilft das Krankenversicherungsgezet dem Arbeiter mit einem durchschnittlichen Geldaufwand von etwas über 2 Mark für einen Krankentag im allgemeinen recht wohl über die Zeit der Erkrankung hinweg. Es ist dies um so besser der Fall, je mehr die Krankenkassen von den Befugnissen, die Leistungen zeitlich und sachlich zu erweitern, Gebrauch machen. Wir haben vor allem den Wunsch der Ausdehnung der Krankenunterstützung auf ein ganzes Jahr ausgesprochen, um damit namentlich den an sogen. Berufskrankheiten leidenden Arbeitern größere Fürsorge zu gewähren und zugleich den Anschluß an die Invalidenversicherung zu erreichen. Bis jetzt haben nur etwa ein Fünftel sämtlicher Krankenkassen eine längere als 13wöchige Unterstützungszeit zum Statut erhoben.

Abgesehen von einigen geringfügigen Unzulänglichkeiten, wird das Krankenversicherungsgezet als eine vortreffliche Leistung gesetzgeberischer Thätigkeit hochgeachtet. Insbesondere rühmt Dechelhäuser daran, „daß die Leitung der Kassen eine gemeinschaftliche ist und in dieser Beziehung den Grundsätzen entspricht, welche wir überall auf dem ganzen Gebiete der Arbeiterfürsorge zur Befestigung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zur Regel machen möchten, und die sich bisher in der Praxis vollständig bewährt haben“.

Nicht minder ist den Unfallversicherungsgezetten von berufenen und vorurtheilsfreien Männern von dem Standpunkte aus, daß nicht mehr als das Menschenmögliche erstrebt werden soll, Lob gezollt worden. Wie oben berichtet, haben sich die Berufsgenossenschaften den ihnen gestellten Aufgaben im allgemeinen gewachsen gezeigt. Fast in jeder dieser Körperschaften haben sich einige Vertreter durch Fleiß und Verständniß derart hervorgethan, daß sie durch ihr löbliches Beispiel die andern Mitglieder für die gute Sache erwärmten. Wenn die Verwaltungskosten in Folge der Neuheit der Sache und der Häufigkeit der Recurse ziemlich hoch gewesen sind, so darf dies nicht allzusehr befremden; bedenken wir zudem, daß die im Interesse der Unfallverhütung gemachten, anfänglich erheblichen Ausgaben keineswegs nutzlos, vielmehr von guten Erfolgen begleitet gewesen sind.

Nahezu einstimmig hat man anerkannt, daß die Unfallentschädigungen, insbesondere die Renten des verletzten Arbeiters, mit zwei Drittel des Arbeitsverdienstes im Falle gänzlicher Erwerbsunfähigkeit billigen Anforderungen genügen und daß die Fürsorge für die Wiederherstellung der

Verunglückten schon sichtliche Fortschritte gemacht hat. Erlag früher infolge verabsäumter rechtzeitiger ärztlicher Hilfe mancher Arbeiter der an und für sich nicht tödtlichen Verletzung, wurde ehemals oft der Verletzte durch Quacksalber zum Krüppel kurirt, so werden die üblen dauernden Folgen bei dem heutigen unverzüglichen Verfahren auf das möglichste Mindermaß beschränkt.

Aus Arbeitgeberkreisen verlautet öfters, daß diese die gesetzliche Regelung der Unfallversicherung auch aus dem Grunde gern sehen, weil früher seitens verletzter Arbeiter bisweilen ungerechtfertigte oder ungebührlich hohe Forderungen gegen Betriebsunternehmer erhoben und gerichtlich eingeklagt worden sind. Das hat jetzt aufgehört; der Arbeitgeber weiß, daß ihm die Berufsgenossenschaft gegen Zahlung seines Jahresbeitrages die Fürsorge für seine Arbeiter abnimmt und unparteiisch bethätigt; er ist vorkommenden Falles in seinem Gewissen beruhigt.

Immerhin wollen die verbündeten Regierungen nicht rasten, an der Verbesserung der Unfallversicherungsgesetzgebung weiterzuarbeiten; wie schon oben erwähnt, haben wir bereits einen Entwurf zu einer Novelle zu erwarten.

Wir haben drittens entwickelt, daß das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz dem alt und gebrechlich gewordenen Arbeiter, wenn auch nicht stets den vollkommenen Lebensunterhalt, so doch eine reichliche Beihilfe dazu gewährt. Diese wird ihm immerhin, durch eigene Ersparnisse und die Unterstützung seitens der Angehörigen ergänzt, in der Regel ein genügendes Auskommen sichern, unter Umständen die Aufnahme in eine Wohlthätigkeitsanstalt oder bei Verwandten vermitteln.

Freilich ist nicht zu läugnen, daß die jetzige Dreitheilung der Versicherung in die örtliche, die Mitglieder in der Regel ohne Berufsunterschied umfassende Krankenversicherung, in die berufsgenossenschaftlich gegliederte Unfallversicherung und die wiederum ohne Berufsunterschied an große Landesverbände sich anschließende Invaliditäts- und Altersversicherung zu einer großen Vielseitigkeit der Verwaltungsbethätigung führt und den Erlaß vielerlei Bestimmungen erheischt. Unter anderem hat man darauf hingewiesen, daß das Verfahren bei Erlangung der Entschädigungsansprüche bei den drei Versicherungszweigen durchaus verschieden ist, daß zweierlei Schiedsgerichte bestehen mit besonderer Befugung, daß außer dem das Einhalten der Arbeiterschutzmaßregeln beaufsichtigenden Fabrikinspector zur Zeit drei weitere Controllbeamte den Arbeitgeber besuchen, nämlich derjenige der Krankenkasse, der Beauftragte der Berufsgenossenschaft und der Revisor der Landesversicherungsanstalt.

Es sind daher bereits Vorschläge gemacht worden, den ganzen Versicherungsbetrieb zu vereinfachen. So hat Chefredacteur Bodenheimer auf dem oben besprochenen Berner Congreß empfohlen, die Versicherung gegen Krankheit und kleinere Unfälle einerseits, und diejenige gegen schwere Unfälle, Altersschwäche und Invalidität andererseits zusammenzufassen. Andere stark staats-socialistisch angehauchte Schriftsteller glauben

sogar schon jetzt an die Möglichkeit der Vereinigung aller drei Zweige zu einer einheitlichen Arbeiterversicherung; sie wünschen, daß jedem unterstützungsbedürftigen Arbeiter nach Maßgabe seiner Lage von Staats wegen geholfen und die nöthige Geldsumme alljährlich auf dem Wege einer gerechten Einkommenssteuer aufgebracht werden soll. All das ist vorläufig noch Zukunftsmusik; zunächst müssen auf den drei Sondergebieten langjährige Erfahrungen gesammelt werden, bis man an derartige an und für sich schön und gut gedachte Organisationsvereinfachungen gehen kann.

3. Begünstigung des Spartriebes des Arbeiters.

Jedenfalls überhebt auch die gesetzliche Arbeiterversicherung den Arbeiter keineswegs der Verpflichtung der Selbsthilfe durch Sparsamkeit. Sind doch die Ansprüche an den Geldbeutel des Arbeiters, wie schon wiederholt betont, derart wechselnde und oft plötzlich hohe, daß sich das Budget der Arbeiterfamilie manchmal mit Mühe und Noth im Gleichgewicht erhalten läßt. Ist der Kindersegen groß und wachsen die Kleinen heran, so kosten dieselben, bis sie verdienen können, viel Geld für Nahrung und Kleidung. Tritt noch Krankheit in der Familie hinzu oder gar ein Todesfall, so sind wiederum außerordentliche Ausgaben über die etwaigen Krankenkassenbezüge hinaus unvermeidlich. Denken wir auch an den Einkauf der Wintervorräthe, insbesondere der in harten Wintern so kostspieligen Brennmaterialien, an die Entrichtung der Steuern, der Miethe, der Versicherungsbeiträge! Noth und Verschulbung stellen sich gar bald ein, falls nicht ein hinreichender Nothgroschen bereit liegt. Selbst in besser gestellten Arbeiterfamilien werden öfters größere außergewöhnliche Ausgaben zu bestreiten sein. Bald handelt es sich um die Reparatur eines Häuschens, bald um den Ankauf einer Ziege oder einer Milchkuh; bald müssen die Kosten für die Bestellung des Gartens oder einiger Stückerlen Land aufgebracht werden.

Wie aber nun, wenn die Socialdemokraten dem Arbeiter immer und immer wieder predigen, daß er bei der heute herrschenden staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung überhaupt gar nicht sparen könne? Wenn diese dem Arbeiter einreden, daß er Lohnerhöhungen zur Hebung seiner gesamten Lebenshaltung benutzen müsse, und ihm seine „verfluchte Bedürftigkeit“ vorwerfen? — Kein menschenfreundlich Gesinnter wird es dem Arbeiterstande verargen, wenn er bestrebt ist, sich durch Lohnerhöhung ein größeres Maß von Theilnahme an den Culturfortschritten zu sichern; jeder rechtlich Denkende wird dies vielmehr billigen und begünstigen. Wenn wir aber sehen, daß die Arbeiter dies dadurch in die Praxis übersetzen, daß Wirthschaftsleben, Kleiderluxus, Vergnügungs- und überhaupt Genußsucht in demselben Maße zunehmen, als Solidität, häuslicher Sinn und glückliches Familienleben Einbuße erleiden, da ist es die Pflicht aller gutdenkenden Reichsbürger, vor einer solchen vermeintlichen Hebung der Arbeiterklassen zu warnen.

Ganz richtig sagt in dieser Hinsicht Hitze in dem oben citirten Staatslexikon:

„Gewiß, die Ansprüche der Arbeiter ans Leben sollen sich steigern, aber in anderer Weise. Jüngling und Jungfrau sollen sparen, sollen gegenseitig den Anspruch erheben, daß jeder Theil ein kleines Kapital zur Gründung des häuslichen Herdes mitbringt. Der Mann soll es als Pflicht und Ehre empfinden, daß er selbst mit eigener Hand Frau und Kinder ernährt. Die Frau soll dem häuslichen Herd und der Erziehung der Kinder sich widmen und soll keinem Manne ihre Hand reichen, der ihr diese Stellung nicht sichern kann. Die Arbeiterfamilie soll ‚anspruchsvoll‘ sein in der Wohnung und ihrer Ausstattung. Vater, Mutter und Kinder sollen auf ein ordentliches, gesundes und reinliches Heim etwas geben. Die Mutter soll es verstehen und sich Mühe geben, Mann und Kinder an das Haus zu fesseln. Also nicht Leichtsinns und Verschwendung, sondern Sparsamkeit und Nüchternheit sind der Weg, die Lebenshaltung der Arbeiter zu fördern. Die wahren, gesunden Lebensbedürfnisse sollen geweckt und gefördert werden.“

Ueber das Sparen selbst spricht sich Hitze ergänzend im Organ „Arbeiterwohl“ folgendermaßen aus:

„Die Sparsamkeit ist eine wirtschaftliche Nothwendigkeit, ist aber auch eine sittliche Tugend und die beste Schule der Jugend. Ohne Selbstbeherrschung und Entsagung keine Sparsamkeit. Das gesparte Kapital ist doppelt werthvoll. Hat der Arbeiter einmal angefangen zu sparen, sieht er, wie das Sühnuchen zur Summe anwächst, dann gewinnt er Freude an demselben, dann ist viel gewonnen. Dann wird er sich auch hüten, durch Faulheit, durch Wirtshausbesuch, Spiel- und Trunksucht das mühsam Gesparte wieder leichtsinnig durchzubringen. Der sparsame Arbeiter wird so auch ein guter Familienvater sein. Der Arbeiter, welcher ein Sparkassenbüchlein hat, hat wieder etwas zu verlieren, gewinnt wieder Interesse für das Bestehende. Es wird nachgewiesen, daß 1848 kein Arbeiter, welcher ein Sparkassenbüchlein hatte, auf den Pariser Barricaden gesehen worden ist. Sparsamkeit macht conservativ. Ein sparsamer Arbeiter wird endlich auch strebsam sein, durch treue, fleißige Arbeit sich ein besseres Verdienst, eine bessere Arbeitsstelle zu erringen suchen — wird ein guter Arbeiter sein. Die Erziehung zur Sparsamkeit ist eine schwere Aufgabe, an der die Arbeitgeber, an der die ganze Gesellschaft das dringendste Interesse nehmen müssen.“

„Dem Arbeiter ist es schwer, zu sparen, weil die Versuchungen so mannigfaltig, so lockend sind, weil es nur kleine Beträge sind, die er einlegen kann, und dieselben immer nur durch persönliche Entsagung erspart werden können. Wenn es gelingen würde, dem Arbeiter das Sparen so leicht zu machen, wie ihm das Geldausgeben so leicht gemacht ist; wenn sich so viele Freunde an ihn herandrängen würden mit der Sparbüchse, dieselben so eindringlich und unermüdlich ihre Beredsamkeit anwendeten, wie die, welche ihm Vergnügen anbieten, aber dafür sein Geld wollen; — wenn wir, um ganz zutreffend den Vergleich zu ziehen, so viele Sparkassen mit so entgegenkommender Bedienung und so einschmeichelnder Beredsamkeit hätten wie Wirtshäuser, wie Kleidermagazine und Krambuden zc., dann würde es besser stehen, und alle ordentlichen Familien würden auch ihr Sparbüchlein haben.“

„Das erste und wichtigste Erforderniß ist: Bequemlichkeit der Einlage, und zwar schon in kleinen Beträgen, und dauernde Anregung. Die Sparkasse muß ‚zum Arbeiter kommen‘: Personen seines Vertrauens müssen regelmäßig die Beträge in Empfang nehmen. Die persönliche Einwirkung ist wichtiger als die Verzinsung, wenn auch eine höhere Verzinsung schon kleinerer Summen gewiß

nicht zu unterschätzen ist. Die Erfahrungen der sogen. Pfennig-Sparkassen bestätigen es: überall, wo die persönliche Agitation fehlt bzw. nachläßt, erlahmt auch bald der Eifer der Sparer; die angesammelten Pfennige werden bald wieder erhoben und die Neueinlagen bleiben aus. Auch hier wird die Bedeutung der Institution bestimmt durch die Personen, welche sie tragen, gilt es vor allem, die rechten Männer zu finden, welche die Sparmarken vertreiben, die Sparbücher vermitteln.“

Mit Rücksicht auf die Erleichterung des Sparens durch den Arbeiter werden von vielen namhaften Volkswirten die in den meisten civilisirten Staaten, u. a. auch in Schweden, Rumänien, Japan, Südaustralien, eingeführten Postsparkassen empfohlen. Darüber, daß Deutschland diese segensreiche Einrichtung seither noch nicht ins Leben gerufen hat, äußert sich ein in unser Vaterland zum Studium unseres sonstigen Sparkassenwesens entsandter italienischer Professor wie folgt:

„Das Land, welches in der langen und glorreichen Geschichte der für die untern Klassen geübten Fürsorge den Ruhm zu verzeichnen hat, zuerst der Sparkasse das Leben gegeben zu haben, hat noch nicht die Postsparkassen angenommen, welche sich in Europa, Amerika und Asien als die bequemste und wirksamste Form des Sparsystems ausgedehnt haben. Warum hat der Staat, welcher allen andern auf dem Wege socialer Reformen, die nach vielen dazu bestimmt sind, die Grundlagen der Gesellschaft und der Volkswirtschaft zu ändern, vorangegangen, jene Einrichtung sich noch nicht angeeignet, von der ein Volkswirt gesagt hat, sie sei die einzige, welche sich unter allen Einrichtungen bewährt habe, welche der Staat zu Gunsten der untern Klassen schaffen will?“

Thatsächlich ist dem Reichstage im Jahre 1885 ein Entwurf zu einem Postsparkassengesetze vorgelegt, aber von ersterem nicht erledigt worden. Die Gegner suchten diesen Entwurf dadurch zu verdächtigen, daß sie in demselben eine zu weit gehende staatliche Beeinflussung der Sarenden erblickten; andere befürchteten eine Beeinträchtigung der Gemeinde- und Kreisparkassen; man redete sogar von dem volkswirtschaftlich verderblichen Zusammenströmen der Spargelder in der Reichshauptstadt. Die Socialdemokraten waren grundsätzlich gegen Postsparkassen, da sie ja die Möglichkeit des Sparens überhaupt in Abrede stellen. Bedauerlicherweise hat man diesen Gegengründen bis jetzt nachgegeben und die Errichtung von Postsparkassen abgelehnt, hoffentlich indes nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Denn die eben genannten Bedenken können schon angesichts der unlängbaren Vortheile gar nicht in Betracht kommen. Letztere bestehen zuvörderst in der ungeheuer großen und auf das ganze Deutsche Reich gleichmäßig vertheilten Anzahl von Annahmestellen; anstatt daß jetzt auf etwa 11 400 Einwohner eine Sparstelle kommt, würden nach Einbeziehung der Postanstalten bereits je 1600 eine solche haben, und zwar in geringerer Entfernung. Zur Zeit haben die Sparer zum Theil große Entfernungen bis zur Sparstelle zurückzulegen, und meist sind diese nur an gewissen Stunden bestimmter Tage geöffnet, was entschieden nachtheilig auf den Sparbetrieb wirkt. Es würden auch durch Mitbenutzung der Postbeamten, der Locale, der Kassenschranke erhebliche Ersparnisse möglich sein; die

Cautionen dieser Beamten würden Veruntreuungen der Sparkassen ausschließen; es könnten Sparmarken bis zum Betrage von 10 Pfennig herab ausgegeben, und es würde damit gerade dem Arbeiter geholfen werden. Bekanntlich werden die Sparmarken, sobald sie einen gewissen Betrag, z. B. 1 Mark, erreichen, entwerthet und alsdann jeweils dem Sparbuchinhaber gutgeschrieben und verzinst. Ein weiterer großer Vortheil, der wiederum dem zum Theil wenig seßhaften Arbeiter zu gute käme, ist der der leichten Uebertragbarkeit der Einlagen beim Ortswechsel; auch die Geheimhaltung der Sparbeträge, welche dem Arbeiter meist erwünscht ist, kann durch die Postsparkassen viel besser gewährleistet werden als bei Gemeinde- und Privatsparkassen. Der Einwand, daß die erstgenannten die letztern benachtheiligen würden, ist auf Grund der in Italien, Oesterreich, Frankreich und anderwärts gemachten Erfahrungen nicht als stichhaltig zu erachten. Es hat sich herausgestellt, daß größere Sparbeträge nach wie vor den Gemeinde- und Privatsparkassen, Volksbanken, Creditgenossenschaften u. dgl. zugegangen sind, während der kleine Mann seine Spargroschen der Postsparkasse anvertraute. In Italien betrug 1885 das Guthaben der Postsparbücher durchschnittlich 120 Mark, das der übrigen Sparkassen fünf- bis sechsmal soviel. In Deutschland, woselbst in demselben Jahre rund 8 Millionen Sparbücher auf 3615 Millionen Mark, also durchschnittlich auf 452 Mark lauteten, würden sich bald ähnliche Verhältnisse herausstellen.

Ebenso nichtig ist das Bedenken betreffs des Zusammenfließens der sämtlichen Spargelder in Berlin; einem solchen kann durch angemessene Vertheilung der Summen auf Hypotheken und Darlehen an Communalverbände im Inlande recht wohl vorgebeugt werden. Die Reichspostbehörde verwaltet schon jetzt den Postsparsfonds von 20 Millionen Mark in anerkannt mustergiltiger Weise.

Leider hat sich im Reichstage am 29. Januar 1891 wieder keine Mehrheit für das Wiederaufgreifen des 1885er Gesetzentwurfes bereit gefunden, obwohl Deckelhäuser hierzu anregte und u. a. darauf hinwies, daß die Sparer in Ost- und Westpreußen zur Zeit durchschnittlich 12,5 km Entfernung bis zur nächsten Sparstelle hätten. Staatssecretär Dr. Stephan gab die Erklärung ab, daß der Reichstanzler grundsätzlich nicht abgeneigt sei, den Entwurf im Falle der Anregung seitens des Reichstages wieder aufzunehmen; er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß durch die jüngste sociale Gesetzgebung bereits große Lasten auf die Schultern der Postverwaltung gelegt worden seien; zunächst müsse einmal der Versuch gemacht werden, ob sie diesen gewachsen sei, ehe man ihr eine neue aufbürde.

Selbstverständlich dürfen und sollen die übrigen soliden Sparkassen unter staatlicher Aufsicht weiter bestehen; mit erstern sind wo möglich Darlehenskassen für den kleinen Mann, insbesondere für den Arbeiter zu verbinden, um diesem einen ehrlichen Credit zu eröffnen und ihn den Händen der Wucherer zu entreißen.

Unter anderem haben auch Sparcassen der Fabriken und Arbeitervereine gute Erfolge erzielt, zumal bei solchen der directe heilsame Einfluß auf den Arbeiter selbst dessen Spartrieb und die Solidität fördert. Hise erwähnt bei verschiedenen Gelegenheiten rühmliche Beispiele, welche für die Fabrikanten und Arbeiter, nicht minder aber für deren Rathgeber ehrenvoll sind. Ersterer erklärt es für eine höchst dankbare Aufgabe der Vereinspräsidenten, sowohl zum Sparen anzuspornen, wie auch bei Erhebung und Verwendung der Einlagen den Vereinsmitgliedern rathend zur Seite zu stehen.

Hand in Hand mit dem Zurücklegen der erübrigten Gelder soll gerade beim Arbeiter gehen die richtige Verwendung der verausgabten Summen. Je mehr dieser und namentlich die Arbeiterfrau es versteht, mit wenigem hauszuhause, um so eher wird das Sparen möglich sein. Auf dem Gebiete der diesbezüglichen Belehrung kann und muß noch sehr viel geschehen; es ist dies eine ebenso lohnende Aufgabe aller erziehenden Factoren, insbesondere der Kirche und der Schule. Gute Anfänge sind gottlob schon gemacht; so hat der schon oft genannte Verband „Arbeiterwohl“ eine Reihe gemeinschaftlicher Volkschriften verfaßt und verbreiten lassen. An solchen ist u. a. bei Rissarth in München-Gladbach erschienen: „Das häusliche Glück. Vollständiger Haushaltungsunterricht nebst Belehrung über Gesundheits- und Krankenpflege, über die ersten Mutterpflichten und Pflege der Kinder, sowie Anleitung zum Kochen für Frauen“. Dieses bereits in vier fremde Sprachen übersetzte Büchlein (Preis 0,75 Mark) wird bald in 300 000 Exemplaren verbreitet sein. Weiterhin sind erschienen: „Wegweiser zum häuslichen Glück für Mädchen“ als Ergänzung zum vorigen (Verbreitung fast 100 000 Exemplare); sodann: „Der Schnaps“ (80 000 Exemplare); „Compaß für den verheirateten und für den jungen Arbeiter“ (je 30 000 Exemplare). Es wird ausdrücklich bemerkt, daß all diese Schriften in echt christlichem Sinne gehalten sind, jedoch confessionelle Einzelheiten vermeiden. Jeder wahre Arbeiterfreund sollte zur Verbreitung dieser und ähnlicher belehrender Schriften nach besten Kräften beisteuern.

Als ein besonderes Mittel zur Erzielung von Ausgabe-Ersparnissen haben sich an vielen Orten gutgeleitete Consumvereine mit Barzahlungspflicht erwiesen. Hierdurch wird sowohl der Vertheuerung der Waren durch den Zwischenhandel als der unseligen Vorgewirtschaft vorgebeugt, welche schon so oft zur Mißwirtschaft und Verschuldung geführt hat. Den Consumvereinen wird von einem volkswirtschaftlichen Schriftsteller Ernst Busch eine große Zukunft vorausgesagt. Dieser befürwortet sogar fisciatische Veranstaltung solcher und erklärt die meisten unserer heutigen Geschäftsleute für überflüssig. Mag Busch in seinem Verlangen auch viel zu weit gehen, so ist immerhin das Consumvereinswesen in Deutschland zum Wohle der ärmern Volksklassen einer weitem Entwicklung bedürftig. Es wird berichtet, daß im ganzen Reiche 1888 760, 1889 868 derartige Vereine bestanden. Nur 238 derselben veröffentlichten ihre Ergebnisse; diese bezifferten sich insgesammt bei 192 000 Mitgliedern auf 49 Millionen Mark Verkaufs-

erlös und etwa 4,4 Millionen Mark Reingewinn, was einem Nutzen von über 9 % gleichkommt. Der Breslauer Verein hatte 1889 bei 30 600 Mitgliedern 7 349 000 Mark Umsatz und 768 000 Mark Reingewinn; die Mitglieder bekamen außer der Verzinsung ihres Guthabens mit 5 % noch 10 % Dividende auf die entnommenen Waren.

Nach alledem können wir wohl die Hoffnung aussprechen, daß demjenigen Arbeiter, welcher die Bezüge der Arbeiterversicherung durch eigene Sparsamkeit zu ergänzen bestrebt ist, in der Regel ein genügendes und ehrliches Auskommen beschieden sein wird. Wir dürfen erwarten, daß der Arbeiter nicht, wie gegen jene Gesetze geltend gemacht worden ist, in Zukunft aller Sorge enthoben, nachlässig werden, vielmehr daß er um so eher an die Besserung seiner Lage denken wird, wenn er sich und die Seinen in Krankheit und Noth geschützt weiß. Viel eher wird derjenige muthlos werden, welcher befürchten muß, daß ihn jeder größere Unglücksfall der Armenpflege überantwortet und immer von neuem wieder an den Bettelstab bringt.

4. Rückblick auf die Arbeiterschutzgesetze.

Wir haben eine friedliche Lösung der Arbeiterfrage ferner davon abhängig erklärt, daß der Arbeiter unserer Tage, zwar vornehmlich der gewerbliche, gegen Benachtheiligungen seitens des meist übermächtigen Betriebsunternehmers und vor allem gegen die aus seiner Beschäftigung erwachsenden körperlichen und geistigen Gefahren in Schutz genommen werden muß. Inwieweit die deutsche Gesetzgebung nach dieser Richtung hin, allerdings lediglich zu Gunsten der meistgefährdeten gewerblichen Arbeiter eingreift, haben wir im fünften und sechsten Kapitel dargethan. Wir hatten zunächst Gelegenheit, uns von der überaus versöhnlichen Einrichtung der Gewerbegerichte und deren Einigungsämter zu überzeugen und sprachen die Erwartung aus, daß der löbliche Endzweck des betreffenden Gesetzes durch allmählich voranschreitende Annäherung der Arbeiter und Arbeitgeber mit der Zeit in Erfüllung gehen werde, und daß Streitigkeiten in der Regel durch gütliche Vergleiche geschlichtet werden möchten.

Angeichts der darauf folgenden Besprechung des 1891er Arbeiterschutzgesetzes für die gewerblichen Arbeiter mag sich vielleicht mancher Leser von vornherein gefragt haben, ob denn so eingehende gesetzliche Maßnahmen vonnöthen waren, ob nicht die Mehrheit der Fabrikanten und sonstigen Gewerbetreibenden schon aus Menschenfreundlichkeit für Körper und Geist ihrer Arbeiter von jeher Sorge getragen hat. Allein wir können auf Grund dessen, was wir aus den Berichten der Gewerbeinspectoren mitgetheilt haben und was uns aus eigener Anschauung der Fabrikarbeiterverhältnisse bekannt geworden ist, recht wohl behaupten, daß bei vielen Betriebsunternehmern die Gewinnsucht und die Furcht vor der Concurrenz zu Ungunsten der Arbeiterfürsorge viel zu mächtig wirkten, und daß diese letztere mehr oder weniger, oft sogar sträflich verabsäumt worden ist.

Die Verschärfung der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 und der im Monat darauf gefaßten Beschlüsse der Berliner Conferenz war daher eine bittere Nothwendigkeit; ja wir können dreist behaupten, daß die gesetzlichen Forderungen theilweise noch gelinde sind im Verhältniß zum Schutzbedürfniß der Arbeiter. Das Gebot der Sonntagsruhe mußte endlich wenigstens für Gewerbe und Handel grundsätzlich ausgesprochen werden, für das Verkehrsgewerbe muß entschieden bei späterem Anlaß den in demselben beschäftigten Personen mindestens in erweitertem Maße als seither Sonntagsruhe zu theil werden. Eine strengere Betonung der elterlichen Autorität war bei dem oft schwindenden Zusammenhalt in den Arbeiterfamilien ebenfalls geboten. Die Aufrechterhaltung des Verbotes des Trunksystems war selbstverständlich. Ferner konnte die Verschärfung der auf den Schutz von Gesundheit, Leben und Sittlichkeit der gesamten Arbeiter hinielenden Paragraphen nur freudig begrüßt werden, ebenso wie die Bestimmungen über die Befugnisse des Arbeitgebers hinsichtlich der zulässigen Lohnabzüge. Von besonderem Werth nutzten wir die Schutzmaßregeln zu Gunsten der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erachten. Hatte mancher Socialpolitiker auf diesem Gebiete auch noch strengere Maßnahmen gewünscht, hatten namentlich viele im Interesse der Arbeiterfamilie eine weitergehende Beschränkung der Arbeit der Hausfrau und Mutter dringend gefordert, so war andererseits doch auch anzuerkennen, daß den Gewerbetreibenden durch das Gesetz bereits mehrfache Umgestaltungen und damit verbundene Opfer auferlegt worden sind, sowie daß mit den eingeführten Neuerungen immerhin ein erheblicher Schritt zum Bessern gethan worden ist.

Gern haben wir auch wahrgenommen, daß die Controлле über die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen eine strengere geworden ist und daß namentlich die Anzahl wie die Zuständigkeit der technisch gebildeten Aufsichtsbeamten zugenommen hat. Wir wiederholen nochmals, wie wichtig wir deren Thätigkeit halten; in dem Wortlaut der knappen Paragraphen — überlesen wir z. B. nochmals den wörtlich mitgetheilten § 120 a der neuen Gewerbeordnung — lassen sich ja die Absichten des Gesetzgebers nur in allgemeinen Zügen wiedergeben. Die Belebung der Buchstaben durch die praktische Bethätigung ist aber kaum bei einem Gesetze so nöthig als bei dem ebenbezeichneten.

5. Mitwirkung von Staat, Kirche, Schule, Gemeinde und Gesellschaft zur Lösung der Arbeiterfrage.

Ueberhaupt ist — und damit wollen wir zum Schluß eilen — eine friedliche Lösung der Arbeiterfrage nur dann möglich, wenn die maßgebenden Factoren: Staat, Kirche, Schule, Gemeinde und Gesellschaft, die in dieser Schrift besprochenen, der Arbeiterversicherung und dem Arbeiterschutz gewidmeten Gesetze wohlwollend bethätigen und wenn sie die in denselben verbliebenen Lücken ergänzen, kurz wenn sie dem Arbeiter hilfreich zur Seite stehen.

Der Staat kann unendlich viel Gutes dadurch stiften, daß er als größter Arbeitgeber in seinen zahlreichen eigenen Betrieben in der Arbeiterfürsorge mit dem besten Beispiele vorangeht, in Gemäßheit der kaiserlichen Mahnung vom 4. Februar 1890, wonach die Staatsbergwerke in Bezug auf Fürsorge für das Wohl der Arbeiter Musteranstalten werden sollen.

Der Staat soll, wie Dechselhäuser fordert, selbst auskömmliche Löhne zahlen, vor allem deren Herabdrücken durch übertriebene Mindestvergebungen nicht dulden; er soll die Arbeiter bei aller Strenge gegen zu harte Behandlung und Ueberanstrengung schützen, für gesunde Wohnungen sorgen, alle erforderlichen Schutzmaßregeln treffen, sich der Kranken, Verunglückten und Invaliden liebevoll annehmen und dadurch auch die Privatunternehmer zu immer größerer und rascherer Ausdehnung der menschenfreundlichen Einrichtungen anregen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, daß wir uns von den hochherzigen Bestrebungen unseres Kaisers, die Lage der Arbeiter auf dem Wege internationaler Verständigung zu bessern, auf Grund der Berliner Konferenzbeschlüsse im Laufe der Zeit Erfolge versprechen dürfen. Es wird schließlich möglich sein, ohne Schädigung der deutschen Industrie und ohne Herabminderung der zum Lebensunterhalt erforderlichen Löhne die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten und damit auch den Arbeiterstand zu heben.

Ein weites Feld der Thätigkeit bietet sich auch der Geistlichkeit der christlichen Confessionen, deren Mitglieder in richtiger Erfassung ihrer hohen Aufgabe mit den leiblichen und geistigen Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung sich vertraut machen, die öffentliche Wohltätigkeit wecken, die Vermittlung der Gaben überwachen, auch die Arbeiter zu einem nüchternen und gesitteten Lebenswandel, sowie zur Tugend der Sparsamkeit ermahnen und von den Thron und Altar bedrohenden Lehren der Socialdemokratie fernhalten.

Die Schule erfüllt eine wichtige und heilige Pflicht, indem sie diejenigen, welche dereinst den Arbeiterberuf erwählen werden, von Jugend auf Verständniß für all die Gesetze einflößt, welche der Staat zum besten der Arbeiter erlassen hat, wenn sie der Jugend Achtung vor den Gesetzen und Liebe zu Fürst und Vaterland einprägt, wenn sie derselben wohlthätigen Sinn und Achtung vor dem fleißigen Arbeiter, sei er sonst noch so gering, eindringlich predigt.

Gemeinde und Gesellschaft sollen in ihrer Fürsorge für den Arbeiterstand nicht erlahmen. Die Armenpflege kann auch nach Inkrafttreten der Arbeiterversicherungsgesetze nicht entbehrt werden, da der Arbeiter und seine Hinterbliebenen, wie wiederholt betont, bei außergewöhnlichen Unglücksfällen noch nicht völlig geschützt sind. Indes soll sich die Armenpflege an die Bezüge der ersten ergänzend anschließen. Eine anderweitige Regelung dieser Fürsorge wird überhaupt nothwendig werden, da die bezüglichlichen Kosten durch Zahlung der Krankenunterstützungen, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten zunächst eine nicht unerhebliche Entlastung erfahren dürften. Auch ist jüngst bei Vorlage eines Entwurfs zu einer

Nobelle zum Unterstützungsmohnsitzgesetze darauf hingewiesen worden, daß dieses nach Gewährung der Invaliden- und Altersrenten eine entsprechende Abänderung erfahren müsse. Vielleicht nehmen die Gemeinden Veranlassung, die hierdurch frei gewordenen Gelder zur Errichtung von Hospitälern, Waisen-, Armen- und Krankenhäusern, Bade- und Waschanstalten zum allgemeinen Volkswohle zu verwenden. Die Gemeindeverwaltungen sollen auch nach wie vor die Privatmildthätigkeit seitens der bemittelten Bevölkerung rege erhalten und deren Gaben in richtiger Weise anzuwenden bestrebt sein. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen, durch das Vertrauen ihrer Mitbürger hierzu berufen, sollen letztere zu weitem segensreichen, hauptsächlich dem Arbeiter zu gute kommenden Einrichtungen, wie Consumvereinen, gemeinnützigen Baugesellschaften, zu Vereinen gegen die Trunksucht, zur Errichtung von Vespshallen, Volksbibliotheken, Fortbildungsschulen u. dgl. aneignen.

Die Gemeindeverwaltungen können schließlich durch gewissenhafte Bethätigung bei Durchführung der Arbeitergesetze wesentliche Dienste leisten zu deren baldiger Einbürgerung und gewissenhafter Bethätigung. Ob freilich in allen Bundesstaaten diese Verwaltungen den diesbezüglichen, nicht unbedeutenden Anforderungen gewachsen sein werden, das bleibt abzuwarten.

Nicht minder kann die reichstreue Presse durch Herausgabe billiger und gemeinverständlicher Tageblätter zur Aufklärung des Arbeiters im allgemeinen und insbesondere über die hohe Bedeutung und die Wohlthaten der Arbeitergesetzgebung das Ihrige beitragen. Ebenso dürfte es die Pflicht jedes Gebildeten sein, in seinem engern oder weitem Kreise den Arbeiter entsprechend zu belehren und von manchen Vorurtheilen abzubringen.

Verhehlen wir uns ferner nicht, daß die Arbeitgeber, wie bereits in der Einleitung angedeutet, auf die Belebung der fraglichen Gesetze einen ganz bedeutenden Einfluß ausüben können. Wenn diese die ihnen auferlegten Beiträge bereitwillig und ohne Murren leisten, die durch die Arbeiterschutzbestimmungen verlangten, oft durchgreifenden Betriebsveränderungen pünktlich vollziehen und die ihnen überantworteten Ehrenämter als Vorstände der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften sowie als Mitglieder der Schiedsgerichte gern und unparteiisch wahrnehmen, wenn sie insbesondere die Ansprüche der kranken und verletzten Arbeiter mit Gerechtigkeit und Wohlwollen prüfen, dann wird das Eis des Mißtrauens auf Seiten des Arbeiters allmählich schmelzen. Die versöhnende Wirkung dieser vom Geiste der christlichen Liebe eingegebenen Gesetze wird nicht ausbleiben, zumal dann, wenn der Arbeitgeber sich in Fällen größerer Noth barmherzig und mildthätig erweist.

Es möge vor allem der Arbeitgeber dem Arbeiter nicht zu verstehen geben, daß es sich bei den aus den Versicherungskassen gezahlten Geldern um Almosen handle, die er größtentheils ihm zu verdanken habe, vielmehr sollen erstere als wohlverdiente Wiedererstattungen aufgefaßt werden. Erst recht fehlt es auch bereits nicht an Stimmen aus Arbeitgeberkreisen, welche die günstigen Einflüsse der Arbeiterversicherung auf den Arbeiter anerkennen. So erklärte z. B. die Handelskammer von München-Gladbach:

„Es ist durch dieselbe und durch den größern Schutz unserer Arbeiter allerdings eine Vertheuerung der Fabrikation besonders im Wettbewerb mit denjenigen Nachbarländern eingetreten, welche dieselbe Fürsorge ihren Arbeitern noch nicht zugewendet haben. Diese Belastungen werden aber mit dem vollen Bewußtsein getragen, daß die Wahrung des öffentlichen Wohles den Arbeitgebern und Arbeitnehmern diese Belastungen als unumgängliche Verpflichtung auferlegt, und daß unsere Industrie auch trotz derselben den Wettbewerb für die Dauer erfolgreich aufnehmen werde.“

Der Arbeitgeber möge es auch dem Arbeiter nicht verargen, wenn dieser darauf bedacht ist, beispielsweise eine möglichst hohe Unfallrente herauszuschlagen; es ist dies wohl ein berechtigter Egoismus. Ebenso wenig soll er es demselben verargen, wenn dieser auf die Gewährung höherer Löhne lossteuert, um sich ein möglichst gutes Auskommen zu sichern und das Zurücklegen von Sparpfennigen besser zu ermöglichen. Im Gegentheil sollte der verständige Arbeitgeber, um sich ein zufriedenes und ständiges Arbeiterpersonal heranzuziehen und zu erhalten, erfüllbaren Wünschen nachkommen, ja zuborkommen. Der Arbeiter seinerseits soll nicht das Unmögliche verlangen.

Da sich bei Ausführung der Arbeitergesetze verschiedenartige Gelegenheiten ergeben werden, daß sich die beiderseitigen Vertreter zu gemeinsamen Besprechungen zusammensinden, so gewinnt, wie schon angedeutet, die Hoffnung immer mehr Boden, daß manche strittige Frage sich auf dem Wege gegenseitiger offener Aussprache friedlich lösen lassen, und daß überhaupt das Verhältniß zwischen beiden Parteien ein vertraulicherer, die beiderseitigen Rechte achtendes werden wird.

Angeichts einer solch humanen Gesetzgebung haben schließlich die Arbeiter alle Veranlassung, sich von den falschen Lehren und Illusionen der Socialdemokratie loszureißen und sich, wie Döschelhäuser hofft und wünscht, „auf eigene Füße zu stellen, den allmählichen sichern Fortschritt dem Streben nach Unerreichbarem vorzuziehen, versöhnlichen Sinn an die Stelle der Methodik des Hasses zu setzen, den guten Absichten der Regierungen, der Gesellschaft, der Arbeitgeber nicht ertödtendes Mißtrauen, sondern belebende Theilnahme entgegenzutragen“. Das sei des Arbeiters wahres Interesse. Dieser soll daher als Bürger seine Stimme nur solchen Männern geben, die mit Sachkenntniß ihre Interessen praktisch wahrnehmen. Der Arbeiter soll Fürst und Vaterland hochhalten, und dies um so mehr, als unser Kaiser und die Bundesfürsten treu zusammenstehen in der Bethätigung der Allerhöchsten Botschaft (S. 13) unseres unvergeßlichen Kaisers Wilhelm I. Der Arbeiter soll festhalten an dem christlichen Glauben seiner Väter, der allein in den Tagen der Noth und des Elendes, die ebenso wenig ihm als allen andern Menschen erspart bleiben, Geduld zum Ertragen und Kraft zum Ueberwinden verleiht.

„Hilf dir selbst, und Gott wird dir helfen!“ Das sind die Worte, die wir alle dem Arbeiter zurufen und die ihm auch unsere deutsche Arbeitergesetzgebung eindringlich predigt.

Verzeichniß der Berufsgenossenschaften mit Angabe des Sitzes.

A. Gewerbliche Berufsgenossenschaften.

1. Knappschafts-V.=G. Berlin.
2. Steinbruch-V.=G. Berlin.
3. V.=G. für Feinmechanik. Berlin.
4. Südd. Eisen- und Stahl-V.=G. Frankfurt a. M.
5. Südwestdeutsche Eisen-V.=G. Saarbrücken.
6. Rheinisch-Westf. Hütten- und Walzwerk-V.=G. Düsseldorf.
7. Rheinisch-Westf. Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-V.=G. Düsseldorf.
8. Sächj.=Thüring. Eisen- und Stahl-V.=G. Leipzig.
9. Nordöstl. desgl. Berlin.
10. Schlesische desgl. Breslau.
11. Nordwestl. desgl. Hannover.
12. Südd. Edel- und Unedel-Metall-V.=G. Stuttgart.
13. Nordd. desgl. Berlin.
14. Musikinstrumenten-Industrie-V.=G. Leipzig.
15. Glas-V.=G. Berlin.
16. Töpferei-V.=G. Berlin.
17. Ziegelei-V.=G. Berlin.
18. V.=G. der chem. Industrie. Berlin.
19. V.=G. der Gas- und Wasserwerke. Berlin.
20. Leinen-V.=G. Berlin.
21. Nordd. Textil-V.=G. Berlin.
22. Südd. desgl. Augsburg.
23. Schlesische desgl. Breslau.
24. Elßz=Bothr. desgl. Mülhausen.
25. Rhein.=Westf. desgl. M.=Gladbach.
26. Sächsische desgl. Leipzig.
27. Seiden-V.=G. Grefeld.
28. Papiermacher-V.=G. Berlin.
29. Papierverarbeitungs-V.=G. Berlin.
30. Lederindustrie-V.=G. Berlin.
31. Sächj. Holz-V.=G. Dresden.
32. Nordd. desgl. Berlin.
33. Bayerische Holzindustrie-V.=G. München.
34. Südwestd. desgl. Stuttgart.
35. Mülerei-V.=G. Berlin.
36. Nahrungsmittel-Industrie-V.=G. Mannheim.
37. Zucker-V.=G. Berlin.
38. Brennerei-V.=G. Berlin.
39. Brauerei- und Mälzerei-V.=G. Frankfurt a. M.
40. Tabak-V.=G. Berlin.
41. Bekleidungsindustrie-V.=G. Berlin.
42. V.=G. der Schornsteinfeger. Berlin.
43. Hamburg. Baugewerks-V.=G. Hamburg.
44. Nordöstl. desgl. Berlin.
45. Schles.=Posj. desgl. Breslau.
46. Hannover. desgl. Hannover.
47. Magdeburg. desgl. Magdeburg.
48. Sächj. desgl. Dresden.
49. Thüring. desgl. Erfurt.
50. Hessen=Nassj. desgl. Frankfurt a. M.
51. Rhein.=Westf. desgl. Elberfeld.
52. Württemberg. desgl. Stuttgart.
53. Bayer. desgl. München.
54. Südwestl. desgl. Straßburg.
55. Buchdrucker-V.=G. Leipzig.
56. Privatbahn-V.=G. Lübeck.
57. Straßenbahn-V.=G. Berlin.
58. Expeditions-, Speicherei-, Kellerei-V.=G. Berlin.
59. Fuhrwerks-V.=G. Berlin.
60. Westd. Binnenschiffahrt-V.=G. Duisburg.
61. Elbschiffahrt-V.=G. Magdeburg.
62. Ostdeutsche Binnenschiffahrt-V.=G. Bromberg.
63. See-V.=G. Hamburg.
64. Tiefbau-V.=G. Berlin.

B. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften.

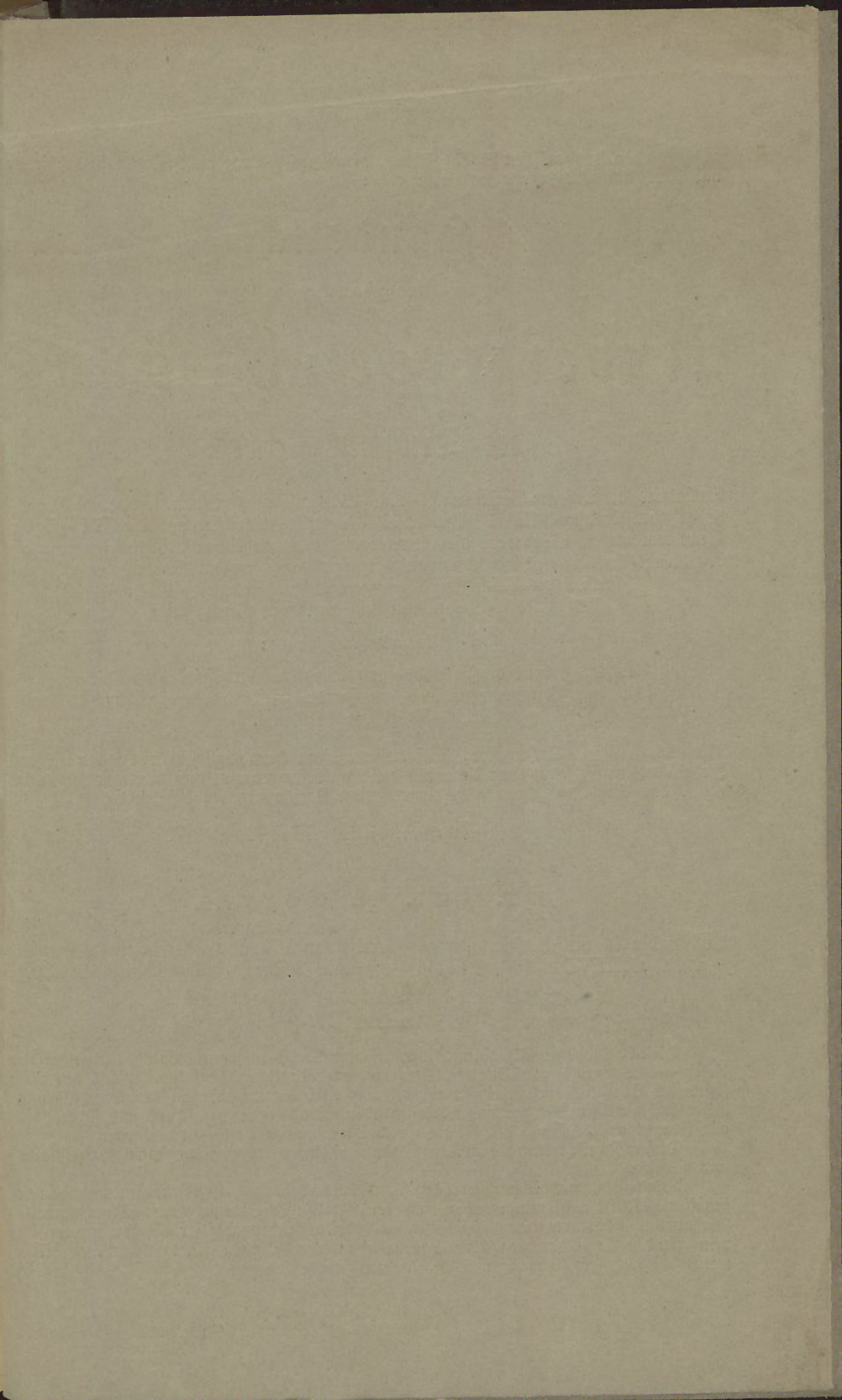
1. Ostpreussische. Königsberg.
2. Westpreussische. Danzig.
3. Brandenburgische. Berlin.
4. Pommerische. Stettin.
5. Posensche. Posen.
6. Schlesische. Breslau.
7. Für Provinz Sachsen. Merseburg.
8. Schleswig-Holsteinische. Kiel.
9. Hannoversche. Hannover.
10. Westfälische. Münster.
11. Hessen-Nassauische. Kassel.
12. Rheinische. Düsseldorf.

- | | |
|--|---|
| 13. Oberbayerische. München. | 33. Sachsen-Meiningische. Meiningen. |
| 14. Niederbayerische. Landshut. | 34. Sachsen-Altenburgische. Altenburg. |
| 15. Pfälzische. Speier. | 35. Koburgische. Koburg. |
| 16. Oberpfälzische. Regensburg. | 36. Gotha'sche. Gotha. |
| 17. Oberfränkische. Bayreuth. | 37. Anhaltische. Dessau. |
| 18. Mittelfränkische. Ansbach. | 38. Schwarzburg = Rudolstädtsche. Rudolstadt. |
| 19. Unterfränkische. Würzburg. | 39. Schwarzburg = Sondershausensche. Sondershausen. |
| 20. Schwäbische. Augsburg. | 40. Für das Fürstenthum Reuß ä. L. Greiz. |
| 21. Für Königreich Sachsen. Dresden. | 41. Für das Fürstenthum Reuß j. L. Gera. |
| 22. Für den Neckarkreis. Stuttgart. | 42. Für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe. Stadthagen. |
| 23. Für den Jagstkreis. Ellwangen. | 43. Für das Fürstenthum Lippe-De-mold. Detmold. |
| 24. Für d. Schwarzwaldkreis. Reutlingen. | 44. Bremische. Bremen. |
| 25. Für den Donaukreis. Ulm. | 45. Hamburgische. Hamburg. |
| 26. Badische. Karlsruhe. | 46. Unterelsässische. Straßburg. |
| 27. Für das Großherzogthum Hessen. Darmstadt. | 47. Oberelsässische. Mülhausen. |
| 28. Für Mecklenb.-Schwerin. Schwerin. | 48. Lothringische. Metz. |
| 29. Für Mecklenburg = Strelitz. Neu-brandenburg. | |
| 30. Weimari'sche. Weimar. | |
| 31. Oldenburgische. Oldenburg. | |
| 32. Braunschweigische. Braunschweig. | |

Anlage II.

Verzeichniß der Versicherungsanstalten für die Invaliditäts- und Altersversicherung.

- | | |
|--|---|
| 1. Königsberg für pr. Provinz Ost-preußen. | 17. Regensburg für Oberpfalz und Regensburg. |
| 2. Danzig für pr. Provinz Westpreußen. | 18. Bayreuth für Oberfranken. |
| 3. Berlin für pr. Provinz Brandenburg. | 19. Ansbach für Mittelfranken. |
| 4. Berlin für Stadt Berlin. | 20. Würzburg für Unterfranken und Aschaffenburg. |
| 5. Stettin für pr. Provinz Pommern. | 21. Augsburg für Schwaben und Neu-burg. |
| 6. Posen für pr. Provinz Posen. | 22. Dresden für Königreich Sachsen. |
| 7. Breslau für pr. Provinz Schlesien. | 23. Stuttgart für Königreich Württemberg. |
| 8. Münster für pr. Provinz Westfalen. | 24. Karlsruhe für Großherzogthum Baden. |
| 9. Merseburg für pr. Provinz Sachsen und Herzogthum Anhalt. | 25. Darmstadt für Großherzogthum Hessen. |
| 10. Kiel für pr. Provinz Schleswig-Holstein und oldenburg. Lübeck. | 26. Schwerin für beide Großherzogthümer Mecklenburg. |
| 11. Hannover für pr. Provinz Hannover und die Fürstenthümer Lippe. | 27. Weimar für die thüring. Staaten. |
| 12. Kassel für pr. Provinz Hessen-Nassau und Fürstenthum Waldeck. | 28. Oldenburg für den Haupttheil des gleichnamigen Großherzogthums. |
| 13. Düsseldorf für pr. Rheinprovinz, Hohenzollern und oldenburg. Virensfeld. | 29. Braunschweig für das gleichnamige Herzogthum. |
| 14. München für Oberbayern. | 30. Lübeck für die drei Hansestädte. |
| 15. Landshut für Niederbayern. | 31. Straßburg für Elsaß-Lothringen. |
| 16. Speier für Rheinpfalz. | |



In der Herder'schen Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau ist erschienen
und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Handbuch der gesammten Arbeitergesetzgebung des Deutschen Reiches.

Enthaltend die Arbeiter-Versicherungs- und =Schutzgesetzgebung, d. h. sämtliche Reichs-
gesetze über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Titel VI—X der
Gewerbeordnung, Gesetz betr. die Gewerbegerichte, sowie einige kleinere Gesetze, nebst
den Reichs-Ausführungs-Verordnungen, Bekanntmachungen des Bundesraths, Rund-
schreiben des Reichs-Versicherungsamts und Erlassen des Reichs-
Postamts, nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung,

sowie als Anhang:

das Reichsgesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die ein-
schlägigen Bestimmungen aus dem Handelsgesetzbuch, Strafgesetzbuch,
Gerichts-Verfassungs-gesetz u. s. f.

Mit alphabetischem Sachregister, Präjudicienregister, chronologischem und systematischem
Inhaltsverzeichnis sowie einer Uebersicht der Strafbestimmungen und der unmittelbar in
das Civil- und Proceßrecht eingreifenden Vorschriften der socialen Gesetze.

Systematisch geordnet und herausgegeben

von

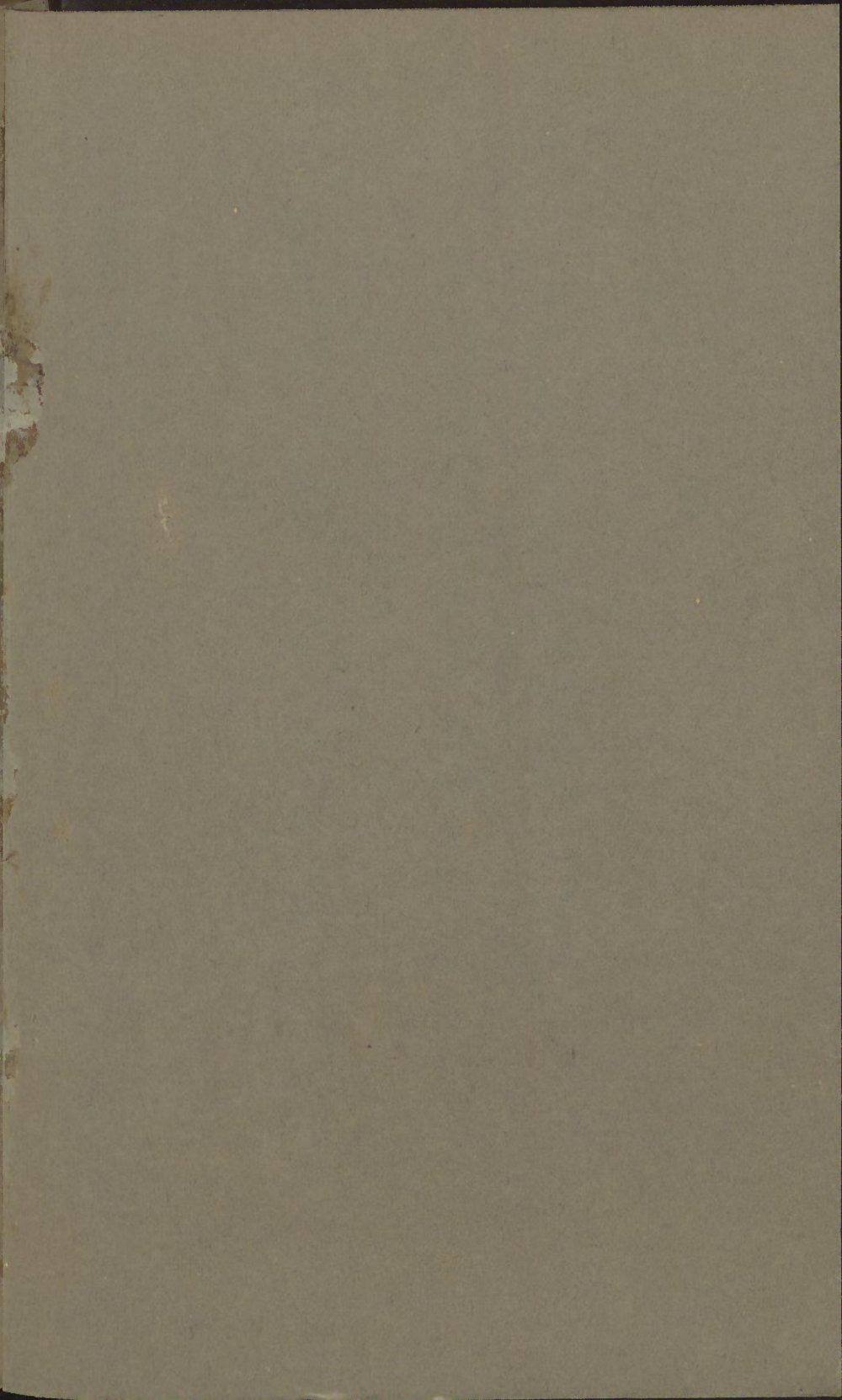
Dr. jur. K. Görrs.

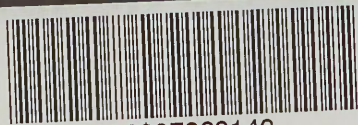
Vollständig in fünf Lieferungen zum Preise von à M. 1.60 oder in einem Bande.
gr. 8°. (XXXVI u. 766 S.) eb. in Leinwand mit Goldtitel M. 9.20.

Einbanddecken „ 5 Pf. in Halbfranz M. 1.

Diese Ausgabe enthält, einem Bedürfnisse der Praxis entgegenkommend, das gesammte
Gesetzes- und Verordnungs-Material der modernen deutschen Socialpolitik aus den ver-
schiedenen Quellen übersichtlich geordnet, und will dadurch die an der Durchführung
dieser hochwichtigen Gesetzgebung Theilnehmenden in C und setzen, sich schnell und sicher über
alle Fragen an der Hand des Gesetzes- und Verordnungs-Textes zu orientiren.
Diesem Zwecke dienen die im Titel näher bezeichneten ausführlichen Inhaltsverzeichnisse
und Register.

Wir hoffen, mit diesem Werke den Verwaltungsbehörden, Krankenkassen und Berufs-
genossenschaften, nicht minder aber auch den Civil- und Strafgerichten, Staatsanwalt-
schaften und Rechtsanwälten, sowie allen an der Durchführung dieser Gesetze ehrenamtlich
mitwirkenden Privatpersonen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein willkommenes Hilfs-
mittel bei ihrer oft schwierigen Thätigkeit zu bieten.





206\$07962142